



64. Sitzung

Freitag, den 24.08.2018

Mainz  
in der Steinhalle des Landesmuseums

Mitteilungen des Präsidenten . . . . .	4042	90/DIE GRÜNEN	
<b>Zukunft des ländlichen Raums in Rheinland-Pfalz</b>		– Drucksache 17/6997 – . . . . .	<b>4052</b>
<b>Chancen erkennen – Herausforderungen meistern</b>		Abg. Andreas Rahm, SPD: . . . . .	4053, 4062
Besprechung der Großen Anfrage der Fraktion der FDP und der Antwort der Landesregierung auf Antrag der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Abg. Michael Wäschenbach, CDU: . . . . .	4054, 4056
– Drucksachen 17/5555/6161/6996 – . . . . .	<b>4042</b>	Abg. Michael Frisch, AfD: . . . . .	4055
Abg. Cornelia Willius-Senzer, FDP: . . . . .	4042	Abg. Jürgen Klein, AfD: . . . . .	4056, 4057
Abg. Alexander Fuhr, SPD: . . . . .	4043	Abg. Marco Weber, FDP: . . . . .	4057, 4058
Abg. Christine Schneider, CDU: . . . . .	4044, 4050	Abg. Andreas Hartenfels, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: . . . . .	4058
Abg. Marco Weber, FDP: . . . . .	4045	Ulrike Höfken, Ministerin für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten: . . . . .	4059, 4062
Abg. Martin Louis Schmidt, AfD: . . . . .	4046	Abg. Dr. Timo Böhme, AfD: . . . . .	4061, 4062
Abg. Andreas Hartenfels, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: . . . . .	4047	<i>Mit Besprechung erledigt.</i> . . . . .	<b>4063</b>
Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau: . . . . .	4049, 4052	<b>Einwanderung und Asylpraxis in Rheinland-Pfalz</b>	
Abg. Alexander Licht, CDU: . . . . .	4051	Besprechung der Großen Anfrage der Fraktion der AfD und der Antwort der Landesregierung auf Antrag der Fraktion der AfD	
Abg. Joachim Paul, AfD: . . . . .	4051	– Drucksachen 17/6367/6883/7022 – . . . . .	<b>4063</b>
<i>Mit Besprechung erledigt.</i> . . . . .	<b>4052</b>	Abg. Matthias Joa, AfD: . . . . .	4063, 4064
<b>Digitale Lernzentren 4.0 ausbauen – eine zeitgemäße und chancengleiche berufliche Ausbildung für die rheinland-pfälzischen Berufsschüler/-innen ermöglichen</b>		. . . . .	4066, 4070
Antrag der Fraktion der CDU		. . . . .	4072, 4075
– Drucksache 17/7041 – . . . . .	<b>4052</b>	Abg. Jaqueline Rauschkolb, SPD: . . . . .	4064, 4067
<i>Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Bildung – federführend – und an Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr.</i> . . . . .	<b>4052</b>	Abg. Uwe Junge, AfD: . . . . .	4067, 4078
<b>Klimaschutzbericht des Landes Rheinland-Pfalz aufgrund des § 7 Abs. 3 des Landesklimaschutzgesetzes</b>		. . . . .	4079
<b>Zusammenfassende Berichterstattung 2017</b>		Abg. Adolf Kessel, CDU: . . . . .	4068
Besprechung des Berichts der Landesregierung (Drucksache 17/6963) auf Antrag der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS		Abg. Dr. Timo Böhme, AfD: . . . . .	4069
		Abg. Thomas Roth, FDP: . . . . .	4070, 4071
		Abg. Katharina Binz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: . . . . .	4071, 4073
		Abg. Uwe Junge, AfD: . . . . .	4073
		Anne Spiegel, Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz: . . . . .	4074, 4076
		Abg. Christian Baldauf, CDU: . . . . .	4076
		Abg. Joachim Paul, AfD: . . . . .	4077, 4078
		Abg. Martin Haller, SPD: . . . . .	4077
		Abg. Alexander Schweitzer, SPD: . . . . .	4078
		<i>Mit Besprechung erledigt.</i> . . . . .	<b>4079</b>

**Planungsbeschleunigung – Mehr Tempo bei Infrastrukturprojekten**

Antrag der Fraktion der CDU  
– Drucksache 17/7042 – . . . . . **4079**

Abg. Christian Baldauf, CDU: . . . . . 4079  
Abg. Benedikt Oster, SPD: . . . . . 4080  
Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: . . . . . 4081  
Abg. Jutta Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: . . . . . 4082  
Abg. Steven Wink, FDP: . . . . . 4082  
Daniela Schmitt, Staatssekretärin: . . . . . 4083

*Nach Aussprache mehrheitliche Ablehnung des Antrags der Fraktion der CDU auf Ausschussüberweisung. . . . .* **4084**

*Mehrheitliche Ablehnung des Antrags der Fraktion der CDU – Drucksache 17/7042 – . . . .* **4084**

**Innovationsimpuls für Rheinland-Pfalz durch zielgerichtete Technologiepolitik**

Antrag der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 17/7029 – . . . . . **4084**

*Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr. . . . .* **4084**

**Sozialkundeunterricht intensivieren – politische und ökonomische Bildung endlich stärken**

Antrag der Fraktion der CDU  
– Drucksache 17/7043 – . . . . . **4085**

**dazu: Demokratiebildung in der gesamten Schule stärken – Sozialkundeunterricht ausweiten**

Antrag (Alternativantrag) der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 17/7098 – . . . . . **4085**

Abg. Thomas Barth, CDU: . . . . . 4085, 4090  
Abg. Giorgina Kazungu-Haß, SPD: . . . . . 4086  
Abg. Joachim Paul, AfD: . . . . . 4087  
Abg. Monika Becker, FDP: . . . . . 4088  
Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: . . . . . 4089, 4091  
Abg. Michael Frisch, AfD: . . . . . 4090  
Dr. Stefanie Hubig, Ministerin für Bildung: . . . . . 4092

*Nach Aussprache mehrheitliche Ablehnung des Antrags der Fraktion der CDU auf Ausschussüberweisung . . . . .* **4093**

*Mehrheitliche Ablehnung des Antrags – Drucksache 17/7043 – . . . . .* **4093**

*Mehrheitliche Annahme des Alternativantrags – Drucksache 17/7098 – . . . . .* **4093**

**Kommunale Straßenbauinvestitionen und Straßenausbaubeiträge**

Besprechung der Großen Anfrage der Fraktion

der AfD und der Antwort der Landesregierung auf Antrag der Fraktion der AfD  
– Drucksachen 17/6448/6855/7023 – . . . . . **4093**

Abg. Jens Ahnemüller, AfD: . . . . . 4093  
Abg. Benedikt Oster, SPD: . . . . . 4094  
Abg. Christof Reichert, CDU: . . . . . 4095  
Daniela Schmitt, Staatssekretärin: . . . . . 4096

*Mit Besprechung erledigt. . . . .* **4098**

**Unbefristete Fortführung der 70-Tage-Regelung bei Saisonarbeitskräften**

Antrag der Fraktion der CDU  
– Drucksache 17/7044 – . . . . . **4098**

Abg. Johannes Zehfuß, CDU: . . . . . 4098, 4102  
Abg. Nico Steinbach, SPD: . . . . . 4099  
Abg. Dr. Timo Böhme, AfD: . . . . . 4099, 4101  
Abg. Marco Weber, FDP: . . . . . 4100, 4101  
Abg. Jutta Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: . . . . . 4102, 4103  
Daniela Schmitt, Staatssekretärin: . . . . . 4103

*Nach Aussprache mehrheitliche Ablehnung des Antrags. . . . .* **4104**

**Mehr Unterrichtsqualität und soziale Kompetenz – Landesweites Handy-Verbot an Grundschulen**

Antrag der Fraktion der AfD  
– Drucksache 17/7036 – . . . . . **4104**

Abg. Joachim Paul, AfD: . . . . . 4104  
Abg. Johannes Klomann, SPD: . . . . . 4105  
Abg. Ellen Demuth, CDU: . . . . . 4106, 4108  
Abg. Michael Frisch, AfD: . . . . . 4107, 4110  
Dr. Stefanie Hubig, Ministerin für Bildung: . . . . . 4109

*Nach Aussprache mehrheitliche Ablehnung des Antrags der Fraktion der AfD auf Ausschussüberweisung. . . . .* **4111**

*Mehrheitliche Ablehnung des Antrags. . . . .* **4111**

**Hochschulen für angewandte Wissenschaften stärken – praxisnahes Forschungspotenzial fördern**

Antrag der Fraktion der CDU  
– Drucksache 17/7045 – . . . . . **4111**

Abg. Marion Schneid, CDU: . . . . . 4111  
Abg. Johannes Klomann, SPD: . . . . . 4112  
Abg. Martin Louis Schmidt, AfD: . . . . . 4113  
Abg. Thomas Roth, FDP: . . . . . 4114  
Abg. Katharina Binz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: . . . . . 4115  
Prof. Dr. Konrad Wolf, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur: . . . . . 4116

*Nach Aussprache Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur. . . . .* **4117**

\* \* \*

**Präsidium:**

Präsident Hendrik Hering, Vizepräsidentin Astrid Schmitt, Vizepräsident Hans-Josef Bracht.

**Anwesenheit Regierungstisch:**

Malu Dreyer, Ministerpräsidentin; Doris Ahnen, Ministerin der Finanzen, Sabine Bätzing-Lichtenthäler, Ministerin für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie, Ulrike Höfken, Ministerin für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten, Dr. Stefanie Hubig, Ministerin für Bildung, Roger Lewentz, Minister des Innern und für Sport, Herbert Mertin, Minister der Justiz, Anne Spiegel, Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz, Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, Prof. Dr. Konrad Wolf, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur; Clemens Hoch, Staatssekretär, Daniela Schmitt, Staatssekretärin.

**Entschuldigt:**

Abg. Anke Beilstein, CDU, Abg. Guido Ernst, CDU, Abg. Horst Gies, CDU.

**64. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz  
am 24.08.2018**

Beginn der Sitzung: 9:30 Uhr

**Präsident Hendrik Hering:**

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Sie recht herzlich zur 64. Plenarsitzung begrüßen. Schriftführende Abgeordnete sind Herr Kollege Schnieder und Frau Kollegin Kazungu-Haß, die auch die Redeliste führen wird.

Entschuldigt fehlen heute die Kollegin Beilstein und die Kollegen Ernst und Gies. Herr Staatsminister Dr. Wissing hat mitgeteilt, ab heute Mittag nicht mehr teilnehmen zu können.

Ich rufe **Punkt 19** der Tagesordnung auf:

**Zukunft des ländlichen Raums in Rheinland-Pfalz  
Chancen erkennen – Herausforderungen meistern**

Besprechung der Großen Anfrage der Fraktion der FDP und der Antwort der Landesregierung auf Antrag der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksachen 17/5555/6161/6996 –

Gibt es Wortmeldungen? – Frau Kollegin Willius-Senzer hat das Wort.

**Abg. Cornelia Willius-Senzer, FDP:**

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wünsche Ihnen einen wunderschönen guten Morgen. Wir haben ein wunderschönes Thema heute Morgen. Wir Freien Demokraten haben uns in einer Großen Anfrage der Zukunft des ländlichen Raums gewidmet. Das hat seinen Grund, nämlich 80 % der Menschen in Rheinland-Pfalz leben im ländlichen Raum, der sich über 60 % der Gesamtfläche unseres Bundeslandes erstreckt.

Diese Regionen stehen vor speziellen Herausforderungen. Denken Sie an die Entscheidung über den Brexit. Das wäre vielleicht anders ausgegangen, wenn man sich rechtzeitig um die ländlichen Räume gekümmert hätte. Deswegen wollen wir das tun und uns diesen Herausforderungen stellen.

Wir packen das an. Die Menschen im kleinsten Hunsrückdorf müssen ebenso glücklich sein und gut leben können wie in der Großstadt. Wir Freien Demokraten gestalten Fortschritt für jede und jeden, unabhängig vom Lebensmittelpunkt.

Die Digitalisierung wird alles ändern. Wir müssen und wollen die Chancen des digitalen Wandels nutzen. Wir wollen die Chancen des E-Government und der Telearbeit nutzen und uns auf den Weg machen. 24 Breitbandprojekte befinden sich derzeit in 22 Landkreisen in Umsetzung. 96 % der privaten Haushalte sind jetzt schon mit dem LTE-Netz versorgt. Wir wollen das noch verbessern.

Mit Blick auf den Entwurf des neuen Doppelhaushaltes wird deutlich, dass wir unsere Anstrengungen intensivie-

ren. 575 Millionen Euro – das ist nicht wenig – werden in den nächsten Jahren für den Gigabit-Ausbau bereitgestellt und abgesichert mit 100 Millionen Euro. Rheinland-Pfalz wird digital und eröffnet damit dem ländlichen Raum neue Chancen.

Ich bin froh, dass wir in dieser Legislaturperiode das Thema „Tourismus“ in den Fokus rücken. Heute Morgen war in der AZ zu lesen, dass 2,6 % mehr Menschen das Land im ersten Halbjahr 2018 besuchten. Damit sind die Übernachtungen auf zehn Millionen gestiegen. Das ist für uns eine positive Nachricht.

(Beifall der FDP, der SPD und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir wollen insbesondere die kleineren Beherbergungsbetriebe entlasten, und zwar mit Bürokratieabbau und passgenauen Fördermaßnahmen. Auch machen wir Virtual and Augmented Reality zum Bestandteil des Urlaubserlebnisses und Rheinland-Pfalz zu einem modernen Reiseziel. Ich bin sicher, dass der ländliche Raum davon profitieren wird.

Wichtiger Bestandteil des ländlichen Raums ist bei uns die Landwirtschaft. Sie produziert für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes nicht nur die besten Produkte, sondern leistet einen einzigartigen Beitrag zur Pflege und zum Erhalt unserer fantastischen Kulturlandschaft. Gleichzeitig ist hinsichtlich des Smart Farmings ein enormes Innovations- und Fortschrittspotenzial erkennbar. Rheinland-Pfalz beweist in diesem Bereich bundesweit Vorbildcharakter.

Wenn ich an unseren Bauer Marco Weber denke, wie er das jetzt schon nutzt, dann denke ich, nicht nur Du machst Dich, sondern viele in Rheinland-Pfalz machen sich auf den Weg.

Wir Freien Demokraten und die Ampelkoalition unterstützen diesen Weg und denken natürlich jetzt schon an die nächste Generation. Ein FSJ in den Grünen Berufen – Frau Höfken – ist für uns wichtig. Das soll fester Bestandteil in der Strategie der Nachwuchsgewinnung werden. Wir werben ganz offensiv für die Landwirtschaft. Sie prägt den ländlichen Raum. Das soll auch künftig so bleiben.

Zentrale Herausforderung für den ländlichen Raum ist die Sicherstellung wohnortnaher ambulanter medizinischer Versorgung in Rheinland-Pfalz. Wir Freien Demokraten und die Ampelkoalition haben den Anspruch, für eine bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige medizinische und pflegerische Versorgung zu kämpfen. Wir werden uns dafür einsetzen. Das ist zum Beispiel jetzt schon mit der Fortführung des Projektes der Gemeindegewest<sup>plus</sup> der Fall. Sie leistet für das Land konkrete Hilfe für hochbetagte Menschen.

Mit Initiativen zur Telemedizin treiben wir die Modernisierung des Gesundheitsbereichs voran und nutzen die Chancen der Digitalisierung. Ich konnte schon wunderbare Beispiele sehen, wie sich Gründer in diesem Bereich spezialisieren. Das wird noch besser werden. Das ist uns ganz wichtig.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Uns alle in diesem Raum eint das Ziel, den ländlichen Raum weiterzuentwickeln und zukunftsfähig aufzustellen. Wir arbeiten für diese Regionen, indem wir den digitalen Wandel auf Rekordniveau gestalten, in die Infrastruktur investieren und Tourismus neu denken.

(Glocke des Präsidenten)

Wir werden hinhören und ins Land fahren. Wir begreifen Rheinland-Pfalz als vielfältiges Land mit Großstadt und Weinberg, mit Hunsrück Platt und Pfälzer Herzlichkeit. Diese Vielfalt macht uns aus. Egal ob in der Stadt oder auf dem Land, wir Freien Demokraten und die Ampelkoalition machen Chancen möglich für die Herausforderungen der Zeit. Es gibt viel zu tun. Packen wir es an.

Haben Sie herzlichen Dank.

(Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Hendrik Hering:**

Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Fuhr.

**Abg. Alexander Fuhr, SPD:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Unsere ländlichen Räume sind für die SPD-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz zentral für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben als Fraktion immer ein klares Bekenntnis zu den ländlichen Räumen abgelegt und tun es weiter. Wir sind als Fraktion in den ländlichen Regionen tief verwurzelt. In vielen kommunalpolitischen Funktionen sind wir tief verwurzelt in den ländlichen Räumen dieses Landes.

Wir wollen, dass auf dem Land wie in der Stadt Rheinland-Pfalz für die Menschen eine gute Heimat ist.

(Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

Wir wollen, dass Rheinland-Pfalz den Menschen eine gute Heimat ist. Diese Heimat kann gestaltet werden. Diese Heimat muss man gestalten. Hier beginnt die Politik. Vor Ort soll es gute Möglichkeiten geben, sich zu entfalten und ein gutes Leben zu führen. Die Bedingungen für ein gutes Leben vor Ort zu organisieren, ist Aufgabe von Politik.

Die Fragen, die die Menschen stellen, sind oft einfach, wenn man diese kommunalpolitische Erfahrung hat. Diese sind klar formuliert: Fährt der Bus? Gibt es gute Arbeit? Praktiziert der Arzt? Ist das Vereinsleben intakt? Das sind die alltäglichen Fragen, die Menschen berühren und bewegen, an denen wir arbeiten müssen und für die wir arbeiten wollen.

Deshalb ist es gut, dass diese Große Anfrage mit ihrem umfangreichen Material, das sie uns an die Hand gegeben

hat, gestellt wurde. Sie gibt uns Gelegenheit, hier in diesem Haus den Fokus auf die ländlichen Räume zu legen. Das ist ein positives Signal an unsere ländlichen Räume.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen dabei bedenken, dass es den ländlichen Raum nicht gibt. Der ländliche Raum ist so vielfältig wie Rheinland-Pfalz vielfältig ist. Die Kollegin hat es gerade beschrieben. Deshalb müssen wir beachten, dass unsere ländlichen Räume nicht nur vielfältig, sondern vital sind. Sie bieten nicht nur Heimat, sondern sind auch ein volkswirtschaftlich bedeutsamer Arbeits- und Wirtschaftsraum. Viele kleine und mittelständische Unternehmen sind in den ländlichen Regionen beheimatet, vom lokalen Handwerker bis zum Weltmarktführer.

Die ländlichen Räume bieten preiswerten Wohnraum und ein naturnahes Umfeld. Sie zeichnen sich durch hohes ehrenamtliches Engagement, ein aktives Vereinsleben und ein gutes Miteinander aus.

Dennoch gibt es auch Herausforderungen gerade und insbesondere in strukturschwachen und vom demografischen Wandel besonders betroffenen Regionen. Die Menschen dort erwarten zu Recht eine moderne Infrastruktur, eine gute Gesundheitsversorgung, attraktive Arbeitsplätze, eine gute Erreichbarkeit sowie kulturelle und schulische Angebote. Es muss daher alles darangesetzt werden, dass der ländliche Raum eine entsprechende wirtschaftliche Entwicklung nimmt, um gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir können konstatieren, dass die ländlichen Räume in Rheinland-Pfalz von einer guten wirtschaftlichen Lage profitieren. Die aktuelle wirtschaftliche Lage in unserem Land ist ausgesprochen positiv. Die ländlichen Räume – das zeigt auch die Antwort zur Großen Anfrage – sind Bestandteil dieser positiven wirtschaftlichen Entwicklung.

Es wird in dieser Großen Anfrage deutlich, wie umfangreich unsere Politik für die ländlichen Räume Rheinland-Pfalz gestaltet ist. Man sieht, was die Landesregierung für die ländlichen Räume tut, wenn man sich die Antworten anschaut. Man kann es zusammenfassen: Mit vielen verschiedenen Förderprogrammen, Initiativen, Projekten und Wettbewerben werden Städte und Dörfer gleichmäßig in ihren Bemühungen, die Lebensverhältnisse für ihre Bürgerinnen und Bürger zu verbessern und nachhaltig zu gestalten, unterstützt.

Die Herausforderungen, die an die Politik und Gesellschaft gestellt werden, verlangen nach angepassten Antworten und Reaktionen auf die unterschiedlichen Problemstellungen. Deswegen braucht es die maßgeschneiderten Förderprogramme, die entsprechend der unterschiedlichen Sachzusammenhänge gestaltet wurden. So ist es möglich, den Kommunen eine genau passende Förderung zukommen zu lassen.

Ich verzichte auf die Nennung der vielen Einzelprojekte,

weil es dafür den Zeitrahmen einer Regierungserklärung bräuchte. Der steht uns heute Morgen nicht zur Verfügung.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Schade eigentlich!)

Aber insgesamt lässt sich feststellen, dass unsere Städte und Gemeinden im ländlichen Raum für die dort lebenden Bürgerinnen und Bürger ihre liebenswerte attraktive Heimat darstellen, in der sie gerne wohnen wollen, wenn die erforderlichen Rahmenbedingungen stimmen. Daran arbeiten das Land, die regierungstragenden Parteien und Fraktionen sowie viele auf verschiedene Art ehrenamtlich tätigen Menschen in den Gemeinden, denen an dieser Stelle unser besonderer Dank gilt.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man das ehrenamtliche Engagement in unserem Land als Gradmesser nimmt, dann sieht man, dass wir bundesweit fast immer auf Platz 1 in den Rankings sind. Das kann nur dafür sprechen, dass die Menschen gern in Rheinland-Pfalz leben, auch und gerade in den ländlichen Räumen, und sich gerne dort engagieren. Das ist eine gute Basis für unsere weitere Arbeit für die ländlichen Räume.

Vielen Dank

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Präsident Hendrik Hering:**

Wir dürfen Gäste im rheinland-pfälzischen Landtag begrüßen: Senioren und Seniorinnen 60 plus der Katholischen Frauen Deutschlands St. Jakobus in Altenkirchen sowie Mitglieder des Männergesangsvereins e. V. aus Gau-Algesheim. Herzlich willkommen bei uns!

(Beifall im Hause)

Für die CDU-Fraktion hat Frau Kollegin Schneider das Wort.

#### **Abg. Christine Schneider, CDU:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach dem Lesen der Großen Anfrage zur Zukunft des ländlichen Raums ist mir erneut der Einwurf von Arno Becker aus der RHEINPFALZ vom 8. August 2018 in den Sinn gekommen. Ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten: „Nach der reinen Lehre sind Kleine (...) und Große Anfragen vor allem Werkzeuge, mit denen die Opposition die Regierung zwicken kann. Mit geschickten Fragen können Defizite und Fehlentwicklungen ans Tageslicht gezerrt werden.“ Aber auch Regierungsfaktionen bedienen „sich dieses Mittels mit einem Unterschied: Die Abgeordneten einer Regierungsfraktion stellen ihre Fragen in der Regel so, dass die Antworten das Handeln des eigenen Lagers in einem möglichst guten Licht erscheinen lassen.“

(Abg. Martin Haller, SPD: Das ist wohl eine Unterstellung!)

– Das hat Herr Arno Becker in der RHEINPFALZ geschrieben. Das ist keine Unterstellung von mir, Herr Kollege.

Wenn ich mir aber diesen Einwurf vor Augen führe, stelle ich mir die Frage, was die FDP mit ihrer Großen Anfrage erreichen wollte.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Nachdem ich dann die 244 Seiten gelesen habe – – –

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Hast Du die wirklich gelesen? Mal ehrlich! – Heiterkeit bei der SPD)

– Ganz ehrlich, Herr Kollege Schweitzer. Ich habe sie wirklich gelesen, intensiv durchgearbeitet. Ich werde jetzt auch meinen Beleg hier vortragen.

Nach der Rede, Frau Kollegin, ist mir immer noch nicht ganz klar, was die FDP eigentlich mit dieser Großen Anfrage erreichen wollte,

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Steht auf der letzten Seite!)

weil, wenn wir uns die Seiten anschauen, wir dann einen Großteil von Aneinanderreihungen von Statistiken, die man auch beim Statistischen Landesamt oder anderswo im Internet hätte abrufen können, erkennen können.

(Abg. Monika Becker, FDP: Haben Sie es schon gemacht, Frau Schneider?)

Es lässt sich aber auf keiner einzigen Seite erkennen, was die Landesregierung plant, um den ländlichen Raum zu stärken.

(Beifall der CDU –  
Zuruf des Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU)

Nicht, dass wir uns jetzt falsch verstehen oder in der Entgegnung gleich kommt, wir als CDU wüssten nicht um die Bedeutung des ländlichen Raums:

(Abg. Monika Becker, FDP: Scheint so!)

Nein, wir wissen um die Bedeutung des ländlichen Raums, und wir wissen, dass der ländliche Raum die Herzkammer unseres Bundeslandes Rheinland-Pfalz ist.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen auch alles daransetzen, und es muss unser politisches Handeln sein,

(Beifall und Zuruf der Abg. Monika Becker,  
FDP: Genau, sehr gut! –  
Beifall der Abg. Cornelia Willius-Senzer,  
FDP)

dass wir den ländlichen Raum attraktiver gestalten, und wir müssen Antworten darauf geben, wie wir ihn attraktiver gestalten, damit junge Menschen den ländlichen Raum zukünftig nicht verlassen, sondern dort weiterhin leben und arbeiten wollen.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, keine ein-

zige Antwort auf diese Frage, wie Sie den ländlichen Raum in Rheinland-Pfalz attraktiver gestalten wollen.

(Beifall der CDU –  
Zuruf des Abg. Alexander Fuhr, SPD)

– Ich habe sie gelesen, deshalb zitiere ich einige Antworten, Herr Kollege Fuhr, damit Sie sehen, dass ich sie gelesen habe.

Thema „Digitalisierung“: „Im Zuge der Digitalisierung muss immer (...) auf den Datenschutz geachtet werden (...)“

(Heiterkeit des Abg. Dr. Adolf Weiland,  
CDU)

„Wie schätzt die Landesregierung die Folgen der Digitalisierung auf die Landwirtschaft einschließlich der Aus- und Weiterbildung (...) ein (...)?“

(Zuruf aus dem Hause: Gut!)

Antwort: „In der Aus- und Weiterbildung im landwirtschaftlichen Bereich ermöglicht die Digitalisierung einen vereinfachten Zugriff auf Wissen.“

(Heiterkeit der CDU und bei der AfD)

Danke, liebe Landesregierung!

„Wissensvermittlung durch die Lehrenden ist effizienter geworden und letztendlich kann das Lernen orts- und zeitunabhängig erfolgen.“

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der  
AfD –  
Heiterkeit der CDU und AfD –  
Zuruf aus dem Hause: Wunderbar!)

Das zum Thema „Digitalisierung für die Landwirtschaft“.

(Zurufe aus dem Hause)

Wenn wir das Thema „Digitalisierung“ näher beleuchten – gerade hat jemand dazwischengerufen, wir reden hier über Digitalisierung: Sie geben „zukunftsweisende“ Antworten, wie wir das sicherstellen wollen,

(Heiterkeit des Abg. Dr. Adolf Weiland,  
CDU)

dann ist festzustellen, wir haben in einigen Dörfern in Rheinland-Pfalz – das war diese Woche Thema im Medienausschuss –, nicht einmal Handyempfang.

(Abg. Joachim Paul, AfD: Richtig, so ist es!)

Wie wollen Sie die Digitalisierung vorantreiben, wenn wir als Bundesland im Vergleich aller westdeutschen Bundesländer beim 50 Mbit/s-Breitbandausbau auf dem zweitletzten Platz liegen?

(Beifall der CDU und bei der AfD –  
Zuruf des Abg. Joachim Paul, AfD)

Wie wollen Sie die Digitalisierung und die Wissensvermittlung in der landwirtschaftlichen Ausbildung vorantreiben?

Wie sieht es zum Beispiel mit der Ausstattung unserer Kommunen aus? Auch da: viele Statistiken. Sie geben keine Antwort darauf, wie Sie die schlechte finanzielle Ausstattung unserer Kommunen verbessern wollen. Ich erinnere nur daran, was Sie vorhatten: Schließung kleiner Grundschulen. Das ist sicherlich keine Stärkung für unsere ländlichen Räume.

(Beifall der CDU und der AfD –  
Abg. Joachim Paul, AfD: So ist es!)

Eines der wichtigen Themen der Zukunft ist „Demografie“. Die Antworten der Landesregierung zeigen, es fehlt ein wirkliches Demografiekonzept. Sie listen auch wieder Zahlen auf, die man überall hätte abrufen können. Es zeigt, dass dieses Thema überhaupt keine Verankerung im Regierungshandeln hat, weil ansonsten die Antworten auf die Große Anfrage anders ausgefallen wären.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Jetzt würde ich noch gerne intensiv auf das Thema „Landwirtschaft“ eingehen, aber wahrscheinlich würde die SPD oder Frau Klinkel

(Abg. Michael Hüttner, SPD: Ah, doch was gelernt!)

mir dann wieder vorwerfen, ich hätte n u r über die Landwirtschaft gesprochen.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Das hat Dich getroffen, gell?)

Nur so viel: Sie haben keinerlei Innovationen bei der Ernährungsbildung. Es fehlt auch ein Konzept, wie regionale Produkte vermarktet werden sollen. Auch hierauf geben Sie in der Großen Anfrage keine Antwort. Es fehlen die Konzepte, wie es mit unserer Milchviehhaltung und der Schweinehaltung weitergeht.

Abschließend erlauben Sie mir noch eine Bemerkung.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Was, wenn wir jetzt Nein sagen?)

Ich bin sehr froh, dass die 244 Seiten nicht allen Abgeordneten ausgedruckt zur Verfügung gestellt wurden, sondern da die Digitalisierung gegriffen hat. Es wäre schade um die Bäume in Rheinland-Pfalz gewesen.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

#### **Präsident Hendrik Hering:**

Für eine Kurzintervention erteile ich dem Kollegen Weber das Wort.

#### **Abg. Marco Weber, FDP:**

Sehr geehrter Herr Präsident,

(Zurufe der Abg. Alexander Schweitzer,  
SPD, und Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU –  
Glocke des Präsidenten)

meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Frau

Schneider, das kann man so machen, wenn man sich hier profilieren will für zukünftige Wege, die sich einem eröffnen,

(Heiterkeit des Abg. Dr. Adolf Weiland,  
CDU –  
Unruhe bei CDU und SPD)

aber die Wege sind ja noch nicht endgültig beschritten.

Für die 4 Millionen Rheinland-Pfälzer ist das aber ein Schlag, wenn eine CDU-Frontfrau sich so über eine Große Anfrage lustig macht,

(Beifall der FDP, der SPD und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Abg. Christine Schneider, CDU: Das ist ein  
Schlag gegen diese Regierung! Es ist eine  
Unverschämtheit, was Sie hier geliefert  
haben!)

eine Partei, die über Jahre hinweg das Wort „Heimat“ in ihrem Slogan hatte, die Werbung für den ländlichen Raum macht,

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Sie schämen  
sich doch selbst für diese Große Anfrage!)

die aber zu ihrem 70. Parteitag in Koblenz

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Sie  
schämen sich doch am meisten! –  
Glocke des Präsidenten)

große Papiere initiiert und vergisst, das Wort „Landwirtschaft“ oder das Themenfeld „Landwirtschaft“ in einem Strategiepapier der CDU zu „70 Jahre CDU Rheinland-Pfalz“ einzubauen.

(Beifall der FDP, der SPD und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Schäm Dich!)

Frau Schneider, wenn Ihnen die Innovation in diesem Papier fehlt, dann spreche ich einfach einmal die FSJler und Grünen Berufe an, die auch von der Presse, vom Trierischen Volksfreund und von anderen Medien, aufgenommen worden sind.

(Abg. Christine Schneider, CDU: Sie tun mir  
leid, dass Sie jetzt da reingehen müssen,  
weil Sie sich auch für die Anfrage  
schämen!)

Und ich könnte Ihnen noch weitere Dinge aus dem Papier nennen. Aber es ist beschämend, wie Sie hier den ländlichen Raum heute dargestellt haben.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP, der SPD und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Präsident Hendrik Hering:**

Eine Reaktion wird offensichtlich nicht gewünscht. – Herr Abgeordneter Schmidt, Sie haben das Wort.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Es  
irritiert mich immer, wenn CDU und FDP  
sich streiten, das macht mich ganz fertig!  
Das macht mich nervös! –  
Zuruf des Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU –  
Unruhe im Hause –  
Glocke des Präsidenten)

Beginnen Sie bitte, Herr Abgeordneter Schmidt.

#### **Abg. Martin Louis Schmidt, AfD:**

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Nicht nur Frau Schneider hat sich gewundert, warum ausgerechnet die FDP diese Große Anfrage zum Großthema „Ländliche Räume“ in einer derart opulenten Form mit immerhin 209 Fragen eingebracht hat.

Da hat die niedersächsische FDP-Fraktion fleißig vorgearbeitet; denn diese brachte die Große Anfrage in weitgehend der gleichen Form bereits im Jahr 2014 ein.

(Beifall bei der AfD –  
Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Aha, aha!  
Fleißig, fleißig!)

Wie auch immer, das Thema ist, rein rhetorisch gesehen – die Antworten der FDP-Fraktionsvorsitzenden waren hier ja äußerst dürftig –, in aller Munde. Die überfälligen Taten sind bislang allerdings vielfach ausgeblieben.

Nachdem die AfD bereits fast auf den Tag genau vor einem Jahr, nämlich am 25. August 2017, in diesem Hause mit einem Antrag für ein Sonderprogramm zur Förderung der ländlichen Räume eine Vorreiterrolle gespielt hat, verdient nun die Große Anfrage der FDP insofern unsere Beachtung, als zumindest einige Antworten die schwierige Situation der ländlichen Gebiete von Rheinland-Pfalz weiter erhellen.

So gibt es Hinweise auf Unzulänglichkeiten in den Bereichen „Tourismus“ mit den Fragen 195 bis 209 oder „Gesundheitsversorgung“ in Gestalt der Frage 32, die überproportional große Fachkräftelücken bei Hebammen bzw. Entbindungspflegern in ländlich geprägten Räumen aufdeckt.

Mit aller Deutlichkeit wenden wir uns als AfD gegen jegliche Versuche, Stadt und Land gegeneinander auszuspielen. Wir können solche Versuche in den aktuellen Debatten um den kommunalen Finanzausgleich beobachten und mussten sie seitens der Linksparteien bereits erleben, als es um den Erhalt kleiner Grundschulen ging. Doch ein Stadt-Land-Gegensatz in der Schülerrelation à la Köbler und Klomann existiert so nicht, wie die Antwort auf Frage 157 der Großen Anfrage belegt.

Schon die Antworten auf die dritte und vierte Frage zeigen deutlich, dass das Kernproblem der fortgesetzten Schrumpfung und Alterung der Bevölkerung auf dem Lande auch in Rheinland-Pfalz nicht einmal ansatzweise gelöst ist. Wir hätten uns an dieser Stelle eine Gegenüberstellung besonders schwieriger aktueller demografischer Daten mit besseren Zahlen, vornehmlich aus den größeren Städten, gewünscht. Diese würden dann zusätzlich



die Tatsache unterstreichen, dass wir schon seit Jahren eine demografische Spaltung beobachten: eine Spaltung zwischen wachsenden, manchmal sogar boomenden großstädtischen Ballungszentren einerseits und schrumpfenden und verarmenden Dörfern, Klein- und Mittelstädten andererseits.

Unter den Antworten der hier diskutierten Großen Anfrage stechen unter anderem jene auf die Fragen 12 und 179 hervor. Bei Ersterer kontrastiert die positive Darstellung der Landesregierung zum Arbeitsmarkt mit der Statistik, wonach die Zahl der Arbeitsplätze pro Einwohner im ländlichen Raum gering ist. Und die Antwort auf die Frage 179 macht deutlich, dass die Investitionen der Industrie auf dem Lande spärlich ausfallen. In den zehn Jahren von 2007 bis 2016 entfielen nur 4,4 Milliarden Euro von insgesamt 26,7 Milliarden Euro an Investitionen auf den ländlichen Raum.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Aha, aha,  
aha! –  
Unruhe bei der SPD-Fraktion)

– Es wäre schon sehr schön, wenn die SPD-Fraktion ein wenig zuhören würde, es kommt ja immerhin aus Ihrer Regierungskoalition.

(Abg. Jens Guth, SPD: Es kommt darauf an,  
wer spricht! Bei Ihnen ist es uninteressant! –  
Zurufe von der AfD)

– Ja gut, super. Solch eine Reaktion spricht für sich.

Das unverkennbar wachsende Gefälle hat weitreichende Folgen für das Verkehrsaufkommen, die ärztliche Versorgung, den Umwelt- und Landschaftsschutz, die Steuereinnahmen, das Bildungs- und Kulturangebot und nicht zuletzt die Miet- und Immobilienpreise.

Als AfD sehen wir in einer immer weitergehenden Wohnraumverdichtung bzw. in groß angelegten Neubauprogrammen in den städtischen Kernzonen keine nachhaltig befriedigende Lösung. Gleiches gilt für neuerliche umfassende Baulandausweisungen und exzessive Flächenversiegelungen auf der grünen Wiese der unmittelbar benachbarten sogenannten Speckgürtel, also zumeist auf landwirtschaftlich nutzbaren Böden.

Neben diesen beiden Möglichkeiten einer, zugespitzt formuliert, Zubetonierung der Großstädte einerseits und einer totalen Zersiedelung der umliegenden Landschaften andererseits, gäbe es nämlich eine Alternative. Wir als AfD setzen uns dafür ein, alles dafür zu tun, damit die demografisch darniederliegenden ländlichen Räume enger an die Städte und die dort konzentrierten Arbeitsplätze angebunden werden;

(Beifall der AfD)

denn wenn Straßen, Schienenwege, Busverbindungen, die Leistungsfähigkeit des Internets, die medizinische Versorgung, das örtliche Angebot an Schulen und Berufsschulen stimmen, werden viele, gerade jüngere Bürger gerne aufs Land ziehen, schon um hohe Mieten zu sparen oder sich Wohneigentum überhaupt leisten zu können. Auch die in den Zentren am stärksten zu beobachtenden multikulturellen

Entfremdungsprozesse sowie die Sicherheitslage, also die deutlich geringere Wahrscheinlichkeit auf dem Lande, zum Kriminalitätsopfer zu werden, spielen zweifellos eine große Rolle

(Heiterkeit bei dem BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN)

für die parallel zur Landflucht festzustellende gesellschaftliche Lust aufs Land.

(Beifall der AfD)

Nach Angaben des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung aus dem vergangenen Jahr stehen in Rheinland-Pfalz 40.000 ländliche Eigenheime leer, Tendenz steigend. Und nach einer Umfrage der Bundesstiftung Baukultur, ebenfalls aus dem Jahr 2017, wollen 44 % der Bevölkerung am liebsten in einer Landgemeinde wohnen, 33 % in einer Klein- oder Mittelstadt und nur 21 % in einer Großstadt. Hier muss die Politik im Interesse aller Bürger, in der Stadt wie auf dem Land, ansetzen.

Die AfD als heimat- und identitätswahrende Partei wird jedenfalls auch in Zukunft als treibende Kraft für die Stärkung unserer ländlichen Räume eintreten.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD)

#### **Präsident Hendrik Hering:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht der Kollege Hartenfels.

#### **Abg. Andreas Hartenfels, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Tat ist es im wahrsten Sinne des Wortes ein umfangreiches Geschäft, sich dem Thema des ländlichen Raums zu nähern. 200 Seiten Fragen und Antworten, 200 Seiten Anhang – es ist eine gewaltige Leistung, das in der Form abzuarbeiten. Es ist mit Sicherheit kein Anlass, das zu diskreditieren, wie es Frau Schneider gemacht hat, wenn man sich so umfangreich mit diesem Thema beschäftigt.

Ich habe mir auch Gedanken gemacht, wie ich das in meiner Rede so aufbereiten kann, dass es so etwas wie einen roten Faden gibt. Ich habe als Anlass noch einmal die Parlamentsschelte mitgenommen, die wir gestern von Teilen der schreibenden Zunft erfahren mussten. Es wurde gesagt, das rheinland-pfälzische Parlament mache ein bisschen Landesliga, und rhetorisch wäre das auch so eine Sache. Ich habe einmal versucht, die Rede etwas anders aufzubauen, um zu schauen, wie die schreibende Zunft darauf reagiert, wobei sie am frühen Morgen noch nicht so umfangreich vertreten ist.

Ich nehme als Ausgangspunkt den Landkreis Kusel. Der Landkreis Kusel verliert pro Jahr etwa 500 Einwohnerinnen und Einwohner. Das sind ein bis zwei Dörfer, die verschwinden. Ich möchte anhand einer Familie in diesem ländlichen Raum dokumentieren, wie der Alltag aussieht. Damit ich den Datenschutz gewährleisten kann, nehme ich natürlich

die Familie des Andreas Hartenfels, um das ein bisschen zu dokumentieren.

Ich war vor meiner Zeit als Parlamentarier beruflich als Planer mit einem eigenen Planungsbüro unterwegs. Es gab leider vor wenigen Jahren noch die Situation, dass man sich mit 2 Mbit/s mit der Welt vernetzen musste. Das ist natürlich der Untergang für ein Planungsbüro. Das ist heutzutage zum Glück kein Thema mehr. Es gibt eine sehr gute Breitbandanbindung. Da hat sich einiges in der Zeit getan.

Wenn ich meinen Neffen nehme, der in die Alterskategorie unter 20 fällt – das sind 17 % im Landkreis Kusel –, so hat dieser andere Fragestellungen. Er hat ein relativ gutes Jugendangebot im Landkreis Kusel. Natürlich ist es mobilitätsmäßig schwierig, das alles zu erreichen. Deswegen hat er früh seinen Führerschein gemacht und gerne auf das Auto von Mama und Papa zurückgegriffen, um dem begegnen zu können.

Ausbildungstechnisch hat er sich jetzt für die Rheinschiene entschieden, weil er bei sich zu Hause nicht so gut etwas findet. Ob er beruflich einmal zurückkommen wird, werden wir sehen.

Meine Eltern – das ist die Alterskategorie über 65 Jahre; das sind im Landkreis Kusel etwa 21 % – sind noch rüstig und gut unterwegs. Sie haben einen Hochwasserschlag in diesem Sommer erlitten. Normalerweise fahren sie gerne Bahn, auch in Rheinland-Pfalz. Im Landkreis Kusel gibt es hervorragende Bahnhöfe, barrierefrei und gut aufgestellt.

Sie haben den Fehler gemacht, in diesem Jahr in Richtung nördliches Rheinland-Pfalz zu fahren. Sie wollten in Sinzig aussteigen. In Sinzig den Bahnhof zu verlassen, ist eine ziemliche Herausforderung. Wir haben dort eine Ausstiegshöhe von über 50 cm. Das ist gerade für die ältere Generation nicht so angenehm. Da merken Sie, dass auch in Rheinland-Pfalz gewaltige Unterschiede in der Ausstattung und in der Qualität vorhanden sind.

Wenn wir jetzt in das Jahr 2035 springen – demografischer Wandel –, so ist der Herr Hartenfels inzwischen bei den über 65-Jährigen gelandet. Er ist jetzt dort in guter Gesellschaft. Ein Drittel der Bevölkerung im Landkreis Kusel ist über 65 Jahre alt, nämlich 35 %.

Seine Eltern sind natürlich noch einmal in einer ganz anderen Alterskategorie gelandet, nämlich bei den weit über 80-Jährigen. Auch das ist ein gewaltiger Erdbeben im Landkreis Kusel. Jeder Zehnte ist dort inzwischen über 80 Jahre alt. Das sind 6.600 Menschen im Landkreis Kusel.

Da stellen sich im Jahr 2035 noch einmal ganz andere Herausforderungen: Gesundheit und Pflege zum Beispiel. Man könnte sehr viele nennen. Auch das Thema der Finanzen ist zu nennen. Meine Eltern haben dann fast über 40 Jahre lang Rente bezogen. Das ist für sie verdient und gerecht.

Mein Neffe ist inzwischen in der Berufstätigenkategorie gelandet. Er ist in den Landkreis Kusel zurückgekommen.

(Abg. Dr. Timo Böhme, AfD: Uns interessiert Ihre Familiengeschichte nicht!)

Er ist jetzt in der Gesellschaft der 50 % Berufstätigen im Landkreis Kusel. Er stellt sich die Frage natürlich ganz anders. Wie werden denn die Renten finanziert, wenn ein Drittel im Landkreis über 65 Jahre alt ist und nur noch 50 % berufstätig sind? Sie sehen, auch im Bereich der Finanzen haben wir eine ziemliche Herausforderung zu stemmen.

Was will ich mit diesen Schlaglichtern und diesem Schnelldurchlauf der Familie Hartenfels zeigen? Wir verlassen jetzt wieder einmal diese persönliche Schiene. Es ist nur ein Einzelfall von vielen.

Meine Damen und Herren, es zeigt, dass das Parlament in Rheinland-Pfalz sehr wichtig ist, gerade auch vor dem Hintergrund des ländlichen Raums, um sich mit diesen Fachfragen fundiert und nicht schlaglichtartig oder manchmal auch unter der Gürtellinie auszutauschen.

Wir haben exzellente Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker in allen Fraktionen. Ich möchte bewusst einmal andere Fraktionen und Persönlichkeiten nennen, die hier an diesen Themen gut arbeiten. Eine Frau Kohnle-Gros von der CDU-Fraktion liefert immer, finde ich, sehr pointierte und gute Reden ab. Ich möchte auch Frau Thelen nennen, auch wenn sie nicht in meinem Fachbereich aktiv ist. Ein junger Abgeordneter wie Steven Wink macht seine Themenpalette ganz hervorragend, obwohl er im Parlament noch neu ist. Natürlich ist auch Herr Dr. Denis Alt zu nennen, mit dem ich finanzpolitisch und haushaltspolitisch einmal arbeiten durfte

(Abg. Dr. Timo Böhme: Was ist denn das für eine Selbstinszenierung?)

– er ist jetzt in die Wirtschaftspolitik abgedriftet –, der hier auch gute und politisch fachliche Reden liefert. Deswegen bin ich selbst sehr beruhigt – jetzt komme ich noch einmal an den Anfang zurück –, wenn ich an das Parlament in Rheinland-Pfalz denke. Ich glaube, viele Kolleginnen und Kollegen machen eine gute Arbeit und beschäftigen sich ernsthaft mit den Themen,

(Abg. Uwe Junge, AfD: Es geht um den ländlichen Raum, Herr Kollege! –

Abg. Dr. Timo Böhme, AfD: Das ist peinlich! Deswegen schreibt die Presse!)

zum Beispiel mit dem Thema „Ländlicher Raum“. Es ist wichtig, dass wir die Themen aus der Großen Anfrage benennen, Finger in die Wunden legen und versuchen, auch die richtigen Antworten zu finden.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

**Präsident Hendrik Hering:**

Für die Landesregierung hat Herr Staatsminister Dr. Wisning das Wort.

**Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr,**

### Landwirtschaft und Weinbau:

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der ländliche Raum ist integraler Bestandteil des Landes Rheinland-Pfalz. Wer politische Verantwortung im Land Rheinland-Pfalz trägt, muss sich darüber im Klaren sein, dass wir ein relativ großes Flächenland sind, das nicht sehr dicht besiedelt ist. Politik für Rheinland-Pfalz kann immer nur Politik für den ländlichen Raum bedeuten. Deswegen steht sie für die Landesregierung auch ganz im Fokus.

Man muss die Menschen in ganz Deutschland in den urbanen Zentren warnen, den ländlichen Raum zu übersehen. Wer dieser Versuchung unterliegt und glaubt, diese Urbanisierungstendenzen, die Flucht in die Städte, seien ein Trend, der ganz schick, hipp und modern sei und auf den Rest könne man sich in den Ferien oder an einem Wochenendausflug konzentrieren, der kann ganz schnell böse aufwachen, wie beispielsweise die Briten beim morgendlichen Aufwachen in der Londoner City, als man auf dem Land für den Brexit votierte.

Deswegen hat die Landesregierung den ländlichen Raum fest im Blick. Mit dem Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau haben wir ein Strukturministerium geschaffen, das Infrastrukturpolitik, Landwirtschaftspolitik, Weinbaupolitik und auch regionale Wirtschaftspolitik aus einer Hand ermöglicht und dadurch gezielt gebündelte Kräfte für den ländlichen Raum mobilisieren kann.

Es sind aber von Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch schon viele andere Maßnahmen angesprochen worden, ob das die Gemeindegewerkschaft<sup>plus</sup> ist, die flächendeckende, gute Unterrichtsversorgung in der Bildung und viele andere Dinge.

Ich möchte aber noch einmal auf die Infrastruktur zurückkommen. Infrastrukturversorgung im ländlichen Raum ist die wichtigste Voraussetzung für Prosperität, für Wohlstand, für Teilhabe und auch für soziale Sicherheit. Deswegen investieren wir Rekordsummen in die Straßen unseres Landes, aber auch in die Radwege und in den Schienenpersonennahverkehr. Der ÖPNV insgesamt spielt eine große Rolle.

Wir werden auch die Digitalisierung nutzen und arbeiten an gezielten Konzepten für unser Land Rheinland-Pfalz, beispielsweise im Bereich des Smart Farmings, in dem wir mit der Geo-Box Benchmark für ganz Deutschland sind, oder auch mit dem modernen Verkehrsportal, das wir entwickeln und mit dem wir als erstes Land digital gesteuerte Systeme mit Präzision in der Fläche ermöglichen. Auch das sind wir Pioniere in Deutschland, weil wir der festen Überzeugung sind, dass die Nutzung digitaler Möglichkeiten für den ländlichen Raum nicht von den Menschen entwickelt wird, die sich in urbanen Zentren um die Digitalisierung kümmern, sondern wir das schon selbst machen müssen.

Es gibt gute Beispiele für digitale Start-ups in Rheinland-Pfalz, die es nicht geben würde, wenn die Menschen in Berlin, Hamburg oder München gelebt hätten. Denken Sie nur an das Projekt InnoCow. Die Konfrontation mit den Problemen der Landwirtschaft und mit der Viehhaltung setzt erst einmal voraus, dass man über die Probleme Kenntnis erlangt und erst dann an den Lösungen arbeiten kann.

Auch die Fachkräftesicherung in der Fläche ist eine wichtige Aufgabe der Landesregierung. Die Ministerpräsidentin macht das mit dem ovalen Tisch. Wir machen Regiocamps in der Fläche. Wir sorgen für gute Strukturen im Handwerk. Auch darüber wurde in dieser Sitzungswoche schon gesprochen.

Wir sind das Land des Ehrenamts. Auch darauf können wir stolz sein. Die Ministerpräsidentin übergibt am Sonntag den Ehrenamtspreis. Auch das ist ganz wichtig; denn der ländliche Raum wäre ohne das Ehrenamt undenkbar.

Ich sage den Unternehmerinnen und Unternehmern in den Ballungszentren gerne und oft: Achten Sie darauf, wie wichtig die hohe Lebensqualität im ländlichen Raum ist; denn nur die Länder und Regionen sind reformfähig, auch hinsichtlich dessen, was im industriellen Bereich notwendig ist, die gleichwertige Lebensverhältnisse in der Fläche haben.

Die großen Probleme Italiens hängen ganz eng damit zusammen, dass die Lebensverhältnisse in Nord- und Südtalien sehr unterschiedlich sind. Eine Sozialreform, die in Rom gemacht wird, wirkt sich in Mailand relativ harmlos bzw. gering aus im Vergleich zu Palermo oder Neapel.

Dann eine Mehrheit in einem gemeinsamen Parlament zu finden, ist eine echte Herausforderung. Wir haben das in Deutschland anders gemacht. Die Landesregierung setzt alles daran, dass die Lebensverhältnisse in der Fläche in unserem Land Rheinland-Pfalz gut bleiben und dort, wo es notwendig ist, noch verbessert werden. Ich habe einige Beispiele genannt. Der Tourismus spielt auch eine große Rolle, weil wir mit den ganzen Infrastrukturen, die wir für den Tourismus schaffen, natürlich auch Infrastrukturen für die Wohnbevölkerung vor Ort schaffen.

Es gibt viele Beispiele. Ein Freibad, das von Touristen genutzt wird, dient auch außerhalb der Tourismussaison der Lebensqualität der Menschen vor Ort.

Frau Kollegin Schneider, ich kann Ihnen eines nicht ersparen. Sie haben sich hier hingestellt und über die Digitalisierung lustig gemacht.

(Abg. Christine Schneider, CDU: Nein, über Ihre Antworten! Ich habe mich nicht über die Digitalisierung, sondern über Ihre Antworten lustig gemacht!)

Sie haben darüber gelacht.

(Abg. Alexander Licht, CDU: Jetzt drehen Sie Ihr das Wort im Munde herum! Genau das haben Sie gestern kritisiert! – Weitere Zurufe von der CDU)

– Jetzt rede ich aus, und dann können Sie das, was ich gesagt habe, bewerten, Herr Licht. Sie sind vielleicht Hellseher, aber Sie können nicht bewerten, was ich gesagt habe, bevor ich es ausgesprochen habe.

(Beifall der FDP, der SPD und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Abg. Alexander Licht, CDU: Ich will Sie an  
das erinnern, was Sie gestern gesagt  
haben!)

Ich glaube, darauf können wir uns verständigen.

Jetzt wird es konkret. Einige Dörfer bei uns haben noch  
nicht einmal eine Mobilfunkversorgung, hahaha.

(Abg. Christine Schneider, CDU: Ich habe  
mich darüber nicht lustig gemacht! Ich habe  
das festgehalten!)

– Sie haben sich darüber lustig gemacht.

(Abg. Christine Schneider, CDU: Ich habe  
mich nicht darüber lustig gemacht! Ich habe  
mich über Ihre Antworten lustig gemacht,  
dass Sie keine Antworten auf die Fragen  
gegeben haben! –  
Weitere Zurufe im Hause –  
Glocke des Präsidenten)

Sie haben gesagt, einige Dörfer in Rheinland-Pfalz haben  
noch nicht einmal eine Mobilfunkversorgung.

(Abg. Christine Schneider, CDU: Das ist  
richtig!)

– Das ist richtig. Jetzt sage ich Ihnen Folgendes:

1. Das stimmt.

2. Die Zuständigkeit für die Mobilfunkversorgung im ländlichen  
Raum trägt nicht die SPD in Deutschland, tragen  
auch nicht die Grünen in Deutschland, trägt auch nicht  
die FDP in Deutschland, sondern die Union. Sie stellt den  
zuständigen Minister im Bund, der für die Mobilfunkversor-  
gung in Deutschland zuständig ist.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Und das  
seit vielen Jahren!)

– Und das nicht seit gestern oder seit Beginn dieser Le-  
gislaturperiode, sondern seit vielen Jahren. Jetzt frage ich  
mich: Wenn Sie ein Problem mit der Mobilfunkversorgung  
in Deutschland haben, auch bei uns in Rheinland-Pfalz – in  
der Tat, diese ist nicht gut –, warum sprechen Sie nicht mit  
dem Minister der Union und sagen ihm, dass das dringend  
verbessert werden muss, weil die Menschen bei uns die  
Unterversorgung, die die Union im Bund zu verantworten  
hat, nicht mehr ertragen können? Warum machen Sie das  
nicht?

(Starker Beifall der FDP, der SPD und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann könnten Sie auch noch zu den Menschen in diesen  
Dörfern gehen und sich dafür entschuldigen, dass Ihre  
Partei die Verantwortung dafür trägt, Sie aber nicht liefern.  
Was ich allerdings nicht hinnehme ist, dass Sie die Ver-  
säumnisse der Union der Landesregierung vorwerfen. Wir  
sind für diese Defizite als Landesregierung nicht verant-  
wortlich. Wo Handyempfang fehlt, muss die Union ihrer  
Verantwortung im Bund gerecht werden. Das ist Politik für

den ländlichen Raum.

Vielen Dank.

(Starker Beifall der FDP, der SPD und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Präsident Hendrik Hering:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegen nun drei Kurzin-  
terventionen zur Rede von Herrn Staatsminister Dr. Wis-  
sing vor.

Herr Dr. Wissing, Sie können jeweils entscheiden, ob Sie  
auf die jeweilige Kurzintervention direkt oder im Anschluss  
antworten wollen. Wenn Sie im Anschluss antworten, dann  
verbleiben Ihnen nur 3 Minuten. Sonst hätten Sie jeweils 3  
Minuten.

Wir beginnen mit der Kurzintervention von Frau Schneider.

(Abg. Alexander Schweitzer, CDU: Wer  
erzählt eigentlich der Presse, die nicht da  
ist, dass hier gerade interessant debattiert  
wird? –  
Heiterkeit und Beifall im Hause)

#### **Abg. Christine Schneider, CDU:**

Herr Kollege Schweitzer, ein sehr berechtigter Einwurf.  
Aber möglicherweise sitzt die Presse vor dem PC und  
schaut sich den Livestream an.

(Abg. Martin Haller, SPD: Genauso wird es  
sein!)

Herr Minister Wissing, das war jetzt wieder typisch für Sie.  
Sie beschwerten sich gestern, dass einem das Wort im  
Munde herumgedreht wird. Dann gehen Sie hier ans Red-  
nerpult und behaupten, ich hätte mich über das Thema  
„Digitalisierung“ lustig gemacht. Herr Minister Wissing, ich  
habe mich nur über eines lustig gemacht, nämlich über die  
Antworten, die Sie auf die Fragen zum Thema „Digitalisie-  
rung“ geliefert haben,

(Beifall der CDU)

weil Sie in keiner Antwort ein Zukunftskonzept aufgezeigt  
haben.

Dann kommt der zweite Mechanismus, den wir auch ken-  
nen. Für alles, was in Rheinland-Pfalz schlecht läuft, ist die  
Landesregierung nie verantwortlich und hat auch keinerlei  
Kompetenzen. Da wird immer Richtung Bundesregierung  
gezeigt.

Herr Minister Wissing, dieses Parlament ist nicht dazu da,  
Ihre Traumabewältigung fortzusetzen.

(Beifall der CDU –  
Zurufe von SPD, FDP und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN: O je!)

Dieses Parlament ist nicht dafür da, Ihre Wunden zu hei-  
len, dass Sie leider in Berlin nicht in der Regierung sitzen.  
Wir sind dafür nicht verantwortlich. Sie sind vom Verhand-

lungstisch aufgestanden. Sie hätten die Bundespolitik doch ändern können, wenn Sie es gewollt hätten.

Ihnen hat doch der Mut dazu gefehlt. Lassen Sie uns endlich mit Ihrem Trauma hier im Hause in Ruhe.

(Beifall der CDU)

**Präsident Hendrik Hering:**

Zu einer weiteren Kurzintervention Herr Abgeordneter Paul.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Die armen Sozialdemokraten haben es machen müssen!)

**Abg. Joachim Paul, AfD:**

Wir haben kurz über den Mobilfunk und die Internetversorgung gesprochen, Glasfaser so wie in Serbien, wir haben ganze Ortschaften, in denen wir keinen Mobilfunkempfang haben. Gestern hat die IHK-Präsidentin gesagt, dass es mittlerweile auch die Wirtschaftsleistung in Rheinland-Pfalz enorm beschädigt und dämpft.

Die Verantwortung wird immer hin und her geschoben. Immerhin hat die Landesregierung im Medienausschuss gesagt, dass sie bilaterale Gespräche mit den Mobilfunkbetreibern und der Bundesebene führt.

Ich sage es noch einmal ganz klar – ich weiß nicht, ob das parteiübergreifend Anklang findet –, man muss vielleicht einmal den Mut haben zu sagen, hier kommt – das sage ich als überzeugter sozialer Marktwirtschaftler – die Marktwirtschaft an Grenzen; denn diese Versorgung mit Internet und Mobilfunk ist Daseinsfürsorge. Wir können das nicht den Mobilfunkkonzernen überlassen, die rein kommerziell entscheiden, es lohnt sich nicht, in die Fläche zu gehen und die Orte mit einzubinden. Da ist der Staat gefordert. Das ist mittlerweile so wichtig wie Wasser, Strom usw. Wir können uns dieses Hickhack der Mobilfunkkonzerne, das teilweise ökonomisch nachvollziehbar ist, nicht leisten. Wir brauchen jetzt eine Kraftanstrengung des Staates. Hier sind Bundes- und Landesebene gleichermaßen gefordert. Es muss überlegt werden, welche Strukturen aufgebaut werden.

(Beifall der AfD)

Vielleicht gibt es einen parteiübergreifenden Konsens. Wie gesagt, die Marktwirtschaft gerät hier an Grenzen.

(Beifall der AfD –  
Zuruf von der AfD: Sehr gut!)

**Präsident Hendrik Hering:**

Für eine weitere Kurzintervention hat Herr Abgeordneter Licht das Wort.

**Abg. Alexander Licht, CDU:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Minister,

ich habe gerade eine SMS bekommen. Anscheinend hört und sieht man draußen doch zu, was hier diskutiert wird.

Kommentar: Sagen Sie Herrn Wissing, billiger geht es nicht. –

(Abg. Monika Becker, FDP: Wer hat das denn geschrieben? –

Abg. Alexander Fuhr, SPD: Es ist die Frau Schneider! –

Abg. Martin Haller, SPD: Hört auf, Euch gegenseitig zu streiten in der Plenarsitzung!)

So wie Sie sich in der Form einer Großen Anfrage Ihrer eigenen Partei stellen, kann ich einfach nur sagen: Billiger geht es nicht.

(Beifall der CDU)

Ich will einen Punkt herausnehmen: Warum kommuniziert die Feuerwehr in Rheinland-Pfalz immer noch mit alten Funkgeräten?

(Zuruf des Abg. Michael Hüttner, SPD –  
Abg. Christine Schneider, CDU: Die Bundesregierung ist schuld!)

Dieser Punkt hat nichts mit der Bundesregierung und nichts mit einer Großen Koalition in Berlin zu tun, sondern mit den Verantwortlichen in Rheinland-Pfalz, in diesem Bundesland. Warum funktioniert es immer noch nicht in dieser wichtigen Versorgung für unsere Bevölkerung?

Ich war letzte Woche Dienstag in einem Ort. Ich kann ihn hier nennen, es war Traben-Trarbach Kautenbach. Dort ist Funkstille, da passiert nichts. Dort geht kein Handy, gar nichts.

(Zuruf der Abg. Monika Becker, FDP)

Warum, wird man nachfragen können. Wenn Sie sich mit der Technik beschäftigen, werden Sie feststellen, das hat viel damit zu tun, dass in Rheinland-Pfalz anders gehandelt wird als in anderen Bundesländern.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Bayern gibt eine Milliarde Euro!)

Dann kommt beispielsweise auch die Debatte auf, dass in Bayern – das Stichwort Bayern wird jetzt genannt –

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Eine Milliarde Euro pro Jahr!)

eine Versorgungsdichte mit viel Geld angestrebt wird, damit morgen und übermorgen alles digital möglich ist, weil man weiß, dass es immer noch Funklöcher gibt.

Billiger geht es nicht, Herr Minister. Sorgen Sie dafür, dass Sie beispielsweise in der Feuerwehr morgen die alten Funkgeräte abschaffen können und endlich auf dem neuesten Stand sind, so wie es andere Bundesländer machen. Das ist Ihre Aufgabe.

(Beifall der CDU –

Abg. Michael Hüttner, SPD: Es gibt doch ein Programm des Landes!)

**Präsident Hendrik Hering:**

Zur Beantwortung hat Herr Staatsminister Dr. Wissing das Wort.

**Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:**

Zu dem Stichwort „billiger geht es nicht“, ist zu sagen, wir reden hier über die Mobilfunkversorgung und nicht über Funkgeräte von der Feuerwehr, Herr Kollege Licht. Das ist so eine Art, von der eigenen Verantwortung abzulenken.

(Abg. Martin Haller, SPD: Das kennen wir!)

Wissen Sie, ich habe es ganz gerne, wenn Reden und Handeln in der Politik zusammenpassen. Sie generieren sich hier als CDU als die Partei, die beim Infrastrukturausbau kräftig anpackt, und die Landesregierung macht zu wenig.

(Heiterkeit des Abg. Alexander Schweitzer, SPD)

Wir stellen rund 80 Ingenieure beim Landesbetrieb ein, Sie bekommen keine acht Ingenieure für die Wasserstraßenverwaltung. Das ist ein Beispiel.

(Abg. Alexander Licht, CDU: Auch wieder eine Halbwahrheit von Ihnen! –  
Abg. Martin Haller, SPD: Die ganze Wahrheit!)

– Das ist die komplette Wahrheit.

**Präsident Hendrik Hering:**

Herr Kollege Licht, Sie haben die Gelegenheit zu reden. Jetzt lassen Sie bitte den Minister ausreden.

**Dr. Volker Wissing, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau:**

Dann stellen Sie sich hier hin und sagen, die CDU steht für die Versorgung der Dörfer mit Mobilfunk. Wir regieren zwar in Berlin, machen es auch, bekommen es aber nicht hin, aber das lassen wir unter den Tisch fallen und hängen es lieber der Landesregierung an.

(Zuruf des Abg. Marco Weber, FDP)

Sie haben die Verantwortung dafür, dass beim Mobilfunk keine Funklöcher in Deutschland vorhanden sind. Warum werden Sie dieser Verantwortung nicht gerecht? Das wäre doch ein Thema, über das wir hier im Zusammenhang mit dem ländlichen Raum reden könnten.

(Zuruf der Abg. Hedi Thelen, CDU)

Warum bekommen wir das in Deutschland nicht hin? Es gibt andere Länder, in denen das gelingt.

Sie haben die Wirtschaft angesprochen. Glauben Sie mir, die Landesregierung bringt die Breitbandversorgung jetzt voran, aber die Unternehmen, viele auch in der Pfalz, überall, beschweren sich bei mir, dass, wenn sie mit dem Auto

durch Rheinland-Pfalz fahren – ich bin sicher, viele Zuschauer sehen das genauso –,

(Zuruf des Abg. Martin Brandl, CDU)

die Mobilfunkverbindung ständig reißt. Ich finde, dass wir es den Menschen schuldig sind, deutlich zu machen, wer die Verantwortung dafür trägt.

Deswegen habe ich an dieser Stelle nichts Billiges gemacht,

(Zuruf der Abg. Marlies Kohnle-Gros, CDU)

sondern ich habe etwas aus Überzeugung gemacht, weil ich es wichtig finde, dass die Menschen, wenn sie hier Defizite aufgezeigt bekommen, auch erfahren müssen, an welcher Stelle diese Defizite verantwortet werden. Das ist eben nicht hier im Land Rheinland-Pfalz, sondern sie sind auf Bundesebene bei der Bundesregierung zu verantworten. Es ist explizit der zuständige Minister der Union. Die Menschen können bei Wahlen, wenn sie damit unzufrieden sind, daran etwas ändern. Man nennt es Demokratie.

(Beifall der FDP, der SPD und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Zuruf der Abg. Christine Schneider, CDU)

**Präsident Hendrik Hering:**

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen oder Überweisungsanträge vor. Somit hat die Große Anfrage mit der Aussprache ihre Erledigung gefunden.

Wir kommen zu **Punkt 20** der Tagesordnung:

**Digitale Lernzentren 4.0 ausbauen – eine zeitgemäße und chancengleiche berufliche Ausbildung für die rheinland-pfälzischen Berufsschüler/-innen ermöglichen**

Antrag der Fraktion der CDU  
– Drucksache [17/7041](#) –

Hier hat man sich verständigt, diesen Tagesordnungspunkt ohne Aussprache an den Bildungsausschuss und den Ausschuss für Wirtschaft zu überweisen. – Ich sehe, es gibt keinen Widerspruch, dann ist dieser Antrag an die Ausschüsse überwiesen.

Wir kommen zu **Punkt 21** der Tagesordnung:

**Klimaschutzbericht des Landes Rheinland-Pfalz aufgrund des § 7 Abs. 3 des Landesklimaschutzgesetzes Zusammenfassende Berichterstattung 2017**

Besprechung des Berichts der Landesregierung (Drucksache [17/6963](#)) auf Antrag der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache [17/6997](#) –

Wer meldet sich zu Wort? – Herr Abgeordneter Rahm, bitte.

**Abg. Andreas Rahm, SPD:**

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Der Klimaschutzbericht des Landes – viele werden sagen, ja, eine weitere Berichterstattung. Nein, was uns die Landesregierung hier vorlegt, ist mehr als ein Report, meine Damen und Herren. Dieser aktuelle Klimaschutzbericht ist der erste zusammenfassende Bericht und damit ein Monitoring über den Zeitraum von 1990 bis 2015 über den aktuellen Stand des Klimaschutzes in unserem Land.

Dieser Report belegt damit auch 25 Jahre konsequente und nachhaltige Klimaschutzpolitik in Rheinland-Pfalz.

Das Landesklimaschutzgesetz regelt die Senkung der Treibhausgasemissionen in Rheinland-Pfalz bis zum Jahr 2020 um mindestens 40 %, im Vergleich zum Jahr 1990 bis zum Jahr 2050 um mindestens 90 %, aber wir streben natürlich an, die Treibhausgasemissionen um 100 % zu reduzieren.

Alle Strategien und Maßnahmen zur Erreichung der Ziele sind im Klimaschutzkonzept festgeschrieben. Bis 2015 konnten bereits 37 % der Treibhausgasemissionen in Rheinland-Pfalz reduziert werden.

Nun werden sich wieder einige Menschen und auch die Medien nur an dieser Zahl orientieren. Die einen sagen, die Ziele sind nicht erreichbar, andere sagen, sie sind nur unter gewissen Bedingungen erreichbar, dann werden die Kohle, die Autoindustrie, das Erneuerbare-Energien-Gesetz und vieles mehr ins Spiel gebracht. Dann heißt es, der politische Wille fehle. Alles Gründe, warum wir angeblich – ich sage bewusst angeblich – unsere Ziele nicht erreichen würden.

Dabei sollten wir uns einmal ansehen, was wir bisher erreicht haben. 70 % der möglichen Maßnahmen zur Treibhausgasreduktion, die im Klimaschutzkonzept des Landes genannt sind, werden bereits umgesetzt. Treibhausgasemissionen sind bis auf den Verkehrssektor deutlich zurückgegangen.

Unsere Stromimporte sind von 73 % 1990 auf 32 % 2015 gesunken. Damit konnten wir die Nettostromimporte in 25 Jahren mehr als halbieren.

Das muss auch einmal betont werden. Rheinland-Pfalz war das dritte Bundesland, das überhaupt den Klimaschutz auf eine gesetzliche Grundlage gestellt hat. Viele unserer Kommunen haben den Klimaschutz seit Jahren auf ihrer Agenda, arbeiten an Konzepten und auch deren Umsetzung.

Ich fahre jeden Tag, zum Beispiel wenn ich ins Wahlkreisbüro fahre, an einer energieautarken Kläranlage vorbei – ein Vorzeigeprojekt für das ganze Land. So gibt es viele positive Beispiele.

Meine Damen und Herren, nun werden Sie sich fragen, ob ich eine rosa Brille aufhabe und alles schönreden möchte. Nein, mitnichten. Natürlich gibt es noch ganz viele Baustellen im Land, auf unserem Weg, die vereinbarten Klimaschutzziele zu erreichen, gerade im Verkehrsbereich, den ich erwähnt habe. Hierauf müssen wir verstärkt unser

Augenmerk legen und nach Lösungen suchen. Dieser Bereich ist im Gegensatz zu den anderen seit 1990 leider um 17 % angestiegen.

Das sage ich ganz deutlich, die Lösung für den Verkehrsbereich liegt auch, aber sicher nicht alleine in der Elektromobilität. Hier brauchen wir einen Technologiemix.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN: Genau!)

– Danke für das „genau“.

Natürlich benötigen wir auch weitere Maßnahmen, zum Beispiel den Zubau von Photovoltaik, auch als PV-Freiflächen – das betone ich – unter Nutzung von alternativen Antrieben im Verkehrsbereich.

Die Wärmewende ist ein zentraler Faktor für die Klimaschutzziele. Energetische Sanierungen und alternative Wärmequellen spielen in den Haushalten eine immer größere Rolle. Diese Entwicklung muss staatlich gefördert werden und, ganz wichtig für die SPD, darf umgekehrt nicht zum Nachteil von Mieterinnen und Mieter werden.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen auch hier mit einem guten Beispiel vorangehen. Das tun wir. Auch in dem Punkt hat sich die Landesregierung festgelegt. Bis 2030 soll die Landesverwaltung klimaneutral sein. Unter anderem müssen auch die Kommunen in die Lage versetzt werden – das sage ich als Kommunalen –, Vergaben primär unter Klimaschutzgesichtspunkten vornehmen zu können.

Ein weiterer wichtiger Punkt für das Erreichen unserer Ziele sind verlässliche Rahmenbedingungen. Diesbezüglich hat der Bund noch einige Hausaufgaben zu erledigen.

Ich glaube, da sind wir uns einig, Klimaschutz geht uns alle an. Die Starkregenereignisse, die Hitzewelle, die Dürre führen uns die Folgen des Klimawandels spürbar vor Augen. Da hilft es nicht, wenn man sagt, wir tun viel, die anderen sollen auch erst einmal etwas machen. Klimawandel ist nicht nur global oder national, er betrifft uns alle regional und persönlich. Das fängt bei einer Plastiktüte weniger an.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, die Liste der Baustellen ist lang. Aber das Erreichen der Klimaziele ist möglich – davon bin ich überzeugt –, und das sogar bis zum avisierten Jahr 2020. Lassen Sie uns bitte gemeinsam daran arbeiten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Hendrik Hering:**

Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Wäschenbach das Wort.

**Abg. Michael Wäschenbach, CDU:**

(Beifall der CDU)

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Es geht heute nicht um eine Erfolgsbilanz der Landesregierung in dem 139-seitigen Bericht zum Klimaschutz. Es ist kein Erfolg, über den wir heute reden, es ist kein Tagesgeschäft, es ist ernste Realität und Überlebenskampf.

(Beifall bei der CDU)

Es geht um unser Klima, um unseren Planeten und die Zukunft unserer Kinder. Wenn wir ehrlich zueinander sind, müssen wir feststellen, dass wir alle versagt haben, als Verbraucher zu Hause, als Politiker in der Kommune, hier im Land, im Bund, in der EU und weltweit und auch in der Wirtschaft.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Braun,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir tun alle zu wenig für den Klimaschutz. Es ist verrückt und verantwortungslos, wenn bestimmte Politiker die Abkehr von Gesetzen und Verordnungen in der Klimapolitik fordern und abstrus behaupten, CO<sub>2</sub> sei das Gas des Lebens, es gäbe gar keinen Klimawandel.

Es ist auch völlig egal, ob der Klimawandel naturgegeben ist oder menschengemacht: Wir müssen in der Evolution erkennen, dass es den Klimawandel gibt und eine weitere ungebremste Erderwärmung katastrophale Folgen haben wird.

(Beifall der CDU und bei SPD und FDP)

Vor 20.000 Jahren hatten wir noch eine Eiszeit, es kam die Warmzeit – und nun die Heizeit? Das fragen sich nicht wenige Menschen. Seit dieser letzten Eiszeit hat es eine Erderwärmung von 3,5 Grad im Durchschnitt gegeben. Seit 1900 kam aber in kürzester Zeit ein Grad obendrauf. Wenn wir so weitermachen, kommt ein weiterer Temperaturanstieg um bis zu fünf Grad bis zum Jahr 2100 noch hinzu – ein extrem veränderter Kurvenverlauf also in kurzer Zeit. Wir müssen den Anstieg dringend auf 1,5 Grad begrenzen.

Früher erwärmte sich das Klima in 1.000 Jahren um ein Grad, nun alle 100 Jahre. Die Erderwärmung findet also statt. Es ist die globale Erwärmung mit allen negativen Folgen, die drohen: Dürren und Trockenheit, Stürme und Unwetter mit gravierenden Ernteeinbuen, ganz zu schweigen von der Eisschmelze und dem Anstieg des Meeresspiegels mit bedrohten Inselstaaten und Küstenstädten bei einem Anstieg von 60 Metern, wenn wir so weitermachen. 100 Millionen Menschen leben nur einen Meter über dem Meeresspiegel, der größte Teil der Menschheit wohnt in Küstenstädten.

Meine Damen und Herren, wir müssen dem Klimawandel konsequenter entgegentreten, international, europäisch und national und im Land, auch wenn wir in Deutschland nur 2 % zu verantworten haben. Uns Christdemokraten geht es um die Bewahrung der Schöpfung. Dies ist eine Aufgabe für die Menschheit. Wir brauchen einen engagierteren Klimaschutz.

Wir müssen nicht nur wegen des CO<sub>2</sub> unsere endlichen Ressourcen schonen und aussteigen aus dem Kohleabbau. Wer weiß, wofür man diesen Bodenschatz in Zukunft noch einmal braucht.

Wir müssen beides schaffen: Energiewende und Wirtschaftswachstum. Für viele Menschen ist der Klimawandel schon eine Existenzfrage. Die Menschen, die ihre Lebensgrundlagen verlieren, sind die Klimaflüchtlinge von morgen, sie machen sich auf den Weg. Unsere Wirtschaft kann den Wandel, das hat sie bei der Industrialisierung und bei der Digitalisierung bewiesen. Nun haben wir die einzige Chance, mit riesigen Klimainnovationen, bei denen auch viele Arbeitsplätze entstehen, unseren Planeten zu retten. Andere Staaten werden es nicht tun, wenn wir sie nicht durch eigenes Tun ermuntern. Wir müssen zeigen, dass beides geht: in einem Industrieland engagierten Klimaschutz umsetzen und Wohlstand und Arbeitsplätze dabei erhalten.

Dazu tut Rheinland-Pfalz zu wenig. Ich nenne beispielhaft die Aussprache zur Regierungserklärung der Ministerpräsidentin am 2. Juni in diesem Hause zu den aktuellen Unwetterereignissen. Dort wurde von Ihnen, Frau Dreyer, der Hochwasserschutz als Kernaufgabe kommunaler Daseinsvorsorge genannt. Es wäre besser gewesen, den Klimaschutz insgesamt als Kernaufgabe kommunaler Daseinsvorsorge zu bezeichnen.

Christian Baldauf hat zu Recht in dieser Extremwetterdebatte auf die Risiken des Klimawandels hingewiesen und selbstkritisch eingeräumt, dass in Deutschland zu wenig getan wurde. Sie wissen, wer für die Energie in Berlin jahrelang verantwortlich war. Diesen selbstkritischen Blick wünsche ich mir auch bei Ihnen, der Landesregierung.

(Beifall der CDU)

Klimaschutz muss eine kommunale Pflichtaufgabe der Daseinsvorsorge werden. Es darf nicht sein, dass finanzschwache Kommunen sich keinen Klimaschutz leisten können. Kommunen wollen viel mehr tun, als nur an Modellprojekten teilnehmen oder eine Ladesäule anschaffen. Viele Kommunen wollen in die Photovoltaik- und Batteriespeichersysteme oder in einen Fuhrpark investieren, aber sie haben kein Geld dafür. Viel schlimmer noch, die Kommunalaufsicht beanstandet derartige Ausgaben als freiwillige Leistungen und betrachtet diese nicht als Pflichtaufgabe. Hier müssen Sie, liebe Landesregierung, einen wirksamen Hebel ansetzen und die Kommunen finanziell ordentlich ausstatten, sodass flächendeckend im Land effektiver Klimaschutz betrieben werden kann.

(Beifall der CDU)

Das hat die Landesregierung bisher versäumt. Ich bin einmal auf den neuen Haushaltsentwurf gespannt. Es ist zwar gut, viele kleine Dinge anzustoen, wie gestern in den 78 Projekten bei der „Aktion Grün“ vorgestellt, und insgesamt im Land 60 Millionen Euro in vier Jahren zu investieren; es reicht aber nicht, vieles im Kleinen zu tun. Es bedarf viel größerer Anstrengungen.

Sie haben auch falsche Anreize gesetzt. Anstatt Werbung



zu machen und Geld auszugeben für ein 1.000 Öfen-Programm, mit dem Sie Verbraucher beim Kauf moderner Öfen unterstützen, hätten Sie einen Energieträgerwechsel unterstützen sollen. Holzofen bleibt Holzofen und Gasofen bleibt Gasofen. Sinnvoller wäre die Ausstiegsförderung aus fossilen Brennstoffen gewesen, zum Beispiel in Wärmepumpen.

(Beifall der CDU)

Sorgen Sie für eine Pflicht zur Solarenergienutzung bei Neubauten, zum Beispiel in der Landesbauordnung.

(Staatsministerin Ulrike Höfken: Jawohl!)

Der Zubau muss um den Faktor zehn erfolgen. Sorgen Sie für eine Weiterentwicklung von Wärmepumpen, zum Beispiel auf solarangepasste Betriebsweise. Sorgen Sie bei Neubauten für getrennte Wassersysteme. Aufwendig aufbereitetes Trinkwasser in Toiletten oder Industrieprozessen zu verschwenden, ist unverantwortlich. Sorgen Sie für eine bessere Speicherentwicklung.

Zum Schluss noch eine rhetorische, aber ernst gemeinte Frage. Um unseren Klimaschutzverpflichtungen gerecht zu werden und die globale Erderwärmung möglichst auf 1,5 Grad zu begrenzen, müssten wir unsere Kohlendioxidemissionen bis 2040 auf Null reduzieren. Werden wir es schaffen, bis 2040 eine Energieversorgung ganz ohne Erdöl, Erdgas und Kohle aufzubauen und so das Klima zu retten?

Vielen Dank.

(Beifall der CDU –  
Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN: Mit Ihrer Unterstützung, Herr  
Wäschenbach!)

#### **Präsident Hendrik Hering:**

Mir liegen zwei Kurzinterventionen vor. Zunächst erteile ich Herrn Kollegen Frisch von der AfD-Fraktion das Wort.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN: Ach, der auch noch!)

#### **Abg. Michael Frisch, AfD:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Verehrter Herr Kollege Wäschenbach, ich bin ja nun kein Klimaexperte. Aber es hat mich jetzt doch gereizt, zu einem logischen Widerspruch in Ihrer Rede kurz Stellung zu nehmen.

Natürlich haben Sie recht: Es gibt den Klimawandel. Kein vernünftiger Mensch wird diese Tatsache bestreiten. Aber wenn Sie dann sagen, es ist letzten Endes egal, ob dieser Klimawandel menschengemacht ist oder nicht, dann muss ich Ihnen eindeutig widersprechen. Das ist deshalb nicht egal, weil damit natürlich die Frage zusammenhängt, inwieweit wir Menschen überhaupt die Möglichkeit haben, diesen stattfindenden Klimawandel in einer relevanten Form zu beeinflussen.

(Beifall der AfD –  
Abg. Dr. Timo Böhme, AfD: Genau!)

Denn wenn das nicht der Fall sein sollte, dann müssen wir darüber nachdenken, ob es verantwortbar ist, Hunderte Milliarden Euro in ein Projekt zu investieren, das letzten Endes nicht zielführend sein kann. Wir stecken mittlerweile sehr viele Ressourcen in die Bekämpfung des Klimawandels, in die Rettung des Weltklimas, aber mit diesem Geld könnten wir natürlich eine ganze Menge anderer Dinge machen, etwa die wirtschaftliche Entwicklung in den Ländern der Dritten und Vierten Welt vorantreiben.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN: An die AfD spenden!  
Illegal! Wie wäre es denn damit? Damit Ihr  
wieder Plakate kleben könnt!)

Daher muss man schon kritisch hinterfragen, ob es tatsächlich sinnvoll ist, für den Klimawandel eine solche Summe auszugeben und damit natürlich dieses Geld an anderer Stelle nicht mehr einsetzen zu können.

(Beifall der AfD)

Gleiches gilt auch für die Belastung unserer Bürger durch die Energiewende. Unseren Bürgern wird unglaublich viel aufgelastet, und das ist alles nur dann vertretbar, wenn es tatsächlich auch ein zielführendes Projekt ist.

(Abg. Christine Schneider, CDU: Was ist  
dann Ihre Antwort auf den Klimawandel?)

– Frau Schneider, ich komme zu unserer Antwort.

Deshalb brauchen wir zweierlei.

(Abg. Jens Guth, SPD: Atomkraftwerke  
weiterlaufen lassen, das ist die Antwort!)

– Das ist jetzt Polemik. Ich habe versucht, einmal das Problem in Gänze aufzuzeigen.

(Zurufe von der SPD)

Wir brauchen zweierlei: Wir brauchen zum einen eine Vorsorgepolitik, die die Menschen in unserem Land vor den Folgen des tatsächlich stattfindenden Klimawandels schützt, ganz selbstverständlich. Wir brauchen aber gleichzeitig auch weiterhin eine wissenschaftliche Diskussion, eine Forschung, die sich mit der Frage beschäftigt, ob es tatsächlich mit unseren menschlichen Mitteln gelingen kann, diese Veränderungen des Klimas, die ja übrigens seit Jahrhunderten, seit Jahrtausenden stattfinden, in irgendeiner Form relevant zu beeinflussen. Das ist verantwortungsvolle Politik.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD –  
Abg. Dr. Timo Böhme, AfD: Jawohl!)

#### **Präsident Hendrik Hering:**

Herr Weber hat seine Kurzintervention zurückgezogen. – Wollen Sie antworten, Herr Wäschenbach?

(Abg. Michael Wäschenbach, CDU: Ja!)

Bitte, Sie haben das Wort.

**Abg. Michael Wäschenbach, CDU:**

Es stimmt, dass der Klimawandel seit Jahrhunderten oder Jahrtausenden stattfindet. Aber was neu ist – und das bitte ich die AfD-Fraktion endlich einmal zu berücksichtigen –, ist der rasante Anstieg in den letzten Jahren. Wenn Sie im Bundestag solche Äußerungen bringen, dass es keinen Klimawandel gibt,

(Abg. Uwe Junge, AfD: Das hat er doch nicht gesagt! Das ist unbestritten! Sie müssen zuhören! –

Abg. Michael Frisch, AfD: Ich habe gesagt, dass es den Klimawandel gibt!)

wird mir beim Lesen dieser Anträge übel, das muss ich wirklich einmal sagen.

(Beifall der CDU –  
Zurufe von der AfD)

Ich habe gesagt, wir haben in den letzten Jahren einen signifikanten Anstieg. Das können Sie erkennen, wenn Sie sich die Kurven anschauen.

(Abg. Uwe Junge, AfD: Ja, unbestritten! –  
Abg. Michael Frisch, AfD: Können wir es ändern?)

Da geht es nicht um Jahrhunderte und Jahrtausende, sondern es geht um eine absolute Veränderung in dieser Kurve, dass der Anstieg in den letzten Jahren, seit 1997, extrem ist.

(Abg. Dr. Timo Böhme, AfD: Der Anstieg ist seit der letzten kleinen Eiszeit! Wir leugnen es nicht!)

Wenn wir so weitermachen, werden wir einen weiteren Anstieg um 5 Grad haben, und das geht nicht. Deshalb können Sie das nicht leugnen.

(Abg. Dr. Timo Böhme AfD: Wir leugnen es nicht!)

Nehmen Sie endlich einmal zur Kenntnis, was jeder normale Mensch und jeder Wissenschaftler hier in Deutschland festgestellt hat.

(Beifall der CDU)

**Präsident Hendrik Hering:**

Für die AfD-Fraktion hat der Abgeordnete Klein das Wort.

**Abg. Jürgen Klein, AfD:**

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Wäschenbach, wir leugnen den Klimawandel nicht.

(Beifall der AfD –

Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nein, wir tun nur so!)

Aus dem Bericht ergeben sich zwei deutliche Emissionsminderungen. Die CO<sub>2</sub>-Emissionen aus der Nutzung von Erdgas im Berichtszeitraum haben deutlich zugenommen.

Der Ausstoß von Emissionen aus der Nutzung von Mineralöl ging deutlich zurück. Die Verschiebung von einem Brennstoff zum anderen hat natürlich zur Einsparung von CO<sub>2</sub> geführt. Von 1990 bis 2000 wurden die Emissionen von Lachgas von 17 Millionen CO<sub>2</sub>-Äquivalenten auf 3,1 gesenkt. Hier zeigt sich, dass die emissionschutzrechtlichen Anordnungen besser funktionieren als die Anreize des EEG.

Der Klimaschutzbericht nimmt immer wieder Bezug auf die Vereinbarung von Paris. Es ist wichtig, dass diese Vereinbarung kein Vertrag ist, sondern eine gemeinsame Bemühenserklärung. Die Lektüre ordnungsgemäß hinterlegter Selbstverpflichtungen des Staates wirkt ernüchternd; denn glaubhafte Emissionsprogramme sind eine kleine Minderheit unter den NTC. Man hat den Eindruck, dass der Zugang zu den GCF für die meisten Staaten das Hauptmotiv für die Beteiligung am Übereinkommen von Paris ist.

Der Bericht bezieht sich immer wieder auf das Klimaschutzgesetz des Landes. Man fragt sich, wozu dieses Gesetz erforderlich ist, wenn doch bekanntlich die Finanzierung und verantwortungsrechtliche Anordnung maßgeblicher Vorgaben aus dem Bundesrecht stammen. Man hat den Eindruck, dass das in § 6 vorgesehene Klimaschutzkonzept als Entscheidungsgrundlage dienen soll, ohne dass es ein Gesetzgebungsverfahren durchlaufen hat.

Deutschland insgesamt und auch Rheinland-Pfalz haben mit den erstaunlich teuren Umsetzungen des EEG große Erzeugungskapazitäten für grünen Strom geschaffen, ohne die Emissionen an Treibhausgasen signifikant zu senken, so der Direktor des Energiewirtschaftlichen Instituts der Universität zu Köln, Professor Dr. Bettzüge. – Das sollte den Verantwortlichen zu denken geben.

In diesem Zusammenhang wäre auch die harsche Kritik des Bundesrechnungshofs in seinem Sonderbericht zur Energiewende vom Dezember 2016 zu beachten. Der Rechnungshof stellte in diesem Bericht die Ziele des Atomausstiegs und die Treibhausgasreduzierung ausdrücklich nicht infrage, aber beklagt die fehlende Systematik und Koordinierung der Arbeit der zuständigen Behörden von Bund und Ländern.

Im Klimaschutzbericht stellt die Landesregierung fest: Deutschland kann und muss international eine wichtige Rolle spielen und beispielgebend dafür sein, dass auch eine moderne Industrienation einen funktionierenden Klimaschutz betreibt. – Diese Aussage ist falsch und gefährlich. Wie die Emissionsbilanzen zeigen, funktioniert die deutsche Energiewende eben nicht. Darüber hinaus stellt sie eine unnötige Belastung der Verbraucher und der Industrie mit Mehrkosten für Strom dar.

Entscheidend für eine Begrenzung von Treibhausgasen sind nicht die raffinierten gesetzgeberischen Vorkehrungen, sondern die Naturausstattungen der jeweiligen Länder. So kann in Europa Schweden mit Wasserkraft, Kernkraft und Holz eine bessere Alternative vorlegen und bessere Bilanz als Deutschland. Auch Frankreich steht mit seinen Kernkraftwerken und Wasserkraftwerken deutlich besser da als Deutschland.

Die besserwisserische Haltung der deutschen Regierung

gen und Behörden wird von anderen Ländern als unberechtigt und lästig angesehen. Wenn der von der Bundesregierung mit Zustimmung der Landesregierung verkündete Klimaschutzplan 2050 zur Dekarbonisierung unseres Landes verwirklicht würde, wäre Deutschland keine moderne Industrienation mehr. Schon Ende 2017 zahlt die deutsche Industrie im Schnitt 30 % mehr für Strom als die Industrien in unseren Nachbarländern.

Die Kosten der Energiewende sind hoch und angesichts der geringen Erfolge nicht vertretbar. Die AfD beklagt die Erhöhung des Preises um ca. 7 Cent je Kilowatt allein durch die Umlage. Dies trifft alle Verbraucher, aber besonders hart die ärmeren Haushalte.

Im Bereich Industrie haben die wendebedingten Mehrkosten verbunden mit der schwindenden Versorgungssicherheit für einen permanenten Abwanderungsanreiz gesorgt. Diese Kosten werden weiterhin unkontrolliert steigen, wenn der Einsatz von fossilen Energieträgern für die Gebäudewärme, die Landwirtschaft und den Verkehr wie geplant heruntergefahren werden sollte. Der Fachwelt und der interessierten Öffentlichkeit ist bekannt, dass die nicht stetige Stromerzeugung erneuerbarer Art nur mit enormen Speicherkapazitäten stabilisiert werden kann. Rheinland-Pfalz hat aber nur einen nennenswerten Speicher, das Pumpspeicherwerk in Vianden in Luxemburg.

Auch dieser Klimaschutzbericht zeigt keine Lösung, sondern setzt seine Hoffnung auf die zentrale Speicherung durch elektrochemische Batterien mit geringer Kapazität, mangelnder Zuverlässigkeit und großer Anzahl. Die AfD hat schon auf die Schäden der erneuerbaren Energie für die Umwelt, den Artenschutz, die menschliche Gesundheit und das Landschaftsbild hingewiesen. Ich brauche das Panorama der Umweltschäden heute nicht zu wiederholen. Ich muss aber feststellen, dass auch dieser Klimaschutzbericht keine Besserung in Aussicht stellt.

(Glocke des Präsidenten)

Danke.

(Beifall der AfD)

**Präsident Hendrik Hering:**

Zu einer Kurzintervention hat sich Herr Kollege Weber gemeldet.

**Abg. Marco Weber, FDP:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Klein, ich habe eine Frage. Sie haben in Ihrer Rede gesagt, dass Rheinland-Pfalz kein Klimaschutzgesetz benötigt. Können Sie mir erklären, weshalb und welche Regelungen des Bundes das Klimaschutzgesetz beinhaltet, dass Sie zu dem Ergebnis kommen, dass Rheinland-Pfalz kein Klimaschutzgesetz benötigt?

**Präsident Hendrik Hering:**

Herr Abgeordneter Klein hat zur Beantwortung das Wort.

(Abg. Alexander Licht, CDU: Haben wir jetzt Fragestunde?)

– Diese Frage ist eine Reaktion auf seine Vorrede. Es ist keine Frage. Das ist korrekt.

**Abg. Jürgen Klein, AfD:**

Ich habe mich bezogen auf den Klimaschutzbericht bzw. die Vereinbarung, die in Paris getroffen wurde. Daraufhin ist festgestellt worden, dass es kein Gesetz ist. Deswegen brauchen wir auch keine gesetzlichen Vorgaben.

(Beifall der AfD –  
Abg. Martin Haller, SPD: Das war tiefgründig!)

**Präsident Hendrik Hering:**

Jetzt hat Herr Kollege Weber für die FDP-Fraktion das Wort.

**Abg. Marco Weber, FDP:**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir diskutieren und analysieren heute den Klimaschutzbericht. Der Klimaschutzbericht ist im Landesklimaschutzgesetz verankert. Da steht, dass wir alle vier Jahre eine Berichterstattung machen, was wir als FDP-Fraktion als gut und richtig empfinden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Ziele in dem Klimaschutzbericht sind noch einmal definiert worden. Ich muss vielleicht meinem Vorredner ein paar Zahlen vergegenwärtigen, weil er gewisse Behauptungen aufgestellt hat, die so nicht richtig sind.

Rheinland-Pfalz hat in den Jahren von 1990 bis 2015 37 % Reduktion durchgeführt. Ziel ist es, bis 2020 die 40 % zu erreichen. Dies wird in Rheinland-Pfalz geschehen.

(Beifall der FDP und bei dem BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN –  
Zurufe von der AfD)

Weiteres Ziel wird sein, bis 2050 die anvisierten 100 % zumindest zu 90 % zu erreichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich gebe vielleicht einen kleinen Hinweis. Nicht nur Rheinland-Pfalz alleine kann diese Ziele erreichen, sondern es muss ein Zusammenspiel auf Bundesebene bzw. auch auf europäischer Ebene geben.

(Unruhe im Hause –  
Glocke des Präsidenten)

**Präsident Hendrik Hering:**

Entschuldigung, Herr Kollege. Der Lärmpegel ist einfach zu hoch.

**Abg. Marco Weber, FDP:**

Die können halt mit Fakten nicht umgehen.

**Präsident Hendrik Hering:**

Nein, es werden viel zu viele Unterhaltungen geführt. Bitte etwas leiser. Herr Weber, Sie haben das Wort.

**Abg. Marco Weber, FDP:**

In dem Klimaschutzbericht sind folgende Handlungsfelder sehr ausführlich beschrieben, bei denen auch die Schwerpunkte in Rheinland-Pfalz gesetzt werden: Das sind das Gewerbe, Handel, Dienstleistungen. Es sind private Haushalte. Es ist die Industrie. Es ist die Strom- und Wärmeerzeugung inklusive der Netze. Es ist die öffentliche Hand. Es sind der Abfall- und Wasserbereich, der Verkehr und die Landnutzung, die ausführlich im Klimaschutzbericht beschrieben werden.

Die wichtigsten Bereiche möchte ich hier noch einmal aufnehmen. Das sind zum einen das Gewerbe, Handel und Dienstleistungen, private Haushalte, Strom und Wärmeerzeugung und der Verkehr. Als Maßnahmen und Projekte werden dort knapp 100 Projekte und Maßnahmen erwähnt und beschrieben, die in Rheinland-Pfalz umgesetzt und gefördert werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir können bei den Akteuren nur ein Bewusstsein schaffen, indem wir Pilotprojekte und Maßnahmen initiieren, um die Marktfähigkeit, die Marktreife und die Umsetzung bei den Akteuren hinzubekommen.

Als Beispiel nenne ich den Abwasserbereich. Herr Klein, das ist ein Bereich, aus dem Sie beruflich herkommen. Wir haben mittlerweile Kläranlagen, die das Methan zur Eigenstromerzeugung nutzen. Das macht sie autark. Kläranlagen sind intensiv in der Stromerzeugung. Das können sie im Kreislauf komplett selbst herstellen. Sie können sogar Strom verkaufen. Das ist im Prinzip wie eine Biogasanlage. Aus dem Methan, das früher abgefackelt wurde, wird Strom erzeugt. Das sind Maßnahmen, die ihre Wirkung zeigen.

Ein weiteres Projekt, das von Rheinland-Pfalz gefördert wird, ist die Pipeline, die durch die Eifel bis nach Trier verlegt wird. Dort können alle Versorgungsträger in einem Graben ihre Versorgungsleitungen verlegen. Die Biogasanlage kann ihr anfallendes Gas mit einspeisen. Rheinland-Pfalz wird dieses Projekt mit über 20 Millionen Euro fördern. Das ist wegweisend und erfährt Unterstützung.

(Beifall der FDP und vereinzelt bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich muss natürlich auch den landwirtschaftlichen Bereich ansprechen, weil die Landwirtschaft dazu beitragen kann, Emissionen zu verringern. Ich muss es wiederholen. Das ist die Förderung von emissionsmindernden Maschinen. Diese Förderung ist weiter ausgebaut worden, um mineralischen und organischen Dünger effizienter einzusetzen, um Immissionsschutz und -minderung zu betreiben. Da ist eine zielgerichtete Förderung angebracht, damit die Landwirte Unterstützung erhalten.

Ein ganz großer Bereich, der im Bericht enthalten ist, ist

der, der den Klimaschutz und die Verminderung der Treibhausmissionen im Berichtszeitraum der letzten 15 Jahre – von 1990 bis 2015 – vorangetrieben hat: Industrie und Gewerbe. Diese haben dazu beigetragen, die größten Klimaschutzreduktionen in Rheinland-Pfalz mit hinzubekommen. Das muss erwähnt werden. Die Industrien und des Gewerbe sind dort vorbildlich unterwegs.

(Beifall der FDP und bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist notwendig, dass wir über Klima und Klimaschutz reden. Pauschale Angriffe und Negierungen dieses Themas bringen uns nicht weiter. Jeder Einzelne in seiner Verantwortung, ob zu Hause, ob im Ehrenamt als kommunalpolitische Vertreter, jeder Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist in der Verantwortung, etwas zu tun. Es ist sinnvoll, dass wir heute darüber reden.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP, des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

**Präsident Hendrik Hering:**

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Hartenfels das Wort.

**Abg. Andreas Hartenfels, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Wäschenbach, Sie haben eine bemerkenswerte Rede gehalten. Wenn diese Analyse und weite Teile Ihrer Forderungen in Ihrer Landtagsfraktion, aber auch in Ihrer Bundestagsfraktion mehrheitsfähig werden, dann sage ich „Respekt“, dann ziehe ich den Hut vor Ihnen. Ich kann Sie bei dem Weg, den Sie hier ein Stück weit aufgezeigt haben, nur unterstützen. Die Realität Ihrer Partei an der Stelle, wo sie in Verantwortung steht – auch zum Teil in kommunalpolitischer Verantwortung –, spricht leider noch eine ganz andere Sprache. Aber ich nehme das als Hoffnungsschimmer am Horizont, dass sich da etwas bewegen wird und sich vielleicht etwas tut.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP und vereinzelt bei der CDU)

Der Klimaschutzbericht von 2014 und das Maßnahmenkonzept, das wir uns gegeben haben, haben letztlich zu dem Klimaschutzbericht geführt, der an vielen Stellen schöne Erfolge in Sachen Steigerung erneuerbarer Energien aufweist, um Klimaschutz zu betreiben. Am Anfang möchte ich ein paar Eckdaten in den Vordergrund stellen.

Es ist gelungen, bei der Bruttostromerzeugung in Rheinland-Pfalz fast 50 % aus erneuerbaren Energien zu gewinnen. Das war vor einigen Jahren noch völlig anders. Im Ländervergleich gerade zu den südlichen und südwestlichen Ländern sind wir Spitzenreiter. Wir haben in den letzten Jahren überproportional zubauen können, und zwar insbesondere im Windbereich. Das führt zu sehr erfolgreichen Zahlen auf Landesebene.

Vor allem vor dem ökonomischen Hintergrund möchte ich

deutlich machen, weil die Sinnhaftigkeit der erneuerbaren Energien immer bestritten wird, dass wir den Zukauf der Stromimporte für Rheinland-Pfalz dramatisch verändern konnten. Historisch betrachtet ist das von über 70 % auf einen Stromimport von 30 % zurückgegangen. Das bedeutet ganz real, ökonomische Wertschöpfung haben wir von externen ökonomischen Gewinnmaximierungen nach Rheinland-Pfalz geholt.

(Zuruf des Abg. Joachim Paul, AfD)

Wir haben heute Morgen vom ländlichen Raum gesprochen. Erneuerbare Energien werden dezentral eingesetzt. Sie sind gewinnbringend für den ländlichen Raum, die Kommunen und Privatbesitzer, wenn ich an die Photovoltaik auf unseren Dachlandschaften denke. Ökonomisch macht das Sinn, was wir in unserem Klimaschutzbericht dokumentiert haben. Ich nenne dazu eine Zahl. Allein im Jahr 2015 wurde berechnet, dass wir gesamtwirtschaftliche Impulse aus den erneuerbaren Energien in einer Größenordnung von 570 Millionen Euro haben. Das ist eine Zahl, die sich mit Stolz erzählen und wiedergeben lässt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und vereinzelt bei der FDP)

Herr Wäschenbach hat ein Stück weit die Analyse gegeben. Gerade der Sommer hat gezeigt, wo wir uns in Rheinland-Pfalz mitten im Klimawandel befinden. Seit 1880 gibt es eine Erwärmung um 1,5 Grad Celsius in Rheinland-Pfalz. Die Hitzewellen, die über uns hinweg gegangen sind, und die Hochwassersituation durch die Extremwetterereignisse mit dem Starkregen führen aktuell nach wie vor zu hohen Schäden. Das ist nicht nur in Rheinland-Pfalz der Fall.

Ich nenne hier eine Zahl aus dem Jahr 2017. Das ist ein Spitzenwert aus der Versicherungswirtschaft. Bei den versicherten Naturkatastrophen lag der Spitzenwert im Jahr 2017 bei 135 Milliarden Dollar weltweit. Das sind die ökonomischen Folgen von unterlassenen, sage ich einmal, Klimaschutzmaßnahmen. Das ist ein eindeutiger Fingerzeig, dass wir in Rheinland-Pfalz mit unserem Klimaschutzbericht und den entwickelten Maßnahmen auf dem Weg sind, in die richtige Richtung zu gehen.

Wir setzen uns deutlich von der Bundesregierung ab. Gerade bei der Bundesregierung – das muss man so konstatieren – gibt es Stillstand bei der Energiewende und dem Klimaschutz. Man könnte auch sagen, es gibt eine Eiszeit auf Bundesebene. Ich möchte das an ein paar Stellen deutlich machen, die für uns als Rheinland-Pfälzer Auswirkungen zeigen.

Ich nenne das Stichwort der Deckelung der erneuerbaren Energien auf Bundesebene. Das hat mit der Photovoltaik angefangen. Das hat in Rheinland-Pfalz dazu geführt, dass die Zubauzahlen dramatisch eingebrochen sind. Hätten wir den Level von 2012/2013 vor dem Deckel aufrechterhalten, hätten wir in Rheinland-Pfalz schätzungsweise 1 Gigawatt mehr Photovoltaik auf den Dächern der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes. Das wären schätzungsweise 800.000 kWh mehr, die wir jedes Jahr in Rheinland-Pfalz im Bereich der erneuerbaren Energien hätten. Das wäre

wieder ein großer Schritt nach vorne gewesen.

Der Deckel bei der Windkraft wird dazu führen, dass auch dieses Erfolgssegment in Zukunft in Rheinland-Pfalz deutlich schwerer zu generieren sein wird, weil unter dem Deckel vor allem die südlichen Flächenländer leiden werden. In Kombination mit den Ausschreibungen ist abzusehen, dass uns ein wichtiges Standbein bei der Begegnung des Klimawandels verloren geht, das uns in Rheinland-Pfalz betrifft. Das müssen wir energisch kritisieren. Wir müssen diesen Stillstand auf Bundesebene endlich überwinden, damit wir die nächsten Schritte auch in Rheinland-Pfalz machen können.

Herr Andreas Rahm hat es schon angesprochen. Besonders wichtig sind die Schritte im Mobilitätsbereich. Der Klimaschutzbericht hat uns ins Stammbuch geschrieben, wir haben von 1990 bis heute einen Zuwachs von 17 % klimaschädlichen Treibhausgasen. Das zerreißt uns die gesamte Bilanz, die deutlich besser sein könnte. Wir brauchen einen Umstieg zu anderen Verkehrsträgern. Wir brauchen den schrittweisen Einstieg in Verbindung mit einem massiven Ausbau der erneuerbaren Energien in Sachen Elektromobilität.

(Glocke des Präsidenten)

Das ist die Zukunft. Wir müssen uns von dem Diesel mittelfristig verabschieden. Umweltpolitisch, aber auch aus ökonomischen Gründen macht es Sinn, sich die Solartankstelle auf das eigene Dach zu holen.

Vielen Dank.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
SPD und FDP)

#### **Präsident Hendrik Hering:**

Für die Landesregierung spricht Staatsministerin Höfken.

#### **Ulrike Höfken, Ministerin für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten:**

Vielen Dank. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich kann mich den Reden der Koalitionsabgeordneten genauso anschließen wie der Rede von Herrn Wäschenbach von der CDU und möchte noch einmal auf die AfD eingehen; denn das kann ja nicht sein, dass hier dem Nichtstun das Wort geredet wird.

(Vereinzelt Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN, CDU und FDP)

Ich will nur einmal deutlich machen, schauen wir uns doch nur die Monate April bis Juli 2018 in unserem Land an. Es war noch nie so warm und trocken in Rheinland-Pfalz.

(Unruhe bei der AfD –  
Vizepräsidentin Astrid Schmitt übernimmt  
den Vorsitz)

Die mittlere Temperatur lag mit knapp 17 Grad Celsius um 3,5 Grad Celsius über dem langjährigen Mittel von 1971 bis 2000. Und auch wenn Sie sich noch einmal anschauen,

seit 1750 – das war jetzt nicht die Eiszeit – 545 Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub> freigesetzt, plus 40 %. Das zeigt ganz eindeutig, hier gibt es einen deutlichen Zusammenhang mit menschengemachten industriellen Entwicklungen.

Selbstverständlich gibt es inzwischen die Technik, um auf alternative Methoden der Energieerzeugung, aber auch auf viele Innovationen in diesem Bereich zurückzugreifen. Natürlich haben wir die Möglichkeit, hier noch etwas Entscheidendes zu verändern. Alles andere wäre – das werfe ich Ihnen vor – wirklich die Rückkehr in das Zeitalter der einzelligen Lebewesen oder eine wirkliche Industrieverweigerung.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Aber Sie schüren keine Ängste, nein! – Weitere Zurufe von der AfD)

Und natürlich reden Sie der Atomkraft das Wort; übrigens geht auch Professor Bettzüge in diese Richtung.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Angstpartei!)

Es geht eigentlich nur um die Reanimierung der Atomkraft mit all ihren teuren Folgen, wie wir es gerade beim Thema „Atom Müll“ erleben, und übrigens auch den Risiken. Also, das kann es jetzt wirklich nicht sein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Wir haben den ersten Klimaschutzbericht; ich gehe davon aus, dass wir ihn noch intensiv diskutieren werden. Und natürlich sind wir Rheinland-Pfälzer nur ein kleines Rad in der ganzen Entwicklung, aber ein wichtiges; denn egal, was in Paris, Brüssel, Berlin oder Mainz beschlossen wird, vor Ort muss es umgesetzt werden. Darum sind auch wir in der Verantwortung; denn wir sind verantwortlich für das, was in unserem Land passiert. Also, leisten wir doch unseren Beitrag.

Es ist auch ein guter Beitrag zur ländlichen Entwicklung. Gerade das vorherige Thema zeigt doch: Schauen Sie in den Rhein-Hunsrück-Kreis, aber auch in die Region Trier und viele andere Regionen, Cochem-Zell meinetwegen, wo Sie doch sehen, dass hier Entwicklungen im wirtschaftlichen Bereich, Arbeitsplätze und auch Lebensqualität mit den Erneuerbaren verbunden sind. Und es kann doch nicht darum gehen, ob eine Windanlage schön oder nicht schön ist. Es geht auch darum, dass hier die Emissionen entscheidend vermindert werden und das Technologien sind, die sich in Zukunft weiterentwickeln.

Wir haben alle vier Jahre den Klimabericht. Es geht um die Situation des Klimawandels in Rheinland-Pfalz, die Entwicklung der Treibhausgasemissionen, die Maßnahmen und die Umsetzung. Klar ist, ja, es sind weiche Maßnahmen. Es ist ja kein Gesetz. Aber viele dieser Maßnahmen sind eben auch mit der kommunalen Familie in Umsetzung, auch mit vielen Privaten, mit den Unternehmen. Und natürlich soll es auch weitergehen. Es ist auch ein partizipativer Prozess, und darum sind alle eingeladen, hieran weiter zu arbeiten. Es ist auch ein ressortübergreifender Bericht; denn alle Ressorts dieser Landesregierung waren daran beteiligt.

Die Ziele sind bei uns greifbar, ja, aber das ist jetzt kein Grund, nachzulassen in den Anstrengungen. Ich bin absolut überzeugt davon, dass unsere Industrie, gerade die chemische Industrie, hier noch unheimlich viel Potenzial hat, ihre Beiträge zu leisten. Das zeichnet sich schon ein Stück weit ab. Das gilt natürlich auch für die Zeit bis 2050. Herr Rahm hat es zu Recht gesagt, selbstverständlich wollen wir Klimaneutralität anstreben, und wir wollen auch die Importe von nicht erneuerbaren Energien noch weiter deutlich senken. Wir sind wirklich sehr gut, wir sind von 73 % Importen an Strom heruntergekommen auf 32 %, auch zum Wohle unserer Wertschöpfung.

Ich will zum Schluss noch ganz kurz auf die Maßnahmen eingehen. Es sind ja sehr viele, die angesprochen sind. Die sind auch mit Nummern gekennzeichnet. Beispielsweise geht es in der Maßnahme KSK-A-8 um die Kläranlagen. Ich finde, das ist ein wichtiges Beispiel dafür, welche Potenziale hier noch zu schöpfen sind. Wir haben in Kaiserslautern und Trier die ersten großen energieautarken Kläranlagen, die auch noch Energiegewinnanlagen sind und werden. Wir können sagen, das ist eine positive Entwicklung, gerade auch für unsere Gebührenzahler und -zahlerinnen in ländlichen Räumen, dass hier tatsächlich Innovation mit der Wärmewende stattfindet.

Nehmen wir wieder die Region Trier. Hier haben wir inzwischen viele Erkenntnisse über die Strukturen und Möglichkeiten und können mit dieser Region, nehmen wir auch Cochem-Zell dazu, weiter vorangehen, um das umzusetzen. Es bedeutet selbstverständlich auch Lebensqualität im ländlichen Raum, wenn hier nicht jeder seine Ölheizung als alter Mensch alleine betreiben muss.

Ja, und wir haben wirklich die Bundesprogramme ergänzt, die es selbstverständlich auch gibt. Herr Wäschgenbach, auch das Förderprogramm „1.000 effiziente Öfen für Rheinland-Pfalz“ ist durchaus sinnvoll. Wir wollen die Menschen in die Situation versetzen, dass sie bei der energetischen Nutzung auch unsere heimischen Holzmöglichkeiten nutzen können, und dabei geht es natürlich auch darum, dass das so effizient wie möglich passiert. Übrigens sind das auch viele Menschen, die es nicht so „dicke im Portemonnaie haben“.

Oder nehmen wir das KNE-Projekt in der Eifel (Kommunale Netze Eifel), das Herr Weber erwähnte. Es sollen hier 40.000 Haushalte – bzw. 240.000 Haushalte in Zukunft – versorgt werden. Das ist ein gutes Zusammenspiel von regionaler Erzeugung und regionalem Verbrauch, ist zukunftsfähig, was die zentralen Ansätze angeht, und begrenzt den Übertragungsnetzausbau auf ein vernünftiges Maß.

Und so weiter und so fort. Viele Daten sind inzwischen zusammengetragen, die Sie auch nachlesen können. Die Energieagentur bietet hier zahlreiche Informationen, auch mit einem Wertschöpfungsbericht, den wir sicher noch diskutieren werden.

Es ist schon gesagt worden, bei Industrie und Gewerbe haben wir die Senkungen; im Verkehrsbereich haben wir leider deutliche Aufwüchse. Hier brauchen wir die Bundespolitik, selbstverständlich, um die entscheidenden gesetzlichen Rahmenbedingungen zu setzen. Aber natürlich

muss man auch hier darauf hinweisen: Mit den Anstrengungen des Verkehrsministeriums, zu digitalen Lösungen zu kommen, autarkes Fahren zu unterstützen, aber eben auch alternative Antriebstechnologien zu fördern, auch in Kombination mit den Anstrengungen unseres Ministeriums im energetischen Bereich, kommen wir doch Schritt für Schritt weiter. Ich sehe auch hier, dass Entwicklungen sehr schnell kommen werden. Schauen wir nur auf China, wo ja nun wirklich schon ein Dammbuch erfolgt ist.

Wir haben hier beispielsweise einen Fuhrpark der Polizei, um nur das als ein Beispiel unserer Landesliegenschaften zu nennen. Wenn Sie sich das einmal anschauen: Durchschnittlich sind die CO<sub>2</sub>-Werte deutlich gesenkt worden; durchschnittlich sind es jetzt 85 g/km gegenüber dem bisherigen Wert von 134 g/km. Das ist also eine deutliche Reduzierung.

Zum Schluss: Wir erwarten selbstverständlich von der Bundesregierung, dass sie den Rahmen setzt, beispielsweise mit einem Bundesklimaschutzgesetz oder anderen entsprechenden Maßnahmen, die uns als Land unterstützen, hier weiterzugehen. Und selbstverständlich – ich schließe mich meinen Vorrednern an – brauchen wir Rahmenbedingungen, die auch von allen Ressorts und von den Menschen getragen werden können. Ich bin sicher, es ist eine wirkliche Weichenstellung für eine innovative Wirtschaft, die wir für die Zukunft vornehmen.

Danke.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
der SPD und der FDP)

**Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Zu einer Kurzintervention hat sich der Abgeordnete Dr. Böhme gemeldet.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Ach herrje!)

**Abg. Dr. Timo Böhme, AfD:**

Sehr verehrte Frau Ministerin! Ich möchte es noch einmal wiederholen: Die AfD-Fraktion leugnet nicht den Klimawandel, wir erkennen ihn, wir wissen auch, dass der Mensch dazu beiträgt.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN: Was, der Mensch trägt  
dazu bei?)

Aber im Gegensatz zu Ihnen setzen wir uns für eine nachhaltige – vor allen Dingen auch gesellschaftlich und wirtschaftlich nachhaltige – Politik in der Klimapolitik ein.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Braun,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und Bitte verzeihen Sie mir einfach, dass ich Ihrer Klima-  
neurose nicht folgen möchte;

(Beifall der AfD)

denn Sie beschreiben eine Apokalypse, einen Weltunter-

gang, der biblisch ist. Wenn man das glaubt, müsste man eigentlich in die Kirche laufen und um Erlösung beten. Und das will ich nicht; ich will froh und glücklich leben.

(Beifall der AfD)

Ich öffne mein Ohr nicht nur den Klima-Apokalyptikern, sondern auch anderen Menschen, die die Dinge anders betrachten. Ich zitiere, mit Erlaubnis der Präsidentin, Professor Dr. Fritz Vahrenholt: „In unserem März-Bericht hatten wir die neuesten Forschungsergebnisse zur Klimaempfindlichkeit gegenüber CO<sub>2</sub> vorgestellt. Danach ist die Klimaerwärmung bis zu 45 % geringer als uns das IPCC,“ also das Intergovernmental Panel on Climate Change, „und der [M]ainstream der Klimawissenschaftler glauben lässt. Das Interessante aber war die Reaktion des [M]ainstreams darauf: die Methoden der Arbeit von Curry und Lewis“, das ist eine neue Arbeit, „werden nicht angezweifelt. Aber es könnte ja sein – so der [M]ainstream –, dass die Erde in der Zukunft ganz anders, nämlich wärmer auf CO<sub>2</sub>-Emissionen reagiert. Das kann man eher spekulative Wissenschaft nennen, nämlich auf Modelle zu vertrauen, die in der Vergangenheit versagt haben und weder Meeresströmungen noch Wolken abbilden können. Das Fundament des Pariser Abkommens ist also zusammengebrochen. Bis 2100 werden wir, was immer wir tun, die 2[-]Grad-Grenze nicht überschreiten.“

Es gibt also durchaus auch andere Meinungen als die Apokalypse, die Sie hier vertreten. Wir hatten die Diskussion gestern im Gespräch mit den Mitarbeitern des Grünflächenamts. Ich wehre mich gegen diese Tischrundendiskussionen, in denen jeder sein Wunschkonzert singt und irgendetwas haben möchte. Zum Atomstrom werden wir immer kritisiert, weil wir die Frage stellen, ob es sinnvoll ist, sichere deutsche Atomkraftwerke zu schließen und dafür Strom aus schrottigen französischen und belgischen Atomkraftwerken zu kaufen, wenn der Wind mal nicht weht und die Windmühlen stehen.

(Beifall der AfD)

Das ist eine Politik, die sich auf Realität bezieht und nicht auf Apokalypse.

Und weiter: Sie wollen die Kohlekraftwerke in Deutschland schließen. Wir haben eine Kapazität

(Glocke der Präsidentin)

von 22.000 MW, aber im Rahmen des Pariser Abkommens soll in China und in Indien das 10- bis 20-Fache aufgebaut werden.

(Glocke der Präsidentin)

Das ist reine Umverteilung – –

**Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Abg. Dr. Timo Böhme, AfD:**

– – und ändert nichts am Thema.

(Beifall der AfD)

**Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Wird die Erwiderung gewünscht?

(Vereinzelt Unruhe im Hause –  
Zuruf aus dem Hause)

– Nein, nach der Geschäftsordnung ist das nicht möglich.

Frau Höfken hat die Möglichkeit zu antworten.

**Ulrike Höfken, Ministerin für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten:**

Ich kann dazu nur sagen, dass es erstens natürlich jedem freisteht, hier zu sagen, was er möchte. Das wird auch die AfD nicht ändern.

(Heiterkeit der AfD –  
Abg. Joachim Paul, AfD: Wir sind doch hier,  
weil es bis jetzt nicht der Fall war!)

Zweitens ist es außerordentlich wichtig, dass wir uns bewusst sind, gerade beim Atomstrom ist mitnichten von niedrigen Kosten zu reden;

(Zuruf von der AfD)

das gilt nicht nur für den Atom Müll, sondern auch für die Investitionen. Denn gerade mit Blick auf Frankreich können wir sehen, die Électricité de France (EDF) ist pleite. Sie können doch nicht sagen, dass das eine Erfolgsgeschichte ist, die wir hier nur übernehmen müssten.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Hat auch  
keiner gesagt! –  
Ministerpräsidentin Malu Dreyer: Ja, was ist  
dann Ihre Antwort? –  
Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Ein besserer  
Übergang, nicht von heute auf morgen!)

Nein, wir brauchen hier intelligente technische Lösungen, die es in vieler Hinsicht in Deutschland auch bereits gibt.

Es ist auch nicht wahr, dass China in den Kohleausbau investiert. Ganz im Gegenteil, sie gehen weitgehend davon herunter und investieren sehr stark in andere Möglichkeiten.

Aber nichtsdestotrotz: Wir haben hier unsere Verantwortung, unseren Beitrag zu leisten. Und ich denke auch nicht, dass man abwarten kann, bis wir in eine Situation geraten, in der wir tatsächlich nichts mehr tun können. Wir müssen vorher handeln.

Danke.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und  
FDP und vereinzelt bei der SPD)

**Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Aufgrund der Redezeit der Landesregierung steht jeder Fraktion noch 1 Minute und 27 Sekunden zu. Gibt es wei-

tere Wortmeldungen? – Das ist der Fall. Der Abgeordnete Rahm hat für die SPD-Fraktion noch einmal das Wort.

**Abg. Andreas Rahm, SPD:**

Frau Präsidentin, vielen Dank! Herr Dr. Böhme, wir waren gestern in dieser Gesprächsrunde. Schauerlich, schauerlich, was Sie hier verlautbaren. Schauerlich!

(Abg. Dr. Timo Böhme, AfD: Das ist das  
Einzige, was Sie können! Sie haben keine  
Argumente!)

Sie kommen hierher und erzählen uns von den Kosten der Energiewende. Und was verschweigt die AfD? – Wenn wir die Kosten des Atomstroms – auf den Sie ja immer wieder setzen, auch gestern in der Gesprächsrunde –, der Endlager usw. auf die Stromkosten umsetzen würden, dann möchte ich Ihr Wählerklientel sehen, was das dazu sagen würde.

Dann hätten wir nämlich weitaus mehr Kosten als im Moment.

(Zuruf des Abg. Matthias Joa, AfD)

– Herr Joa, Sie wissen das. Tun Sie doch nicht immer so, als würde es nicht stimmen. Die Kosten des Atomstroms sind weitaus höher. Aber das wollen Sie nie sagen und nie erkennen.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Für die AfD-Fraktion hat sich noch einmal Herr Dr. Böhme zu Wort gemeldet.

**Abg. Dr. Timo Böhme, AfD:**

An meinem Vorredner sieht man, wie Sie immer wieder ganz galant versuchen, der Debatte auszuweichen. Das war nämlich gar nicht das Argument. Das Argument war, dass wir relativ sichere und moderne Atomkraftwerke schließen und die Schrottkraftwerke in Frankreich und Belgien laufen lassen.

(Abg. Andreas Rahm, SPD: Was ist denn  
mit den Kosten? Sagen Sie doch dazu  
etwas!)

Das ist Ihre Politik. Wenn wir die Möglichkeit haben, alle Atomkraftwerke zu schließen, können wir das ja gerne machen. Aber die haben wir nicht energiepolitisch. Das ist eben eine Art von differenzierter Argumentation, die wir führen und der Sie nicht folgen können. Das ist das Problem.

(Beifall der AfD)



**Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit hat dieser Tagesordnungspunkt seine Erledigung gefunden.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, freue ich mich, Besucherinnen und Besucher bei uns begrüßen zu können.

Zunächst begrüße ich die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft Koblenzer Karneval. Herzlich willkommen bei uns!

(Beifall im Hause)

Weiter begrüße ich die Mitglieder des CDU-Ortsverbandes Asbach aus dem Westerwald. Auch Ihnen ein herzliches Willkommen!

(Beifall im Hause)

Ich begrüße außerdem Schülerinnen und Schüler der 9. Jahrgangsstufe des Gauß-Gymnasiums aus Worms.

(Zuruf von der Zuschauertribüne: 10.!)

– Sorry. In meinen Unterlagen steht 9.

(Beifall im Hause)

Ich rufe nunmehr **Punkt 22** der Tagesordnung auf:

**Einwanderung und Asylpraxis in Rheinland-Pfalz**  
Besprechung der Großen Anfrage der Fraktion der AfD  
und der Antwort der Landesregierung auf Antrag der  
Fraktion der AfD  
– Drucksachen 17/6367/6883/7022 –

Die Fraktionen haben sich auf eine Grundredezeit von 5 Minuten verständigt. Wer meldet sich zu Wort?

(Abg. Matthias Joa, AfD, begibt sich zum Rednerpult)

– Melden Sie sich jetzt zu Wort?

(Abg. Matthias Joa, AfD: Das ist schon lange passiert!)

– Entschuldigung, das habe ich nicht gesehen. Ich erteile Ihnen nun das Wort.

**Abg. Matthias Joa, AfD:**

Sehr geehrte Präsidentin, liebe Kollegen! Drei Jahre sind seit Beginn der sogenannten Flüchtlingskrise vergangen. Vieles hat sich seitdem verändert. Heute leben in Rheinland-Pfalz 85.000 Asylmigranten, insbesondere aus Afrika und der arabischen Welt oder Osteuropa.

Allein für die Unterbringung, Versorgung und Integration hat das Land Rheinland-Pfalz 2016 und 2017 mehr als eine halbe Milliarde Euro ausgegeben.

Vor diesem Hintergrund erscheint es mehr als gerechtfertigt, die Landesregierung detailliert um Auskünfte zur aktuellen Einwanderungssituation und Asylpraxis in Rheinland-Pfalz zu bitten. Schließlich sollten drei Jahre auch für die

Landesregierung ausreichen, um die notwendigen Daten zu erheben, Prozesse zu strukturieren und relevante Informationen einzuholen.

Meine Damen und Herren, das Ergebnis unserer Anfrage ist gleichwohl mehr als ernüchternd. In weiten Teilen sind die Antworten, die wir vom Integrationsministerium erhalten haben, lückenhaft oder bleiben gänzlich aus, vor allem dort, wo Statistiken eigentlich nötig wären.

Aber auch beim Blick auf die Arbeitsweise von Behörden und Landesregierung tun sich in Sachen Asyl Abgründe auf, die Anlass zu großer Sorge geben müssen.

Die Fakten sprechen für sich. Allein ein halbes Dutzend Mal verweisen Sie darauf, dass notwendige Informationen aus dem Zentralregister fehlen würden, weil das Bundesamt diese Auskünfte nicht zur Verfügung stelle. Dies betrifft zum Beispiel den Schutzstatus der hier lebenden Zuwanderer oder die Duldungsdauer ausreisepflichtiger Migranten.

Frau Ministerin, es ist nicht so, dass diese Daten überhaupt nicht existieren würden oder sie unmöglich zu beschaffen wären. Warum fragen Sie nicht bei der Bundesregierung direkt nach, oder anders ausgedrückt, Sie selbst hätten doch das größte Interesse, diese Daten zu besitzen, oder sollten dieses Interesse haben.

Ihnen gegenüber ist das BAMF auskunftspflichtig. Oder versuchen Sie es einmal bei den eigenen Ausländerbehörden. Schließlich haben alle 36 Ausländerämter in Rheinland-Pfalz einen Onlinezugriff auf den Datenbestand. Vor diesem Hintergrund erhält Ihre angeblich völlig unverschuldete Ahnungslosigkeit doch einen mehr als faden Beigeschmack.

(Beifall der AfD)

Doch damit nicht genug. Wie unsere Anfrage offenlegen konnte, sind in Rheinland-Pfalz 2.820 Asylmigranten einfach untergetaucht.

(Abg. Jacqueline Rauschkolb, SPD: Das ist falsch!)

– Ja, das ist falsch, richtig. Es sind nämlich noch viel mehr.

(Beifall bei der AfD)

Niemand weiß, wo sich diese Personen aufhalten oder wo sie genau sind. Berücksichtigt man dann noch die Tatsache, dass von 36 Ausländerbehörden nur 19 überhaupt Antworten gegeben haben – das ist eigentlich ein Skandal für sich –, dann sollten wir insgesamt von ca. 5.000 bis 6.000 verschwundenen Personen in Rheinland-Pfalz ausgehen. Dies deckt sich auch mit dem bundesweiten Anteil der Zuwanderer, der auf Rheinland-Pfalz entfällt.

Doch hier liegt einiges im Argen, Frau Ministerin. Sie sagen es selbst – Zitat –, die gemeldeten Daten sind nur bedingt aussagekräftig, da die Ausländerbehörden Personen nach unterschiedlichen Kriterien als untergetaucht erfassen. – Dies muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. In einer dermaßen sensiblen Angelegenheit haben die Ihrer Fachaufsicht unterstellten Ausländerbehörden keine einheitlichen Erfassungsstandards. Wen wundert es da

noch, dass obendrein die Geräte zur Identitätsfeststellung mittels Fingerabdruck fehlen. So verhindern Sie weder das Abtauchen weiterer Personen noch das Auftauchen von Asylbewerbern mit Doppel- und Dreifachidentitäten. Frau Spiegel, das ist keine Lappalie und keine Kleinigkeit, die man einfach weglächelt.

(Beifall der AfD –  
Abg. Joachim Paul, AfD: Sehr gut!)

Achselzuckend reagiert die Landesregierung auch, wenn es um den Anteil von Zuwandererkindern in Kitas und Schulen geht. Die amtlichen Statistiken führen keine Angaben zum Asylstatus oder zum Fluchthintergrund. Das war es. Das war Ende der Durchsage.

Da frage ich Sie ganz offen: Wie wollen Sie denn den speziellen Förderbedarf ermitteln und planen, wenn Sie noch nicht einmal die Anzahl der zugewanderten Kinder, geschweige denn ihre Herkunft kennen? Auf welcher Datengrundlage planen Sie Ausbildung und Zusatzqualifikation von Erziehern und Sprachlehrern?

Das Ganze ließe sich beliebig fortsetzen: keine Asylbezüge in der Hochschul- und Krankenhausstatistik, keine Zahlen zum Familiennachzug und blinde Flecken, wohin man sieht.

Meine Damen und Herren, was sind die wesentlichen Schlüsse, die wir aus diesem Befund ziehen? Zugegeben, von der Landesregierung liegen in vielen Bereichen Zahlen vor. Das wollen wir nicht bestreiten. Doch bei besonders wichtigen, besonders bei zukunfts- oder sicherheitsrelevanten Angaben ist man nicht auskunftsfähig. Dabei bräuchten wir gerade hier belastbare Erkenntnisse für die politische Arbeit in Sachen Migrations-, Asyl- und Integrationspolitik. Wenn jedoch spezifische Daten gar nicht erst erhoben, nicht weitergeleitet oder gar nicht erst angefragt werden, dann scheint ein grundsätzliches Kommunikations- und Strukturproblem zu bestehen, das dringend behoben werden muss.

(Beifall der AfD)

Da helfen weder Verweigerungshaltung noch der Weg des geringsten Widerstandes weiter. Stattdessen sollten Sie auf standardisierte und flächendeckende Informationserfassung aller Beteiligten setzen. Holen Sie die Kommunen, holen Sie die Vertreter alle an einen Tisch. Sprechen Sie über die Probleme, sprechen Sie über Strukturierung, und sprechen Sie über Lösungsmöglichkeiten. Machen Sie den rheinland-pfälzischen Ausländerbehörden klare Vorgaben für relevante Kriterien; denn oftmals liegen die Daten in der Akte schon vor. Sie müssen nur geordnet, priorisiert und statistisch aufbereitet werden.

Ebenso gehört die Erfassung des Asylstatus in jede amtliche Statistik, in der Asylmigranten repräsentiert sind. Wir befinden uns nämlich nicht mehr im Jahr 2005, auch nicht im Jahr 2008, sondern im Jahr 2018, und die Zustände haben sich geändert. Wenn sich die Zustände ändern, dann müssen Sie auch die Antworten und Kriterien der Politik ändern.

(Glocke der Präsidentin)

In diesem Sinne, um Verbesserungen zu schaffen, Transparenz sowohl für Bürger als auch für Behörden sicherzustellen, braucht es vor allem eines: die Bereitschaft,

(Glocke der Präsidentin)

Daten und Fakten nüchtern zu analysieren, Fehler auch einmal einzugestehen, was Herr Hering gestern richtig erwähnt hat, – –

**Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Kommen Sie zum Schluss, Herr Abgeordneter.

**Abg. Matthias Joa, AfD:**

– – und damit verbunden den politischen Willen, Veränderungen auch herbeizuführen.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD –  
Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Ein bisschen  
Zeit kann man dazugeben! Das war bei  
anderen auch schon!)

**Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Abgeordneter Rauschkolb das Wort.

**Abg. Jaqueline Rauschkolb, SPD:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Man hat wieder einmal gesehen, dass Sie die Zahlen, die dort enthalten sind, gar nicht wirklich interessieren. Ich erkläre Ihnen einmal das Erste, was Sie falsch gesagt haben:

(Abg. Dr. Timo Böhme, AfD: Wir sind froh,  
dass Sie uns die Welt erklären!)

Das Wort „Asylmigrant“ gibt es gar nicht.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Natürlich gibt  
es das!)

Asylbewerber: Sie haben sich zum Glück in Ihrer Großen Anfrage noch einmal erklären lassen, was überhaupt ein Asylbewerber ist und wie die verschiedenen Dinge sind.

(Abg. Uwe Junge, AfD: Nicht ablenken!  
Bleiben Sie bei der Sache!)

Es ist gut, dass Sie es sich erklären lassen, aber es wäre auch schön, wenn Sie es dann am Ende auch machen würden.

(Abg. Uwe Junge, AfD: Lenken Sie doch  
nicht ab!)

– Ich lenke nicht ab, ich sage Ihnen nur, was Sie falsch gemacht haben.

(Zurufe von der AfD)

Sie haben falsch gesagt, die meisten Asylbewerber oder Asilmigranten kommen aus Afrika und Osteuropa. Ich nenne Ihnen einmal die Zahlen. Sie stehen ganz hinten. Vielleicht haben Sie nicht bis zum Schluss gelesen – ich weiß es nicht –, oder Sie haben nur das gelesen, was Sie interessiert.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Zuhören, Frau Kollegin!)

Es sind am Ende 19.754 Personen aus Syrien. Das sind die meisten Menschen, die zu uns gekommen sind.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –

Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Arabien wurde gesagt! Hören Sie einmal zu!)

Zum Vergleich: Aus Ägypten kamen 311 Menschen zu uns. Das ist schon eine große Spanne, wenn man sich das anschaut. Aus Afghanistan waren es 6.000 Menschen. Warum ist das so? – Weil dort, wie wir alle sehen und lesen können, wenn wir es denn möchten – eine Frage der selektiven Wahrnehmung –, ein Krieg herrscht und die Menschen zu uns kommen und deswegen hier Schutz bekommen.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Ja, ja!)

Der Familiennachzug ist ein wichtiger Punkt, den wir nicht prognostizieren können und der auch nicht bei uns stattfindet, weil nicht die Kommunen oder Frau Spiegel zuständig sind, sondern die Visastellen, also die Konsulate. Diese sind dafür zuständig und bearbeiten diese Dinge, was den Familiennachzug angeht.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Aber der findet schon hier statt!)

Außerdem geht es darum, dass Sie immer wieder das gleiche Thema haben. Wir sagen es immer wieder gerne, es werden Daten erfasst, sonst hätte doch Ihre Antwort auf die Große Anfrage eine Seite. Wenn wir keine Daten hätten, hätten Sie doch keine Antwort bekommen.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Nur nicht die richtigen! Zu wenig!)

– Die richtigen Antworten, das ist ja witzig. Wenn die Antworten Ihnen nicht passen, kann ich Ihnen auch nicht helfen.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Es wurden gar keine Antworten gegeben!)

Aber es wurden Daten erfasst. Meinen Sie, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kommunalen Ausländerbehörden warten darauf, dass Sie eine Große Anfrage stellen? Die haben bei aller Liebe genug zu tun, damit das geregelt wird.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Weil Sie versagen!)

– Sie sagen, die Kommunen in Rheinland-Pfalz versagen. Das ist interessant.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Sie versagen! Sie sind die Versager! Die Landesregierung versagt!)

Ich finde, die Kommunen machen eine sehr, sehr gute Arbeit in Rheinland-Pfalz.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt in Rheinland-Pfalz – das haben wir heute Morgen schon gehört – ganz viele unterschiedliche Kommunen, die sehr gute Arbeit machen. In manchen gibt es ein Clearing-Verfahren, bei dem geschaut wird, wo jemand ist, warum er sich nicht gemeldet hat,

(Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

warum er keinen Ausbildungsplatz hat. Dem wird nachgegangen. Durch diese Dinge kommen die Menschen am Ende auch dorthin, wohin sie sollen. Warum haben Sie denn manche Dinge gar nicht abgefragt?

(Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

Sachen wie, wie viele Leute einen Ausbildungsplatz haben, wie viele Leute einen Sprachkurs gemacht haben.

(Abg. Joachim Paul, AfD: Wir nehmen Sie gern in den Arbeitskreis, Frau Kollegin!)

Das gehört doch zu dem kompletten Bild dazu.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –

Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Da kommt noch mehr!)

Ich sage Ihnen nur, was man hätte machen können. Es wäre auch interessant gewesen, einfach einmal die gesamte Breite anzuschauen, wenn man wirklich Interesse an dem Thema hat. Welche Probleme gibt es noch? Wir leugnen doch gar nicht, dass es noch Probleme gibt, die aber nicht nur unsere Schuld sind. Wie bei vielen anderen Themen auch, sind Verschiedene zuständig. Das BAMF zum Beispiel unterliegt doch nicht Ihrer parlamentarischen Kontrolle. Wir sind hier ein Landesparlament. Wir können doch nicht dem BAMF sagen, was es uns zu geben hat. Da müssen Sie im Bundestag die Anfrage stellen. Dann machen Sie es doch. Dann können Sie von dort die Daten bekommen.

Wir sind aber hier im Kontakt. Auch die Kommunen sind im Kontakt. Es gibt runde Tische der ADD zur Versorgung in den Schulen, wenn es dort Probleme gibt. Wenn Sie einmal mit denen sprechen würden, dann würden Sie das alles auch erfahren. Aber nein, es geht wieder um die große Keule.

Noch einmal zu dem Begriff „untergetaucht“, wenn wir schon dabei sind. Untergetaucht ist ein untechnischer Begriff. Untergetaucht kann heißen, dass jemand sich versteckt. Das kann aber auch heißen, dass jemand dann, wenn jemand an der Wohnungstür klingelt, nicht zu Hause ist, weil er gerade nicht da ist.

(Abg. Joachim Paul, AfD: Frau Spiegel hat doch gesagt, dass Touristen unterwegs sind! Sie sind jetzt im Doppeldeckerbus und fahren herum! Das sollen Touristen sein!)

Die Ausländerbehörden gehen natürlich nicht alle halbe Stunde an die Haustüre, um zu klingeln, ob dort jemand ist. Ihnen wäre es doch am liebsten, die Menschen wären an einem Standort und hätten einen GPS-Sender oder so etwas in der Art. Aber nein, so ist es eben nicht, weil wir ein Rechtsstaat sind und alles so geregelt wird, wie es ist.

(Zurufe der Abg. Dr. Timo Böhme und Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

Wenn Sie das nicht akzeptieren wollen, dann ist es für Sie so. Wir haben hier aber viele Dinge. Sie haben viele Daten bekommen. Wenn Sie sich damit nicht beschäftigen wollen, dann ist das Ihr Problem und nicht unseres.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

„Der Bürger“ ist auch ein guter Stichpunkt. Was interessiert denn jemanden in Rheinland-Pfalz, wenn er morgens aufsteht? Wir haben es vorhin gerade gehört. Jemand, der wie ich im ländlichen Raum wohnt, meinen Sie, den interessiert am Ende, wer neben ihm wohnt, wenn die Nachbarschaft in Ordnung ist? Ihn interessiert, wie komme ich zur Arbeit, behalte ich meinen Arbeitsplatz, kann mein Kind in die Kita gehen, was ist mit meinen Eltern? Die interessieren sich nicht für viele dieser Dinge.

(Abg. Damian Lohr, AfD: Kann meine Tochter sich auf die Straße trauen?)

– Kann meine Tochter sich auf die Straße trauen? Auch interessant. In Rheinland-Pfalz gibt es – wir hatten die Debatte schon ganz oft – seit 40 Jahren Frauenhäuser, nicht erst seit 2015.

Ich sage es Ihnen gerne jedes Mal wieder.

(Glocke der Präsidentin)

Natürlich ist es auch da nicht so. Es gibt immer noch genug Probleme. Ich habe gesehen, Sie haben sich noch einmal gemeldet. Dann kann ich immer noch weiter reden.

Danke.

(Beifall der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Zu einer Kurzintervention hat sich Herr Abgeordneter Joa gemeldet.

#### **Abg. Matthias Joa, AfD:**

Wissen Sie, Frau Kollegin, genau diese Verhaltensweise ist Grund für Politikverdrossenheit und dürfte auch ein Grund für die Presseberichterstattung von heute sein.

(Zurufe von der SPD)

Vielleicht treten Sie einmal einen Schritt zurück, und wir sprechen jetzt gar nicht über links und rechts, sondern wir sprechen über Organisation. Ich glaube, da haben wir alle den kleinsten gemeinsamen Nenner, dass sich die Situation seit 2015 grundlegend geändert hat.

(Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD: Wir haben viel weniger Flüchtlinge! Das stimmt!)

Jetzt muss man sich wirklich überlegen, ob die Vorgehensweise und das, was man abfragt und interessant ist, noch genau dem entspricht, was wir 2010 oder 2008 hatten. Daran genau krankt die Situation. Es geht nicht um politisch-inhaltliche Einschätzung, es geht darum, was getan werden muss.

Zu dem Punkt, was den Bürger interessiert. Den Bürger interessiert erst einmal, dass vernünftig mit seinen Steuergeldern umgegangen wird, er Transparenz hat über das, was im Land abläuft. Sie glauben allen Ernstes, die migrationsbedingten Herausforderungen unserer Tage mit Arbeitsweisen aus alten Zeiten bewältigen zu können.

Ich sage Ihnen ganz klar, dies wird nicht gelingen; denn die Zeiten haben sich geändert, und wer nicht mit der Zeit geht, der geht mit der Zeit. Wir werden nicht locker lassen. Wir werden auch diese Punkte immer wieder in die Öffentlichkeit ziehen. Sie können noch so versuchen, sich herauszuwinden. Das sind Punkte, die hoch relevant sind,

(Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD: Sie winden sich!)

die wir wissen müssen. Wir haben massive Lücken im System. Man sieht, dass die Landesregierung es seit zwei-einhalb Jahren nicht fertiggebracht hat, insbesondere Frau Ministerin Spiegel, eine prozessuale Voraussetzung zu schaffen, die Menschen an den Tisch zu holen und entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

Ich muss es offen sagen, auch Frau Dreyer muss am Ende ganz klare Grenzen setzen. Wenn Frau Spiegel weder befähigt noch willig ist, wenn sie überfordert ist, das zu organisieren – ich vergleiche das mit einer Organisation von Unternehmen, da müssen Sie als Geschäftsführer bestimmte Prozesse auf den Weg bringen –, wenn das nicht läuft, dann ist es keine Situation, die wir uns für Rheinland-Pfalz leisten können.

(Beifall der AfD)

Frau Spiegel, Sie tragen Verantwortung für Millionen von Rheinland-Pfälzern. Wir müssen eine Lösungen finden, und hören Sie auf, uns immer wieder auszuweichen. Lassen Sie uns die Themen nüchtern und sachlich, ohne Schaum vor dem Mund diskutieren.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD –  
Zuruf von der AfD: Bravo!)

#### **Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Eine weitere Kurzintervention hat Herr Abgeordneter Jun-

ge angemeldet. Wir bündeln, und dann kann die Antwort auch direkt gegeben werden.

Herr Abgeordneter Junge, Sie haben das Wort.

**Abg. Uwe Junge, AfD:**

Vielen Dank, Frau Präsidentin.

Es ist schon erstaunlich, wie Sie auf ganz normale parlamentarische Arbeit reagieren. Wir haben 51 Fragen gestellt, und das nicht umsonst, weil wir immer wieder – Frau Rauschkolb – hier Fragen gestellt haben. Auch bei der Mündlichen Anfrage. Es war immer wieder zu erkennen, dass das Ministerium nicht in der Lage ist, Zahlen zu liefern, die notwendig sind, um Entscheidungen treffen zu können und erst einmal eine Lagebewertung durchzuführen. Das war nicht der Fall. Wir haben 51 Fragen gestellt. Die Antworten waren katastrophal, nicht aussagefähig.

Wissen Sie, wenn Frau Spiegel auf die Frage – weil Sie sagten, es gibt diese Untergetauchten nicht – bei Sat1 tatsächlich davon spricht, vielleicht sind das jetzt Touristen,

(Heiterkeit bei der AfD –  
Zuruf der Staatsministerin Anne Spiegel)

dann hat sie sich versprochen und meinte Terroristen.

(Unruhe im Hause)

Aber das sind Touristen, und die sind weg, Frau Rauschkolb.

Wenn Sie sagen, die Daten wären da: Wenn die Ausländerbehörden offensichtlich fakultativ entscheiden können, ob sie Antworten geben oder nicht, dann ist es falsch. Dann muss ein Ministerium ganz klare Fragen stellen, ganz klar sagen, wie es die Daten aufbereitet und wie es sie haben will, damit es Entscheidungen treffen kann. Da kann man doch nicht sagen, die haben nicht geantwortet. Was ist das denn für eine Amtsführung? Das tut mir furchtbar leid. Das geht überhaupt gar nicht.

(Beifall der AfD)

Wenn nicht nachgefragt, sondern wieder abgewiegelt wird, sollte vielleicht einmal das Eingeständnis kommen zu sagen, Frau Ministerin, okay wir haben vielleicht zu wenig Daten, wir werden der Sache jetzt härter nachgehen, dann haben wir unser Ziel erreicht im Sinne der Bürger. Deshalb ist es nicht nur – Herr Kollege Joa hat es gesagt – eine Unfähigkeit, es ist auch, wenn man keine Daten erhebt, obwohl man sie haben könnte, fahrlässig und damit eigentlich ein klares Versagen, und zwar fortgesetztes Versagen dieses Ministeriums und seiner Ministerin.

Danke schön.

(Beifall der AfD)

**Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Frau Abgeordnete Rauschkolb hat die Möglichkeit zur Antwort. Ihnen stehen 6 Minuten Zeit zur Verfügung.

– Frau Rauschkolb.

**Abg. Jaqueline Rauschkolb, SPD:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist interessant, dass es Sie so interessiert hat, was ich gesagt habe. Zu dem Thema „Politikverdrossenheit“ und zu „dem Bürger“: Es ist schon interessant. Ich habe meinen Wahlkreis bei der letzten Wahl gewonnen. Haben Sie Ihren Wahlkreis gewonnen? – Ich glaube, nicht.

Das heißt, ich habe schon so ein bisschen Ahnung, was die Menschen vor Ort machen.

(Abg. Uwe Junge, AfD: Das hat damit gar nichts zu tun!)

– Ja, aber ich wollte es Ihnen nur einmal sagen, weil Sie immer den Bürger für sich proklamieren.

Der Bürger kommt jeden Tag zu Ihnen. Jeden Tag steht ein Bürger neben Ihnen, der Ihnen flüstert, was Sie als AfD machen sollen.

(Zurufe von der AfD)

Wir alle von jeder Partei haben vor Ort Menschen, mit denen wir sprechen. Wir alle vor Ort haben vielleicht unterschiedliche Herangehensweisen an Themen. Aber wir alle haben das Ohr an den Menschen.

Sie können doch nicht allen unterstellen, dass nur Sie diejenigen sind – von denen die meisten von Ihnen gar kein Wahlkreisbüro haben: einmal nur so am Rande –,

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Abg. Uwe Junge, AfD: Sie missachten die  
Opposition!)

die am Ende als einzige die Menschen verstehen.

Ich glaube, Sie verstehen es immer noch nicht. Es ist ein komplexes Thema. Vielleicht geht es Ihnen deswegen so.

(Zuruf des Abg. Matthias Joa, AfD: Gerade deswegen!)

Es gibt Zahlen, die beim BAMF erhoben werden. Es gibt auch Dinge, die wir wollen, die aber das BAMF nicht durchsetzt. Sie haben doch auch eine Bundestagsfraktion. Dann müssen Sie mit denen reden und sagen, besorgen Sie uns doch die Daten im Bundestag.

Wir wollten zum Beispiel, dass Straftaten in das Ausländerzentralregister kommen.

(Zuruf des Abg. Dr. Timo Böhme, AfD)

Das haben wir nicht geschafft. Dann muss man es an anderer Stelle noch einmal versuchen. Aber Sie unterstellen, dass das Ministerium, Frau Spiegel, den ganzen Tag da sitzt und nichts macht. Das stimmt absolut nicht. Das möchte ich zurückweisen.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Zuruf des Abg. Uwe Junge, AfD)

Wenn Sie sagen, es gibt keine Zahlen, dann weiß ich nicht, ob Ihnen der Computer nur eine Seite ausgedruckt hat. Ich habe ein paar mehr Seiten. Da stehen viele Zahlen drin. Ich habe auch einige genannt. Es steht drin, wie viele Leute freiwillig ausgereist sind, wie viele Leute abgeschoben wurden und viele andere Dinge. Wenn Sie die nicht zur Kenntnis nehmen wollen und immer noch sagen, dass es keine Zahlen gibt, dann verstehe ich Sie nicht.

Es ist doch gar nicht so, dass wir nicht sagen, dass Daten kontinuierlich verbessert werden müssen. Mir wäre es auch lieber, es würden Straftaten drinstehen.

(Abg. Dr. Timo Böhme, AfD: Das wäre  
Ihnen lieber?)

Ich habe Ihnen erklärt, warum es nicht der Fall ist. Aber Sie wollen es einfach nicht verstehen. Deswegen kommt die Kasette immer wieder.

Meinen Sie, uns sind die Menschen egal? – Ganz und gar nicht. Wir möchten, dass alles nach Recht und Ordnung zugeht. Wir möchten, dass die Menschen, die einen Sprachkurs besuchen, eine Chance haben. Wir möchten, dass die Menschen, die es nicht versuchen und Straftaten begehen, keine Chance haben.

(Zuruf des Abg. Uwe Junge, AfD)

Das ist für uns alle klar und Usus.

(Abg. Uwe Junge, AfD: Nicht immer!)

Sie tun immer so, als ob wir total weg wären in unserer rosa Blase und uns überhaupt nicht um die Probleme kümmern würden. Darum geht es doch gar nicht.

Ich würde sagen, wir haben die Dinge im Griff. Natürlich muss man immer weiter arbeiten, wie bei vielen anderen Dingen auch. Ich weise es wirklich zurück, dass Sie sagen, es wäre fahrlässig und eine Verantwortung da, für Dinge, die nicht laufen. Irgendwo hört es auch einmal auf.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Zurufe von der SPD: Sehr gut!)

#### **Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, freut es mich besonders, dass ich Schülerinnen und Schüler der Klasse 7 a der Augustiner Realschule plus in Hillesheim begrüßen kann. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Kessel das Wort.

#### **Abg. Adolf Kessel, CDU:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe

Kollegen! Die Flüchtlingspolitik der Landesregierung war in diesem Hause schon des Öfteren Gegenstand kontroverser Debatten. Heute ist es wieder so. Diese haben offenbart, dass in Rheinland-Pfalz in diesem Bereich einiges im Argen liegt.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN: Das stimmt doch nicht!)

Mit ihrer Großen Anfrage hat die AfD die Ecken der Integrationspolitik ausgekehrt. Die Antwort der Landesregierung brachte jedoch keine neuen Erkenntnisse.

Die Hälfte der Fragen hätte ich aufgrund der von uns gestellten Kleinen Anfragen aus dem Stegreif beantworten können. Für die andere Hälfte der Fragen gab auch die Landesregierung trotz ihrer Ministeriumsbürokratie im Rücken keine erschöpfende Antwort.

Mit Verlaub, es zeugt nicht gerade von hoher Sachkompetenz, wenn das grün geführte Migrationsministerium fast in jeder zweiten Antwort ausführt, dass mangels Rückmeldungen der Ausländerbehörden oder wegen nicht geführter Statistiken keine Aussagen zu zentralen Fragen der Flüchtlingspolitik getroffen werden können.

(Beifall bei der CDU und der AfD –  
Abg. Uwe Junge, AfD: Offenbarungseid!)

Wie wollen Sie die Integration anerkannter Asylanten angemessen bewerkstelligen, wenn Sie nicht wissen, wie viele Flüchtlingskinder die Schulen in Rheinland-Pfalz besuchen?

(Zuruf von der AfD: So ist es!)

Wie wollen Sie das Erfordernis der Integration in dem anstehenden Kita-Gesetz hinreichend berücksichtigen, wenn Sie nicht wissen, wie viele Kinder in den betroffenen Kitas sind? – Für all das braucht man verlässliche Zahlen. Es ist schon bezeichnend, dass eine Partei, die ansonsten die Transparenz wie eine Monstranz vor sich herträgt, eine derart hohe Intransparenz an den Tag legt.

(Abg. Joachim Paul, AfD: Genau! –  
Abg. Uwe Junge, AfD: Sehr gut, Herr  
Kessel!)

Hier stellt sich die Frage, ob das politisch so gewollt ist oder aus reinem Unvermögen resultiert.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

Auch kann es nicht sein, dass die Zahl der auf die Kommunen verteilten Asylsuchenden ohne Bleibeperspektive nicht statistisch erfasst wird. Liegt es etwa daran, dass Sie den Bürgern verschweigen wollen, dass über 90 % der Asylbewerber in Rheinland-Pfalz vor Ablauf der Sechsmonatsfrist aus der Erstaufnahme entlassen und auf die Kommunen verteilt werden, und das, obwohl nur 30 % anerkannt sind?

Die Konsequenz dieser verfrühten Entlassung ist, dass viele Asylbewerber ohne Bleibeperspektive dann wieder für die Ausreise in langwierigen und kostspieligen Verfahren aus den Kommunen geholt werden müssen – von den

Kosten für die rheinland-pfälzischen Kommunen ganz zu schweigen.

2016 hatten diese für die Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern Kosten in Höhe von 320 Millionen Euro zu tragen. Wahrlich kein Pappenstiel. Offensichtlich hat das Integrationsministerium weder einen genauen Plan noch einen genauen Überblick über die Flüchtlinge im Land.

Wenn die Landesregierung Fragen zur Flüchtlingspolitik mehr schlecht als recht beantwortet, ist dies Wasser auf die Mühlen der AfD, die einzig dieses Thema am Leben hält.

(Zurufe von und Heiterkeit bei der AfD)

Im Gegensatz zur AfD, die das Flüchtlingsthema für populistische Stimmungsmache missbraucht, hat die CDU in den letzten Jahren konkrete Vorschläge gemacht, wie wir Integration erfolgreich gestalten, den Missbrauch des Asylrechts unterbinden und die Kommunen entlasten können.

(Beifall bei der CDU)

Hierzu gehört unter anderem unsere Forderung, die Rückführung landesweit zu zentralisieren und abgelehnte Asylbewerber erst gar nicht auf die Kommunen zu verteilen, sondern direkt aus der Einrichtung zurückzuführen.

Die letzte Forderung greift die Ankerzentren auf, in denen alle relevanten Behörden in zentralen Ankunfts-, Entscheidungs- und Rückführungseinrichtungen eng unter einem Dach zusammenarbeiten sollen. Zugleich kann mit deren Hilfe die aktuell unbefriedigende Situation bei der Rückkehr Ausreisepflichtiger deutlich verbessert werden, da abgelehnte Asylbewerber direkt aus den Zentren entweder in die Heimatländer zurückgeführt oder gemäß dem Dublin-Abkommen in den zuständigen EU-Mitgliedstaat zurücküberstellt werden.

Apropos Rückführungen: Abschiebungen in Rheinland-Pfalz werden von den dafür zuständigen kommunalen Ausländerbehörden sehr unterschiedlich vorangetrieben. Zudem kommt es immer wieder zu Kompetenzstreitigkeiten zwischen Ausländerbehörden und dem Integrationsministerium. Hier zeigt sich, wie wichtig es wäre, Rückführungen landesweit in der Verantwortung des Landes zu zentralisieren.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Würde man zentral zurückführen, hätte man einen besseren Überblick und könnte die Verfahren deutlich beschleunigen.

(Beifall bei der CDU)

Zur Beschleunigung der Asylverfahren würde auch die Ausweitung der Liste von sichereren Herkunftsländern beitragen, deren Umsetzung die Grünen mit ihrer ideologischen Blockadehaltung seit Jahren verhindern, und das, obwohl Migranten aus Algerien, Marokko, Tunesien und Georgien, deren Asylantrag fast ausschließlich ökonomisch motiviert ist, nur sehr geringe Bleibeperspektive haben.

(Beifall bei CDU und AfD)

Meine Damen und Herren, die Antwort der Landesregierung zur Großen Anfrage ist ein entlarvend eingeständnis für eine verfehlte Flüchtlingspolitik. Sie zeigt ein eklatantes Informationsdefizit, aber auch ein gravierendes Umsetzungsdefizit bei Rückführungen. Dies bestätigt wieder einmal unsere Forderung, wonach die Asylpolitik ins Innenressort gehört, Herr Minister.

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin, ich frage mich, wie lange wollen Sie die Fehlentwicklungen in der Flüchtlingspolitik noch hinnehmen? Anstatt klarer Worte, wie es unlängst Ihre eigenen Genossen gefordert haben, drücken Sie beide Augen zu, um den Minikoalitionspartner bei der Stange zu halten. Sachpolitik wird weiter auf dem Altar der Machtpolitik geopfert.

(Beifall der CDU und der AfD –  
Zuruf des Abg. Joachim Paul, AfD)

Widersprüchlich bleibt auch Ihre Haltung in Sachen Ankerzentren. Während Sie im Koalitionsvertrag in Berlin deren Einrichtung zugestimmt haben, lehnen Sie diese in Mainz vehement ab. Glaubwürdig ist das nicht.

Sehr geehrte Frau Dreyer, es liegt an Ihnen, für mehr Transparenz und Glaubwürdigkeit zu sorgen.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

#### **Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Für eine Kurzintervention erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Böhme das Wort.

#### **Abg. Dr. Timo Böhme, AfD:**

Ja, meine Damen und Herren, Herr Kessel, es ist ja sehr schön, dass Sie uns ja im Wesentlichen zustimmen, aber was ich einfach unschön finde ist, dass Sie der Versuchung nicht unterlegen oder nicht widerstehen konnten – so ist es richtig –, uns dann doch wieder zur entbehrlichen Opposition zu erklären. Ja, die CDU hätte alles schon gemacht, ja. Warum gibt's uns überhaupt? Ja, das ist immer eine Aussage, die mich ein bisschen stört, gerade von Leuten, die sich immer so als die Überdemokraten hier in diesem Parlament darstellen.

(Zuruf des Abg. Uwe Junge, AfD)

Ja, und ich will einfach mal darauf hinweisen, dass Sie durchaus nicht alle Zahlen an den Tag bringen, ja. Als wir gemeinsam im vertraulichen Teil der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses saßen, haben alle zugehört, aber ich war derjenige, der dann am Ende die Kleinen Anfragen gestellt hat und die Mündliche Anfrage

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Ach, Gott! –  
Weitere Zurufe von der CDU)

und die Ministerin dazu gebracht hat zuzugeben, dass 34 Millionen Euro

(Beifall der AfD)

nur für die Asylbewerbererstaufnahme ausgegeben wurden.

(Abg. Martin Haller, SPD: Erzählen Sie doch nicht so einen Kram! Das ist doch kompletter Unsinn, den Sie hier erklären!)

Also Sie bringen bei Weitem nicht alle Zahlen an die Oberfläche, meine Damen und Herren. Und wir sind als Opposition genauso wichtig wie Sie.

Danke schön.

(Beifall der AfD)

#### **Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Danke schön. – Dann kommen wir zur nächsten Rednerin. Entschuldigung, zum nächsten Redner. Für die FDP-Fraktion hat sich Herr Kollege Roth gemeldet. Bitte schön, Sie haben das Wort, Herr Roth.

#### **Abg. Thomas Roth, FDP:**

– Ich bin eindeutig ein Mann.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Anfragen, egal ob Kleine oder Große Anfragen, sind das Recht eines jeden Abgeordneten, und zwar vorrangig Recht der Opposition zur Kontrolle der Landesregierung. Ich bin froh und dankbar dafür, dass dieses Recht in unserer Demokratie fest verankert ist. Kluge, geschickte und vernünftige Fragen sind Grundlagen für eine Anfrage und ein Teil unserer Arbeit.

Es gibt aber Ausnahmen. So auch dieses Mal hier. Ich möchte exemplarisch nur auf zwei Themenkomplexe eingehen.

So fragt die AfD in ihrer Großen Anfrage nach meldepflichtigen Krankheiten bei Asylbewerbern. Das können Sie natürlich. Das ist keine Frage. Was ist aber der tatsächliche Mehrwert? – Sie wissen jetzt, dass die Asylbewerberinnen und Asylbewerber einen sehr geringen Anteil an den meldepflichtigen Krankheiten ausmachen. Das wussten Sie aber bereits vorher; denn eine Kleine Anfrage von Ihnen – Drucksache 17/6874 – mit dem Thema „Gesundheitsversorgung Asylsuchender“ fragt die Gesundheitsversorgung von Asylsuchenden ab.

Die nächste Kleine Anfrage der AfD fragt nach der elektronischen Gesundheitskarte für Asylbewerber. Das übrigens unter der Drucksache 17/2059. Während Sie allerdings nur ein Thema und eine Personengruppe abfragen, kümmert sich die Ampelkoalition um die Menschen insgesamt.

(Beifall der FDP, der SPD und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie stellen der Landesregierung 53 Fragen, welche oftmals schon behandelt wurden. Sei es hier im Plenum, sei es in den Ausschüssen oder in öffentlichen Diskussionen. Natürlich fragen Sie wieder nach meldepflichtigen Krankheiten mit demselben Ergebnis.

Ich habe es vorhin schon gesagt, wir von der Ampelkoalition beschäftigen uns hingegen weiterhin mit echten Lösungen. Ich habe am Mittwoch schon angekündigt, weil ich wusste, dass dieses Thema heute auf der Tagesordnung steht, und wiederhole mich an dieser Stelle gerne, weil das auch ein Punkt in Ihrer Anfrage war: Rheinland-Pfalz steht bei der Abschiebung abgelehnter Asylbewerber im Ländervergleich an vierter Stelle. Rechnet man die freiwilligen Ausreisen von Flüchtlingen hinzu, dann stehen wir an dritter Stelle.

Ich kann auch teilweise die CDU nicht verstehen, die im Endeffekt jedes Mal wieder darauf reinfällt und versucht, etwas anderes zu suggerieren.

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

Alein im Zeitraum 2015 bis Mai 2018 gab es 18.141 Rückführungen. Rückführungen werden daher in Rheinland-Pfalz konsequent und rechtsstaatlich durchgeführt.

Auch habe ich auf den Doppelhaushalt für die Jahre 2019/2020 verwiesen. Wir unterstützen unsere Polizei, unsere Justiz und den Gerichtsvollzug.

Die Rückkehr der Kommunen in die Härtefallkommission ist ein weiteres Beispiel für die Arbeit der Ampelkoalition. Wir werden diese Arbeit weiterhin sachlich, rational und vernünftig fortführen.

(Beifall der FDP, der SPD und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage es noch einmal: Das Recht auf Anfragen streitet Ihnen keiner ab, aber die Intention Ihrer Anfrage ist doch recht eindeutig, und zwar wie immer.

Haben Sie vielen Dank.

(Beifall der FDP, der SPD und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Für eine Kurzintervention hat sich Herr Abgeordneter Joa gemeldet.

#### **Abg. Matthias Joa, AfD:**

Herr Kollege Roth, Sie sind in Ihrer Rede auf kein einziges materielles Defizit in unserer Großen Anfrage eingegangen. Auf kein einziges!

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN: Viele Defizite! Die haben  
Sie massenhaft!)

Herr Roth, vielleicht sollten Sie einmal Nachhilfe bei Ihrem FDP-Kollegen Alexander Buda nehmen, der bereits im Januar/Februar massiv das Ministerium, seine Führung und seine Organisation kritisiert hat.

(Unruhe im Hause)

Lassen Sie uns über die Defizite sprechen. Lassen Sie uns über die Führung, über die Koordination sprechen.



Lassen Sie uns über die Verhältnisse des BAMF zum Ministerium und über das Verhältnis des Ministeriums zu den Ausländerbehörden sprechen, weil das Themen sind, die wir angehen müssen.

(Unruhe im Hause)

Immer nur abweichend zu antworten und immer andere Dinge zu bringen und jetzt mit Gesundheitsfragen zu kommen, was jetzt wirklich gar nichts mit dem zu tun hat, was hier strukturell nicht stimmt, diese Art und Weise bringt uns nicht weiter.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Steht doch in Ihrer Anfrage! Lesen Sie doch Ihre Anfrage!)

Genau diese Art und Weise sorgt dafür, dass wir uns immer um uns selbst drehen, weil niemand etwas zugibt, weil niemand einen Fehler zugeben und sagen kann, ja, daran müssen wir arbeiten. Daran krankt dieses Parlament. Das sorgt auch für die politische Verdrossenheit.

Danke.

(Beifall der AfD)

**Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Herr Kollege Roth, möchten Sie antworten? – Bitte schön, Sie haben die Möglichkeit dazu.

**Abg. Thomas Roth, FDP:**

Eigentlich ist hier jedes Wort zu viel, aber ich möchte trotzdem ganz kurz darauf antworten.

Ihre Anfrage hat Defizite. Ich muss doch nicht selbst auf die Defizite eingehen. Ich habe gesagt, ich greife nur zwei Punkte heraus.

Fakten und Tatsachen wird gleich mit Sicherheit Frau Ministerin Spiegel erzählen, und zwar zum gefühlten hundertsten Male. Ich glaube ganz einfach, irgendwann müssen Sie auch einmal verstehen, dass dieses Thema völlig ausgelutscht ist.

(Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der AfD)

**Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Meine Damen und Herren, für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Binz das Wort.

**Abg. Katharina Binz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ja, viele, viele Zahlen haben Sie von der AfD-Fraktion erfragt. 53 Fragen haben Sie gestellt. Auf 40 Seiten haben Sie Antworten bekommen. Sie beschwerten sich trotzdem, wenn man sich jetzt mit den Fragen und Antworten auseinandersetzt, weil Ihnen eben nicht

alle Antworten in den Kram passen, aber so ist das nun einmal.

(Zuruf des Abg. Uwe Junge, AfD)

Auch ich will Interpretationen zu den Zahlen, die Sie erfragt haben, hinzufügen. Sie haben nach den gestellten Asylanträgen gefragt. Sie haben auch nach den Antragsentscheidungen in den letzten Jahren gefragt. Wenn man diese zwei Zahlen nebeneinander stellt, dann stellt man etwas Interessantes fest, nämlich 2016 wurden 38.000 Anträge gestellt und 38.000 Entscheidungen getroffen. 2017 wurden nur noch 14.000 Anträge gestellt, aber 26.000 Entscheidungen getroffen. Im ersten Halbjahr 2018 wurden nur noch 4.000 Anträge gestellt, aber 5.000 Entscheidungen getroffen.

Was sagt uns das? – Das sagt uns, dass mittlerweile über den Berg an Anträgen, der im BAMF vor sich hergeschoben wurde, entschieden und dieser abgearbeitet wurde. Das war, wie wir uns alle erinnern, ein großes Problem, das lange beim BAMF bestand, sich natürlich 2015 und danach verschärft hat. Mittlerweile ist dieses Problem nach diesen Zahlen wohl gelöst. Ich finde, das ist eine gute Nachricht.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Die schlechte Nachricht an dieser Stelle findet sich aber in der Antwort auf Ihre Frage 41. Da geht es um die Klagen gegen Antragsentscheidungen. Hier lassen die Zahlen den Rückschluss zu, dass die Entscheidungen des BAMF nicht qualitativ befriedigend sind. Wenn in den letzten beiden Jahren 20 bis 30 % der Klagen vor Verwaltungsgerichten gegen Asylbescheide teilweise oder ganz erfolgreich waren, dann wirft das kein gutes Licht auf das BAMF.

Wenn wir uns dann die Berichterstattung aus dieser Woche vor Augen führen, dass an dem im Frühjahr – wir alle haben es mitbekommen – hoch und runter diskutierten BAMF-Skandal nicht mehr viel dran ist; denn wir wissen jetzt, dass von 44.000 überprüften Bescheiden nur 307, das sind 0,7 %, zurückgenommen werden mussten, dann fragt man sich doch, wenn man das beides nebeneinander legt, ob hier nicht viel eher der Skandal in den vielen ablehnenden Bescheiden liegt, die dann von den Verwaltungsgerichten wieder gekippt werden müssen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Das sind Zahlen, das ist eine Tatsache, die muss uns doch auf Landesebene beschäftigen. Das darf nicht einfach nur mit einem Schulterzucken zur Kenntnis genommen werden; denn zum einen führt das natürlich dazu, dass unsere Verwaltungsgerichte belastet werden, und zum anderen ist es auch aus grundsätzlichen rechtsstaatlichen Erwägungen nicht hinzunehmen, dass Behörden fast 30 % Fehlentscheidungen treffen.

Hier finde ich es sehr gut, dass das Ministerium dem Bundesinnenminister, was das angeht, schon seit Jahren auf den Füßen steht. Schlecht ist allerdings, dass sich an dieser Stelle bisher so wenig getan hat und stattdessen lieber

Scheinskandale „hochgejazzt“ werden.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
der SPD und der FDP)

Es stimmt auch nicht, dass keine Daten vorliegen, wie Sie hier so breit ausgeführt haben. Die notwendigen Daten werden erhoben,

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Falsch!)

aber es ist wichtig, wenn wir hier Leerstellen identifizieren, dass auch der richtige Adressat genannt wird, wenn man strukturelle Verbesserungen haben möchte. Der richtige Adressat ist das Ausländerzentralregister (AZR). Das wird eben vom Bund geführt. Da kommen die Daten her; von da werden die Daten geliefert. Auch hier ist das Ministerium in den letzten Jahren immer wieder unterwegs gewesen,

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Das heißt aber doch nichts!)

beim Bundesinnenministerium auf eine Verbesserung des Ausländerzentralregisters hinzuwirken.

(Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

Aus dem AZR werden den Ländern und Kommunen standardmäßig jede Menge Datensätze zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus fordert das Land noch zusätzliche Datensätze ein. Das kann man nicht einfach verschweigen. So werden zum Beispiel regelmäßig die zugezogenen Asylsuchenden in bestimmten Altersgruppen, das heißt auch, ob das schulpflichtige Kinder sind – ja oder nein –, für das Bildungsministerium abgefragt.

Das muss natürlich immer nach Bedarf gegebenenfalls ausgebaut werden. Wobei ich auch sage: Nicht jede Statistik, die rein theoretisch denkbar wäre, ist auch sinnvoll und notwendig.

Ihre Vorstellung, dass jedwede Statistik mit einem Knopfdruck zur Verfügung zu stellen ist, lässt sich eben nicht mit der Arbeit der Behörden vor Ort vereinbaren, die sich um die richtigen Probleme, die vor Ort existieren, zu kümmern haben.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
der SPD und der FDP –  
Zuruf des Abg. Dr. Timo Böhme, AfD)

Kurz noch etwas zu den sogenannten Untergetauchten. Zum einen, die 2.820 bezeichneten Personen ohne bekannten Aufenthaltsort sind die gesammelte Zahl aller Ausländer, von denen nach Ablauf ihrer Aufenthaltsgenehmigung der Aufenthaltsort unbekannt ist. Das heißt, darunter befinden sich auch Touristen, Geschäftsreisende, Studierende usw.

Es befinden sich zum anderen auch all diejenigen darunter, die zu bestimmten Terminen von Behörden einfach nicht angetroffen wurden. Das heißt aber noch lange nicht, dass sie alle untergetaucht sind.

(Glocke der Präsidentin)

Natürlich befinden sich aber unter den 2.820 auch welche, die sich einer drohenden Abschiebung entziehen. Wenn Sie aber mit dieser Zahl so unverantwortlich umgehen,

(Glocke der Präsidentin)

dann ist das nicht der sachliche Umgang, den Sie eben angemahnt haben.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
der SPD und der FDP)

**Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Für eine Kurzintervention erteile ich Herrn Abgeordneten Joa das Wort.

**Abg. Matthias Joa, AfD:**

Frau Binz, ich möchte aus Zeitgründen nicht mehr auf alles, aber auf einen Punkt eingehen. Sie haben das Thema „Kommunen“ angesprochen, und nicht jede Statistik sei für die Kommunen relevant. Da haben Sie natürlich recht.

Ich möchte Ihnen aber einmal nahebringen, was die Kommunen brauchen bzw. was den Kommunen aktuell fehlt. Wie sollen die Kommunen planen, wenn sie keine Zahlen haben, welche Asylkinder in Kindergärten und Schulen gehen? Wie soll die Planung erfolgen?

Das geht noch darüber hinaus. Das Thema geht über die Große Anfrage noch weit hinaus. Die Städte wissen aktuell selbst nicht, was die Gesamtbevölkerung angeht, wie hoch der Migrationshintergrund überhaupt ist. Wichtige Sozialstrukturdaten sind überhaupt nicht verfügbar.

Die werden nicht erhoben. Das heißt, wir müssen doch, auch wenn wir inhaltlich zu der Frage, was Integration bedeutet und ob sie nötig ist, unterschiedliche Ansätze haben, eines klar sagen: Wenn die Menschen, zumindest ein Teil, länger hierbleiben, dann muss doch den Kommunen eine Planungsmöglichkeit zur Verfügung stehen. Da müssen die doch wissen, was in der eigenen Stadt oder im eigenen Landkreis läuft, wie sich die Demografie entwickelt, sich Stadtviertel und die Schülerzusammensetzung entsprechend verändern. Und dies einfach immer abzutun und zu sagen, wir liefern alle Zahlen, und es können mal kleine Fehler passieren, das ist zu wenig. Das wird Ihrem Auftrag als Regierung nicht gerecht. Und darüber sollten wir sprechen und nicht Nebelkerzen werfen.

(Beifall der AfD)

**Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Es gibt eine weitere Kurzintervention von Herrn Abgeordneten Junge. Frau Binz, möchten Sie direkt antworten, oder nehmen wir das wieder gebündelt? – Herr Junge, Sie haben das Wort.

**Abg. Uwe Junge, AfD.**

Frau Binz, ich verstehe ja sehr gut, dass Ihnen das peinlich ist und Sie versuchen, das in der Tat mit Nebelkerzen und mit Verschleierungstaktiken zu unterbinden. Aber wir müssen doch einmal logisch und normal nachdenken und sagen, wir haben keine Grundlagen. Wir haben die Grundlagen nicht, wenn Sie zum Beispiel keine Fluchtgründe ermitteln können, zum Beispiel in einer Datenbank. Das ist doch nicht schwierig. Wir reden andauernd über Digitalisierung. Nutzen Sie die doch einmal. Die Möglichkeiten gibt es ja.

(Beifall der AfD)

Wenn wir die Fluchtgründe nicht erfragen, wie wollen Sie denn dann die Fluchtursachen in irgendeiner Form angehen? Da greift doch eins ins andere eben nicht, und deshalb sagen wir, wir brauchen einfach mehr Informationen, damit Sie nicht glauben, etwas richtig zu machen, sondern damit wir einmal wissen, ob wir etwas richtig machen oder nicht.

(Beifall der AfD)

Dann sage ich Ihnen, wir sind – der Termin stand ohnehin – beim BAMF hier in Bingen gewesen. Es war sehr angenehm. Die waren sehr auskunftswillig, sehr auskunftswillig, ja. Man muss sie nur fragen. Man muss sie nur fragen, und das haben Sie offensichtlich gemacht. Und in der Anfrage steht als Antwort, Sie bekommen die nicht, weil Sie natürlich kein Fragerecht haben. Aber glauben Sie mir, das sind sehr nette Menschen, die machen einen tollen Job dort und sind durchaus bereit, Fragen zu beantworten. Und das sollten Sie einfach tun, einfach Fragen stellen.

Danke schön.

(Beifall der AfD)

**Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Ich erteile der Abgeordneten Binz noch einmal das Wort für die Gelegenheit zur Antwort.

**Abg. Katharina Binz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Man fragt sich wirklich, ob Ihnen eigentlich bekannt ist, was eine Debatte ist, wenn Sie jedes Mal auf jeden Redebeitrag hier mit Kurzinterventionen reagieren.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Das ist ein Recht des Abgeordneten!)

– Natürlich ist das Ihr Recht, das spricht Ihnen niemand ab. Herr Dr. Bollinger, das können Sie hier so oft wiederholen, wie Sie wollen, aber trotzdem kommt nichts dabei herum;

(Zurufe von der AfD)

denn Sie wiederholen jedes Mal gebetsmühlenartig Vorwürfe, die zu entkräften vorher jeder versucht hat.

(Abg. Matthias Joa, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nein!)

Das nehmen Sie schlicht und ergreifend nicht wahr, weil es nicht in Ihr Bild passt, und dann frage ich mich, wer hier eigentlich die ganze Zeit diese Nebelkerzen wirft,

(Abg. Uwe Junge, AfD: Sie bekommen Widerspruch, und das gefällt Ihnen nicht!)

wenn Sie sich mit den 53 Fragen, die Sie gestellt haben, nur mit einigen explizit auseinandersetzen, nämlich mit denen, von denen Sie denken, daraus könnten Sie Ihr Süppchen kochen. Alle anderen ignorieren Sie einfach.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Die ignorieren Sie einfach, und nächste Woche werden Sie wieder die gleichen Anfragen stellen, und dann werden wir wieder die gleiche Debatte führen.

Herr Kollege Junge, Sie haben eben noch einmal darauf hingewiesen, dass Sie im Gespräch mit dem BAMF sind – das ist auch alles gut und schön – und das Ministerium anscheinend irgendwie etwas falsch macht, wenn es da anfragt.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Sie müssen die Realität zur Kenntnis nehmen!)

Ich will einfach nur noch einmal darauf hinweisen, was Ihnen als Aussage vom BAMF in Ihrer Großen Anfrage in den Antworten zur Verfügung gestellt wurde. Auch darauf sind Sie nicht eingegangen.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Ungeheuerlich, was die Opposition so macht!)

Sie haben es schlichtweg ignoriert bzw. hier unterschlagen. Ich zitiere die Seite 4 mit Genehmigung der Präsidentin: „Eine mögliche freiwillige Beantwortung sei in der Kürze der Zeit und aufgrund der sehr hohen Arbeitsbelastung beim Bundesamt gegenwärtig nicht möglich.“ Das heißt, es ist sehr wohl möglich, diese Daten zu bekommen, aber nicht in der Kürze der Zeit und nicht aufgrund der sehr hohen Arbeitsbelastung.

(Zurufe von der AfD)

Diese sehr hohe Arbeitsbelastung schaffen auch Sie mit Ihren Anfragen, und zwar nicht nur beim BAMF, sondern insbesondere auch bei den kommunalen Ausländerbehörden.

(Abg. Uwe Junge, AfD: Das sind Kerndaten, ohne die kann ich nicht arbeiten!)

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

**Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Bevor ich der Landesregierung das Wort erteile, freut es mich, dass wir Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verbandsgemeindeverwaltung aus Kirchberg im Hunsrück bei uns begrüßen können. Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Für die Landesregierung erteile ich Staatsministerin Spiegel das Wort. Bitte schön, Frau Spiegel.

**Anne Spiegel, Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Um eines in dieser Debatte direkt klarzustellen, selbstverständlich erfassen wir Daten systematisch als Landesregierung und als Integrationsministerium. Wir werten diese Daten auch fachgerecht aus, und wir haben somit auch einen guten Überblick über Daten. Aber – und auch das gehört zur Debatte dazu – im Rahmen unserer Zuständigkeit sind uns Grenzen gesetzt; denn Fakt ist, dass das Ausländerzentralregister das zentrale Datenmanagement für Flüchtlinge in Deutschland wahrnimmt. Das ist in der Verantwortung des Bundesinnenministeriums. Wir haben den Bund schon oft angemahnt, dass das Datenmanagement hier dringend verbessert werden könnte. Übrigens mahnen wir das gemeinsam mit den anderen Ländern ständig an.

Fakt ist auch, wir führen als Land eigene Datenerhebungen durch, weil wir die vorhandenen Daten des Bundes als unzureichend erachten. Und damit erheben wir mehr Daten und nicht weniger Daten als andere Bundesländer, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
der SPD und der FDP –

Abg. Matthias Joa, AfD: Aber die falschen! –  
Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Schlimmer geht's immer!)

Wir wissen Bescheid über die Zahl der Asylanträge. Wir wissen, wie viele Menschen in den Erstaufnahmeeinrichtungen sind. Wir wissen, wie viele Männer, Frauen, Kinder und Babys in den Erstaufnahmeeinrichtungen in den Kommunen sind. Wir wissen ebenso Bescheid über die Anzahl der Menschen, deren Asylverfahren abgeschlossen ist und wie sie sich über die Städte und Landkreise verteilen. Wir wissen, wie viele Rückführungen es gibt. Wir wissen, wie viele freiwillige Rückführungen es gibt. Wir wissen, wie viele Personen eine Duldung haben und in welcher Kommune sie wohnen und aus welchen Gründen sie in Rheinland-Pfalz geduldet sind, und wir wissen, wie viele Menschen wir im Rahmen von Dublin-Verfahren in eine anderes EU-Land überstellt haben. Und wir wissen auch, welche meldepflichtigen Erkrankungen unter Asylsuchenden aufgetreten sind. Genau deshalb konnten wir auch falsche Behauptungen der AfD widerlegen, dass Asylsuchende angeblich überdurchschnittlich oft meldepflichtige Krankheiten hätten;

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Hepatitis!)

denn das Gegenteil ist der Fall, meine Damen und Herren. Das Gegenteil ist der Fall. Bei vielen Krankheiten, wie Rotavirus, Keuchhusten, beim Norovirus oder Salmonellen liegt der Anteil von Asylsuchenden bei null Prozent, meine Damen und Herren.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Hepatitis,  
Tuberkulose! –

Abg. Dr. Timo Böhme, AfD: Selektive  
Wahrnehmung!)

Sie sehen also, die Aufgaben im Bereich Integration und Migration werden ordentlich erledigt. Meine sehr geehrten Damen und Herren, zu unseren Aufgaben gehört es aber auch – auch das möchte ich deutlich machen –, wir sind noch nicht am Ende der Fahnenstange, was ein gutes Datenmanagement angeht. Deshalb haben wir es uns auch gemeinsam mit dem Bund und gemeinsam mit den anderen Bundesländern auf die Fahne geschrieben, dass wir ein kontinuierliches Verbessern unseres Datenmanagements herbeiführen wollen. Das tun wir, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
der SPD und der FDP)

Wir stimmen uns dazu eng mit den anderen Ministerien ab. Wir arbeiten gut und Hand in Hand in dieser Frage zusammen. Außerdem sind wir natürlich im Gespräch mit den kommunalen Ausländerbehörden vor Ort. Wir arbeiten auch mit diesen eng zusammen, und wir sind mit der Bundesebene, mit dem BAMF, aber auch mit dem Bundesinnenministerium, hierzu im Gespräch; denn – das hatte ich eben gesagt – die zentrale Datenbank für Flüchtlinge im Ausländer- und Asylwesen ist das Ausländerzentralregister des Bundes. Hier mahnen wir wirklich regelmäßig an, dass es noch Optimierungsbedarfe gibt; denn es ist uns bewusst – auch das gehört dazu –, dass selbstverständlich die Zusammenführung vieler Daten noch verbessert werden muss. Das ist im Übrigen auch ein Dauerthema auf den Fachministerkonferenzen, und es ist auch das Anliegen von anderen Bundesländern.

Wir haben den Bund gebeten – und auch das ist ein wichtiger Punkt –, dass er endlich Straftaten im Ausländerzentralregister aufnimmt. Aber der Bund hat es abgelehnt. Auch das gehört zur Debatte dazu, das hier zu erwähnen, meine Damen und Herren.

Wir haben eine gute Datenbasis, mit der wir sogar die Defizite des Bundes ausgleichen, und wir starten natürlich regelmäßig eigene Erhebungen bei den rheinland-pfälzischen Ausländerbehörden. Das betrifft Daten, die wir als unbedingt notwendig erachten, wie etwa die freiwilligen Ausreisen, die Erteilung von Aufenthaltstiteln zum Familiennachzug, die Daten zu straffälligen Duldungs- und Gestattungsinhabern oder eben die Zustimmung zur Visumserteilung zu subsidiär Schutzberechtigten. Der Bund ist bis jetzt nicht in der Lage, genau solche Daten automatisch mit zu erfassen. Hier bin ich auf Herrn Seehofer gespannt, ob und wann es ihm gelingt, das Datenmanagement zu optimieren.

Und nur weil wir in Rheinland-Pfalz in diesen Bereichen auch aktive Abfragen starten, haben wir gewisse Daten vorliegen. Aber – und auch das möchte ich betonen –, man muss sich bewusst sein, dass jede einzelne Erhebung bei den kommunalen Ausländerbehörden vor Ort zu einer erheblichen Arbeitsbelastung führt. Wir wissen um die große Belastung der Ausländerbehörden generell. Deshalb setzen wir auf klare Prioritäten, welche Daten wir abfragen,

meine sehr geehrten Damen und Herren;

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
der SPD und der FDP –  
Zuruf des Abg. Matthias Joa, AfD)

denn wir wollen die kommunalen Ausländerbehörden vor einer zusätzlichen Belastung schützen.

Zu den Untergetauchten, die eben angesprochen worden sind: Das ist für mich so ein Beispiel, weshalb es in der Debatte enorm wichtig ist, dass wir uns an die Fakten halten und faktenbasiert miteinander diskutieren.

(Zuruf von der AfD: Touristen!)

Sie haben nach der Zahl gefragt. Eigentlich heißt es korrekt „Personen ohne Behördenkontakt“. Darauf haben Sie eine Antwort bekommen, nämlich knapp 3.000. Ich habe genau zugehört, es wurde in der allerersten Rede von Ihnen, Herr Joa, auf einmal von 5.000 bis 6.000 Personen gesprochen.

(Abg. Matthias Joa, AfD: Hochgerechnet!)

Das ist nicht seriös, so mit den Fakten im Land umzugehen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
der SPD und der FDP –  
Zurufe von der AfD)

– Entschuldigung, Sie wissen doch genau, dass Sie damit hier auch eine Stimmungsmache betreiben; denn wenn wir uns die Zahlen anschauen – und das ist in allen Bundesländern so, dass wir Personen ohne Behördenkontakt haben –, dann wissen wir auch, dass ein Großteil dieser Personen in andere Bundesländer und in andere EU-Länder weitergereist ist.

(Abg. Michael Frisch AfD: Woher wissen Sie das? Woher weiß sie das?)

Dann ist es einfach infam, hier eine andere Zahl einfach so in den Raum zu stellen, die doppelt so hoch ist wie das, was wir Ihnen an Fakten geliefert haben. Bitte bleiben Sie in dieser Diskussion auch bei den Fakten, die wir Ihnen geliefert haben, meine Damen und Herren.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
der SPD und der FDP)

Um einen Überblick über den gesamten Integrationsbereich zu erhalten, erstellen wir übrigens in jeder Legislaturperiode einen Zuwanderungs- und Integrationsbericht. Darin werten wir zahlreiche Daten aus allen Ressorts aus, und wir analysieren diese. Bereits im Vorfeld dieses Berichts prüfen wir immer, welche Daten für unsere politischen Entscheidungen und Weichenstellungen noch wichtig sind. Das werden wir selbstverständlich auch diesmal tun. Ich kann Ihnen den im Moment letzten veröffentlichten – das sind nicht nur drei Seiten – Zuwanderungs- und Integrationsbericht zeigen, unseren fünften. Das werden wir selbstverständlich auch in dieser Legislaturperiode wieder tun. Damit verbessern wir unser gutes Datenmanagement kontinuierlich, und damit wollen wir auch die Daten vor-

liegen haben, die wir für eine gute Integrationspolitik in Rheinland-Pfalz brauchen.

Herzlichen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
der SPD und der FDP –  
Abg. Matthias Joa, AfD, begibt sich auf den  
Weg zum Rednerpult)

#### Vizepräsidentin Astrid Schmitt:

Sie müssen einen kleinen Moment warten. Mir liegen zwei Kurzinterventionen vor. Ich habe jetzt nicht gesehen, wer zuerst war? – Herr Abgeordneter Joa hat das Wort. Bitte schön.

#### Abg. Matthias Joa, AfD:

Geehrte Präsidentin, liebe Kollegen! Frau Spiegel, ich bin ja froh, Sie haben mittelbar zugegeben, dass erhebliche Defizite bei der Strukturierung bestehen

(Abg. Jutta Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN: Was?)

und exemplarisch beim Thema „Untergetauchte“. Die Hälfte der Ausländerbehörden hat überhaupt nur geantwortet. Und die Frage ist doch: Warum ist dies so? Gibt es keine einheitliche Anforderung? Gibt es keine einheitliche Vorgehensweise?

(Abg. Jutta Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN: Sie hat es eben gerade  
erklärt! –

Ministerpräsidentin Malu Dreyer: Frau  
Spiegel hat es eben gerade erklärt!)

Hat die Landesregierung nicht einen Anspruch darauf, das zu erfahren? Das ist doch der Job, den Sie zu tun haben.

Und beim Thema „Statistik“, Frau Spiegel, noch eine Anmerkung. Sie haben im Ausschuss am 18. Januar bezüglich der Frauenhausstatistik gesagt – ich zitiere hier das Sitzungsprotokoll noch einmal –:

„Es werde keine Statistik über die Anzahl der abgewiesenen Frauen erhoben; allerdings habe sich diese Frage vor zwei oder drei Jahren auch nicht gestellt.“ – Und weiter: „Es sei wichtig, dass Statistiken geführt würden, da sich die Situation erheblich (...) verändert habe.“

Frau Ministerin, wenn Sie in diesem Fall einen erweiterten Statistik- und Fragebedarf erkennen, beim Thema „Asyl“ jedoch nicht, dann scheint Ihre Wahrnehmung für Veränderung offensichtlich überaus selektiv zu sein;

(Beifall der AfD)

denn nirgendwo haben sich die Verhältnisse doch stärker gewandelt als beim Thema „Zuwanderung und Migration“. Das können wir doch nicht bestreiten. Deswegen müssen wir die Datenlücken jetzt schließen. Die migrationsbedingten Herausforderungen und Probleme unserer Tage können wir nicht mit vergangenen Lösungen nach vorne bringen.

(Zurufe von der SPD)

Frau Spiegel, letztlich geht es nicht darum, dass wir Sie in allen Punkten hier schlechtreden wollen.

(Zuruf von der SPD: Machen Sie aber!)

Nein, es geht darum, dass wir wichtige Punkte, bei denen wir Defizite haben, die sich auf die Kommunen vor Ort massivst auswirken,

(Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist keine Kurzintervention!)

nicht unter den Teppich kehren und wir anfangen, diese aufzuarbeiten.

Danke.

(Beifall der AfD)

#### **Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Mir liegt zunächst eine weitere Kurzintervention des Abgeordneten Baldauf vor. Ist das richtig?

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Ja!)

Frau Ministerin, möchten Sie sofort antworten oder gebündelt? – Dann hat zunächst der Abgeordnete Baldauf das Wort.

Ich sage es noch einmal. Die Kurzinterventionen müssen sich auf den Redebeitrag beziehen. Das kann man sehr weit auslegen, aber ich bitte noch einmal, darauf zu achten.

#### **Abg. Christian Baldauf, CDU:**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Spiegel, aufgrund Ihrer Ausführungen bin ich der Meinung, dass man noch einmal zwei Takte dazu sagen sollte.

Es hilft uns in dieser Frage überhaupt nicht weiter, wenn wir dauernd darüber debattieren, wer welche Zahlen zu erheben hat und wie sie sich tatsächlich darstellen, weil Zahlen das eine und Zuständigkeiten das andere sind.

Aber es gibt eine ganze Menge Zuständigkeiten, die in Ihren Bereich fallen, bei denen ich nicht wahrnehme, dass Sie sie wahrnehmen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Martin Louis Schmidt, AfD)

Wir haben – das wissen wir alle – bei schwerkriminellen Abzuschiebenden eine Quote von fast 80 %: bei denen wissen wir nicht, wo sie sind,

(Staatsministerin Anne Spiegel: Woher nehmen Sie diese Zahlen?)

bei denen weiß der Innenminister das nicht, und bei denen wissen Sie das nicht. Bei den anderen 20 % wissen Sie

das auch nur, weil sie in der Regel in den Justizvollzugsanstalten sitzen und man dann eben weiß, wo sie sind.

Das ist doch ein Punkt, den Sie zu regeln haben. Woran liegt das? Das liegt daran, dass Sie keine Wohnsitzauflage in Rheinland-Pfalz haben. Das liegt daran, dass Sie keine Ankerzentren in Rheinland-Pfalz haben. Das liegt daran, dass Sie nicht lückenlos überprüfen können, wo die einzelnen Personen sind.

(Beifall der CDU)

Verehrte Frau Ministerin, wir alle wollen eine Integration derer, die hier bleiben können, weil sie ein Recht darauf haben. Aber ich persönlich – und ich weiß, viele andere wollen das auch –, will, dass diejenigen, die kein Bleibe-recht haben, wieder zurückzuführen sind.

(Beifall bei CDU und AfD)

Das können Sie nur mit aktuellen Zahlen und nicht mit der Situation, dass Sie hier jeden machen lassen, was er will. Das müssen Sie ändern. Frau Ministerin, das ist Ihre Zuständigkeit.

Herzlichen Dank.

(Beifall der CDU und bei der AfD)

#### **Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Für eine Erwiderung erteile ich Ministerin Spiegel das Wort.

#### **Anne Spiegel, Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Noch einmal zu den Untergetauchten: Ich hatte das bereits ausgeführt, und darauf hatte auch Frau Abgeordnete Binz hingewiesen, dass damit Personen ohne Behördenkontakt gemeint sind. Das können auch Geschäftsleute, Geschäftsreisende, Touristen oder auch Studierende, deren Visum abgelaufen ist, sein.

(Zurufe von der AfD –  
Abg. Joachim Paul, AfD: Wie realistisch ist das denn?)

– Jetzt rede ich.

Ich sage Ihnen einmal eines. Eine Person, die einen Asylantrag in Rheinland-Pfalz stellt – ein Flüchtling. Diese Flüchtlinge können Sie nicht einfach einsperren, nur weil es Flüchtlinge sind. Einen Freiheitsentzug kann immer nur ein Richter oder eine Richterin anordnen und auch nur auf gesetzlicher Grundlage.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
der SPD und der FDP –  
Zuruf des Abg. Matthias Joa, AfD)

Meine Damen und Herren, wer etwas anderes fordert, der stellt unsere freiheitlich-demokratische Rechtsordnung an dieser Stelle infrage.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
der SPD und der FDP –  
Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Das ist nicht  
wahr!)

Herr Baldauf, zu Ihrer Zahl, die Sie eben in den Raum  
gestellt haben, dass wir bei 80 % nicht wüssten, wo sie  
sich aufhalten.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Haben Sie  
so geantwortet!)

– Nein. Ich habe hereingerufen: Woher nehmen Sie diese  
Zahl? Die Zahl findet sich nirgendwo in der Großen Anfra-  
ge. Nennen Sie mir die Frage, die Antwort und die genaue  
Zahl. Sie findet sich nämlich dort nirgendwo.

Ich möchte Sie fragen, woher Sie diese Zahl wissen;

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Aus den  
Kleinen Anfragen aus dem Bundestag!)

denn es ist infam, eine solche Zahl in den Raum zu stellen,  
ohne zu sagen, wie Sie sich einordnen lässt.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
der SPD und der FDP)

Herr Baldauf, auch hier sind Sie gefordert, auch wenn das  
mehr Arbeit macht: Bei den Fakten bleiben und sich fak-  
tenbasiert in die Diskussion einbringen.

Herzlichen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
der SPD und der FDP)

#### **Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Aufgrund der Redezeit der Landesregierung stehen den  
Fraktionen noch 1 Minute und 20 Sekunden zur Verfügung.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Braun,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine Wortmeldung liegt mir jetzt von Herrn Abgeordneten  
Haller vor.

#### **Abg. Martin Haller, SPD:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kol-  
legen! Es ist sicherlich wichtig, dass wir diesen Themen-  
komplex miteinander besprechen und es dadurch vielleicht  
einmal zu der einen oder anderen Hitzigkeit kommt. Ich  
möchte uns jedoch alle darauf hinweisen, dass die AfD  
es einmal wieder gekonnt schafft, sich außerhalb dieses  
demokratischen Diskurses zu bewegen.

(Zurufe von der AfD: Was?)

Was Sie auf Twitter gerade veranstalten, ist unterste Schu-  
blade.

(Abg. Uwe Junge, AfD: Wir stellen Fragen!)

Sie führen hier die Debatte, und parallel dazu posten Sie  
Bilder der Ministerin mit verschmiertem Gesicht. Das ist

unterste Schublade, was Sie machen. Herr Junge, Sie  
als Parteivorsitzender sind hier gefordert. Sie sollten sich  
schämen.

(Anhaltend Beifall der SPD, der CDU, der  
FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sind eine Schande. Anders kann man es nicht sagen.  
Wer zu solchen Mitteln greifen muss, weil er in der Debatte  
nicht bestehen kann, der sollte sich ganz genau überlegen,  
ob er in diesem Hause am richtigen Platz ist. Herr Junge,  
schämen Sie sich. Sie sind gefordert als Parteivorsitzen-  
der.

(Zuruf des Abg. Uwe Junge, AfD)

Verschmierte Gesichter der Ministerin auf Twitter zu pos-  
ten, während Sie hier in der Debatte nicht bestehen kön-  
nen!

(Anhaltend Beifall der SPD, der FDP, des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der  
CDU)

#### **Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Für die AfD-Fraktion hat sich der Abgeordnete Paul zu  
Wort gemeldet. Sie haben 1 Minute und 20 Sekunden.

(Zurufe aus dem Hause)

Der Abgeordnete Paul hat sich eben gemeldet.

(Abg. Joachim Paul, AfD: Dann sage ich  
jetzt kurz etwas! Ganz kurz nur!)

Herr Abgeordneter, 1 Minute und 20 Sekunden.

#### **Abg. Joachim Paul, AfD:**

Ich sage nur zwei Sätze. Es ist völlig absurd.

(Unruhe im Hause –  
Abg. Martin Haller, SPD: Schämen Sie  
sich!)

Diese Äußerungen, 3.000 Untergetauchte seien als Ge-  
schäftsleute und Touristen unterwegs, muss der Bürger in  
diesem Land erfahren.

(Zurufe von der SPD)

Es ist völlig absurd, was Sie hier zum Besten geben.

Stimmen Sie – – –

(Abg. Martin Haller, SPD: Sie widern mich  
an!)

– Das ist mir völlig egal. Der Wähler entscheidet und nicht  
Sie.

(Unruhe im Hause –  
Glocke der Präsidentin)

#### **Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Kleinen Moment. – Herr Abgeordneter Paul, bitte schön.

**Abg. Joachim Paul, AfD:**

Das muss der Bürger wissen. Ich denke, unser Fraktionsvorsitzender wird dazu noch etwas sagen.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Haha!  
Jetzt kriegt er erst das Wort erteilt von  
Herrn Paul! –  
Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie trotz der Emotionalität der Debatte wirklich ganz herzlich darum bitten, sich im parlamentarischen Sprachgebrauch zu bewegen.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Hier wird  
eine junge Mutter an den Pranger gestellt!  
Mit Ihren Aussagen! Darum geht es! –  
Zuruf des Abg. Martin Haller, SPD:  
Widerlich! –  
Weitere Zurufe aus dem Hause –  
Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Ist das  
parlamentarisch, Frau Präsidentin?)

Jetzt haben wir noch wenig Redezeit. Gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Abgeordneter Junge hat sich zu Wort gemeldet.

(Unruhe im Hause)

Er hat noch wie viel Redezeit? – Sie haben 50 Sekunden. Herr Abgeordneter, bitte schön.

**Abg. Uwe Junge, AfD:**

Sehr geehrter Herr Haller, ich weiß, diese Diskussion gefällt Ihnen gar nicht. Wir haben das parlamentarische Recht in Anspruch genommen, Fragen zu stellen. Wir haben Fragen gestellt, und wir haben keine Antworten bekommen. Wir haben daraufhin natürlich hier eine Debatte begonnen. Diese müssen Sie schon so ertragen, wie wir sie auch führen wollen.

(Beifall der AfD –  
Zurufe aus dem Hause)

Wenn hier jetzt unlautere Mittel eingebracht werden, dann muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen: Jetzt mit einem Beitrag, der zu Diskussion überhaupt nichts beitragen kann, irgendwelche Bilder in die Diskussion zu werfen, ist doch unparlamentarisch. Das ist lächerlich. Sie haben die Debatte um eine ganz klare Sachfrage, ob wir ausreichend Informationen haben, um der Asylproblematik in diesem Land auch wirklich begegnen zu können, auf das Übelste emotionalisiert.

(Beifall der AfD –

Abg. Martin Haller, SPD: Herr Junge, dann lassen Sie doch solche Schweinereien!  
Warum machen Sie denn so etwas? Sie sind der Parteivorsitzende! Sie müssen so etwas unterbinden und Stellung dazu nehmen und sich entschuldigen! –  
Zuruf von der AfD: Entschuldigen? –  
Ministerpräsidentin Malu Dreyer: Natürlich entschuldigen! –  
Unruhe im Hause –  
Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Wir haben eine Kurzintervention des Abgeordneten Schweitzer, bitte schön.

**Abg. Alexander Schweitzer, SPD:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Junge, Sie haben eben in den Raum gerufen, hier müsste jemand etwas ertragen und aushalten. Ich sage Ihnen eines. Wir müssen miteinander manches aushalten. Dafür sind wir gewählt. Dafür sind wir da.

Aber niemand in diesem Haus muss aushalten, dass er in der Form, wie Sie es als AfD Rheinland-Pfalz gemacht haben – Herr Junge, für die Sie persönlich Verantwortung tragen –, mit einem Bild in die Öffentlichkeit gezerrt wird, das, zumindest nach dem Eindruck, den man haben muss, den Eindruck erwecken soll, das Gesicht der Ministerin ist mit Blutflecken beschmiert. Niemand muss das ertragen.

(Unruhe im Hause –  
Abg. Uwe Junge, AfD: Beweise! Wo haben Sie das denn her?)

Lieber Herr Junge, sehr geehrter Herr Junge, ich sage Ihnen eines.

(Unruhe im Hause)

Die einzige Frage, die wir nicht beantworten können, ist wie bei manchem anderen, wer das bezahlt hat. Das ist die Frage. Aber Sie tragen dafür Verantwortung, dass eine Ministerin dieser Landesregierung, eine Persönlichkeit des Landes Rheinland-Pfalz und – ich sage es ganz bewusst, weil Sie es auch immer wieder selbst ansprechen – eine junge Mutter, mit einem solchen Ausdruck in persönliche Bedrängnis kommt. Dafür übernehmen Sie persönlich die Verantwortung. Es sei denn, Sie haben jetzt den Mut und die persönliche Größe, sich davon zu distanzieren und sich zu entschuldigen. Das erwarte ich von Ihnen, nichts anderes.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Das Wort zur Erwiderung erteile ich Herrn Abgeordneten Junge.

(Unruhe im Hause)



Sehr verehrte Abgeordnete, nehmen Sie bitte Platz. Das Wort hat der Abgeordnete Junge.

**Abg. Uwe Junge, AfD:**

Herr Schweitzer, ich entschuldige mich für alles, für das ich Verantwortung trage, wenn es nicht in Ordnung ist. Aber ich weiß nicht, was Sie meinen.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN: Feigling!)

Zeigen Sie mir das Ding einmal.

(Abg. Martin Haller, SPD, zeigt Abg. Uwe  
Junge, AfD, auf einem Smartphone ein  
Bild –

Abg. Martin Haller, SPD: Ist das normal? –  
Das ist eine Frechheit!)

Das ist Frau Spiegel. Das Ding haben wir schon seit Wochen darin.

(Abg. Martin Haller, SPD: Jetzt geht's aber  
los! –  
Weitere Zurufe aus dem Hause)

Reden Sie doch nicht von blutverschmiert. Sie dramatisieren doch. Das ist doch ein Witz. Dafür muss ich mich nicht entschuldigen, beim besten Willen nicht. Sie wollen die Debatte in eine andere Richtung lenken.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN: Elender Feigling!)

Nehmen Sie zur Kenntnis, das Bild hier hat mit dieser Debatte überhaupt nichts zu tun. Da gibt es auch nichts zu entschuldigen.

Danke schön.

(Beifall der AfD –  
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Das sind  
die Methoden der AfD!)

**Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Weitere Wortmeldungen liegen mir im Moment nicht vor.

(Unruhe im Hause –  
Glocke der Präsidentin)

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte den Tagesordnungspunkt gern abschließen. Ich schaue in die Runde. Weitere Wortmeldungen liegen mir jetzt nicht vor. Damit ist diese Aussprache zur Großen Anfrage der AfD-Fraktion beendet.

Ich bitte Sie um Aufmerksamkeit, damit ich **Punkt 23** der Tagesordnung aufrufen kann:

**Planungsbeschleunigung – Mehr Tempo bei  
Infrastrukturprojekten**  
Antrag der Fraktion der CDU

– Drucksache 17/7042 –

Die Fraktionen haben eine Grundredezeit von 5 Minuten vereinbart. Zunächst erteile ich Herrn Abgeordneten Baldauf das Wort.

**Abg. Christian Baldauf, CDU:**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist jetzt natürlich nicht ganz einfach, nach einer solchen Debatte direkt zu einem ganz anderen Zungenschlag anzusetzen.

Es geht uns in diesem Antrag um die Planungsbeschleunigung von Infrastrukturmaßnahmen, Frau Kollegin. Wir meinen – das nehme ich vorweg, weil es am 18. Juli 2018 im Kabinett so beschlossen wurde –, dass dieser Antrag durchaus auch in diesem Lande dazu führen sollte, ihn nach einer Ausschussüberweisung intensiv zu diskutieren und dafür Sorge zu tragen, dass im Land Rheinland-Pfalz in Zukunft leichter Straßen gebaut werden können.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben in diesem Antrag folgende Grundlagen: Kernziele sind die Vermeidung von Doppelprüfungen, Reduzierung von Schnittstellen und Steigerung der Effizienz der Verfahren.

(Vizepräsident Hans-Josef Bracht  
übernimmt den Vorsitz)

Jeder von uns weiß, dass die heutigen Planverfahren und Umsetzungsverfahren in der Regel mehrere Jahre, manchmal Jahrzehnte in Anspruch nehmen.

Ich kann mich gut erinnern, als damals die neuen Bundesländer zu uns kamen. Es wurde eine Planvereinfachung über die damalige DDR gelegt, weshalb wir heute sehen – ich zitiere jemanden, der von blühenden Landschaften sprach, die so schnell nicht kamen, wie sie kommen sollten –, welche hervorragende Infrastruktur sie dort haben, auch deshalb, weil sie damals in Planvereinfachungsverfahren gearbeitet haben.

(Beifall der CDU)

Unser Problem in Deutschland, in Rheinland-Pfalz ist dasjenige, dass – das will ich nicht bestreiten; ich bin selbst Jurist – diese gesamten Verfahren, bei denen sich Menschen gegen Planungen wehren können, sehr lange andauern. Wir haben allein die Situation, dass beim sechsspürigen Ausbau der A 643 die IHK-Vollversammlung im Dezember 2012 schon den sechsspürigen Ausbau gefordert hat, wir das immer wieder unterstützt haben und es in den Mühlen der Planungen natürlich unter Verhinderung durch die Grünen – das muss man an der Stelle sagen – dazu geführt hat, dass dies bis heute nicht erfolgt ist.

(Beifall der CDU)

Wir haben zwischen Godramstein und Landau – wer nicht genau weiß, wo das ist: entlang der B 10, im Süden unseres schönen Landes – einen Abschnitt von vier Kilometern, der von zwei Spuren auf vier Spuren ausgebaut werden

soll. Die Bauzeit beträgt sechs Jahre. Sie können sich vorstellen, wenn es jetzt nur die Bauzeit ist, über die wir reden, wie lange es dauert, bis ein Planverfahren durchgeführt worden ist, bis sämtliche natürlich auch erforderlichen Umweltverträglichkeitsprüfungen gelaufen sind, die wiederum von allen Möglichen beklagt werden können, und zwar durchaus von einer solch großen Anzahl von sieben Personen, die einen Verein gegründet haben.

Ich will niemandem das Klagerecht abschneiden, aber kann es denn im Ernst so sein, dass über eine solche Klageverfahrenssituation mehrere Jahre Verzögerungen eintreten, weil diese ganzen Gerichtsverfahren entsprechend lange dauern, meine sehr geehrten Damen und Herren?

(Beifall der CDU)

Deshalb sind wir der Auffassung, dass wir bei der Planungsvereinfachung, die in der Großen Koalition, wie ich es vorher sagte, über das Bundeskabinett schon verabschiedet wurde, in Rheinland-Pfalz ein Signal senden sollten, dass wir uns dem anschließen.

Ich weiß, dass die FDP das ähnlich sieht, vielleicht sogar ganz gleich. Das werden wir nachher in der Rede hören.

Ich weiß, dass die SPD in diesem Land dies ähnlich sieht.

Ich bin mir nicht sicher, Frau Blatzheim-Roegler, wie Sie das sehen. Wenn Sie bei den bisherigen Aussagen bleiben, haben ich etwas Bedenken. Deshalb möchten wir Ihnen die Chance geben, nach einer Verweisung an den Ausschuss über dieses Thema zusammen mit uns zu diskutieren.

Frau Blatzheim-Roegler, nur am Rande bemerkt, heute Nachmittag wird – deshalb wird Herr Kollege Dr. Wissing jetzt schon unterwegs sein – der Hochmoselübergang nach langer Bauzeit endlich eröffnet. Ein ganz wichtiges Infrastrukturprojekt.

(Beifall der CDU –  
Zuruf der Abg. Bettina Brück, SPD)

– Ja, klar. Schauen Sie, das ist ein guter Einwand. Mir wäre es lieb, er würde schon eröffnet werden. Daran sehen Sie schon wieder, wie lange so etwas manchmal dauern kann. Das passt jetzt genau zu diesem Thema.

Ich will damit nur sagen, wir in Rheinland-Pfalz haben ein Defizit an der einen oder anderen Stelle in Bezug auf Straßenausbau, Straßenneubau, Straßenumbau und -ergänzungen.

Frau Staatssekretärin, dass Sie viel zu wenig Geld zur Verfügung stellen, werden wir in den Haushaltsdebatten zu debattieren haben. Aber ansonsten ist auch wichtig – ich wiederhole das –, dass die Planverfahren sich nicht zu sehr in die Länge ziehen. Deshalb beantragen wir die Verweisung an den Ausschuss. Warum? – Ansonsten könnte man es heute gleich abstimmen. Es ist bisher nur durch das Bundeskabinett gegangen und muss noch im Bundesrat entsprechend verabschiedet werden, sodass danach noch der Bundesrat zu hören ist und Sie die einmalige

Chance haben, Frau Staatssekretärin, sich endlich einmal im Bundesrat nicht immer nur zu enthalten, sondern eine klare Aussage in Richtung der Planvereinfachung zu treffen.

Herzlichen Dank.

(Beifall der CDU)

#### **Vizepräsident Hans-Josef Bracht:**

Bevor ich das Wort weitergebe, darf ich Gäste auf unserer Besuchertribüne willkommen heißen, und zwar Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verbandsgemeindeverwaltung Kirchberg. Es ist sehr schön, dass die Hunsrücker ihren Mitarbeiterausflug dazu nutzen, sich über die Landespolitik zu informieren. Wir freuen uns sehr darüber. Herzlich willkommen!

(Beifall im Hause)

Nun erteile ich Herrn Abgeordneten Oster von der SPD-Fraktion das Wort.

#### **Abg. Benedikt Oster, SPD:**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Baldauf, der Antrag, den Sie heute eingebracht haben, ist nichts Neues. Den haben Sie bereits im Januar 2017 in einer abgeänderten Form eingebracht.

(Abg. Christian Baldauf, CDU: Ist sehr gut! –  
Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Weil Ihr  
nichts gemacht habt!)

Ich beziehe mich deshalb auf das, was ich 2017 gesagt habe. Dazu stehen wir nach wie vor.

Grundsätzlich ist nichts gegen eine Beschleunigung bei Planungs- bzw. Genehmigungsverfahren zu sagen. Dazu stehen wir. Aber wir sagen direkt den Zusatz, Bürgerrechte dürfen in diesem Zusammenhang nicht beschnitten werden.

Es gibt viele Gründe, warum es von der Planung bis hin zum Bau eines Projektes zu Verzögerungen kommen kann. Das wissen wir alle. Es gibt unterschiedliche Probleme in den Regionen, Kleinigkeiten, Gegebenheiten, Bodenbestand etc. Deshalb, es nur auf den Klageweg und Ingenieure zu beziehen, wäre zu einfach.

Wir können diesem Antrag heute keine Zustimmung geben; denn wir wissen gar nicht, worüber wir reden.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Wie  
kleinkariert!)

Im Januar 2017 habe ich gesagt, dem Bundeskabinett liegt etwas vor – das haben Sie gesagt –, aber wir können heute über konkrete Inhalte dieses Beschleunigungsgesetzes nichts sagen.

(Abg. Alexander Licht, CDU: Das ist Ihnen  
doch bekannt!)

Von daher sagen wir, heute ist es eine Phantomdiskussion.

Sollte etwas vorliegen, können wir uns gerne und jederzeit erneut damit beschäftigen, meine Damen und Herren.

(Vereinzelt Beifall bei SPD, FDP und  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir als Koalition haben unsere Hausaufgaben zur Beschleunigung gemacht. Das haben Sie heute und auch gestern mehrfach in unseren Reden gehört. Wir haben den höchsten Verkehrsetat in der Geschichte von Rheinland-Pfalz. Wir stellen kontinuierlich weitere Ingenieure ein. Wir schaffen Planungskapazitäten.

In dem Antrag loben Sie den Bund für die Bewältigung von Ingenieuren. Auch das hat der Minister gestern bereits ausgeführt. Der Bund bekommt es noch nicht einmal hin, beim Wasser- und Schifffahrtsamt acht Ingenieure zur Verfügung zu stellen. Auch da mussten wir als Land in die Bresche springen.

Weiter möchte ich sagen, Ihre pauschale Kritik an allem und jedem, wird dieser Sache nicht gerecht. Schauen Sie sich die Eckpunkte des neuen Doppelhaushaltes an. Das wurde letzte Woche bereits öffentlich gemacht. Da sieht man richtige Schwerpunkte im Bereich Verkehr. Dieser Doppelhaushalt spricht Bände.

Zusammenfassend würde ich bildlich gesprochen sagen, wir bringen das Geld wirklich auf die Straße.

(Beifall der SPD und der FDP)

#### **Vizepräsident Hans-Josef Bracht:**

Nun hat Herr Abgeordneter Bollinger von der AfD-Fraktion das Wort.

#### **Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD:**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Planfeststellungsverfahren für die zweite Rheinbrücke bei Wörth hat sechseinhalb Jahre gedauert. Angesichts einer Klage gegen den Planfeststellungsbeschluss gibt es noch keinen Termin, wann mit dem Brückenbau begonnen werden kann.

Die Fertigstellung der Planfeststellungsunterlagen zum sechsstreifigen Ausbau der A 643 in Mainz verzögert sich aktuell. Verkehrsminister Dr. Wissing konnte seine Zusage vom Dezember, die Unterlagen bis Mitte 2018 einzureichen, nicht einhalten. Dabei geht es nur um die Unterlagen für das Stück zwischen der Anschlussstelle Gonsenheim und dem Dreieck Mainz. Für den zweiten Abschnitt gibt es bisher nur eine Studie. Zur Erinnerung: Der sechsstreifige Ausbau der A 643 befand sich bereits im Bundesverkehrswegeplan 2004.

Auf eine noch längere Geschichte kann die Planung zum Lückenschluss der A 1 verweisen. Sie nachzuvollziehen, ist dabei eher Aufgabe für eine historische Studie als für eine Landtagsdebatte.

Für die rheinland-pfälzische Seite sind die Planungsunterlagen inzwischen offengelegt, während die nordrhein-westfälische Seite nun noch einmal bei fast null anfangen

will. Nur bei dem Neustart glaubt Nordrhein-Westfalen, die komplizierten planungsrechtlichen Vorgaben einhalten zu können.

Die zweite Rheinbrücke bei Wörth, der Ausbau der A 643 und der Lückenschluss der A 1 sind die drei Fälle, die besonders öffentlichkeitswirksam sind und besonders viel Kopfschütteln ausgelöst haben. Sie sind aber trotzdem leider typisch dafür, wie und vor allem wie lange Planungsverfahren in Deutschland und vor allem in Rheinland-Pfalz laufen. Es besteht darum schon länger ein allgemeiner Konsens, vielleicht mit Ausnahme der Grünen, dass wir Planungsverfahren werden beschleunigen müssen. Insofern ist der aktuelle Antrag erst einmal zu begrüßen.

Das Land kann Vorplanungsverfahren beschleunigen, indem es seine Planungskapazitäten ausbaut. Hier hat Rot-Grün fünf Jahre lang geschlafen, und Dr. Wissing ist es bislang noch nicht gelungen, diese Versäumnisse aufzuholen.

Genauso wichtig wie der weitere Ausbau der Planungskapazitäten erscheint es uns allerdings, Planungsverfahren zu vereinfachen. Das Land hat in diesem Bereich – zugegeben – nur wenige Handlungsspielräume. Es geht hier vor allem um Bundesrecht und EU-Recht. Zu diesem Punkt weist der vorliegende CDU-Antrag auf den aktuellen Gesetzesentwurf von Bundesverkehrsminister Scheuer hin, der in der Tat einige Verbesserungen bringt. Doch leider ist dieser alles andere als der große Wurf; denn der Gesetzesentwurf der Bundesregierung bleibt insbesondere hinter dem zurück, was die CDU bereits selbst im Landtag gefordert hat.

Ich darf an den Antrag der CDU vom 20. Januar 2017 erinnern, in dem Sie, meine verehrten Kollegen von der CDU, gefordert haben, dass die A 643 in die Liste der Projekte aufzunehmen sei, für die ein verkürzter Klageweg gilt. Bei diesem verkürzten Klageweg ist die Erstinstanz bekanntlich gleich das Bundesverwaltungsgericht.

Bei Ihrem Bundesverkehrsminister sind Sie da aber offensichtlich auf kein Gehör gestoßen. In seinem Gesetzesentwurf ist lediglich davon die Rede, dass weitere Schienenprojekte von dem verkürzten Klageweg profitieren sollen, nicht aber die A 643. Da haben wir uns schon gefragt, wo bleibt denn da der Widerstand der CDU Rheinland-Pfalz; denn immerhin sind Sie sowohl in der Bundesregierung als auch an der Parteispitze der CDU an prominenter Stelle vertreten.

Im Gesetzesentwurf der Bundesregierung fehlen des Weiteren wichtige Punkte, die bereits von der Verkehrsministerkonferenz gefordert wurden. Ich möchte einen Punkt erwähnen, der beim Planfeststellungsverfahren zur zweiten Rheinbrücke bei Wörth eine Rolle spielte. Es müssten nach Aussagen von Dr. Wissing Änderungen verschiedenster EU-Richtlinien nachträglich in die Planfeststellungsunterlagen eingearbeitet werden, was die Planfeststellung erheblich verzögert hat.

Darum fordern wir, dass für jede Planung ein Stichtag festgelegt werden kann. Änderungen der Sach- und Rechtslage nach einem solchen Stichtag sollten dann nicht mehr dazu führen können, dass ein Planfeststellungsbeschluss

unrechtmäßig wird.

Es bleiben im Gesetzentwurf von Bundesminister Scheuer lediglich ein paar Detailverbesserungen. Wenn nun beispielsweise verpflichtend vorgeschrieben werden soll, dass alle Planungsunterlagen auch im Internet veröffentlicht werden, ist das natürlich richtig, aber da fragt man sich schon, ob wir bereits im Jahr 2018 leben.

Meine Damen und Herren, bei den Ausführungen der CDU im Antrag zum aktuellen Planungsbeschleunigungsgesetz der Bundesregierung fehlen wesentliche Punkte. Wir würden es begrüßen, wenn hierüber – wie auch von Herrn Baldauf vorgeschlagen – noch einmal im Fachausschuss gesprochen würde, und befürworten darum ebenfalls die beantragte Ausschussüberweisung.

Falls es hierfür keine Mehrheit im Landtag geben sollte, werden wir dem Antrag der CDU zustimmen, auch wenn er aus unserer Sicht nicht ganz vollständig ist.

Wir wollen beim Thema „Planungsbeschleunigung“ den Druck auf die Landesregierung aufrechterhalten im Interesse unseres Landes und unserer Bürger.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall der AfD)

**Vizepräsident Hans-Josef Bracht:**

Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Wink von der Fraktion der FDP.

**Abg. Steven Wink, FDP:**

Verehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Seit März 2017 liegt der Abschlussbericht des Innovationsforums Planungsbeschleunigung im Haus des Union-Verkehrsministers vor, also seit eineinhalb Jahren. Seitdem ist leider nicht viel passiert. Beschleunigung ist nicht zu erkennen.

In der damaligen Diskussion hat sich Verkehrsminister Dr. Wissing bereits nach Veröffentlichung des Berichts hinter die darin getroffenen Ideen gestellt. Wir als FDP-Fraktion teilen diese Position.

Während der angesprochene Bericht in Berlin aber lange Zeit in der Schublade lag, haben wir in Rheinland-Pfalz unsere Hausaufgaben erledigt. Ich darf noch einmal erwähnen – wir haben gestern schon darüber diskutiert –: 76 zusätzliche Ingenieursstellen beim LBM in den Jahren 2017 und 2018 haben die Planungskapazitäten deutlich erhöht.

Das soll aber nicht genug sein. Auch im kommenden Doppelhaushalt wollen wir die Grundlage für eine weitere Verstärkung der Kapazitäten legen.

Wir freuen uns aber auch, dass in Berlin wieder Bewegung ins Vorhaben kommt. Zur A 643 möchte ich auch noch einmal zum Ausdruck bringen, dass Verkehrsminister Wissing das Vorhaben mit Nachdruck voranbringt.

Nach dem Gespräch zwischen Industrie- und Handelskammern und der Landesregierung in der vergangenen Woche bestätigten führende Wirtschaftsvertreter, dass es nun konkrete Ansagen zum weiteren Vorhaben gäbe. Es wurde auch von wertvollen Ergebnissen gesprochen.

Wir als FDP-Fraktion sind gespannt auf die weiteren Bearbeitungen und Aussagen aus Berlin. Hier gibt es noch einiges zu tun, und da ist noch einiges auf den Weg zu bringen. Zurzeit sehen wir hier aber keinen Bedarf für einen CDU-Antrag.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP, der SPD und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Hans-Josef Bracht:**

Nun erteile ich Frau Abgeordneter Blatzheim-Roegler von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

**Abg. Jutta Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Die CDU hat heute einen Antrag „Planungsbeschleunigung – mehr Tempo bei Infrastrukturprojekten“ eingebracht. Sie beziehen sich auf den Kabinettsbeschluss vom 18. Juli, der auf Antrag des Bundesverkehrsministers zum Planungsbeschleunigungsgesetz gefasst wurde.

Fakt ist allerdings – das haben Sie jetzt gemerkt –, der endgültige Entwurf ist noch nicht dem Bundestag zugeleitet worden. Insofern ist Ihr Antrag schon an dieser Stelle abzulehnen. Denn wie soll sich die rheinland-pfälzische Landesregierung, selbst wenn sie wollte, einem Entwurf wohlwollend anschließen, den sie noch gar nicht kennt? Wie soll die rheinland-pfälzische Landesregierung, selbst wenn sie wollte,

(Zuruf des Abg. Christian Baldauf, CDU)

einem Entwurf im Bundesrat zustimmen, der noch nicht einmal vom Bundestag beraten worden ist? – Müssen wir Ihnen tatsächlich erklären, wie parlamentarische Verfahren laufen?

Auf Seite 2 Ihres Antrags wird es sehr unübersichtlich. Sie werfen da wieder einmal alles zusammen, was Sie offensichtlich schon immer sagen wollten: A 643, B 10, Mainzer Ring. – Es fehlt die A 1, wenn ich mir den Hinweis erlauben darf. Die kommt doch sonst immer vor. Da haben aber gerade Ihre Kollegen in Nordrhein-Westfalen für einen Planungsstopp gesorgt. Vielleicht liegt es daran.

Sie haben nicht unrecht, wenn Sie die in Deutschland stattfindende Planungslangsamerkeit beklagen. Es wurde schon darauf verwiesen, wir hatten das Thema schon einmal. Ja, die Planungslangsamerkeit ist tatsächlich hinderlich. Übrigens nicht nur bei Straßenprojekten, sondern auch bei der Schieneninfrastruktur und bei Radwegen.

Der BUND hat schon vor einiger Zeit – ich habe das hier auch schon vorgetragen – Vorschläge vorgelegt, durch

die bei bundesweit bedeutsamen Straßenprojekten die Planungszeit um rund die Hälfte von zehn auf fünf Jahre verkürzt werden könnte. Ich nenne sie Ihnen gerne noch einmal:

Erstens: Eine frühzeitige Bürgerbeteiligung ermittelt und bewertet Alternativen und die tatsächlichen Bedarfe – und nicht eine „Wünsch dir was“-Liste. Sie werden Teil einer Bundesnetzplanung, die klar priorisiert wird. Maßnahme eins!

Zweitens: Investitionsmittel werden klar auf Erhalt, Erneuerung, Engpassbeseitigung und Netzkomplettierung konzentriert. Projekte werden erst dann angefangen, wenn sie durchfinanziert sind. Keine Salamiaktik! Auch das würde einen Bau letztendlich verkürzen.

Drittens: Das Raumordnungsverfahren sollte aufgewertet werden, und die Linienbestimmung muss verbindlich sein unter Einschluss einer frühen Klagemöglichkeit und nicht erst am Ende, wenn schon viel Geld ausgegeben worden ist.

Die Krux ist: Die förmliche Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen der Planfeststellung findet erst dann statt, nachdem die Planung detailliert ausgearbeitet und substanzielle Änderungen oder die Prüfung von Alternativen gar nicht mehr möglich sind. Deswegen ist jetzt eine frühzeitige Beteiligung für die Behörden fakultativ. Die Bürger haben kein Recht, früh beteiligt zu werden. Wenn man das ändert und eine frühe Bürgerbeteiligung tatsächlich rechtlich und gesetzlich festlegt, dann hätte man sich schon einmal den Schritt gespart, dass erst am Ende geklagt werden muss.

(Beifall des Abg. Dr. Bernhard Braun,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Viertens: Natürlich müssen die Behörden auch personell und finanziell besser ausgestattet werden, um interdisziplinär verkehrsträgerübergreifende Teamarbeit und die Untersuchung und Bewertung moderner Mobilitätskonzepte – darum geht es letztendlich – zu ermöglichen.

Fünftens: Die Zusammenarbeit mit Umweltverbänden muss früh anfangen. Nur so können mögliche Naturschutzkonflikte früh erkannt und gemeinsam gelöst werden, und dies bei selbstverständlich voll umfänglicher Betrachtung und Beachtung des geltenden Naturschutzrechts. Eine auch von Ihnen immer wieder ins Spiel gebrachte Einschränkung der Umweltverträglichkeitsprüfungen lehnen wir entschieden ab.

Wir lehnen es genauso entschieden ab, wenn Sie die Rechte der Bürgerinnen und Bürger beschneiden wollen, wie die Kollegen das schon gesagt haben.

Eine Restriktion oder Einschränkung beispielsweise des Verbandsklagerechts – darauf reiten Sie auch wieder gerne herum – wird weder der Rechtsstaatlichkeit gerecht, noch wird das tatsächlich zu einer Beschleunigung der Prozesse führen. Wir sind sehr wohl dafür, dass zum Beispiel bei reinen Ersatzneubauten oder auch im Bereich Schiene – also beim Eisenbahn-Bundesamt (EBA), wenn es denn einmal mehr Personal bekommen würde – unter bestimmten Umständen auf eine weitere ausführliche Um-

weltverträglichkeitsprüfung verzichtet werden kann. Darüber kann man reden.

Jetzt zu Ihrem Lieblingsprojekt, der A 643. Wenn es Ihnen tatsächlich um eine ideologiefreie, rasche Umsetzung von Mobilität gehen würde, dann hätten Sie damals den Kompromiss einer „4+2“-Lösung unterstützt.

(Glocke des Präsidenten)

Das haben Sie aber nicht. Kommen Sie einmal von Ihrem ideologischen Bagger herunter, und schauen Sie einmal genau hin, wie Sie den Menschen zu einer guten Mobilität verhelfen können. Jedenfalls nicht, indem Sie von der Landesregierung verlangen, Gesetze, die es noch gar nicht gibt, zu unterstützen.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
der SPD und der FDP)

#### **Vizepräsident Hans-Josef Bracht:**

Nun erteile ich für die Landesregierung Frau Staatssekretärin Schmitt das Wort.

#### **Daniela Schmitt, Staatssekretärin:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein umfassender Planungsprozess ist Ausdruck einer intensiven Güterabwägung. Wollen wir mehr Naturschutz oder schnellere Planungsverfahren? Wie viel Lärm ist vor Ort zumutbar? Welche Auswirkungen haben bestimmte Maßnahmen auf den Landschafts- und Naturhaushalt? – Es sind diese Fragen und viel mehr, die in Planungsverfahren aufgegriffen und beantwortet werden. Je umfangreicher die Vorsorge, desto komplexer das Planungsverfahren.

Die Frage der Verhältnismäßigkeit der Untersuchungen müssen wir uns dabei immer wieder neu stellen und auch neu beantworten. Meine Damen und Herren, die Antwort liegt dabei oftmals in der Mitte.

Ein Infrastrukturausbau unter Verknüpfung des Umweltschutzes ist heute ganz klar nicht mehr vermittelbar. Gleichwohl müssen Planungsverfahren handhabbar und Infrastrukturprojekte möglich bleiben. Stillstand ist keine Lösung, auch nicht bei der Infrastruktur.

Seitens der Bundesregierung gab es immer wieder Vorstöße, Planungen zu beschleunigen, die bislang aber nicht zu einer merklichen Verbesserung der Situation beigetragen haben. Die negativen Beispiele, wie Stuttgart 21, die Elbphilharmonie, der Flughafen Berlin und viele andere Großprojekte, waren auch Anlass, dass die regierungstragenden Parteien in Berlin das Thema „Planungsbeschleunigung“ in ihren Koalitionsvertrag vom 7. Februar 2018 aufgenommen haben.

Auch Bundesverkehrsminister Scheuer hat mehrfach erklärt, die Planung und Umsetzung von Verkehrsinfrastrukturprojekten beschleunigen zu wollen.

Unter anderem wird ein neues Planungs- und Baubeschleunigungsgesetz angestrebt. Damit will der Bund deutliche Verbesserungen und mehr Dynamik bei Projekten in den Bereichen Verkehr, Infrastruktur, Energie und Wohnen erreichen. Der Entwurf des Gesetzes sieht dabei als wesentliche Punkte die Einführung eines Projektmanagers für Planfeststellungsverfahren, vorläufige Genehmigungen von Teilmaßnahmen und die Veröffentlichung sämtlicher Planungsunterlagen im Internet vor.

Auch wenn Fachleute das Gesetzesvorhaben nicht mehr als wirklich großen Wurf ansehen, stehen wir in Rheinland-Pfalz grundsätzlich für die Beschleunigung der Verfahren.

Aus meiner Sicht viel wichtigere Punkte, wie vereinfachte Verfahren für Ersatzbauwerke, wie Brücken, fehlen aber bislang ganz klar.

Sehr geehrter Herr Kollege Baldauf, aus Sicht der Landesregierung ist aber die Einstellung von zusätzlichem Planungspersonal und auch die Aufstockung der Mittel für die Ingenieurbüros ein ganz, ganz wesentlicher Ansatz, um Planungen und den Bau von rheinland-pfälzischen Infrastrukturprojekten zu beschleunigen. Genau diesen Ansatz haben wir konsequent verfolgt und verfolgen ihn noch, unter anderem auch im nächsten Landeshaushalt 2019/2020.

Meine Damen und Herren, was den Ausbau der A 643 betrifft, so haben sich die regierungstragenden Fraktionen im Koalitionsvertrag verpflichtet, die vom Bund angewiesene sechsstreifige Erweiterung der A 643 zwischen dem Autobahndreieck Mainz und der Anschlussstelle Mainz-Mombach möglichst flächenschonend zu realisieren.

Der Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz arbeitet mit Hochdruck an der Erstellung der Unterlagen für ein Planfeststellungsverfahren für den Abschnitt Anschlussstelle Mainz-Gonsenheim und Anschlussstelle Mainz-Mombach.

Da das Naturschutzgebiet „Mainzer Sand“ von dem Verkehr berührt wird, sind hier viele naturschutzrechtliche Fragen zu bearbeiten bis hin zur Erstellung von Unterlagen für eine EU-Stellungnahme. Um diese Unterlagen rechtssicher anfertigen zu können, muss in logischen und nachvollziehbaren Schritten vorgegangen werden. Ein Gutachten baut auf dem nächsten auf, und es kann nicht alles gleichzeitig erstellt werden. Etwa mussten erst die genauen Verkehrszahlen ermittelt werden, um den potenziellen Eintrag von Stickstoff in den „Mainzer Sand“ zu errechnen und am Ende die eventuell geeigneten Maßnahmen festzulegen.

Nachdem nun aber alle Gutachten und Berechnungen erstellt sind, werden diese in die Planfeststellungsunterlagen eingearbeitet. Vor diesem Hintergrund kann nun gesichert davon ausgegangen werden, dass noch in diesem Jahr die Planfeststellungsunterlagen an die Planfeststellungsbehörde übergeben werden können und der sechsstreifige Ausbau der A 643 näher rückt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Ausbau der A 643 wurde und wird von der Landesregierung zu keinem Zeitpunkt verzögert. Bürgerinnen und Bürger wollen den Ausbau, die Wirtschaft will ihn, und diese Landesregierung unterstützt den Ausbau. Deshalb arbeiten wir sorgfältig,

zielorientiert und mit Hochdruck daran.

Zum Abschluss darf ich Ihnen noch die Information geben, dass wir am 13. September mit dem Minister zu einem Informationsgespräch zur A 643 eingeladen haben. Teilnehmern werden die Kammern vor Ort, die Bundestags- und Landtagsabgeordneten – auch Herr Schreiner, den das Thema gestern stark interessiert hat –, die Stadt Mainz und die betroffenen Personen sowie die Presse. Daher werden wir bei der A 643 noch einmal ein ganzes Stück weiterkommen.

Herzlichen Dank.

(Beifall der FDP, der SPD und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Hans-Josef Bracht:**

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir sind damit am Ende der Aussprache angelangt. Wenn ich es richtig verstanden habe, ist Ausschussüberweisung beantragt. Dann darf ich darüber zunächst abstimmen lassen.

Wer der Ausschussüberweisung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Danke schön. Wer stimmt dagegen? – Danke schön. Für Enthaltungen keinen Raum. – Damit ist der Antrag auf Ausschussüberweisung mit den Stimmen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU und AfD abgelehnt.

Wir kommen dann zur Abstimmung über den Antrag un-mittelbar. Wer dem Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 17/7042 – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Danke schön. Wer stimmt dagegen? – Danke schön. Auch hier ist für Enthaltungen kein Raum. – Damit ist der Antrag mit den Stimmen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU und AfD abgelehnt.

Ich rufe **Punkt 24** der Tagesordnung auf:

**Innovationsimpuls für Rheinland-Pfalz durch  
zielgerichtete Technologiepolitik**  
Antrag der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 17/7029 –

Mir liegt die Information vor, dass dieser Antrag ohne Aussprache an den zuständigen Ausschuss überwiesen werden soll. Das wäre der Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr. Ich sehe Nicken und keinen Widerspruch. Damit ist es so beschlossen.

Ich rufe **Punkt 25** der Tagesordnung auf:

**Sozialkundeunterricht intensivieren – politische und  
ökonomische Bildung endlich stärken**  
Antrag der Fraktion der CDU  
– Drucksache 17/7043 –

**dazu:**

**Demokratiebildung in der gesamten Schule stärken –  
Sozialkundeunterricht ausweiten**

Antrag (Alternativantrag) der Fraktionen der SPD, FDP  
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 17/7098 –

Die Fraktionen haben eine Grundredezeit von 5 Minuten vereinbart. Ich darf zunächst einem Mitglied der antragstellenden Fraktion das Wort zur Begründung erteilen. – Herr Abgeordneter Barth für die Fraktion der CDU, bitte schön.

**Abg. Thomas Barth, CDU:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Politische Bildung gehört zum Kerngeschäft der Schule. Im Schulalltag von Rheinland-Pfalz allerdings gehört der Politikunterricht zu den eher vernachlässigten Fächern, ein Manko, auf das mich Sozialkundefachlehrerinnen und -lehrer immer wieder hinweisen. In der Tat wird Sozialkunde ab ihrer Einführung in der Klassenstufe 9 oder 8 – je nachdem, ob G 8 oder G 9 – nur dreistündig in der Woche in der Sekundarstufe I unterrichtet. Es ist somit stundenmäßig das schwächste Fach im Fächerkanon Rheinland-Pfalz, und bundesweit gesehen ist Sozialkunde auf dem drittletzten Platz.

Meine Damen und Herren, man gibt somit ein falsches Bild von der Bedeutung dieses Fachs an die Schülerinnen und Schüler. Deswegen muss es dringend ausgeweitet werden.

(Beifall bei der CDU)

2010 hat die Fraktion der CDU daher bereits einen Antrag auf Stärkung der Sozialkunde gestellt, und auch im Mai dieses Jahres hat der Landesverband Rheinland-Pfalz der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) dieselbe Forderung aufgestellt. Auf eine unzureichende Stundenausstattung des Fachs Sozialkunde hat auch meine Kollegin Lerch hingewiesen. Ihr Vorschlag, den Sozialkundeunterricht um eine Stunde in der letzten Klasse vor Übertritt in die Oberstufe zu erhöhen und neben der politischen verstärkt auch die ökonomische Bildung zu integrieren, finden wir sehr gut. Deswegen findet er unsere Unterstützung. Unser Antrag geht genau in diese Richtung.

(Beifall der CDU)

Ich sage auch ganz persönlich, dass ich es wirklich bedauere, dass Kollegin Lerch heute nicht hier sein kann, um persönlich zu diesem Thema zu sprechen. Ich weiß, dass sie erkrankt ist, und ich wünsche ihr deshalb von dieser Stelle aus alles, alles Gute.

Meine Damen und Herren, die Forderung, den Sozialkundeunterricht an den allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz zu stärken, ist nicht nur dem sachlichen Erfordernis geschuldet, Jugendlichen grundlegende politische und ökonomische Kenntnisse zu vermitteln, nein, diese Forderung entspringt auch dem Wunsch der Jugendlichen selbst. Schüler wollen über Politik reden. Das stelle ich bei meinen Besuchen an Schulen immer wieder fest, und Schüler verlangen auch immer wieder zunehmend wirtschaftliche Kenntnisse im schulischen Alltag, die sie im Sozialkundeunterricht vermissen. Auf die Bankenstu-

die des Bankenverbandes sei nur hingewiesen. Sie alle kennen die Zahlen. Wir müssen also das Anliegen der Jugendlichen ernst nehmen und auch die ökonomische Bildung im Sozialkundeunterricht stärken; denn nur so gelingt es uns, den jungen Menschen eine breite Teilhabe an wirtschaftlichen Prozessen zu ermöglichen.

(Beifall bei der CDU)

Diese Neuakzentuierung darf aber nicht auf Kosten der politischen Bildung gehen, sondern funktioniert nur durch eine zeitliche Ausweitung des Fachs; denn mit Blick auf das Erstarken von populistischen und extremistischen Tendenzen müssen wir die politische Bildung an unseren Schulen weiterhin nachhaltig sicherstellen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall der CDU –  
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Da habt  
Ihr recht!)

Zwar sollen nach Lehrplan und Handreichungen politische und zum Teil auch ökonomische Bildung in anderen Unterrichtsfächern mitreflektiert werden, allerdings zeigt die Praxis – das ist kein Vorwurf, das ist einfach so –, dass sich die Lehrer in anderen Fächern, die seltenst als zweites Fach Sozialkunde haben, sich darauf verlassen, dass der andere Kollege es entsprechend macht, und am Ende macht es keiner. Deshalb gehört politische und ökonomische Bildung fachgebunden in das Fach Sozialkunde hinein, unterrichtet von eigens dafür ausgebildeten und fortgebildeten Lehrkräften.

(Beifall der CDU)

Meine Damen und Herren, wie sieht es derzeit aus? – Das Fach Sozialkunde ist gemäß Lehrplan in sieben Lernfelder unterteilt. Davon ist genau eines für die ökonomische Bildung, Wirtschaft, vorgesehen mit einem vielsagenden Titel, der da lautet: Die Jugendlichen als Konsumenten in der globalisierten Welt. –

Meine Damen und Herren, dieser Titel spricht Bände; denn ökonomische Bildung ist doch wirklich mehr als Konsumverhalten oder Globalisierung.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei der AfD)

Zum Zweiten sind im Orientierungsrahmen 14 Stunden für dieses wirtschaftliche Thema im Lehrplan vorgesehen. 14 von 88 Stunden Sozialkunde in der Sekundarstufe I sind gerade einmal 16 %, die derzeit für den Bereich Wirtschaft verwandt werden. Das ist unserer Meinung nach eindeutig zu wenig. Deswegen ist es auch gerade in Zeiten von Fake News notwendig, Sozialkunde ganzheitlich aufzuwerten, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU –  
Abg. Joachim Paul, AfD: Medienkompetenz,  
Herr Schweitzer!)

Deshalb ist es wichtig und richtig, jetzt darüber nachzudenken, den Sozialkundeunterricht aufzuwerten und die Zahl der Stunden zu erhöhen. Hierzu bedarf es klarer Signale seitens der Politik, die wir mit diesem Antrag geben wollen. Gerade diese Signale jedoch vermisse ich bei der

Landesregierung. Im Gegenteil, widersprüchliche Aussagen aus dem Bildungsministerium tragen sogar noch zur Verunsicherung bei; denn im Newsletter 1/2018 des DVPB-Landesverbandes schreibt die Landesvorsitzende, dass Sie, Frau Ministerin, ihm am Rande des Demokratietages persönlich versprochen haben – versprochen ist auch die Wortwahl in diesem Flyer –, dass die Sozialkunde gestärkt werden soll, im Artikel der AZ vom 1. August 2018 lehnen Sie jedoch eine Änderung der Stundentafel kategorisch ab. Was stimmt den nun, Frau Ministerin? Was ist Ihre Richtung? Was ist Ihre Meinung? Warum setzt die DVPB eine Arbeitsgruppe zur Änderung der Stundentafel ein, wenn das Thema laut Ihrer Aussage gar nicht auf der Agenda steht, meine Damen und Herren?

(Beifall der CDU)

Auch der vorliegende Alternativantrag der Koalition vermag diesen Widerspruch nicht aufzulösen. Wollen Sie denn – wie Sie es vorschlagen – durch weiteres Zerbröseln der Sozialkunde in andere Fächer hinein das Fach Sozialkunde stärken? Meine Damen und Herren, das ist doch Irrsinn, und es ist ein Widerspruch in sich.

(Beifall bei der CDU –  
Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN: Das steht doch da gar nicht  
drin!)

Sie schreiben, dass Sie dem Fach Sozialkunde einen sehr hohen Stellenwert beimessen. Sie wussten wohl nicht, dass gerade einmal drei Stunden dafür aufgewandt werden. Ansonsten kann man das wirklich nicht nachvollziehen.

Sie schreiben sinngemäß von einem erfolgreichen Weg zur Stärkung der Sozialkunde, den Sie fortführen wollen. Bevor Sie etwas fortführen wollen, meine Damen und Herren, müssen Sie doch erst einmal damit anfangen, die Sozialkunde zu stärken.

(Beifall bei der CDU)

Unser Antrag setzt dieses Stärken ganz klar in den Fokus. Ihr Antrag hingegen ist ideenlos, mutlos und lustlos. Dann schreiben Sie quasi als Krönung von Demokratiebildung in den Kindertagesstätten. Wenn Sie damit nicht meinen – davon gehe ich aus –, dass unsere Jüngsten schon Gewaltenteilung lernen, sondern von Demokratiebildung im Allgemeinen sprechen, dann ist das für uns eine Selbstverständlichkeit, meine Damen und Herren. Dafür braucht es nicht extra einen eigenen Antrag in diese Richtung.

(Beifall bei der CDU)

Wie kann man also Ihren Antrag umschreiben? Vielleicht mit den Worten des Dichters Horaz: Der Berg kreißte, und er gebar eine Maus.

(Beifall bei der CDU)

Und der Berg kreißte wegen der dicken Luft in der Koalition, wegen des FDP-Vorstoßes, den wir mit unserem Antrag aufgenommen haben, und die Maus, die unter Schmerzen geboren wurde, ist der Antrag, der außer Allgemeinplätzen nichts bereithält.

(Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, stimmen Sie deswegen unserem Antrag zu. Liebe Kollegen von der FDP, ich bin sehr gespannt, wie Sie sich äußern; denn im Prinzip haben wir Ihre Forderung aufgenommen. Wir laden Sie ein, diesen Antrag gemeinsam und ernsthaft im Ausschuss zu diskutieren.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

**Vizepräsident Hans-Josef Bracht:**

Nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Kazungu-Haß von der Fraktion der SPD.

**Abg. Giorgina Kazungu-Haß, SPD:**

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zuallererst möchte ich eines feststellen, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, es besteht kein Dissens über die herausragende Bedeutung demokratischer Erziehung in der Schule. Das ist künstlich. Das möchten wir so auch nicht stehen lassen. Es besteht natürlich auch überhaupt kein Dissens über die herausragende Bedeutung des Sozialkundeunterrichts.

Ziel von Schule ist es, eines Tages einen mündigen Staatsbürger, eine mündige Staatsbürgerin aus der Schule zu entlassen. Nur so kann unser Staat weiter bestehen. In unserem Alternativantrag würdigen wir dies auch mit konkreten Forderungen. Zu Ihrem Antrag möchte ich allerdings einiges anmerken.

Zuerst möchte ich feststellen, dass Sie in Ihrem Antrag zu reduziert auf den Aspekt der ökonomischen Bildung schauen. Das wird der Aufgabe der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer und ganz besonders dem Sozialkundeunterricht so nicht gerecht. Auch im Lehrplan für Sozialkunde oder Gesellschaftslehre werden wichtige Aspekte der Ökonomie angesprochen. Sie erwähnten es eben. Aber es geht mehr um die Zusammenhänge gesellschaftlichen Lebens. Eine Überbetonung der ökonomischen Verwertbarkeit des Sozialkundeunterrichts dient dem Ziel des mündigen Staatsbürgers nicht.

Dennoch, ich selbst habe an meiner ehemaligen Wirkungsstätte im Ganztagsbereich eine AG ökonomische Bildung in den Klassen 7 und 8 eingesetzt, da es vor allem einen Bedarf an praktischen Kenntnissen gibt, die ich dort mit den Schülerinnen und Schülern erarbeitet habe. In der aktuellen Richtlinie zur ökonomischen Bildung in Rheinland-Pfalz sind hier die Bereiche privater Haushalt und die wirtschaftliche Rolle als Verbraucherin und Verbraucher sowie die Rolle als Wirtschaftsbürgerin und Wirtschaftsbürger besonders geeignet, um ergänzende Angebote im Nachmittagsunterricht anzubieten.

Wir sind zum Beispiel zusammen in den Supermarkt gegangen, haben ein Haushaltsbuch zu führen gelernt, und wir haben uns natürlich auch über Fragen wie Steuern und Transferleistungen informiert, Musteranträge bearbei-



tet oder mit Fachleuten gesprochen. Das sind lebenspraktische Übungen, Übungen, die mittlerweile verstärkt auch von den Schulen und somit von den Lehrerinnen und Lehrern übernommen werden. Aber das möchte ich heute nicht kritisch beleuchten, auch wenn es nötig wäre. Es muss aber klar sein, es ist nicht die originäre Aufgabe von Schule. Wir fördern dies aber auch mit der Richtlinie, weil wir aus der Perspektive der Schülerinnen und Schüler Lerninhalte aufnehmen, wenn wir das Bedürfnis vermehrt wahrnehmen.

Andere Inhalte der ökonomischen Bildung finden in quasi allen anderen Fächern Niederschlag. Das geschieht nicht plan- und ziellos, sondern auf Grundlage der Richtlinie: Zinsrechnung in Mathe, der Taschengeldparagraf in Sozialkunde und der Geschäftsbrief in Deutsch. Bei guter Planung – Sie sind ja selbst Kollege – in den jeweiligen Lehrerteams lassen sich diese Inhalte vernetzen und vertiefen; denn es sind jeweils Fachleute, die diese Kompetenzen lehren. Gerade Sie – Sie haben es eben in einem anderen Zusammenhang erwähnt – fordern immer wieder, dass Fachlehrer diese Kompetenzen vermitteln. Und das wollen wir auch. Deswegen glauben wir, dass wir ökonomische Bildung nur auf diese Art und Weise sinnvoll lehren können.

Wir glauben aber sehr wohl, dass es nötig ist, die Richtlinien selbst weiter zu verankern, weil offensichtlich die Kenntnis da auch nicht so verbreitet ist. Deswegen fordern wir die Landesregierung in unserem Antrag auf, hier zum Beispiel Fortbildungsangebote zu überprüfen und zu erweitern. Außerdem soll jetzt die Handreichung der aktuellen Richtlinien noch einmal eingepasst werden. Sie ist ja erst von 2017.

Demokratieerziehung muss immer auch den Menschen im Spannungsfeld der Ökonomie implizieren. Das sehe ich auch. Das sehen wir so, aber sie ist viel mehr als. Die Landesregierung hat die Schülervertretung gestärkt, Klassenräte eingeführt, und wir wollen diesen Weg bei der Schulgesetznovelle auch weitergehen.

Demokratische Mitbestimmung muss in realen Prozessen erlebbar gemacht werden. Dazu gehört ein Demokratietag genauso wie unsere Modellschulen für Demokratie. Dazu gehören aber auch außerschulische Aktivitäten, wie zum Beispiel das Jugendgemeindepament, runde Tische und Initiativen von jungen Menschen, die viele Kommunen auch finanziell unterstützen, wie zum Beispiel bei mir in Neustadt die Engagierte Jugend Neustadt.

Vor Kurzem habe ich hier im Parlament von Ihnen, also von Ihrer Fraktion, einen Redebeitrag gehört, in dem nicht ohne komödiantisches Talent ein wichtiges weiteres Anliegen mehr verulkt als gewürdigt wurde, und zwar das Wahlalter 16. Wenn es Ihnen nicht nur um einzelne Maßnahmen geht, dann dürfen Sie das komplexe Thema „Demokratie und Teilhabe an Gesellschaft“ heute zum Beispiel nicht nur einseitig auf die Verwertbarkeit auf dem Arbeitsmarkt beziehen. Dann müssen Sie an den ganzen Menschen denken, der sich bildet, und dann müssen Sie das auch ernst nehmen mit ihm und ihn schlussendlich auch besser beteiligen, zum Beispiel auch mit dem Wahlalter 16.

(Glocke des Präsidenten –  
Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Rechte und  
Pflichten!)

Danke schön.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Hans-Josef Bracht:**

Nun erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Paul von der Fraktion der AfD.

#### **Abg. Joachim Paul, AfD:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit einer gewissen Verwunderung haben wir den Antrag der CDU zur Kenntnis genommen. Der Lehrplan für gesellschaftswissenschaftliche Fächer in der Sekundarstufe I sowie der Rahmenlehrplan für das Fach Gesellschaftslehre an IGS und Realschule plus soll um Aspekte der ökonomischen Bildung erweitert werden. Grundsätzlich ist das eine ganz passable Idee. Da gibt es Lücken, aber wir müssen die Sache noch von einer anderen Seite aufziehen. Vor einiger Zeit klang das nämlich in Bezug auf das Fach Gesellschaftslehre bei der CDU noch ganz anders, und da ist eine viel dringendere bildungspolitische Notwendigkeit, die sich ergibt.

Frau Kollegin Beilstein äußerte sich entsprechend im Bildungsausschuss vom 8. Juni 2017. In dieser Sitzung wurden die Beschlüsse des Schülerlandtags diskutiert. Die Schüler wünschten sich unter anderem, dass der Unterricht in Gesellschaftslehre wieder durch den Fachunterricht in Erdkunde, Geschichte und Sozialkunde ersetzt würde. In dieser Sitzung sagte die von mir sehr geschätzte Kollegin Beilstein, das fachübergreifende Unterrichtsfach Gesellschaftslehre hätte Nachteile, weil Wissen auf der Strecke bliebe – stimmt –, mit dem Wunsch nach einem differenzierten Unterricht würde man bei der CDU offene Türen einrennen – das sollten Sie dann auch beherzigen –, es sei ohnehin fraglich, warum Erdkunde, Geschichte und Sozialkunde angesichts von 18 bis 19 Wochenstunden in Gesellschaftslehre nicht getrennt und grundständig von dafür ausgebildeten Lehrkräften unterrichtet würde.

Das sehe ich auch so. Deswegen sehe ich hier, dass sich die CDU offenkundig umorientiert und mit dem Status quo der Gesellschaftslehre nun arrangiert hat. Sie wollen das Fach, dieses im Grunde genommen Gemischtwarenfach, durch die Einführung ökonomischer Aspekte noch weiter aufblähen.

Darüber hinaus sollen Lerninhalte durch Sozialkundelehrer vermittelt werden, denen durch die gezielten Fort- und Weiterbildungsangebote die nötigen Qualifikationen zur Vermittlung ökonomischer Lehrinhalte an die Hand gegeben werden; Unterricht nur durch qualifizierte Fachlehrer wie zuvor von Ihnen gefordert: Fehlzanzeige.

Wir von der AfD haben uns bereits deutlich zum Fach Gesellschaftslehre positioniert. Eine zusätzliche Ausweitung des Faches halten wir für nicht zielführend. Wir sehen die Gefahr, dass durch die Gesellschaft des Faches Gesell-

schaftslehre entstandene Wissenslücken in den Bereichen Erdkunde, Geschichte und Sozialkunde durch noch eine weitere Überfrachtung des Faches nur noch größer werden, auch wenn es eine zusätzliche Wochenstunde geben soll.

Wir erkennen zwar grundsätzlich die Wichtigkeit der Vermittlung einer ökonomischen Grundbildung an und stehen auch der Einführung eines grundständig unterrichteten Faches Wirtschaft offen gegenüber. Das kann man diskutieren. Allerdings sehen wir die Mängel im Antrag der CDU als so gravierend an. Wir können also nicht zustimmen, insbesondere, da Sie sich zur inhaltlichen Ausgestaltung des Faches weitgehend ausschweigen.

Dem oft zitierten Vorwurf einer Gymnasiastin – ich erinnere mich an diesen Tweet von einer gewissen Naina oder so ähnlich –, dass sie zwar ein Gedicht in vier Sprachen analysieren könne, aber nicht in der Lage sei, eine Steuererklärung zu verfassen, liegt nach unserer Sicht ein vollkommenes Missverständnis über die Aufgaben der Schule zugrunde.

(Beifall bei der AfD)

Primäre Aufgabe einer Schule ist die Vermittlung von Grundfertigkeiten. Wer gut lesen und rechnen kann, der ist auch in der Lage, sich die notwendigen Wirtschaftskennnisse anzueignen, einen Mietvertrag abzuschließen und sich in das Versicherungswesen einzuarbeiten, was für Verbraucher und Konsumenten notwendig ist.

Im Übrigen sind Berührungspunkte mit Aspekten des Rechts oder der Gesundheit ebenfalls alltäglich. Dennoch wird an Schulen weder Jura noch Medizin unterrichtet. Das muss auch bei der Diskussion um ein eventuelles Fach Wirtschaft berücksichtigt werden.

Darüber hinaus darf das Fach Wirtschaft auch nicht zum Fach Praktische Lebenshilfe werden. Für Versicherungen, Steuern und Mieten sind gute Ratschläge und Eigenrecherche wesentlich nützlicher als ein Lehrplan sie jemals ausgestalten könnte.

Zuletzt möchte ich noch darauf verweisen, dass in den letzten Jahren ohnehin bereits eine starke Verwissenschaftlichung des Schulstoffes in diese Richtung stattgefunden hat.

Bevor ich zum Schluss komme, möchte ich noch ein paar Worte zum Alternativantrag der Ampel sagen. Sie fordern unter anderem ein Gesamtkonzept zur Ausweitung des Sozialkundeunterrichts. Das beste Konzept zur Ausweitung des Sozialkundeunterrichts ist es, Sozialkunde ebenso wie Geschichte und Erdkunde wieder eigenständig zu unterrichten.

(Beifall bei der AfD)

Das sind nach unserer Überzeugung eigenständige Fächer. Wir bleiben bei unserer Forderung, Gesellschaftslehre wieder durch differenzierten Fachunterricht zu ersetzen. Darüber hinaus ist der vorliegende Alternativantrag aber ein erneuter Beweis dafür, dass die FDP in der Koalition bildungspolitisch kaum stattfindet. Frau Kollegin Lerch

sprach sich noch im April dieses Jahres, so berichtet sie auf ihrer Webseite, auf dem Parteitag der FDP für eine Erweiterung des Faches Sozialkunde um wirtschaftliche Aspekte im Rahmen einer zusätzlichen Wochenstunde aus: quasi genau das, was die CDU nun fordert.

Aber nicht nur, dass die CDU offensichtlich Anträge stellen muss, die auf dem FDP-Parteitag laut Ihrer Aussage eine breite Mehrheit fanden, nein, nur vier Monate später im August sprachen Sie plötzlich von mehr Wirtschaft und mehr politischer Bildung im Sozialkundeunterricht.

Ich komme zum Schluss. Die Frage ist doch, wie wir wieder dahin kommen – das ist unsere Marschrichtung und unser Ziel –, diese Fächer in eigenständige Fächer zu verwandeln und ihnen den Rang zu geben, der ihnen zukommt. Ein Mischfach, jetzt noch weiter ergänzt um nicht näher skizzierte wirtschaftliche Inhalte, halten wir für falsch. Über ein Wahlpflichtfach Wirtschaft, das nicht nur einfache und praktische Lebenshilfe ist, kann man mit uns reden. Wir freuen uns auf die Diskussion. Wir müssen allerdings den Antrag, so wie er vorliegt, ablehnen.

(Beifall der AfD)

#### **Vizepräsident Hans-Josef Bracht:**

Nächste Rednerin ist Frau Abgeordnete Becker von der Fraktion der FDP.

#### **Abg. Monika Becker, FDP:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst einmal an dieser Stelle unserer Kollegin Helga Lerch alles Gute wünschen. Sie ist erkrankt. Ich bin sicher, sie würde in dem Sinne sprechen wie ich es jetzt für sie tue.

(Abg. Joachim Paul, AfD: Ich wünsche ihr auch alles Gute!)

Herr Barth, in unserem Antrag – Herr Kollege Paul hat es gerade gesagt – steht eindeutig, wir wollen eine Ausweitung des Sozialkundeunterrichts. Das ist der Spiegelstrich Nummer 3 unter den Forderungen an die Landesregierung.

Ich lese es gern noch einmal vor: „Der Landtag fordert die Landesregierung auf: (...) vor diesem Hintergrund ein Gesamtkonzept zur Ausweitung des Sozialkundeunterrichts“ – jetzt kommt es, das ist der Unterschied zu Ihrem Antrag – „über alle Schularten hinweg voranzutreiben. Die Ergebnisse der Enquete-Kommission ‚Bürgerbeteiligung‘ sollen hierbei ebenso berücksichtigt werden wie die Anforderungen zur Verankerung der ökonomischen Bildung über alle Fächer hinweg.“

Wir wollen eine Ausweitung des Sozialkundeunterrichts. Damit ist im Prinzip alles gesagt. Lassen Sie mich aber auf die in Ihrem Antrag erwähnte Umfrage des Bundesverbands der deutschen Banken eingehen. Sie liefert einige aufschlussreiche Erkenntnisse.

Der Wunsch junger Menschen, mehr über Wirtschaft und wirtschaftliche Zusammenhänge im Rahmen des Schulun-

terrichts zu erlernen, ist naheliegend. Liebe Kolleginnen und Kollegen, deshalb gibt es bereits vielfältige Projekte, die Schülerinnen und Schüler wie auch Lehrkräfte in diesem Bereich praxisnah bilden und weiterbilden. Zum Beispiel entwickeln Jugendliche ab 16 Jahren im Rahmen des „JUNIOR Gründercamps“ innovative Ideen bis zur Businessplanreife. Kleingruppen werden hierbei von Fachreferenten betreut und verschiedene Komponenten eines Gründervorhabens erarbeitet. Darüber hinaus werden grundsätzliche Themen wie Finanzierung und Marketing behandelt.

Als zweites gelungenes Beispiel für die Weiterbildung der Lehrkräfte lassen sich die regionalen Arbeitskreise des Projekts „SCHULEWIRTSCHAFT“ nennen. Hier wird auf den für uns besonders wichtigen Austausch zwischen Lehrkräften und unternehmerischer Praxis gesetzt. Hierbei wird auf die Vermittlung von Primärerfahrung gesetzt.

Als drittes Beispiel: Als Leitlinien für die Schulen geben die Leitlinien zur ökonomischen Bildung den Weg vor. Dabei wird den Lehrplänen kein neuer Stoff hinzugefügt, sondern es geht darum, vertraute Inhalte aus veränderter Perspektive zu betrachten. So können die Lehrkräfte in ihrem spezifischen Fach auch wirtschaftliche Aspekte einbringen und auch hierfür ein Beispiel. So findet sich in der Handreichung für Gymnasien für das Fach Mathematik Klassenstufe 9 und 10 folgendes Beispiel: Im Rahmen des Erlernens der Exponentialfunktion kann eine Verknüpfung zum Denken in Kosten-Nutzen-Relationen einfließen, meine Damen und Herren.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, mit dem von uns vorgelegten Alternativantrag machen auch wir klar, dass wir die Lehrkräfte im Bereich der ökonomischen Bildung noch stärker fort- und weiterbilden möchten; denn es sind die Lehrkräfte, die den Bezug zwischen Lernstoff und Leben herstellen. Hierbei wollen wir sie kontinuierlich unterstützen.

Darüber hinaus ist es uns ebenso wichtig, dass dazu weiterhin attraktive und zukunftsorientierte Projekte in den Schulen stattfinden; denn der Austausch mit Menschen aus der Praxis ist für die Schülerinnen und Schüler ganz besonders wichtig.

Ich danke Ihnen.

(Beifall der FDP, der SPD und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Hans-Josef Bracht:**

Nun erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Köbler von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

#### **Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, das Verstehen ökonomischer Zusammenhänge und wirtschaftlicher Entwicklungen und das möglichst frühzeitige Verstehen davon ist wichtig und braucht auch einen hohen Stellenwert in unserem Bildungssystem und an unseren Schulen.

Das gilt nicht in erster Linie deswegen, um abstrakte wirtschaftspolitische oder ökonomische Entwicklungen zu verstehen, sondern es geht vor allem um die hohe Alltagsrelevanz ökonomischer Themen: Wie organisiere ich meine Kontoführung? Was bedeutet es, diesen oder jenen Handyvertrag abzuschließen? Oder was bedeutet es, wenn meine Markenkleidung aus Kinderarbeit in Fernost stammt?

Meine Damen und Herren, damit wird deutlich, dass es sich bei ökonomischer Bildung um ein verzahntes und fächerübergreifendes Anliegen handeln muss und handeln sollte. In dem Zusammenhang ist es gut und richtig, dass im vergangenen Jahr 2017 eine entsprechende Richtlinie durch das Bildungsministerium erlassen wurde, was genau diese fächerübergreifende Relevanz dieses Themas „ökonomische Bildung“ deutlich macht.

Meine Damen und Herren, was bringt es einem, wenn ich in Mathematik zwar lerne, die vierte Ableitung einer Funktion zu bilden, aber nicht sehe, dass ich mit meinen 50 Euro im Monat Taschengeld vielleicht einen Handyvertrag nicht abschließen sollte, bei dem das Smartphone schon 49,99 Euro im Monat kostet.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Wer das eine kann, kann auch das andere! –  
Zuruf des Abg. Joachim Paul, AfD)

Aber das Thema „ökonomische Bildung“ hat auch eine hohe Relevanz innerhalb des Bereichs „Sozialkunde“. Bei Sozialkunde geht es für uns vor allem darum, die politische Bildung insgesamt im Bildungssystem in den Schulen zu stärken. Deswegen brauchen wir – und daran arbeiten wir – in vielen Bereichen eine Stärkung der Demokratiebildung. Das hat vor allem zwei Gründe. Das eine ist, uns zeigt die Wahl- und Partizipationsforschung, dass die demokratische Teilhabe und auch das konkrete Wählen gehen unmittelbar mit politischem Interesse zusammenhängen. Wenn wir eine starke Demokratie wollen, dann müssen wir dieses politische Interesse schon frühzeitig bei unseren Kindern wecken.

(Beifall der Abg. Jutta Blatzheim-Roegler,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abg.  
Dr. Adolf Weiland, CDU)

Wir erleben, dass es mittlerweile nicht nur um Politikverdrossenheit geht. Wir erleben auch, wie rassistische und menschenverachtende antidemokratische Tendenzen in unserer Gesellschaft immer mehr um sich greifen. Auch das ist die Aufgabe einer Schule in der Demokratie: Unsere Kinder gegen ebensolche demokratieverachtenden und menschenverachtenden Tendenzen stark zu machen. Deswegen haben wir immer eine große Einigkeit darin gehabt, dass politische Bildung an unseren Schulen und an unseren Bildungseinrichtungen entsprechend gestärkt wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
SPD und FDP)

Kollege Barth, ja, das ist immer auch ein Instrumentenkasten. Meine Damen und Herren, für uns gehört explizit dazu – Frau Kollegin Becker hat es noch einmal betont –, wir setzen uns konsequent für den Ausbau des Sozialkundeunterrichts insbesondere in der Sekundarstufe I, aber

auch in allen Schularten, ein; um das noch einmal klar festzuhalten, und so steht es auch in unserem Antrag.

Ich persönlich glaube aber, dass es nicht reicht, wie Sie vorschlagen, erst in Klasse 10 anzusetzen und auch nur bei denjenigen, die dann zum Abitur streben. Ich glaube, wir müssen ganz im Gegenteil den Sozialkundeunterricht gerade frühzeitig und an allen Stufen ausbauen.

Wir haben nicht umsonst auf den Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Bürgerbeteiligung“ hingewiesen. Hier waren wir uns übrigens noch einig. Auch im Minderheitenvotum der CDU stand seinerzeit – das ist auch erst drei Jahre her –, wir wollen einen Ausbau des Sozialkundeunterrichts, indem wir ihn frühzeitiger anbieten und nicht sozusagen obendrauf eine Stunde in Klasse 10. Sie müssen sich in der CDU-Landtagsfraktion auch einmal sortieren, was Sie jetzt eigentlich konkret wollen, weil wir uns beim Ziel ziemlich einig sind.

(Vereinzelt Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Barth, Sie haben sich jetzt noch einmal gemeldet, beantworten Sie die schwierigste von allen Fragen: Wenn wir die Stundentafel, was wir wollen, zugunsten von Sozialkunde erweitern: Wo nehmen Sie die Ressourcen her? Welche Stunde wollen Sie kürzen? Wollen Sie bei der Musik kürzen? Wollen Sie bei Sport, bei Religion vielleicht oder bei der Physik kürzen?

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Da sieht man Ihre Fantasielosigkeit!)

Diese Frage müssen Sie ehrlicherweise mit beantworten, wenn Sie hier seriös sagen wollen, Sie wollen konkret Sozialkunde vorantreiben. Dann ist das die andere Seite der Medaille.

Meine Damen und Herren, letztlich kommt es darauf an, Demokratie nicht nur zu lernen, sondern von Anfang an zu leben.

(Glocke des Präsidenten)

Wir machen das beim Kita-Gesetz. Wir machen das beim Schulgesetz, aber wir wollen auch ganz konkret, dass die jungen Leute auch in Rheinland-Pfalz ab 16 wählen können.

Herzlichen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

#### **Vizepräsident Hans-Josef Bracht:**

Es liegen mir zwei Meldungen für Kurzinterventionen vor. – Als Erstes Herr Abgeordneter Frisch von der Fraktion der AfD.

#### **Abg. Michael Frisch, AfD:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Verehrter Herr Kollege Köbler, als ehemaligen Mathelehrer reizt es mich

natürlich schon zu kommentieren, was Sie jetzt zum Mathematikunterricht gesagt haben. Wenn sich ein Schüler mit der Kurvendiskussion intensiv beschäftigt, dann gehen wir einmal davon aus, dass er es mindestens bis zur Klasse 11 im Gymnasium geschafft hat.

Dann sollte er aufgrund seiner schulischen Vorbildung natürlich auch in der Lage sein, einen Handy- oder Versicherungsvertrag vergleichen zu können. Von daher ist das, was Sie hier gezeichnet haben, nicht ganz unzutreffend und wirft ein Schlaglicht auf unsere aktuelle Bildungssituation;

(Beifall der AfD)

denn es ist in der Tat oft so, dass Gymnasiasten zu diesen lebenspraktischen Dingen deshalb nicht mehr in der Lage sind, weil man ihnen in der Schule diese Grundlagen, die dafür erforderlich sind, nicht mehr vermittelt hat.

Aber das Problem lösen wir doch nicht, indem wir die Schule weiter mit anderen Dingen überfrachten, sondern indem wir gerade im Fach Mathematik wieder zu einer soliden Grundbildung zurückkehren, die die Schüler nachher in die Lage versetzt, völlig problemlos solche alltagspraktischen Dinge zu bewältigen.

(Beifall der AfD)

Deshalb ist unsere ganz klare Forderung, nicht nur im Bereich der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer, sondern auch sonst, dass sich die Schule nicht weiter verzettelt in immer weitere Aufgaben, von denen Frau Kazungu-Haß zu Recht gesagt hat, das ist nicht Sache der Schule. Sache der Schule ist es, junge Menschen einfach durch eine Grundbildung in die Lage zu versetzen, später im Leben mit den Alltagsproblemen klarzukommen.

Das hat bei uns völlig problemlos funktioniert. Jeder von uns ist hoffentlich in der Lage, das zu tun. Deshalb brauchen wir im Bildungswesen ein grundsätzliches Umdenken, anstatt hier solche Phantomdebatten zu führen.

(Beifall der AfD)

#### **Vizepräsident Hans-Josef Bracht:**

Zu einer weiteren Kurzintervention erteile ich Herrn Abgeordneten Barth das Wort.

#### **Abg. Thomas Barth, CDU:**

Vielen Dank, Herr Präsident. Herr Kollege Köbler, Demokratiebildung ist in der Tat mehr als ein Handyvertrag und ein Mietvertrag. Ich sage Ihnen auch, ökonomische Bildung bedeutet für uns, dass wir den Schülern ein wirtschaftliches Denken vermitteln, was derzeit nicht der Fall ist.

Klar ist Demokratiebildung eine Querschnittsaufgabe der Schule. Aber das ist doch jetzt schon der Fall. Oder stellen Sie die Schule hier als einen Hort der Demokratiefeindlichkeit dar? Das möchte ich doch als Lehrer streng zurückweisen. Das ist nicht der Fall.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie in Mathe, Musik, Sport die Klassenleiterstunden sehen, dann werden dort natürlich auch demokratische Elemente gelehrt, geübt und indirekt auf einer emotionalen Ebene vermittelt. Aber auf der fachlichen Ebene gehört dieses Thema in den Sozialkundeunterricht. So ist das nun einmal.

(Beifall bei der AfD)

Bei einer Ausweitung des Faches Sozialkunde ist die Frage, wo wir anfangen. Ich sage, in Klasse 9 oder Klasse 8, je nachdem. Das ist mittlerweile schon ein gutes Alter. In Klasse 7 sind die 12- bis 13-Jährigen. Um diese komplexen Dinge auch abstrakt zu erfassen, ist eine gewisse Reife erforderlich. Das haben nun einmal die allermeisten Kinder mit 12 oder 13 Jahren nicht. Deswegen gehört die Sozialkunde an das Ende der Sekundarstufe I.

Ich sage Ihnen auch, wo die Stunde herkommt. Sie kommt nirgendwo her. Sie kommt on top. Ich sage Ihnen auch warum: Weil nämlich in der 10. Klasse – durch die dritte Fremdsprache oder fachbedingt, stundenbedingt oder wie auch immer – die meisten Kinder sowieso schon Nachmittagsunterricht haben.

In der Oberstufe haben sie sowieso ständig Nachmittagsunterricht. Das heißt, das ist für die Kinder beim Übergang von der Sekundarstufe I zur Sekundarstufe II zu verkraften. Deswegen in der 10. Klasse und nicht in der 9. Klasse,

(Beifall der CDU)

weil das eventuell dazu führen könnte, dass dann die dritte Fremdsprache nicht so belegt wird. Glauben Sie mir, das ist ein bisschen Schulerfahrung, die ich Ihnen mitgeben kann. Wenn Sie einmal in die Schule gehen, werden Ihnen das die Schulkollegen auch so berichten.

Besten Dank.

(Beifall der CDU –

Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Das ist der einzige konkrete Vorschlag, der dem Hohen Hause vorliegt!)

#### **Vizepräsident Hans-Josef Bracht:**

Zu einer Erwidern erteile ich Herrn Abgeordneten Köbler von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

#### **Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Lieber Kollege Barth! Sie haben jetzt gesagt, okay, der Vorschlag der CDU ist, Sie wollen Schülerinnen und Schüler mit noch mehr Stunden befrachten. Sie wollen den Lehrkräften noch mehr Stunden aufhalsen.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Sie hatten nach dem Konzept gefragt! –  
Abg. Thomas Barth, CDU: Ich habe es erklärt!)

Das ist okay, das kann man fordern.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: In anderen Ländern wird es gemacht! Sie bekommen es nicht hin!)

In anderen Ländern ist das auch so, dass dort sowohl Schüler als auch Lehrer mehr Wochenstunden ableisten wollen. Wenn das jetzt die neue Position in der CDU ist, dann ist das okay. Ich habe nur gefragt, welche Position der CDU gilt.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Das war schon immer unsere Position!)

Gilt die Position der CDU von vor drei Jahren, mit dem Sozialkundeunterricht früher einzusetzen – nachzulesen in Landtagsdrucksachen usw. –, oder gilt jetzt die neue Marschrichtung von heute? Dann müssen wir wieder eine neue Diskussion anfangen. Das haben Sie jetzt klargemacht.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Nein!)

Sie haben Ihre Position an dem Punkt gewechselt. Damit haben Sie es deutlich gemacht.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Das stimmt nicht! –

Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Fraktionsvorsitz und Position gewechselt! –  
Abg. Roger Lewentz, SPD: Alles in Berlin! –  
Weitere Zurufe des Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU, und des Abg. Alexander Schweitzer, SPD)

Meine Damen und Herren, es ist natürlich wichtig, dass dann, wenn man ökonomische Bildung im Unterricht stärkt, diese etwas mit der Lebensrealität und der Alltagskompetenz der Schülerinnen und Schüler zu tun hat. Es geht eben gerade nicht darum, noch mehr theoretisch abstrakte Dinge zu lernen, die man hinterher nie wieder braucht, sondern es geht ganz konkret darum, entwickelte Kompetenzen auch im alltäglichen Leben und im späteren Berufsleben anwenden zu können.

(Abg. Thomas Barth, CDU: Das ist auch in Ordnung! –

Abg. Michael Frisch, AfD: Die müssen erst einmal entwickelt werden!)

Deswegen glaube ich nicht, dass es darum geht, zusätzliche Fächer wie ökonomische Theorien usw. zu implizieren, sondern ökonomisches Wissen dort zu verankern, wo es etwas mit der Lebensrealität der Schülerinnen und Schüler zu tun hat.

Herr Barth, ich wundere mich, dass die CDU-Landtagsfraktion die Gymnasialschülerinnen und Gymnasialschüler derart unterschätzt. Wenn Sie sagen, für die 7. Klasse im Gymnasium seien solche komplexen Zusammenhänge noch zu früh,

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Das ist so! Entwicklungspsychologische Erkenntnisse!)

dann frage ich mich, ob Sie davon ausgehen, dass die Schülerinnen und Schüler der 7. Klasse einer Integrierten Gesamtschule da schon weiter sind, weil sie das jetzt

schon nach den Lehrplänen im Fach Gesellschaftslehre sehr viel frühzeitiger lernen.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Nein, die haben Geschichte und Erdkunde!)

Ich glaube das nicht, und ich erlebe das auch nicht so. Mit politischer Bildung, mit Demokratiebildung, mit Sozialkundeunterricht und, ja, auch mit ökonomischer Bildung kann man gar nicht früh genug anfangen.

Herzlichen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

#### **Vizepräsident Hans-Josef Bracht:**

Für die Landesregierung spricht nun Frau Staatsministerin Dr. Hubig.

#### **Dr. Stefanie Hubig, Ministerin für Bildung:**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ökonomische Bildung, wie sie in Rheinland-Pfalz – übrigens auch in den meisten anderen Bundesländern – unterrichtet wird, will kein berufliches Spezialwissen vermitteln. Sie vermittelt Grundlagen für das Verständnis ökonomischer Strukturen und für Prozesse in regionalen und globalen Zusammenhängen.

Wir sind uns einig darüber, dass es wichtig ist, dass Schülerinnen und Schüler auf ihrem Bildungs- und Lebensweg kompetent handeln können und sie diese grundlegenden wirtschaftlichen Kenntnisse in der Schule vermittelt bekommen. Wir sind uns einig – mit Ausnahme der AfD. Ich habe schon richtig zugehört.

Die ökonomische Bildung umfasst eine Vielzahl an Kompetenzen in unterschiedlichen Bereichen, zum Beispiel in Finanzfragen und in der Verbraucherbildung. Deshalb beschäftigen sich Schülerinnen und Schüler zum Beispiel mit den Themen „Finanzen“, „Marktgeschehen“, „Verbraucherrecht“ und „nachhaltiger Konsum“. Da geht es nicht nur um Schülerinnen und Schüler als Konsumenten, sondern das umfasst viel mehr Themen.

Ökonomische Bildung ist ein Querschnittsthema und gerade nicht nur Aufgabe eines einzelnen Fachs.

Die inhaltliche Grundlage hierfür bildet die Richtlinie „Ökonomische Bildung“. Sie wurde im Jahr 2017 neu gefasst und auf den aktuellen Stand gebracht. Sie stellt dar, wie ökonomische Bildung als fächerübergreifendes Prinzip zu verstehen ist. Frau Abgeordnete Kazungu-Haß hat diese Beispiele, finde ich, sehr gut und sehr plastisch dargestellt.

Im Übrigen finden sich diese Themen auch in den verschiedenen Lehrplänen, zum Beispiel im Lehrplan für die Fächer Sozialkunde – darüber haben wir geredet –, Geschichte und Erdkunde in den Gymnasien und Realschulen plus. Themen wie „Wirtschaft und Umwelt“, „globale Beziehungen und Abhängigkeiten“ sind also nicht nur auf den Schüler oder die Schülerin als Konsumenten reduziert.

Damit die Umsetzung an den Schulen gelingt, helfen wir den Schulen. Wir stellen ihnen zum Beispiel Arbeitshefte und Materialien zur Verfügung. Die Schulen können außerdem auf zahlreiche Fortbildungen und Beratungsmöglichkeiten zurückgreifen, unter anderem auch auf eine Fortbildung, die online angeboten wird. Sie heißt: ökonomische Bildung online.

Wir fördern eine Vielzahl außerunterrichtlicher Projekte und Aktivitäten, wie zum Beispiel Wettbewerbe, die in Kooperation mit außerschulischen Partnern wie SCHULEWIRTSCHAFT Rheinland-Pfalz, den Kammern, einzelnen Unternehmen, der ISB oder dem Institut der deutschen Wirtschaft durchgeführt werden. Ich kann nur jedem empfehlen, einmal zum Juniorwettbewerb in die ISB zu gehen. Dort gibt es jedes Jahr eine Preisverleihung. Da sieht man, was Schülerinnen und Schüler – den Abgeordneten Barth interessiert das, glaube ich, nicht so – dort an Schülerfirmen auf die Beine stellen, wie viel wirtschaftliches Know-how sie lernen, wie sie Businesspläne entwickeln, wie sie sich Gedanken über Werbung machen, wie sie ein Produkt entwickeln und wie sie dieses Produkt dann auch entsprechend vorstellen. Das alles funktioniert in der Praxis hervorragend. Rheinland-pfälzische Schülerinnen und Schüler schneiden bei diesen Wettbewerben sehr erfolgreich ab.

Aber Demokratiebildung ist natürlich mehr als ökonomische Bildung. Es gehören deshalb zur Demokratiebildung vor allen Dingen die politische und historische Bildung sowie die Demokratiepädagogik und die Persönlichkeitsentwicklung. Jeder dieser Bestandteile ist unverzichtbar für eine umfassende Demokratiebildung. Sie gehören zum gesamten Bildungsauftrag aller rheinland-pfälzischen Schulen.

Damit Kinder und Jugendliche lernen, sich für ihre Belange und die ihrer Mitschülerinnen und Mitschüler einzusetzen und so Schule und Gesellschaft aktiv mitzugestalten, gibt es neben den unterrichtlichen Inhalten vielfältige Programme, Maßnahmen und Projekte, in denen sie Erfahrung sammeln und Demokratie lebendig werden lassen können. Dazu zählen die Schülerversammlung, der Klassenrat und die Schülerparlamente, der Schülerlandtag, Gedenkstättenbesuche, Schüleraustausche und präventive Programme, die unsere Schulen sehr zahlreich anbieten. Sie helfen, soziale Kompetenzen zu fördern und allgemeingültige Normen und Werte zu vermitteln.

Ich bin froh, dass wir diesen Gesamtansatz bei der Demokratiebildung und der ökonomischen Bildung verfolgen; denn nur so können die Schülerinnen und Schüler unsere Demokratie aktiv gestalten. Diesen umfassenden Ansatz gilt es, weiter zu stärken und auszubauen.

Da sind wir uns einig. Der Weg, den die CDU-Fraktion in ihrem Antrag skizziert, würde aus unserer Sicht keine Stärkung, sondern eine Schwächung des Ziels bedeuten; denn wenn das Fach Sozialkunde um eine Stunde ausgeweitet würde, wäre es ein Rückschritt, alle diese umfassenden Aufgaben nur einem Fach zuzuweisen. Sie haben sich jetzt – anders als in Ihrem Antrag – dazu geäußert, wie Sie sich das vorstellen, nämlich eine Stunde mehr im Fach Sozialkunde. Das ist nicht so einfach, wie Sie sich das vorstellen.

Sprechen Sie auch einmal mit den Schulträgern, was die Beförderung von Schülerinnen und Schülern anbelangt, wenn sie die Stundentafel um eine Stunde erweitern. Sie denken, das ist einfacher, als es ist.

(Zuruf des Abg. Thomas Barth, CDU)

Ich würde gerne noch etwas dazu sagen, Herr Abgeordneter Barth. Ich habe mich immer klar positioniert. Sie sollten vielleicht den Artikel in der AZ noch einmal genau lesen. Dann werden Sie feststellen, dass es nur um die Frage ging, ob die ökonomische Bildung stärker im Sozialkundeunterricht verankert werden soll. Ich habe nichts anderes gesagt, als ich das heute mache, und werde auch nicht anders zitiert. Dort steht auch nichts von Stundentafel.

Natürlich werde ich mein Versprechen halten, die Sozialkunde zu stärken. Das kann man durch eine Ausweitung der Stundentafel machen. Der Antrag der Regierungsfractionen gibt schon gewisse Schritte vor, die wir gerne mitgehen werden. Das kann man auch machen, indem man zum Beispiel die Lehrpläne in der Oberstufe überarbeitet und neu fasst. Auch das ist dringend notwendig.

Es gibt also viele Dinge zu tun. Wir machen das gerne, sehen das alles etwas weiter und umfassender und denken über die Dinge sehr intensiv und sehr gründlich nach. Wir machen keine Schnellschüsse.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Hans-Josef Bracht:**

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor.

Ich habe vernommen, dass eine Ausschussüberweisung beantragt ist. Wir stimmen daher zunächst über die Ausschussüberweisung des Antrags sowie des Alternativantrags ab. Wer der Ausschussüberweisung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Danke. Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Antrag auf Ausschussüberweisung des Antrags sowie des Alternativantrags mit den Stimmen der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung der AfD abgelehnt.

Wir kommen dann zur Abstimmung über die Anträge in der Sache. Wir stimmen zunächst über den Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 17/7043 – ab. Wer dem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen – Danke. Wer ist dagegen? – Für Enthaltungen ist kein Raum. Damit ist der Antrag der Fraktion der CDU mit den Stimmen der SPD, der AfD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Alternativantrag der Fraktionen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/7098 –. Wer diesem Alternativantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Danke. Gegenstimmen? – Danke schön. Ich stelle fest, dass der Alternativantrag mit den

Stimmen der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU und der AfD angenommen wurde.

Meine Damen und Herren, ich rufe **Punkt 26** der Tagesordnung auf:

#### **Kommunale Straßenbauinvestitionen und Straßenausbaubeiträge**

Besprechung der Großen Anfrage der Fraktion der AfD  
und der Antwort der Landesregierung auf Antrag der  
Fraktion der AfD  
– Drucksachen 17/6448/6855/7023 –

Die Fraktionen haben eine Grundredezeit von 5 Minuten vereinbart. Ich erteile Herrn Abgeordneten Ahnemüller für die Fraktion der AfD das Wort.

#### **Abg. Jens Ahnemüller, AfD:**

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Antworten auf unsere Große Anfrage bestätigen unsere Vermutung: Ein Großteil unserer kommunalen Straßen ist in einem erbärmlichen Zustand, und wirklich bestritten hat das auch keiner.

Die Straßenbauinvestitionen sind durchaus mit dem Zustand der kommunalen Straßen zu vergleichen: erbärmlich, mangelhaft und nicht akzeptabel.

(Beifall der AfD)

Das Thema „Straßenausbaubeiträge“ hat uns besonders interessiert, da an uns und ganz speziell an mich viele Bürger herangetreten sind und ihren Unmut über diese ungerechten Gebühren äußerten.

Nun aber zu den Antworten der Landesregierung. Ich will es ganz ehrlich zugeben, der miserable Zustand unserer Kreisstraßen hat mich nicht wirklich überrascht. Doch wenn man seine persönliche Einschätzung durch Zahlen und Fakten bestätigt sieht, hat das noch einmal ein ganz anderes Gewicht.

(Beifall der AfD)

Worum geht es im Einzelnen? – Über 35 % der Kreisstraßen sind in einem mangelhaften Zustand und müssten eigentlich sofort saniert werden – eigentlich und sofort, meine Damen und Herren. Den Zustand weiterer 19 % der Kreisstraßen klassifiziert die Landesregierung als gerade einmal ausreichend. Über den Zustand der Gemeindestraßen hat die Landesregierung aber anscheinend keinen Überblick. So verfügt die Landesregierung nur über lückenhafte Zeitreihen, wie viel die Kommunen insgesamt für den Straßenbau ausgeben.

Unserer Fraktion drängt sich der Verdacht auf, es herrscht hier nahezu ein seltsames Desinteresse auf der Regierungsbank und in den Ministerien.

Aber andererseits ist die verkniffene Teilnahmslosigkeit der Landesregierung in dieser Frage auch nicht verwunderlich. Wo es Zahlen gibt, sind sie schlecht. Weniger Zahlen bedeuten weniger Schrecken.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Ein kindisches „Auge zu“ vor der Realität.

Meine Damen und Herren, Rheinland-Pfalz bleibt bei den Ausgaben für den Straßenbau der Gemeinden und Gemeindeverbände weit hinter den Möglichkeiten. Um Ihnen einen Eindruck zu verschaffen, die Höhe die Straßenbauausgaben pro Kopf lag 2015 in Rheinland-Pfalz 40 % unter den entsprechenden Ausgaben in Bayern. Dabei sind beide Bundesländer ähnlich dicht bevölkert. Kommen Sie mir also bitte nicht mit dem Argument, dass Bayern eine größere Fläche hat.

Noch eine andere Zahl: Im gleichen Jahr 2015 haben die Landeszuschüsse in Rheinland-Pfalz nur einen Beitrag von knapp 22 % zu den gesamten Straßenbauausgaben von Städten und Gemeinden ausgemacht.

Meine Damen und Herren, nicht nur die Landkreise brauchen pauschale Mittel aus dem Landesfinanzausgleich für ihre Kreisstraßen, auch die Städte und Gemeinden brauchen solche pauschalen Mittel für ihre Gemeindestraßen. Wir dürfen die Städte und Gemeinden mit den Infrastrukturproblemen nicht alleine lassen.

(Beifall der AfD)

Ein Wort an dieser Stelle zu den Landkreisen. Wenn wir die Zuschüsse zu den Einzelbaumaßnahmen der Kreise und die pauschalen Gelder für die Kreisstraßen zusammenrechnen, ergibt sich eigentlich eine gute Finanzierungsmöglichkeit für die Kreisstraßen. Meine Damen und Herren, aber die Mittel müssten auch zweckdienlich verwendet werden. Bisher mussten und durften die Landkreise die pauschalen Mittel ausgeben, um andere Haushaltslücken zu füllen. Im besagten Jahr 2015 zum Beispiel haben die Landkreise 71,7 Millionen Euro mit Bezug zu den Kreisstraßen bekommen, Mittel aus dem Landesfinanzausgleich inklusive.

Davon wurden nur 41,1 Millionen Euro für Kreisstraßen ausgegeben, demzufolge 30,6 Millionen Euro für andere, fremde Zwecke. Meine Damen und Herren, 30,6 Millionen Euro für andere, fremde Zwecke.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN: Fremd ist immer schwer!)

Nun zu den Straßenausbaubeiträgen: Die Landesregierung konnte keine Gesamtzahlen zu den Einnahmen aus den ach so geliebten Straßenausbaubeiträgen liefern. Wir gehen in unserer Schätzung von etwa 20 bis 40 Millionen Euro aus. Einzeldaten aus den Antworten auf die Anfrage zeigen, ein erheblicher Teil wird für die Kosten der Verwaltung, für Sachkosten, Personalkosten und nicht zu vergessen für Gerichtsstreitigkeiten verbraucht.

Leider sind auch hier die Daten wieder einmal unvollständig. Viele Städte und Gemeinden scheinen mit der Kostenrechnung völlig überfordert zu sein. Ein gutes Beispiel ist dabei die Stadt Trier.

Nun bleibt natürlich die Frage: Wozu Straßenausbaubeiträge, wenn die gesamte öffentliche Hand in Deutschland

54 Milliarden Euro aus Mineralölsteuer, Kraftfahrzeugsteuer und Maut einnimmt? – Weil sie nur 11,4 Milliarden Euro für den Straßenbau verwendet.

(Abg. Joachim Paul, AfD: Wahnsinn!)

Nicht nur die AfD in Rheinland-Pfalz, sondern die gesamte AfD sieht bei einem solch eklatanten Missverhältnis enormen Handlungs- und Änderungsbedarf.

(Beifall der AfD –  
Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: So ist es! –  
Abg. Joachim Paul, AfD: Sehr gut!)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, das Land Rheinland-Pfalz steht in der Pflicht, die Städte und Gemeinden im Land so auszustatten, dass sie ihre ureigenen Aufgaben, darunter nicht zuletzt den kommunalen Straßenbau, gut wahrnehmen können.

(Glocke des Präsidenten)

Doch auch das Land Rheinland-Pfalz kommt dieser Aufgabe bedauerlicherweise nicht nach.

– Ich komme zum Schluss, Herr Präsident.

(Abg. Hans Jürgen Noss, SPD: Endlich!)

Ich kann nur jetzt schon ankündigen, dass wir Ihnen in der nächsten Haushaltsdebatte darlegen werden, dass es auch ohne Straßenausbaubeiträge geht. Wir hoffen und wünschen, dass Sie uns dann in diese Richtung folgen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall der AfD)

#### **Vizepräsident Hans-Josef Bracht:**

Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Oster von der Fraktion der SPD.

#### **Abg. Benedikt Oster, SPD:**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich werde stellvertretend für die Ampel-Koalition kurz auf die Große Anfrage der AfD eingehen.

Aus unserer Sicht ist die Möglichkeit der Erhebung von einmaligen oder wiederkehrenden Beiträgen ein wichtiges Instrument zur Erhaltung und Förderung kommunaler Investitionen im Straßenbau. Ein gut ausgebautes und leistungsfähiges Straßennetz von den Landes- über die Kreisstraßen bis hin zu den kommunalen Straßen ist ein wesentlicher Standortfaktor für unser Land und zugleich die Grundvoraussetzung für fast jegliche Form von privater und gewerblicher Mobilität.

Neben diesem Nutzen für die Allgemeinheit, der durch den Gemeindeanteil berücksichtigt wird, findet der kommunale Straßenausbau auch regelmäßig mit einem unmittelbaren Sondervorteil des direkten Straßenanliegers statt. Darauf möchte ich kurz eingehen. Der Bodenrichtwert erhöht sich dadurch, und dadurch gibt es einen Vorteil. Dieser Vorteil



rechtfertigt die im rheinland-pfälzischen Kommunalabgabengesetz ermöglichte Beitragserhebung zu einem rechtlich, aber ich meine auch zum anderen politisch.

Es erschließt sich mir nicht, warum bei dieser Sachlage über die bereits vorhandenen Förderinstrumente hinaus eine ausschließliche Finanzierung des Straßenbaus mit allgemeinen Steuermitteln vorzugswürdig sein sollte. Dass es in manchen Situationen zu hohen Einmalzahlungen kommen kann, bestreitet niemand. Das ist Fakt und kennt auch jeder Abgeordnete von uns. Aber aus diesem Grund gibt es Möglichkeiten, dieser Situation vorzubeugen, beispielsweise durch Ratenzahlungen oder Stundungen für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger.

(Zuruf des Abg. Michael Frisch, AfD –  
Abg. Joachim Paul, AfD: 30 Jahre  
abbezahlen!)

Zudem ist sichergestellt, dass ausschließlich die tatsächlichen Kosten abgerechnet werden, weil in diesem Zusammenhang immer der Bürokratieaufwand angebracht wird. Dieser ist aber nötig, damit es eine tatsächliche Abrechnung für den Bürger gibt, meine Damen und Herren.

Des Weiteren möchte ich festhalten, dass es selbstverständlich ist, dass die jeweiligen Beitragserhebungen von den Betroffenen verwaltungsgerichtlich überprüft werden können. Das ist gutes Recht eines jeden.

An dieser Stelle möchte ich darauf eingehen, dass dieser Punkt höchststrichterlich geklärt ist; denn das wird immer infrage gestellt, als würden wir uns in einer Grauzone bewegen. Das ist de facto nicht so. Höchststrichterlich wurde das zuletzt 2014 noch einmal bestätigt.

Meine Damen und Herren, ich komme zu den Straßenbauinvestitionen. Auch darauf möchte ich kurz eingehen. Wir haben es heute und gestern schon öfters gehört, diese Landesregierung stellt sich der großen Herausforderung und investiert die Höchstsummen in den Erhalt und den Neubau und auch besonders in unsere Gemeindestraßen.

(Zuruf des Abg. Arnold Schmitt, CDU)

Ich möchte kurz auf die Förderinstrumente eingehen. Es gibt die Mittel aus dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz bzw. die Entflechtungsmittel. Dazu gibt es die originären Landesmittel. Aus dem Innenministerium besteht zusätzlich noch die Fördermöglichkeit des Städtebaus und der Dorferneuerung. Auch davon war in Ihrer Rede nichts zu hören.

Es hat sich in Ihrer Rede so angehört, als würden die Gemeinden im Regen stehen gelassen. Es ist de facto nicht so. Eine Gemeinde kann bei einem Bauprojekt von bis zu 80 % Fördersumme sprechen. Auch das haben Sie nicht erwähnt. Es wird ein falsches Bild gezeichnet. Wir lassen die Gemeinden nicht im Regen stehen und fördern mit diesen genannten Instrumenten den Straßenausbau erheblich.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Hans-Josef Bracht:**

Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Reichert von der Fraktion der CDU.

**Abg. Christof Reichert, CDU:**

Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ein funktionierendes, leistungsfähiges Straßennetz ist Grundvoraussetzung für die Entwicklung der rheinland-pfälzischen Wirtschaft und der hohen Qualität in unseren Städten und Gemeinden. Als Flächenland ist Rheinland-Pfalz auf eine gute Mobilität durch Straßen als Lebensadern für die Menschen in den ländlichen Regionen und auch in den Städten angewiesen.

Gute Straßen sind Grundvoraussetzung für die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit und die Schaffung von Wirtschaftspotenzialen. Hier teilen wir gerne die Auffassung der Landesregierung in der Beantwortung der Großen Anfrage.

Auch im Sinne der Generationengerechtigkeit ist der Erhalt des Straßennetzes zu sichern und Substanzverlust zu vermeiden.

(Beifall der CDU)

Die Realität in Rheinland-Pfalz sieht leider anders aus. Schon oft wurde hier im Landtag über den Investitionsbedarf und -stau bei den Landesstraßen gesprochen. Aber nicht nur bei den Landesstraßen sieht es schlecht aus, auch bei den kommunalen Straßen ist die Situation eklatant. Um das festzustellen, hätte es keiner Großen Anfrage bedurft. Jeder von uns, der auch kommunalpolitisch tätig ist, kennt die Situation vor Ort, in den Kreisen, Städten und Gemeinden.

Schauen wir uns im Detail die Kreisstraßen an. Von den rund 7.400 Kilometer Kreisstraßen im Land sind nur 4 % in einem annähernd idealen Zustand, rund 35 % der Kreisstraßen haben hingegen die schlechteste Zustandsbewertung. Das bedeutet, für rund 2.400 Kilometer besteht akuter Handlungsbedarf. Diese Straßen müssen dringend saniert werden, um die Mobilität sicherzustellen.

(Beifall der CDU)

Weitere 19 % werden mit einem Warnwert versehen, das heißt, hier besteht spätestens mittelfristig Handlungsbedarf.

Zusammengefasst bedeutet dies, dass 54 % oder rund 4.000 Kilometer der Kreisstraßen in Rheinland-Pfalz in einem Zeitfenster von bis zu zehn Jahren saniert werden müssen.

An dieser Stelle komme ich zu einem Punkt, an dem ich der Einschätzung der Landesregierung deutlich widersprechen muss. Die Landesregierung gewährt der kommunalen Ebene im Rahmen verschiedener Förderprogramme Zuwendungen. Das ist richtig und wichtig. Keinesfalls ist aber durch diese Zuwendungen sichergestellt, dass die Städte und Gemeinden nicht überfordert werden und die Bürgerinnen und Bürger, egal ob in der Stadt oder auf dem

Land, gleichermaßen auf eine gute Infrastruktur zurückgreifen können.

(Beifall der CDU)

Das Gegenteil ist der Fall. Das Landesgeld im System reicht noch nicht einmal aus, um die dringendsten Maßnahmen anzugehen. Gerne mache ich das am Beispiel meines Heimatlandkreises, der Südwestpfalz, fest. Wir haben rund 260 km Kreisstraßennetz. Die Zuwendungen des Landes, auf die wir für die Sanierung der Kreisstraßen aufgrund der Haushaltslage angewiesen sind, ermöglichen es unserem Kreis, jährlich lediglich zwischen zwei und vier Kilometern Kreisstraßen zu sanieren.

35 %, das heißt rund 90 Kilometer, sind so schlecht bewertet, dass allerdings akuter Handlungsbedarf besteht. Mit den derzeitigen Mitteln brauchen wir mehr als 20 Jahre, um die dringendsten Sanierungen abzuarbeiten, oder, anders ausgedrückt, die Straßen müssten eine Lebensdauer von 100 Jahren haben, damit das derzeitige Finanzierungssystem funktioniert.

(Beifall der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dass das nicht funktionieren kann, sollte jedem klar sein – ein Beispiel, das auf viele andere Landkreise übertragen werden kann.

Die Gemeinden und Städte haben die gleiche Situation. Aufgrund der desolaten Finanzlage der Kommunen in Rheinland-Pfalz sind vielerorts die Gemeinden gar nicht in der Lage, ihre bei Ausbauten von Gemeindestraßen erforderlichen Eigenanteile aufzubringen. Gern würde man vor Ort dem Sanierungsstau begegnen, Ausbauprogramme auflegen und loslegen. Aber den vielerorts unter der Zwangsverwaltung der Kommunalaufsicht stehenden Kommunen ist es oft untersagt, erforderliche Investitionen anzugehen, weil die Finanzierung des Eigenanteils nur über Kreditaufnahmen möglich wäre.

(Beifall der CDU)

Wenn überhaupt, reicht es bei vielen Kommunen nur für das absolut Nötigste. Das hat zur Folge, dass auch in den Kommunen der Sanierungsstau immer größer wird.

(Vizepräsidentin Astrid Schmitt übernimmt den Vorsitz)

Vor dem Hintergrund dieser Fakten seitens der Landesregierung festzustellen, dass aufgrund der Landeszuweisungen die Modernisierung und Instandhaltung des Straßennetzes der Kommunen sichergestellt sei, ist schlichtweg eine Falschaussage.

(Beifall der CDU)

In den Ohren der Menschen vor Ort, die ihren täglichen Weg zur Arbeit über Schlaglochpisten absolvieren, muss eine solche Aussage wie Hohn klingen. Um diesem Missstand entgegenzuwirken, brauchen wir endlich mehr Geld im System, sei es durch spürbar höhere allgemeine Zuweisungen oder durch mehr investitionsgebundene Zweckzuweisungen speziell im kommunalen Straßenbau.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Schluss noch ein paar Sätze zum Finanzierungssystem der Ausbaubeiträge. Für die CDU wäre der Verzicht auf Straßenausbaubeiträge das absolut falsche Signal. Das Land wird nicht in der Lage sein, die dadurch fehlenden Einnahmen zu kompensieren. Es wäre auch falsch, bei dieser Frage in die kommunale Selbstverwaltungshoheit der Städte und Gemeinden einzugreifen.

Rheinland-Pfalz hat mit dem Kommunalabgabengesetz 1986 eine Vorreiterrolle eingenommen; denn dieses Gesetz eröffnet den Kommunen Alternativen in der Gestaltung der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, und das ist gut so.

(Beifall der CDU)

Die Kommunen vor Ort sollen auch weiterhin im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern die für sie beste Lösung suchen und finden können. Insbesondere das System der wiederkehrenden Beiträge genießt bei den Kommunen und Bürgern eine hohe Akzeptanz. Das zeigen auch die geringen Zahlen der Klageverfahren, die man im Verhältnis zu den jährlich Millionen Beitragsbescheiden sehen muss und die nicht ins Gewicht fallen.

Allerdings – darin muss man auch offen sein – bereitet die aktuelle Rechtsprechung zu den wiederkehrenden Beiträgen den Kommunen Sorge. Hier müssen wir gegebenenfalls die gesetzlichen Grundlagen klarer definieren, um für das bewährte System Rechtsklarheit zu schaffen.

Ob die Bestrebungen, im Zuge der Grundsteuerreform eine Bodensteuer nach der Grundstücksgröße einzuführen,

(Glocke der Präsidentin)

eine zusätzliche Alternative zur Finanzierung vor Ort sein kann, muss diskutiert werden.

Letztendlich – und das muss jedem klar sein – werden auch zukünftig

(Glocke der Präsidentin)

die Bürgerinnen und Bürger die Straßen finanzieren, egal nach welchem Weg. Die Forderung nach einer Abschaffung der Straßenausbaubeiträge ist hingegen reiner Populismus.

Vielen Dank.

(Beifall der CDU)

**Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Für die Landesregierung erteile ich Frau Staatssekretärin Schmitt das Wort.

**Daniela Schmitt, Staatssekretärin:**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bundesstraßen, Landesstraßen und kommunale Straßen ergänzen sich in Rheinland-Pfalz zu einem leistungsfähigen

gen Netz. In einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz ist die Straße der wichtigste Verkehrsträger.

Ohne leistungsfähige Straßen würde die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft gefährdet. Wenn es bei Firmenansiedlungen oder auch Expansionsfragen um die Standortentscheidung geht, wird von den Unternehmen unter anderem als Erstes nach den Verkehrsanbindungen gefragt und dort insbesondere nach dem nächsten Autobahnanschluss. Leistungsfähige Verkehrswege können daher helfen, Wachstumspotenziale und damit neue Arbeitsplätze zu generieren.

Die Menschen, die täglich zu ihren Arbeitsplätzen und Ausbildungsplätzen pendeln, sind auf einen funktionierenden ÖPNV und sichere Straßen angewiesen. Die Mobilität unserer Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen, ist der Landesregierung ein ganz wichtiges Anliegen.

Das rheinland-pfälzische Straßennetz liegt zu einem großen Teil in der Baulast der Kreise, Städte und Gemeinden. Für die kommunalen Gebietskörperschaften ergeben sich aus der Baulast hohe finanzielle Belastungen. Ebenso sind bei innerörtlichen Straßenbaumaßnahmen fast immer auch die Bürgerinnen und Bürger finanziell betroffen, und zwar immer dann, wenn Straßenausbaubeiträge erhoben werden.

Die Landesregierung unterstützt die kommunalen Ebenen im Rahmen verschiedener Förderprogramme mit erheblichen Zuwendungen. Zu nennen sind hier die Förderung des kommunalen Straßenbaus auf Grundlage des Landesverkehrsfinanzierungsgesetzes – dafür ist mein Haus zuständig – sowie der Investitionsstock und die Städtebauförderung, die beim Innenministerium angesiedelt sind.

Die Landeszuwendungen sollen sicherstellen, dass die Modernisierung und Instandhaltung die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Städte und Gemeinden nicht überfordert und die Bürgerinnen und Bürger, egal, ob in der Stadt oder auf dem Land, gleichermaßen auf eine gute Infrastruktur zugreifen können.

Auf einen Punkt möchte ich besonders eingehen, und zwar auf die Ergebnisse der messtechnischen Zustandserfassung für die Kreisstraßen aus dem Jahr 2016. Der LBM hat in seiner Funktion als Straßenbaubehörde im Jahr 2016 auf Bitten der 24 Landkreise eine Zustandserfassung und -bewertung für die Kreisstraßen in der Baulast der Kreise durchgeführt. Der Anteil der Straßen mit der Zustandsnote 4,5 bis 5, die sogenannten roten Strecken, beträgt demnach knapp 35 %.

Hier ist aber auf die folgende Besonderheit konkret hinzuweisen: Im Jahr 2015 wurde bei der Zustandserfassung und -bewertung eine neue Wertesynthese angewendet. Federführend für die anzuwendende Methodik ist die Bundesebene. Auf Grundlage aktueller Erkenntnisse sowie optimierter Erfassungstechniken und Weiterentwicklung der Bautechnik war eine Anpassung erforderlich. Letztendlich führte dies dazu, dass die Ergebnisse der aktuellen Zustandserfassung aus dem Jahr 2016 nicht mehr direkt vergleichbar sind mit den Ergebnissen aus den Jahren 2006 und 2011.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Ist das jetzt beruhigend?)

Der LBM hat nun, um die Ergebnisse aus den Jahren 2006, 2011 und 2016 miteinander vergleichen zu können, die Messdaten der 16er-Messung mit der alten Wertesynthese, also mit den alten Rechenverfahren, noch einmal durchgerechnet. Folgendes Ergebnis kommt dabei heraus:

Der Anteil der roten Strecken lag 2006 bei fast 40 %, 2011 bei 29,35 % und 2016 bei 27,63 %. Seit der ersten Zustandserfassung im Jahr 2006 bis in das Jahr 2016 hat sich der Anteil der roten Kreisstraßen deutlich verringert.

(Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Den größten Sprung gab es zwischen 2006 und 2011, aber auch seit 2011 geht der Trend in die richtige Richtung: Die roten Abschnitte werden weniger.

Ich komme nun zu dem zweiten Thema der Großen Anfrage, den Straßenausbaubeiträgen. In der Einleitung der Großen Anfrage wird von der Fraktion der AfD behauptet, die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen durch die Kommunen führe zu einem großen Unmut unter den Betroffenen, und die Berechnung der Beiträge werde als ungerecht und wenig transparent empfunden.

Dass ein Grundstückseigentümer nicht hoch erfreut ist, einen Bescheid zu erhalten, der ihn zur Zahlung eines Beitrags verpflichtet, ist grundsätzlich verständlich; allerdings erhält der Beitragspflichtige eine Gegenleistung für seine Zahlung, nämlich die Erneuerung oder Verbesserung der Straße, durch die sein Grundstück erschlossen ist. Bei dem Straßenausbaubeitrag handelt es sich um eine Kommunalabgabe, deren Berechnung aufgrund des Kommunalabgabengesetzes und der jeweiligen Ausbaubeitragsatzungen der Kommune erfolgt.

Die Berechnungsgrundlage des von dem Grundstückseigentümer konkret zu zahlenden Beitrags ergibt sich aus dem Beitragsbescheid selbst. Aus diesem gehen die Höhe der Investitionsaufwendungen abzüglich des Gemeindeanteils, die gesamte Fläche der beitragspflichtigen Grundstücke, der Betrag pro Quadratmeter, die Fläche des beitragspflichtigen Grundstücks sowie der Beitragsmaßstab hervor. Aufgrund dieser Angaben kann der Beitragsschuldner genau nachvollziehen, wie der geltend gemachte Betrag berechnet wurde. Von Intransparenz kann hier keine Rede sein.

(Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Abschluss noch sagen, die Landesregierung unterstützt die Kommunen seit vielen Jahren bei ihren Investitionen in den Straßenbau mit maßgeschneiderten Förderprogrammen. Wir sind den Kommunen dabei ein verlässlicher Partner und werden das auch in Zukunft bleiben.

Vielen Dank.

(Beifall der FDP, der SPD und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht mehr vor.

(Abg. Jens Ahnemüller, AfD, meldet sich zu Wort)

– Gibt es noch Redezeit? – Nein, Sie haben keine Redezeit mehr, Herr Kollege Ahnemüller. Sie hatten Ihre Redezeit ausgeschöpft. Somit sind wir am Ende des Tagesordnungspunktes angekommen. Der Tagesordnungspunkt ist mit der Besprechung der Großen Anfrage der AfD-Fraktion „Kommunale Straßenbauinvestitionen und Straßenausbaubeiträge“ beendet.

Ich rufe nun **Punkt 27** der Tagesordnung auf:

**Unbefristete Fortführung der 70-Tage-Regelung bei Saisonarbeitskräften**

Antrag der Fraktion der CDU

– Drucksache 17/7044 –

Herr Kollege Zehfuß hat sich zu Wort gemeldet.

**Abg. Johannes Zehfuß, CDU:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Kollege Weber, diese Angelegenheit wurde lobenswerterweise am 9. August im Agrarausschuss auf Antrag der FDP schon einmal behandelt. Die Problematik für die Saisonarbeitsbranche macht es aber notwendig, sich mit der dringend erforderlichen Entfristung der 70-Tage-Regelung im Plenum zu beschäftigen, um damit ein starkes Signal an Teile der Bundesregierung zu senden, die das nicht so sehen.

Ja, es könnte alles so einfach sein: in allen Branchen nur ganzjährige sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse der Arbeitnehmer, paradisische Verhältnisse für alle Beteiligten. – Leider ist dem nicht so.

(Beifall der CDU)

Die 70-Tage-Regelung wurde als Kompensation zur Einführung des Mindestlohns veranlasst. Die damals vereinbarte Befristung war auch das Ergebnis der Bedenkenträger, dass es durch eine unbefristete Regelung zu einem Anwachsen von kurzfristigen Beschäftigungsverhältnissen kommen könnte. Die Statistiken der Bundesagentur für Arbeit sowie auch der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft Bahn-See zeigen keine Erhöhung; die Entwicklung ist sogar rückläufig.

Zum anderen wurde eine Befristung deshalb vereinbart, weil man der Meinung war, dass sich die gesteigerten Lohnkosten in der angesprochenen Übergangszeit im Produktpreis wiederfinden würden. – Leider war und ist dies eine irrige Meinung.

(Abg. Christine Schneider, CDU: Ja!)

Die soziale Sicherung der Saisonarbeitskräfte ist gewährleistet über eine private Krankenversicherung, die der Betrieb für seine Mitarbeiter abschließt, sowie mit dem Unfallschutz über die Berufsgenossenschaft. Gerade die landwirtschaftlichen Betriebe stehen im direkten Wettbewerb

mit südosteuropäischen oder nordafrikanischen Produzenten, die mit Mindestlöhnen von 4,48 Euro abwärts arbeiten. Gerade für die kleinen Familienbetriebe, also genau für diejenigen, die im politischen Geschäft immer wieder präferiert werden, wäre es eine riesige Entlastung, beispielsweise bei der Spargelernte oder bei der Außengastronomie nicht nach zwei Drittel der Zeit das Personal austauschen zu müssen.

(Beifall der CDU)

Eine riesige Entlastung heißt nicht, dass die Betriebe einen riesigen Gewinnprung machen, sondern es bedeutet, dass der Strukturwandel nicht weiter beschleunigt werden wird.

(Beifall der CDU)

Dörfer ohne praktizierende Landwirte und ohne Gaststätten sprechen eine klare Sprache.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Wenn sich sozialversicherungspflichtige Lohnkosten im Produktpreis widerspiegeln würden, wäre diese Diskussion nicht notwendig. Recht hat jeder, der das sagt. Leider sieht die Realität ganz anders aus.

Das Beispiel Frankreich zeigt, wie sich landwirtschaftliche Produktion sehr schnell in andere, lohnkostengünstigere Länder Südeuropas oder Nordafrikas verlagert. Über bei uns gängige Standards oder über nachhaltige Wassernutzung wollen wir gar nicht reden.

Ein zusätzlicher Aspekt für die Entfristung ist die relative Vorzüglichkeit der 70-Tage-Regelung für die Saisonarbeitskräfte selbst. Sie können sich in diesen 70 Tagen über das ganze Restjahr finanzieren. Für Saisonarbeitskräfte wird es zunehmend unattraktiver, bei verkürzter Arbeitszeit bereit zu sein, in der Landwirtschaft oder Gastronomie zu arbeiten.

Wenn es uns wirklich ernst ist, landwirtschaftliche und gastronomische Familienbetriebe zu unterstützen, müssen wir die 70-Tage-Regelung entfristen.

Jetzt wollte ich mit meinem Redebeitrag Herrn Dr. Wissing einmal loben. Aber er ist leider nicht da. Ich denke, Sie geben das weiter.

(Staatssekretärin Daniela Schmitt: Ich richte es aus!)

Lobenswerterweise verkünden Sie bei vielen Gelegenheiten Ihre Unterstützung zur Entfristung.

(Zuruf der Abg. Christine Schneider, CDU)

– Ich habe ihn gelobt. Beruhige Dich einmal.

Da rennen Sie bei uns offene Türen ein. Wir sind Ihnen dankbar dafür.

Wirkliche Unterstützung für die Betroffenen würden Sie aber erreichen, wenn Sie Ihren Koalitionspartner von der Notwendigkeit der Entfristung überzeugen würden.

(Beifall der CDU)

Dann müssten Sie nicht wie bei der 969. Sitzung des Bundesrates enthaltsam dabei sitzen, sondern Sie hätten kraftvoll die Hand heben können, um den Antrag des Landes Hessen zur Entfristung zuzustimmen.

(Beifall der CDU)

Die Saison 2018 zeigt, Witterungsverlauf und Erntemenge halten sich an keine Vorschriften. Spargel kann nicht geerntet werden. Die kühlen Abendstunden können nicht genutzt werden, im ersten Fall, weil es der Arbeitszeitregelung widerspricht, im letzten Fall, weil dadurch die erforderliche Nachtruhe nicht eingehalten werden kann. In der Praxis heißt das, dass ein Teil des Spargels nicht geerntet wird und im zweiten Fall, dass auch während der größten Mittagshitze gearbeitet werden muss mit allen daraus resultierenden Nachteilen für die Arbeitnehmer.

Auch für andere Branchen stellt das Arbeitszeitgesetz unüberwindbare Hürden in einer globalisierten Wirtschaft dar. Man denke nur an Telefonate nach Australien, Neuseeland oder Fernost.

Wir fordern deshalb die Landesregierung auf, gerade im Sinne der so gern präferierten familiengeführten Betriebe, sich mit einer Initiative im Bundesrat für die Entfristung der 70-Tage-Regelung einzusetzen, sich für eine dauerhafte Regelung starkzumachen, sich für die Flexibilisierung der Ruhezeiten und für eine Zwölf-Stunden-Arbeitsregelung bei Arbeitsspitzen mit entsprechendem Freizeitausgleich ohne vorherige Antragstellung einzusetzen.

Ich danke Ihnen schon jetzt im Namen der betroffenen Betriebe für Ihre Unterstützung. Setzen wir über die Parteilinien hinweg ein entsprechendes Signal.

Danke schön.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei der AfD)

#### **Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Steinbach das Wort.

#### **Abg. Nico Steinbach, SPD:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Wir beraten den Antrag der CDU-Fraktion zur 70-Tage-Regelung. Bei dieser Regelung handelt es sich um eine sogenannte kurzfristige Beschäftigung nach § 8 Abs. 1 Nummer 2 SGB IV, die Beschäftigung muss aufgrund ihrer Art, zum Beispiel saisonale Arbeit, oder bereits im Voraus vertraglich innerhalb eines Kalenderjahres auf zwei Monate oder 50 Tage begrenzt sein.

Vom 1. Januar 2015 bis einschließlich 31. Dezember 2018 liegt nach § 115 SGB IV die Höchstgrenze bei drei Monaten oder insgesamt 70 Arbeitstagen. Damit wollte der Gesetzgeber die Auswirkungen durch das Inkrafttreten des Mindestlohngesetzes in Deutschland vor allem auf die Landwirtschaft und ihre Saisonarbeitskräfte abbildern. Man muss wissen, diese Beschäftigung wird pauschal mit

25 % Pauschalsteuer oder alternativ über die Lohnsteuerkarte steuerlich abgerechnet. Es liegt eine Sozialversicherungsfreiheit vor.

Die Argumentation dieser Sonderregelung insbesondere für die Landwirtschaft liegt unserer Auffassung weiterhin vor. Wir sehen deswegen weiterhin eine Begründung, diese Regelung zu verlängern. Die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Landwirtschaft auf einem sehr durchlässigen europäischen Lebensmittelmarkt, insbesondere aber im arbeitsintensiven Bereich, im Gemüse-, Obst- und Weinbau, kann eine Verlängerung rechtfertigen.

Die Abwägung mit dem Bedarf einer sozialen Absicherung der Arbeitskräfte in der Saisonarbeit – es sind oft oder meist osteuropäische Mitarbeiter – darf allerdings nicht aus dem Blick gelassen werden, insbesondere in Bezug auf die gesetzliche Kranken- und Rentenversicherung.

Deswegen ist eine generelle unbefristete Regelung nicht erstrebenswert. Wir setzen uns als SPD-Fraktion deswegen gegenüber der Bundesregierung für eine zeitlich befristete Verlängerung der 70-Tage-Regelung ein und wünschen uns von Bundesarbeitsminister Heil eine entsprechende Entscheidung. Unsere Landesregierung bitten wir ebenfalls, diesen Weg zu unterstützen.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und FDP)

Ich betone aber ausdrücklich, dass die Zuständigkeit bei der Bundesregierung liegt. Eine Bundesratsinitiative, wie sie bereits erwähnt wurde, für eine komplette Entfristung kann aus den genannten Gründen nicht unterstützt werden. Der Antrag der CDU muss heute unsererseits abgelehnt werden, nicht zuletzt auch deswegen, weil ein nahezu identischer Antrag bereits im Bundesrat keine Mehrheit gefunden hat.

Vielen Dank.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Für die AfD-Fraktion hat Herr Dr. Böhme das Wort.

#### **Abg. Dr. Timo Böhme, AfD:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Abgeordnete und Regierungsmitglieder! Kohle, Stahl und Landwirtschaft, das ist der Gründungsmythos der EU. Es war ein Versprechen auf Frieden und Wohlstand in einer modernen, aufstrebenden und prosperierenden Gesellschaft. Natürlich gehören dazu billige und massenhaft angebotene Nahrungsmittel; denn es sollte etwas Geld beim Bürger übrig bleiben für das eigene Auto, den Urlaub und vielleicht das eigene Heim. Die Wirtschaft brauchte politische Stabilität und motivierte Bürger.

Man hat es sich etwas kosten lassen. Riesige Budgets wurden als Subventionen für die Landwirtschaft ausgeschüttet. Eine Vielzahl von Sonderregeln subventionierte die Landwirtschaft indirekt und tut es teilweise noch heute.

Diese Art von Landwirtschaftspolitik machte die EU auch attraktiv für neue, agrarisch geprägte Mitgliedsländer. Die Lobbyisten dieser Politik waren bei den Regierungen und in Brüssel willkommen.

In Deutschland, aber auch in der EU hat sich diese Situation spätestens geändert, seit Bundeskanzler Kohl einer rot-grünen Regierung Platz machen musste und im Nachgang eine Bundeskanzlerin Merkel in 2013 fast in Tränen ausbrach, weil es nach der Wahl für Schwarz-Grün nicht reichte.

Die attraktiven grünen Wunschpartner für CDU und SPD aber und selbsternannten Weltenretter haben einen Nachteil. Sie mögen die konventionelle Landwirtschaft so gar nicht und möchten sie um jeden Preis ins ökologische Joch zwingen, auch um den Preis jahrzehntelanger Negativkampagnen gegen Gentechnik, Pflanzenschutz, Düngung, Tierhaltung und konventioneller Landwirtschaft allgemein.

Nunmehr ist die Landwirtschaft insgesamt in gesellschaftliche Ungnade gefallen. Die klassischen Lobbyisten von CDU und FDP, welche auch im Hinblick auf die Dürreschäden des Jahres 2018 reflexartig große Geldsummen forderten, standen sofort in der Kritik und mussten auch bei der eigenen Bundesministerin Klöckner lange anstehen, bis nun doch Gelder fließen.

Jetzt versucht es die CDU-Fraktion im Landtag Rheinland-Pfalz mit der Forderung zur Aufrechterhaltung der 70-Tage-Ausnahme bei den Sozialbeiträgen. Das ist legitim. Doch hat es Aussicht auf Erfolg? In der letzten Sitzung des Agrarausschusses erläuterte der Agrarminister Dr. Wising ausgiebig das Dilemma. Es ist nämlich vor allem die Bundespolitik, der Koalitionspartner der CDU in der Bundesregierung und die Sozialminister, welche sich einer Verlängerung dieser Regel in den Weg stellen. Das Argument ist, auch andere Branchen wie zum Beispiel das Hotel- und Gaststättengewerbe, könnten auf die gleiche Idee kommen und Ausnahmen fordern.

In Rheinland-Pfalz sitzt der FDP-Agrarminister im rot-grünen Käfig seiner Koalition und kann zwar mit den Flügeln schlagen, eine Unterstützung für eine unbefristete Fortführung der Regel erreicht er mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit nicht. Wir haben es gerade gehört.

Wenn wir Glück haben, läuft es auf eine befristete Verlängerung der Regel hinaus. Sie wird aber wahrscheinlich binnen zwei Jahren verschwinden.

Wie steht nun die AfD-Fraktion dazu? Wir beobachten die Entwicklung mit Sorge. Die Kehrtwende in der Agrarpolitik wird immer radikaler und nimmt auch im Hinblick auf die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik an Fahrt auf. Wir hatten die Debatte bereits am Mittwoch.

Die landwirtschaftlichen Betriebe geraten dabei in eine Zwickmühle. Die längst in billige Nahrungsmittel eingepreisten Subventionen nützen den deutschen Verbrauchern mehr als den Landwirten. Aber gerade die deutschen Verbraucher sind zum Teil einer ökologischen und klimapolitischen Treibjagd geworden, mal als gehetztes Wild, mal als Jäger selbst oder beides.

Unter diesen politischen Rahmenbedingungen sieht es für die Zukunft einer bäuerlichen Landwirtschaft in unserem Land nicht gut aus. Das betrifft übrigens auch den Ökolandbau. Es steht zu befürchten, dass die Produktion arbeitsintensiver Feldfrüchte ins Ausland abwandert und der Strukturwandel massiv angeheizt wird. Eine Rückkehr zur herkömmlichen Landwirtschaftspolitik ist ebenso ausgeschlossen. Das wird die traumatisierte Politik und Bevölkerung nicht zulassen.

Wir unterstützen daher zwar den Antrag der CDU auch im Hinblick auf die Flexibilisierung der Ruhezeiten und die geforderte 12-Stunden-Arbeitsregelung, allerdings mit begrenzter Hoffnung auf Erfolg. Wir fordern aber die Politik in Bund und Land auf, Gespräche mit dem Lebensmittel Einzelhandel aufzunehmen und auch in Richtung der Verbraucher zu kommunizieren, dass wir höhere Erzeugerpreise für unsere Landwirte brauchen. Nur dann sind Mindestlohn, Soziallasten und natürlich auch Umwelt- und Klimaaufgaben überhaupt finanzierbar.

(Beifall der AfD)

Debatten wie diese könnte man sich dann schlicht ersparen.

Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall der AfD)

#### **Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Für die FDP-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Weber.

#### **Abg. Marco Weber, FDP:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Dr. Böhme, in Kenntnis Ihres politischen Lebenslaufes, der nicht nur eine Partei umfasst, kann man nachvollziehen, wie Sie Ihre Rede heute hier gehalten haben.

(Abg. Dr. Timo Böhme, AfD: Welche Partei habe ich noch besucht?)

Damit ist das Problem nicht gelöst. Ich glaube, die Agrarpolitiker im Landtag, aber auch viele andere haben ein gewisses Bewusstsein gebildet, den Landwirten zu helfen und damit einen Weg zu eröffnen.

(Abg. Dr. Timo Böhme, AfD: Sie wissen mehr als ich!)

Aber das, was Sie an AfD-Gelaber abgelassen haben, kann man sich nicht mehr anhören.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –

Zuruf des Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD)

Damit ist das Problem nicht gelöst. Das, was Sie hier erzählt haben, ist ein Hohn für die Landwirte, Winzer, Obst- und Gemüsebauern.

(Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Peinliches Auftreten von Ihnen!)

Meine Damen und Herren, Herr Kollege Zehfuß und Herr Kollege Steinbach haben die Problematik intensiv dargestellt. Es ist aus allen Redebeiträgen ersichtlich, dass alle Parteien – bis auf die AfD – verstanden haben, worum es geht. Wir vonseiten der FDP unterstützen jegliche Initiative innerhalb der Ampelkoalition und der Oppositionspartei der CDU, auf Bundesebene Einfluss zu nehmen, um die Lösung, wie sie war, die 70-Tage-Regelung, beizubehalten. Das ist der Appell, den ich heute noch einmal bekräftigen möchte. Lassen Sie uns Anteil nehmen bzw. alle Möglichkeiten nutzen, um auf Bundesebene beim Arbeitsminister aktiv zu werden. Dieser ist Anfang der Woche in Trier gewesen. Ich hoffe, dass der Trierer Abgeordnete den Hinweis mitgegeben hat.

Ich freue mich, dass die CDU den Antrag aus dem Landwirtschaftsausschuss, den die FDP eingebracht hat, der Bundesagrarministerin weitergegeben hat. Lassen Sie uns die Ministerien, den Minister und die Staatssekretäre ermutigen, für die 70-Tage-Regelung zu werben und uns nicht Vorhaltungen zu machen, ob sich im Bundesrat enthalten wurde oder nicht.

Ich glaube, wir werden für die Landwirte und Obstbauern – so ist jedenfalls meine Rückmeldung von der bundespolitischen Ebene – wieder einen Zustand bekommen, der für alle das Problem löst.

Vielen Dank.

(Beifall bei FDP und SPD)

**Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Zu einer Kurzintervention erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Dr. Böhme. – Bitte schön.

**Abg. Dr. Timo Böhme, AfD:**

Sehr geehrter Kollege Weber! Es ist immer so schön, mit dem Finger auf die anderen zu zeigen: Die AfD ist schuld, wir sind die Bösen. –

(Zuruf aus dem Hause: Das hat keiner gesagt!)

Aber worauf ich hinweisen wollte ist, dass Sie eigentlich Bettler sind. Sie sind in einer Situation, in der Sie betteln können, aber Sie können nichts bewegen, weil Sie eingesperrt sind.

(Abg. Marco Weber, FDP: Ach ja!)

Es ist auch Teil Ihrer eigenen Politik, dass es so weit gekommen ist; denn erinnern Sie sich einmal bitte an den Herrn Andreas Möller. Wir haben ihn letzte Woche getroffen bei den Zuckerrübenanbauern, „Zwischen Bullerbü und Tierfabrik“. Was hat er Ihnen gesagt? Er hat Ihnen eigentlich mit schönen Worten gesagt, dass die Politik, die Sie betreiben als Lobbyisten, als Verbände, anachronistisch ist. Sie sind in der Neuzeit nicht angekommen.

(Abg. Cornelia Willius-Senzer, FDP: Aber Sie! –

Abg. Monika Becker, FDP: Das müssen ausgerechnet Sie sagen!)

Gegen diese Kampagneros, die hier wirklich jung, motiviert, Profis sind, auch in der Nutzung moderner Medien, die über die Gesellschaft und nicht über die Hinterzimmer bei den Staatssekretären und Ministern ihre Politik machen, haben Sie keine Chance mehr.

Und das hätten Sie eigentlich begreifen müssen spätestens seit Seehofer, der nämlich ein glühender Verfechter der Gentechnik war, und dann, als er gemerkt hat, wie eigentlich schon die Gesellschaft

(Zuruf der Staatsministerin Ulrike Höfken)

positioniert wurde durch diese Kampagneros, sofort eine Kehrtwende machte.

(Staatsministerin Ulrike Höfken: Vielleicht hören Sie ein bisschen mehr aufs Volk!)

So steuert man heute Politik. So macht man Politik außerhalb der Parlamente. Und da sind Sie, CDU, FDP, nicht mehr am Puls der Zeit. Deswegen haben Sie auch nur noch begrenzt Erfolge. Vielleicht denken Sie darüber einmal nach.

Danke schön.

(Beifall der AfD –  
Zurufe aus dem Hause)

**Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Weber das Wort zur Erwiderung.

**Abg. Marco Weber, FDP:**

Ich glaube, wir müssen die AfD-Fraktion vielleicht einmal eine Schulung oder ein Praktikum oder ein Freiwilliges Soziales Jahr in den Grünen Berufen absolvieren lassen.

(Beifall des Abg. Arnold Schmitt, CDU)

Herr Dr. Böhme, von Landwirtschaft, von Landwirtschaftspolitik und von den Problemen, die die Landwirte betreffen, haben Sie absolut keine Ahnung.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –

Abg. Dr. Timo Böhme, AfD: Das kann jeder behaupten! –

Weiterer Zuruf des Abg. Dr. Timo Böhme, AfD)

**Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Frau Kollegin Blatzheim-Roegler.

**Abg. Jutta Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-**

**NEN:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Die CDU hat einen Antrag gestellt, der sich mit der unbefristeten Fortführung der 70-Tage-Regelung bei Saisonarbeitskräften beschäftigt.

Ich finde, wir können wirklich einigermaßen stolz auf unser solidarisches Sozialversicherungssystem sein. Der CDU ist das aber offensichtlich egal, oder zumindest sieht sie die Errungenschaften des Sozialstaats als zweitrangig an. Ich zitiere aus Ihrem Antrag: „Die verlängerten Zeitgrenzen wurden eingeführt, um die Auswirkungen des Mindestlohns für Arbeitgeber (...) erträglicher zu machen.“

Das drückt sich jetzt leider auch genau in Ihrer Haltung aus. Sie scheinen zu meinen, dass die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land den Mindestlohn „ertragen“ müssen.

(Unruhe im Hause)

Aber im Gegenteil, meine Damen und Herren, der Mindestlohn ist eine der großen sozialen Errungenschaften der letzten Jahre, den auch wir unterstützt haben; denn er schützt Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Und es ist ja keineswegs so, dass wir beim Mindestlohn oder bei der Lohnentwicklung insgesamt in Europa an der Spitze der Bewegung stehen würden.

Sie sagen in Ihrem Antrag, dass diese 70-Tage-Regelung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer den Vorteil hätte, dass Brutto gleich Netto ist. – Stimmt. Aber, sehr geehrte Damen und Herren der CDU, auf lange Sicht gesehen ist das eben nicht nachhaltig, im Gegenteil. Das ist ein großer Nachteil für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer; denn sie zahlen weder in die Sozial- noch in die Rentenkassen noch in andere Versicherungen ein. Das mag zwar kurzfristig attraktiv sein, langfristig ist es dies nicht.

Und wer zahlt dann dafür, dass durch diese Jobs keine ausreichenden Rentenanwartschaften erworben werden können? – Der oder die Steuerzahler oder Steuerzahlerin. Und wer regt sich dann über steigende Sozialausgaben auf? – Die CDU.

(Zuruf aus dem Hause: Die Grünen!)

Dabei ermöglichen Sie mit diesem Teufelskreis doch solche Maßnahmen oder solche Gegebenheiten. Seien wir einmal ehrlich: Mit der 50-Tage-Regelung konnten wir auch gut leben.

(Zuruf aus dem Hause: Was?)

Es gibt einen wichtigen Grund, warum wir diesem Antrag heute keinesfalls zustimmen können. Sie, sehr geehrte CDU, führen auf Bundesebene die Regierung, aber dort können Sie sich offensichtlich in diesem Punkt nicht durchsetzen. Und jetzt soll diese Landesregierung Ihre Probleme lösen? Dem können und wollen wir nicht folgen, und wir lehnen hiermit Ihren Antrag ab.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und vereinzelt bei der FDP)

**Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Der Kollege Zehfuß hat die Gelegenheit zu einer Kurzintervention.

**Abg. Johannes Zehfuß, CDU:**

Verehrte Kollegin, die soziale Sicherung der Saisonarbeitskräfte ist zum Teil besser als die der Regelarbeitskräfte. Die gehen als Privatpatienten zum Arzt; das nur mal „by the way“.

(Beifall bei der CDU)

Die Auswirkungen auf die Sozialkassen sind in Deutschland nicht gegeben, weil sie nur maximal drei Monate in Deutschland arbeiten.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir Rentenansprüche bezahlen würden, würden sich die Menschen bei einem Verdienst von 3.000 Euro eine Rentenanwartschaft von 2,48 Euro erwerben, die sie nie in Anspruch nehmen können, weil sie nicht lange genug in Deutschland arbeiten. Sie verwechseln also wirklich manche Dinge. Das möchte ich doch klargestellt haben.

(Beifall der CDU)

Das ist kein Angriff auf die Solidargemeinschaft.

Sie haben die Auswirkungen auf die Arbeitnehmer angesprochen. Wenn ich Ihren Ausführungen aus der Vergangenheit folge, reden Sie auch der bäuerlichen Landwirtschaft das Wort. Sie haben versucht, eine Folgenabschätzung zu machen, die ich jetzt nicht bewerten möchte – ich halte sie nicht für richtig. Aber wenn Sie die Entwicklung der Anzahl der Betriebe in den letzten Jahrzehnten und den Strukturwandel sehen, der nichts anderes als das Schließen der Hoftore ist, und den vermeiden oder verlängern wollen, dann dürfen Sie nicht so argumentieren, wie Sie das getan haben.

(Beifall bei der CDU)

Das fördert nämlich den Strukturwandel enorm.

Glauben Sie mir, ich bekomme diese Problematik sehr nahe mit. Für viele Landwirte ist es ein zusätzlicher Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt, und die dann sagen: Wisst Ihr was, macht Euren Bettel alleine!

(Beifall der CDU)

Das ist der Grund, warum wir hier so vehement um Unterstützung bitten. „Bitten“, wir stehen hier als Bittsteller. Ich weiß, dass der FDP-Antrag vorhin schon behandelt worden ist. Warum machen wir das ein zweites Mal? – Weil uns das so wichtig ist.

(Beifall der CDU –  
Zuruf von der CDU: So ist es!)

Das ist keine Maßnahme der Selbstdarstellung, sondern das ist ein Kampf ums Überleben. Wenn Sie das jetzt als bäuerliches Lamento abtun, schauen Sie in die Statistik,



wie viele Betriebe über die Wupper gehen. Wenn Sie sich die betriebswirtschaftlichen Abschlüsse ansehen, können Sie sehen, wohin die Kosten laufen und wo die Erträge fehlen – ich darf Ihnen das im Kurztzext sagen: Die Kosten laufen in Richtung Löhne.

(Glocke der Präsidentin)

– Ich komme gleich zum Schluss.

Ich will den Mindestlohn in keiner Weise infrage stellen. Die Kosten laufen in Richtung Löhne, die wir auf der anderen, auf der Einkommenseite nicht realisieren können. Das ist unser Problem.

(Beifall der CDU –  
Abg. Martin Brandl, CDU: Sehr gut,  
Johannes, hervorragend!)

**Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Frau Abgeordnete Blatzheim-Roegler nutzt die Gelegenheit zur Erwiderung. – Bitte schön.

**Abg. Jutta Blatzheim-Roegler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Vielen Dank, Herr Zehfuß, noch einmal für Ihre Einlassung. Sie können sich absolut sicher sein, dass wir als Grüne natürlich hinter der bäuerlichen Landwirtschaft stehen.

(Abg. Arnold Schmitt, CDU: Da sind wir nicht sicher!)

Wir teilen aber nicht die Einschätzung, dass durch eine Entfristung der 70-Tage-Regelung tatsächlich sozusagen die Rettung naht.

(Abg. Arnold Schmitt, CDU: Das hat mit Befristung nichts zu tun! – Unruhe bei der CDU)

Ich glaube, da muss man an anderen Stellen, an anderen Schrauben drehen. Sie wissen, dass wir beispielsweise bei dem Thema der Erzeugerpreise oder regionalen Vermarktung oder ähnlichen Aspekten durchaus der Meinung sind,

(Abg. Christine Schneider, CDU: Hätte sie geschwiegen, wäre sie ein Philosoph geworden!)

dass das, was Sie als Bäuerinnen und Bauern machen, gesellschaftlich – und auch finanziell – eine höhere Akzeptanz haben muss. Da sind wir alle beisammen. Aber zu einer Entfristung dieser 70 Tage, also einer unbefristeten Verlängerung dieser 70-Tage-Regelung, stehen wir anders.

(Abg. Martin Brandl, CDU: Kein Applaus!  
Fürs Protokoll: Kein Applaus!)

**Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Für die Landesregierung erteile ich Frau Staatssekretärin Schmitt das Wort.

**Daniela Schmitt, Staatssekretärin:**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Antrag der CDU zur unbefristeten Fortführung der 70-Tage-Regelung bei Saisonarbeitskräften entspricht weitgehend einem Entschließungsantrag des Landes Hessen für die 969. Bundesratssitzung am 6. Juli 2018. Dieser Entschließungsantrag hat keine Mehrheit gefunden und wurde somit nicht gefasst. Insofern stellt sich die Frage, ob eine weitere, ähnliche Initiative des Landes Rheinland-Pfalz im Bundesrat Aussicht auf Erfolg hätte.

(Abg. Gerd Schreiner, CDU: Sie hätten ja zustimmen können!)

Meine Damen und Herren, mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe und die Sicherung der Ernte befürworte ich eine Fortführung der 70-Tage-Regelung für Saisonarbeitskräfte. Bereits auf der Amtschefkonferenz der Landwirtschaftsministerien im Januar 2018 haben wir einen Beschluss zur Entfristung der 70-Tage-Regelung unterstützt.

Die 70-Tage-Regelung für Saisonkräfte ist gerade in Rheinland-Pfalz von Bedeutung, weil unsere landwirtschaftlichen Betriebe einen hohen Anteil an Sonderkulturen haben und auf diese Arbeitskräfte angewiesen sind. Der Fortbestand vieler Obst-, Gemüse- und Weinbaubetriebe hängt ganz klar von den Erntearbeitern ab. Als für den Tourismus zuständige Staatssekretärin weiß ich, dass insbesondere in den ländlich geprägten Regionen unseres Landes der Tourismus großen saisonalen Schwankungen ausgesetzt ist.

(Beifall des Abg. Arnold Schmitt, CDU)

Darauf müssen die Unternehmen flexibel reagieren können, auch das Gaststätten- und Baugewerbe ist dringend auf Saisonarbeitskräfte angewiesen. Zudem werden unsere Anstrengungen zum Bürokratieabbau durch den Rückfall auf 50 Tage konterkariert.

(Beifall des Abg. Arnold Schmitt, CDU)

Meine Damen und Herren, das Bundesministerium für Landwirtschaft hat sich in den vergangenen Monaten zwar für eine Entfristung der 70-Tage-Regelung eingesetzt, aber bisher nicht durchgesetzt. Bundesarbeitsminister Heil sperrt sich gegen eine Fortsetzung der 70-Tage-Regelung und gegen eine weitere Sonderregelung für landwirtschaftliche Saisonarbeitskräfte. Das ist widersinnig, denn durch die Ausnahmeregelung ist es nicht zu einer Ausweitung kurzfristiger Beschäftigungsverhältnisse gekommen.

Wie Minister Wissing in der letzten Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft und Weinbau dargelegt hat, sind sich das Wirtschafts- und Landwirtschafts- und das Sozial- und Arbeitsressort in Rheinland-Pfalz ganz klar einig: Zumindest einer zweijährigen Verlängerung der 70-Tage-Regelung werden wir zustimmen.

Auf Bundesebene gibt es dagegen noch nicht einmal zur Frage einer zeitlich befristeten Verlängerung eine klare einheitliche Meinung, geschweige denn zu einer dauerhaften Entfristung. Solange sich die Bundesregierung nicht wenigstens auf eine zeitweise Verlängerung verständigt,

macht eine Initiative des Landes Rheinland-Pfalz zur dauerhaften Fortsetzung derzeit keinen Sinn.

Für den Wunsch nach einer Flexibilisierung der Ruhezeiten und einer 12-Stunden-Arbeitsregelung mit entsprechendem Freizeitausgleich habe ich durchaus Verständnis. Enttarbeiten sind witterungsabhängig, und bei der Hitze der vergangenen Wochen war es kaum zumutbar, die Arbeitskräfte unter Mittag auf die Felder hinauszuschicken. Hierzu lässt das Arbeitszeitgesetz den Tarifvertragsparteien bereits heute weitreichende Möglichkeiten, die dazu genutzt werden, um Arbeitszeiten flexibel anzupassen.

Die tariflichen Arbeitszeitregelungen zeigen ein hohes Maß an Flexibilität durch Arbeitszeitkonten sowie spezifisch festgelegte Arbeitszeitkorridore, mit denen die Wochenarbeitszeit ebenso verkürzt wie verlängert werden kann. Darüber hinaus können auch Sonderregelungen im Arbeitszeitgesetz genutzt werden, die weitere Ausnahmen durch eine Genehmigung bei den zuständigen Arbeitsschutzbehörden zulassen.

Vielen Dank.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Weitere Wortmeldungen kann ich nicht erkennen. Wird Ausschussüberweisung beantragt? – Das ist nicht der Fall, damit stimmen wir direkt über den Antrag ab.

Wer dem Antrag der Fraktion der CDU – Drucksache 17/7044 – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Danke schön. Gegenstimmen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU und der AfD abgelehnt.

(Zurufe von der AfD: Oh! Oh!)

Wir kommen zu **Punkt 28** der Tagesordnung:

#### **Mehr Unterrichtsqualität und soziale Kompetenz – Landesweites Handy-Verbot an Grundschulen**

Antrag der Fraktion der AfD  
– Drucksache 17/7036 –

(Unruhe im Hause)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Kollege Dr. Weiland, widmen Sie dem nächsten Tagesordnungspunkt bitte Ihre Aufmerksamkeit. Das wäre schön.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU:  
Selbstverständlich! Ungeteilt! –  
Unruhe im Hause)

Es geht um den Antrag der Fraktion der AfD. Ich darf es noch einmal wiederholen und bitte um mehr Aufmerksamkeit.

Die Fraktionen haben eine Grundredezeit von 5 Minuten vereinbart. Wer meldet sich für die AfD-Fraktion? – Herr Kollege Paul, bitte schön.

#### **Abg. Joachim Paul, AfD:**

Sehr verehrtes Präsidium, sehr verehrte Kollegen! In diesen Tagen wird groß über ein Handyverbot an Schulen diskutiert, nicht zuletzt deshalb, weil Frankreich das Verbot für Vorschulen, Grundschulen und die Sekundarstufe I durch eine Ausweitung auf den Pausenhof verschärft hat und Bayern eine Lockerung vornehmen möchte. Allerdings hält Bayern an dem Handyverbot an den Grundschulen ausdrücklich fest.

(Zuruf des Abg. Dr. Bernhard Braun,  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Nutzung von Handys an Schulen ist in Rheinland-Pfalz nicht generell verboten, im Schulgesetz gibt es dazu keine Regelung. Jede Schule kann frei entscheiden, wie sie damit umgeht.

Warum sehen wir Handlungsbedarf? – Weil diese Regelung praxisfern ist. Die Nutzung von Handys, die schlichtweg Aufmerksamkeitsvampire sind – so die F.A.Z. sehr treffend –, nimmt rasant zu und erreicht inflationäre Ausmaße. So hat sich die Zahl der Handybesitzer unter den Grundschulkindern zuletzt innerhalb von nur drei Jahren von 7 auf 18 % mehr als verdoppelt. Den Schulen fehlt die Rückendeckung durch eine landesweite Regelung.

Um Konflikten mit Schülern und Eltern aus dem Weg zu gehen, scheuen viele Schulen eine strengere Handhabung. Konfliktscheue der Lehrer und Schulleitungen ist sowieso ein grundsätzliches Problem. Es ist nicht effizient und auch nicht sinnvoll, wenn jede Schule für sich einen aufwendigen Kampf mit hitzigen Diskussionen und Widerständen führen muss.

Was wollen wir? – Wir wollen eine Regelung wie in Bayern, das ein Handyverbot im Schulgesetz festgeschrieben hat, zunächst auf die Grundschulen beschränkt, nach einer einjährigen Pilotphase gegebenenfalls eine Ausdehnung bis auf die 7. Klasse.

(Zuruf des Abg. Marco Weber, FDP)

Das Handyverbot gilt für das gesamte Schulgelände, für den Unterricht und den Pausenhof. Das berechtigte Interesse der Eltern, ihre Kinder auf dem Schulweg erreichen zu können, bleibt von diesem Handyverbot selbstverständlich unberührt. Außerdem ist die Handynutzung zu Unterrichtszwecken weiterhin erlaubt.

Was streben wir damit an? Was ist unser Ziel? – Erstens eine Erhöhung der Unterrichtsqualität. Eine Studie der London School of Economics belegt dies. Um 6,4 % seien die Leistungen gestiegen. Dieser Lernzuwachs hätte sonst fünf zusätzliche Schultage erforderlich gemacht. Interessant: Verbessert hätten sich vor allem die Leistungen der leistungsschwächeren Schüler.

(Abg. Marco Weber, FDP: Das ist falsch!)

Es zeigt sich nicht nur in dieser Untersuchung, dass der Nachwuchs aus gebildeten Haushalten eher in der Lage ist, sinnvoll mit einem Smartphone umzugehen als Schüler aus bildungsfernen Schichten. Das muss man sich vor Augen halten.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Das ist immer ein guter Einwand!)

Die F.A.Z. brachte es am 19. August 2018 auf den Punkt. Ich zitiere: Das Phänomen des übermäßigen Handygebrauchs führt sogar zu einer sozialen Spaltung. –

Zweitens eine Stärkung der sozialen Kompetenz. Wenn ein Handyverbot für das gesamte Schulgelände gilt, stärkt man auf dem Pausenhof die soziale Kompetenz der Kinder und mindert das Mobbingrisiko. Der Vereinzelung wird entgegengewirkt, weil Gespräche, Spiele und ganz allgemein der Austausch in der Gruppe mehr an Raum gewinnen.

Das steigert die soziale Kompetenz und die Kommunikationsfähigkeit der Kinder und fördert damit im hohen Maße auch die Klassengemeinschaft.

(Beifall der AfD)

Die in Wiesbaden lebende Diplompädagogin Uta Reimann-Höhn beschäftigt sich praktisch und wissenschaftlich mit den Themen „Kindererziehung“ und „Schule“. Sie arbeitet als Lerntherapeutin und ist Autorin zahlreicher Sachbücher und Unterrichtsmaterialien.

Sie schreibt – ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin –: „Je häufiger Kinder die Gelegenheit haben miteinander zu spielen, entweder angeleitet im Kindergarten oder im freien Spiel zu Hause, desto mehr entwickelt sich ihre Kommunikationsfähigkeit. Eine Vielfalt sozialer Fähigkeiten werden dabei erworben: Einfühlungsvermögen, Hilfsbereitschaft, das Ertragen von Enttäuschungen und das Verständnis für andere.“

Das gilt in ähnlicher Weise natürlich auch für Grundschul-kinder. Denken Sie an den Pausenhof. Nur durch reale Kontakte können sich soziale Fähigkeiten wirklich entwickeln. Dazu passt, dass gerade im sogenannten Silicon Valley, dort, wo die digitalen Medien entwickelt werden und omnipräsent sind, erste private Kindergärten und Grundschulen existieren, die ganz bewusst frei von Handys, Smartphones oder Tablets sind.

Wenn Sie hier in Mainz am Dom vorbei über den Leichhof gehen, kommen Sie an einer Kneipe vorbei – eine nette Kneipe, in der auch das Mainzer Fußballidol Jürgen Klopp gelegentlich einkehrte –, das L'Arcade. Dort hängt im Fenster Folgendes: No WiFi – redet miteinander.

(Abg. Marco Weber, FDP: Da hat der Fraktionsvorsitzende aber etwas anderes getwittert!)

Recht so. Das muss auch das Motto für unsere Grundschüler sein.

(Beifall der AfD)

Deswegen bitte ich Sie, diesem Antrag zuzustimmen und den Unterricht zu stärken, mehr Aufmerksamkeit für die vier Kernkompetenzen – ein großes Thema für die Grundschule.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD)

**Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Für die SPD-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Johannes Kломann.

(Abg. Johannes Kломann, SPD: Für die Koalition!)

– Ah ja, für die Koalition, danke schön.

**Abg. Johannes Kломann, SPD:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist unbestreitbar, dass Unterricht nur dann gelingt, wenn sich Schülerinnen und Schüler konzentrieren und nicht abgelenkt sind. Ich wage zu behaupten, seitdem es Schulen, Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler gibt, werden Schülerinnen und Schüler abgelenkt, und es gibt die Lehrkräfte, die dagegen vorgehen, sei es gegen das Schwätzen oder sich auf Zettelchen Nachrichten zukommen zu lassen, und heute sind das eben die Handys.

Wir sind der Auffassung, genau wie die Lehrkräfte, so wie es bislang keine Schulgesetzänderung brauchte, wenn Schülerinnen und Schüler geschwätzt oder gestört haben, so brauchen wir auch heute keine Schulgesetzänderung, die etwas versucht zu regeln, was längst Praxis ist. Dass die Grundschulen in der Lage sind, damit umzugehen, glauben wir nicht, sondern wir wissen es.

Ich habe die Leiterin einer Grundschule in meinem Wahlkreis gefragt, wie sie die Sache handhabt. Sie hat mir den Elternbrief zu dem Thema geschickt, der bereits seit 2011 an die Eltern geschickt wird. Ich zitiere aus diesem Brief: Liebe Eltern, grundsätzlich sind wir der Meinung, dass Handys in der Schule überflüssig sind; denn die Kinder können jederzeit vom Sekretariat aus zu Hause anrufen, Sie können Ihre Kinder im Notfall ebenfalls über das Sekretariat erreichen. Hinzu kommt, dass moderne Handys nicht ungefährlich sind, da sie das Fotografieren und den Zugang zum Internet ermöglichen. Wir verschließen uns aber auch nicht der Realität und wissen, dass es vor allem berufstätigen Eltern eine Beruhigung ist, wenn sie ihr Kind nach der Schule überall erreichen können.

(Zuruf des Abg. Michael Frisch, AfD)

Wir haben daher auf einer Gesamtkonferenz folgende Regelungen beschlossen, die auch mit dem Schulleiternbeirat abgesprochen wurden:

Erstens, auf dem Schulgelände bleibt das Handy ausgeschaltet im Ranzen.

Zweitens, sollte ein Handy klingeln, benutzt oder gezeigt werden, wird es in der Schulleitung deponiert und nur an die Eltern wieder abgegeben.

Drittens, für verlorene oder gestohlene Handys kann die Schule keine Verantwortung übernehmen. –

Schulen können durchaus Dinge selbst regeln. Es muss nicht alles im Schulgesetz geändert werden.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN)

Ich denke, es gibt noch einen anderen Indikator, der zeigt, dass die Lehrerinnen und Lehrer bereits jetzt für Disziplin in ihren Klassen sorgen. Wir erleben dies jedes Mal, wenn wir Plenum haben und uns mit Schulklassen unterhalten; denn die Schülerinnen und Schüler wundern sich, dass wir einfach so während der Plenarsitzung auf unser Handys starren, WhatsApp-Nachrichten schreiben, surfen, unsere Kalender aufrufen oder sonst etwas machen. Sie wundern sich, dass uns das erlaubt ist, während es den Schülerinnen und Schülern in der Klasse verboten ist.

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Weil wir nicht in der Schule sind, Herr Klomann!)

Theoretisch müsste man, um ein gutes Beispiel für die Schülerinnen und Schüler zu geben, eher die Geschäftsordnung des Landtags ändern und ein Handyverbot im Landtag fordern,

(Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Wir sind nicht in der Schule!)

aber natürlich wäre das falsch; denn ich bin mir zu 1000 % sicher, wenn es das gibt,

(Heiterkeit des Abg. Alexander Schweitzer,  
SPD)

dass alle Abgeordneten gelernt haben, verantwortungsvoll mit dem Handy und ihrem Laptop umzugehen.

(Beifall der SPD, der FDP, des BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der  
CDU)

Wir werden den Antrag ablehnen.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Für die CDU-Fraktion hat Frau Kollegin Demuth das Wort.

#### **Abg. Ellen Demuth, CDU:**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hätte nicht gedacht, dass ich als CDU-Abgeordnete einmal die progressivste Rede zu diesem Thema halte, aber ich freue mich. Ich habe mich im Vorhinein mit meiner Fraktion gefragt, ob ein Handyverbot an den Grundschulen im Zeitalter der Digitalisierung wirklich sinnvoll ist.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Gerade!)

– Wir können gern darüber diskutieren. Fakt ist, laut der aktuellen Kinder-Medien-Studie 2018, die am 3. August dieses Jahres, also brandneu, vorgestellt worden ist, besitzen 90 % aller Kinder zwischen 4 und 13 Jahren ein Smartphone. Über die Hälfte der Kinder hat schon einen Computer oder ein Tablet.

Damit steht also fest – das müssen wir in der Realität einmal zur Kenntnis nehmen –, die Smartphone-Benutzer werden immer jünger. Das Smartphone ist Alltagsgegenstand unserer Kinder geworden. Die Digitalisierung ist längst in unseren Kinderzimmern angekommen, ob uns das gefällt oder nicht.

(Beifall der CDU und vereinzelt bei SPD,  
FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt stellt sich die Frage, wie wir als Gesellschaft mit diesem neuen Alltagsbegleiter nicht nur von uns, sondern auch von den Kindern in deren Lebenswelten umgehen. In der Tat, die Smartphones können neben ihren vielen positiven Informations-, Kommunikations-, Forschungs- und Arbeitsmittelnutzungsmöglichkeiten ohne Frage für negative Zwecke verwendet werden: in der Schule zur Störung des Unterrichts, zur Ablenkung während des Unterrichts oder bis hin zum Mobbing auf dem Schulhof.

(Abg. Cornelia Willius-Senzer, FDP:  
Genau!)

Smartphones können für Kinder wie für uns Zeitfresser sein, das Verlangen erwecken, pausenlos in sozialen Netzwerken oder bei YouTube zu surfen und sich aufzuhalten und zum sorglosen Umgang mit persönlichen Daten verleiten.

Ohne Zweifel Schattenseiten des Smartphones, mit denen es umzugehen gilt. Die Frage, die wir heute diskutieren, ist, wie wir das schon in der Grundschule tun wollen. Ich muss ehrlich sagen, der vorliegende Antrag der AfD, ein pauschales Verbot von Smartphones in den Grundschulen einzuführen, ist meiner Meinung nach nicht die Lösung des Problems, sondern eher Ausdruck der Überforderung und Hilflosigkeit mit dem Problem;

(Beifall der CDU und bei SPD, FDP und  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Zuruf des Abg. Dr. Timo Böhme, AfD)

denn das Verbannen des Smartphones aus den Klassenzimmern löst den negativen Umgang und die Gefahren und Risiken, die diese Smartphones für Kinder darstellen, nicht, im Gegenteil, die Kinder – so sagte es Herr Klomann schon – erhalten lediglich das irritierende Gefühl, dass Smartphones etwas sind, dass ihre Lehrer für schlecht halten, obwohl sie außerhalb der Schule erleben, dass alle Erwachsenen in ihrem Umfeld, ihre Eltern und ihre Lehrer, ein Smartphone besitzen und dies auch ständig benutzen.

(Zuruf des Abg. Daniel Köbler, BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN)

Die Nutzung des Smartphones wird lediglich in den Alltag der Kinder außerhalb der Schulzeit verlagert, wo sie häufig unbeaufsichtigt und ohne Korrektiv und Anleitung auf sich alleine gestellt sind. Als CDU-Landtagsfraktion sind wir deshalb der Auffassung, neben dem Elternhaus ist auch die Schule ein Ort, an dem ein souveräner und selbstbestimmter Umgang mit einem Smartphone gelernt und gelehrt werden sollte.

(Beifall der Abg. Cornelia Willius-Senzer,  
FDP)

Vernünftige Verhaltensregeln und die Auseinandersetzung mit den Chancen und Risiken, die ein Smartphone bietet, gehören fest zum Stundenplan. Für uns ab der 1. Klasse von Anfang an.

(Beifall der CDU und bei SPD, FDP und  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Abg. Cornelia Willius-Senzer, FDP: Richtig!)

Unsere Grundschulen sollten keine analoge Welt sein, während sich alles in der anderen Welt unserer Kinder digital entwickelt. Es muss im Interesse unserer Gesellschaft sein, so finden wir, dass Kindern in den Schulen vermittelt wird, dass Smartphones keine „Schmuddelkästen“ und sonderlich sind, sondern Arbeitsmittel. Sie sollten lernen, diese sinnvoll sowohl innerhalb wie auch außerhalb der Schule zu nutzen.

Ein Musterland, das uns dies vormacht, ist Estland. Wir waren mit dem Bildungsausschuss im Mai in Estland – Herr Paul, Sie waren auch mit dabei. Dort haben wir erlebt, wie dort ab der ersten Klasse das Smartphone im Unterricht ganz selbstverständlich eingesetzt wird, wie dort Rechenaufgaben mithilfe des Smartphones und verschiedener QR-Codes behandelt werden, sich die Lehrerin mit dem Tablet einen Überblick verschaffen kann, wer welche Aufgabe wie beantwortet hat und auf welchem Lernstand ist. Die Hausaufgaben werden über das Smartphone mitgeteilt für Eltern sowie Schüler und Lehrer. Auch Klassenarbeiten werden über die Tablets und Smartphones geschrieben und Hausaufgaben erledigt.

(Beifall der CDU, bei SPD, FDP und  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch wenn unsere Schulen in Rheinland-Pfalz noch nicht ganz so weit sind wie in Estland, entspricht das Erlernen und ein verantwortungsvoller Umgang mit den Smartphones in der Grundschule nun einmal der Lebenswirklichkeit, wenn 90 % der Kinder ein solches Gerät besitzen. Diese Geräte gehören heute zu unserer digitalen Welt dazu.

Wir finden, je früher die Kinder einen achtsamen Weg in der analogen und der digitalen Welt gemeinsam lernen, desto besser ist es für das weitere Leben. Es sollte also – so finden wir auch – jeder Schule und Klassenstufe überlassen werden, gemeinsam mit den Eltern, Lehrern und Schülern – ausdrücklich auch unter Einbindung der Schüler – Regeln für die Nutzung und den Umgang mit Smartphones in der Schule zu erarbeiten, die dann von der Schule angewandt werden. Anstatt aus Hilflosigkeit analoge Betonmauern um die Schulen zu bauen wie in der Steinzeit

(Heiterkeit bei der AfD –  
Zuruf des Abg. Joachim Paul, AfD)

und Zukunftschancen zu verspielen, appellieren wir, zukünftig einen dringend gebotenen, verantwortungsvollen Umgang mit den Smartphones noch intensiver in den Schulalltag zu integrieren.

(Beifall der CDU, der SPD, der FDP und  
des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Den vorliegenden Antrag lehnen wir ab.

(Beifall der CDU, der SPD, der FDP und  
des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN –  
Zuruf des Abg. Joachim Paul, AfD)

**Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Zu einer Kurzintervention erteile ich dem Abgeordneten Frisch das Wort.

**Abg. Michael Frisch, AfD:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin von der CDU, die Argumentation ist schon etwas eigenartig. Sie beklagen, dass die Digitalisierung längst in den Kinderzimmern angekommen ist, Sie weisen durchaus zu Recht auf die Problematik hin, die damit verbunden ist. Wir könnten jetzt eine ganze Reihe von Experten aus dem Bereich der Psychologie, der Medizin und der Pädagogik anführen, die davor warnen, Kinder mit diesen digitalen Inhalten zu überfordern und ihnen damit massiv zu schaden. Und dann kommt Ihre Schlussfolgerung: Weil das so ist, müssen wir es auch in den Grundschulen so machen. – Das ist eine völlig bizarre, in sich widersprüchliche Argumentation.

Das Gegenteil ist richtig. Gerade wenn Kinder mit digitalen Inhalten zu Hause, in ihrer Freizeit, im Kinderzimmer völlig überfrachtet werden, sollten wir Freiräume schaffen, und was ist dafür geeigneter als eine Grundschule, wo es um Rechnen, Lesen, Schreiben, das Spielen und die Kommunikation mit anderen Kindern geht?

(Beifall der AfD)

Wenn die Franzosen ein solches Gesetz machen, haben sie sich sicherlich etwas dabei gedacht, und die Bayern ebenfalls. Bayern hat nicht umsonst eines der besten Bildungssysteme unserer Republik und erzeugt auch die besten Schulleistungen im Land. Aber Sie stellen sich hin und tun so, als sei dies eine rückschrittliche Maßnahme.

(Abg. Marco Weber, FDP: Das ist das  
Mittelalter!)

Sie sagen, Kinder müssen lernen, selbstbestimmt damit umzugehen. – Wir reden über Grundschul Kinder. Wir sind uns doch wohl alle darüber einig, dass es natürlich sinnvoll ist, Kindern im Laufe ihres Heranwachsens Richtlinien an die Hand zu geben und sie zu befähigen, mit diesen digitalen Medien umgehen zu können. Aber ich behaupte einfach aus meiner Erfahrung als Vater und auch im Umgang mit vielen anderen Kindern, dass Grundschul Kinder damit vollkommen überfordert sind. Wir können sie nicht allein lassen und ihnen diese Verantwortung übergeben. Wir sind als Erwachsene, wir sind als Gesellschaft gefordert. Es ist eine Bankrotterklärung jeder Pädagogik, was Sie hier dargestellt haben.

(Beifall der AfD –  
Abg. Dr. Jan Bollinger, AfD: Bravo, sehr  
gut!)

Es kann doch nicht sein, dass wir Programme auflegen, um Sprachdefizite von Kindern zu beheben – so etwas gibt es –, und gleichzeitig nichts dagegen unternehmen,

dass in den Pausen auf den Schulhöfen jedes Kind in einer Ecke steht und auf seinem Handy vor sich hindaddelt. Das ist vollkommen kontraproduktiv. Wir brauchen umgekehrt Freiräume, damit Kinder wieder miteinander spielen und kommunizieren können.

(Beifall der AfD –  
Zuruf der Abg. Ellen Demuth, CDU)

Erlauben Sie mir zum Abschluss noch eine Anmerkung zum Thema progressiv-konservativ. Die CDU war ja einmal eine konservative Partei.

(Zuruf von der AfD: Das ist schon lange her! –  
Zuruf des Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU)

Konservativ heißt im besten Sinne des Wortes, das zu bewahren, was gut ist, und nicht alles, was an Neuigkeiten plötzlich auf den Markt kommt, gutzuheißen und allem hinterherzulaufen.

Wenn Sie heute ans Rednerpult gehen und sagen, ich halte jetzt die progressivste Rede, dann wirft das auch ein bezeichnendes Licht auf die Entwicklung der Christlich-Demokratischen Union, die ehemals einmal eine konservative Partei war.

(Beifall der AfD –  
Zuruf der Abg. Ellen Demuth, CDU –  
Heiterkeit des Abg. Dr. Adolf Weiland,  
CDU –  
Abg. Christine Schneider, CDU: Jetzt ist es  
aber gut hier! –  
Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU: Keine  
Ahnung, aber davon massenweise!)

#### **Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Das Wort zur Erwidern hat Frau Abgeordnete Demuth.

#### **Abg. Ellen Demuth, CDU:**

Herr Frisch, bleiben Sie ganz ruhig! Wir können über das Thema sachlich diskutieren. Es gibt keinen Grund, so aufgeregt zu sein. Im Moment wird in vielen Bundesländern über das Thema diskutiert.

Es ist vollkommen richtig, die Bayern sind bisher das einzige Bundesland, das das Handyverbot 2006 eingeführt hat, aber auch dort bildet sich im Moment eine Mehrheit, diese Regelung wieder zu ändern.

Ja, Frankreich hat es eingeführt, es wird ab September in Kraft treten. Aber sehen Sie, ich halte es nicht für richtig, und ich habe Ihnen auch ausgeführt, warum. Man muss doch einmal zur Kenntnis nehmen, wie viele Kinder es schon haben. Ich war in den Sommerferien mit meiner Tochter, ebenfalls gerade über die Grundschule hinaus, im Urlaub. Die Kinder sitzen schon mit ihren Eltern am Tisch und schauen während des Essens Fernsehen, sie unterhalten sich nicht mehr und bekommen das offensichtlich sogar noch vor der Grundschule nahegebracht.

Dann kommen diese Kinder in die Grundschule, und wenn wir Ihrem Vorschlag folgen, verbieten wir dort jegliches

sinnvolle Erlernen des Umgangs mit dem Handy.

Sie haben mich auch falsch verstanden. Es geht überhaupt nicht darum, einen Freibrief zu geben, dass die Kinder auf dem Schulhof auf ihrem Handy herumaddeln und chatten dürfen, sondern es soll mit den Kindern gemeinsam besprochen werden, wie ein Ablauf mit dem Handy in der Schule aussehen und wie es umgesetzt werden kann, dass man in der Schule auf dem Schulhof während der Pause in den Aufenthaltsräumen verantwortungsvoll damit umgeht. Darum geht es doch.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Was heißt denn „verantwortungsvoll umgeht“?)

Es sind doch offensichtlich auch viele Erwachsene überfordert, mit dem Handy richtig umzugehen und es zu nutzen. Wir haben Kaffees, Restaurants, in denen sich viele wünschen würden – wie Sie es richtig ansprechen –, dass man dort vielleicht wieder einmal zur Kommunikation zurückkommt, anstatt nur auf das Handy zu schauen. Aber wenn wir das nicht schon den Kindern erklären und beibringen – die Schule ist einfach ein wichtiger Bestandteil der Lebensräume der Kinder –, dann wird es schwierig, je älter sie werden, dies noch zu unterrichten. Deshalb ist es doch sinnvoll, dass wir das von Anfang an tun.

Es ist doch viel schöner, das Kind kommt mittags nach Hause und sagt zu den Eltern am Esstisch: Mama, wir haben heute Morgen in der Schule gelernt, dass wir eigentlich beim Essen kein Fernsehen schauen. Das machen wir nicht. Wollen wir uns nicht lieber unterhalten?

(Beifall der CDU, der SPD, der FDP und  
des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn die Grundschule das schafft, haben wir viel erreicht. Es geht darum, dass die Kinder lernen, es ist nicht richtig, Filme über andere Mitschüler zu machen und zu verbreiten. Kinder sollen lernen, nicht mit dem Handy den Unterricht zu stören, sondern es konstruktiv zu nutzen.

An der TU Kaiserslautern gibt es aktuell ein ganz tolles Projekt zur Handynutzung im Physikunterricht,

(Abg. Michael Frisch, AfD: An der TU! Wir reden über die Grundschule!)

dass das Handy als Magnet verwendet werden kann. Damit können Experimente gemacht werden. An der TU Kaiserslautern gibt es Seminare für Physiklehrerinnen und -lehrer, auch schon für den Unterricht an den Grundschulen und natürlich auch an den weiterführenden Schulen. Damit werden Experimente gemacht, es wird unterrichtet, wie Apps verwendet werden können, so ähnlich wie in Estland.

Wir sind also auf dem richtigen Weg. Das ist unsere Intention, und diese Intention halte ich für vollkommen richtig. Ein verantwortungsvoller Umgang mit einem Medium ist immer viel besser, als es zu verbieten und es dadurch zu etwas Mysteriösem zu machen, über das man nichts so richtig weiß und bei dem sich alle nicht so sicher sind. Das ist der richtige Weg, und daran halten wir auch fest.

(Beifall der CDU)

**Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Für die Landesregierung erteile ich Frau Staatsministerin Dr. Hubig das Wort.

(Abg. Gerd Schreiner, CDU: Da muss man nichts mehr hinzufügen!)

**Dr. Stefanie Hubig, Ministerin für Bildung:**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Man kann vielleicht doch ein bisschen etwas hinzufügen. Zunächst kann man Arno Becker aus der RHEINPFALZ von vor zwei Tagen zitieren, der einen Kommentar genau zur Frage eines Handyverbots mit dem Titel: „Überflüssig“ geschrieben hat. – Dies bezieht sich nicht auf den Antrag der AfD, aber ich finde, man kann dieses Adjektiv auch auf den Antrag der AfD und nicht nur auf das gesetzliche Handyverbot ausdehnen.

Warum brauchen wir kein gesetzliches Handyverbot? – Wir brauchen deshalb keines, weil die Schulen das heute schon so regeln können. Die Schulen haben alle Möglichkeiten, die sie brauchen, um ein Handyverbot in der Schule durchzusetzen. Sie können es über die Hausordnung tun, und sie machen das auch.

Wenn Sie es so darstellen, dass es entweder ein gesetzliches Handyverbot geben muss oder aber Sodomy und Gomorrhä an den Schulen herrscht und die Kinder nur noch auf ihre Handys schauen, dann ist das überhaupt nicht die Realität, Herr Abgeordneter Frisch.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sagen selbst – ich zitiere Sie –, „ich behaupte einfach“ – und dann geht es weiter –, „dass die Kinder davon überfordert sind“. Ja, Sie behaupten es einfach. Gehen Sie doch einmal in die Kindergärten, gehen Sie doch einmal in die Schulen und schauen Sie sich an, wie die Kinder dort mit Handys umgehen, wie sie lernen, verantwortungsvoll damit umzugehen. Frau Abgeordnete Demuth hat es erklärt, und auch Herr Abgeordneter Klomann hat sehr deutlich gesagt, wie es geht und wie es funktioniert.

(Abg. Michael Frisch, AfD: Reden Sie einmal mit Kinderpsychologen, wie viele handysüchtig sind!)

Ehrlich gesagt, wir haben auch eine höhere Meinung von den Lehrern als Sie und Herr Abgeordneter Paul, der selbst einmal Lehrer war. Natürlich sind Lehrkräfte durchsetzungsfähig,

(Beifall bei SPD und FDP)

und wenn sie eine solche Hausordnung erlassen wollen, können sie das natürlich tun. Sie können nicht einerseits immer sagen, der Wille der Eltern ist am wichtigsten, das muss entschieden werden,

(Abg. Michael Frisch, AfD: Die Mehrheit der Eltern will das!)

und wir dürfen nicht immer staatlich alles Mögliche vorgeben, und andererseits sollen wir die Eltern bei der Frage

der Handynutzung komplett ausklammern. Das soll gesetzlich verboten werden, überall gleich, ohne Differenzierung. Irgendwann müssen Sie einmal damit anfangen, Ihre Argumentation ein bisschen stringenter aufzubauen, und zwar nicht nur in diesem Punkt.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schulen haben also die Möglichkeit, eine Hausordnung zu erlassen, und das passiert in sehr vielen Schulen. Darin wird geregelt, dass es auf dem Schulhof keine Handys gibt. Darin wird geregelt, dass die Handys im Unterricht keinen Platz haben, und genau das wird auch gelebt. Es gibt auch Sanktionen, die in der Hausordnung stehen. Wir haben eine Musterhausordnung, in der das alles steht, und genau das ist die Realität in den Schulen. Wir haben einen Ordner „Schule, Medien, Recht“, in dem sich die Schulen auch darüber informieren können, wie die Rechtslage bei Mobbing ist und bei der unerlaubten Weitergabe von Handys.

Das, was hier schon gesagt worden ist, ist genau richtig: Es bringt doch nichts, so zu tun, als sei das Problem weg, wenn ich mir nur die Augen zualte. Die Kinder sind einige Stunden am Tag in der Schule. Aber wenn sie nach Hause kommen, sitzen dort die Eltern, die Sie gerade im Auge hatten, Herr Abgeordneter Paul, von denen Sie gesagt haben, dass sie aus den leistungsfernen, aus den schwachen Schichten stammen und Probleme haben. Sie sagen, dass es gerade für diese Kinder gut wäre.

Ja, deshalb ist es gut, dass wir das Programm „Medienkompetenz macht Schule“ nun auch in den Grundschulen aufgelegt haben.

(Beifall der SPD, der FDP und des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abg. Joachim Paul, AfD)

Mittlerweile wollen 40 % der Grundschulen „Medienkompetenz macht Schule“ an den Grundschulen haben; denn alle Kinder, nicht nur diejenigen, die Eltern haben, die zu Hause das Handy wegpacken, wenn zu Mittag gegessen wird, und die auch im Restaurant nicht das Handy auf den Tisch legen, sondern auch diejenigen Eltern, die es genau anders machen, alle Kinder sollen lernen, wie man verantwortungsvoll mit Handys umgeht. Sie sollen darüber hinaus lernen, wie man gut, praktisch und vernünftig mit Handys oder auch mit Tablets oder anderen elektronischen Geräten umgehen kann, dass man diese Geräte auch wegpacken kann und es auch Zeiten gibt, in denen man Handys nicht braucht und lieber draußen spielt.

Herr Abgeordneter Paul, eine Sache hat mich ganz besonders gefreut, nämlich dass Sie jetzt von vier Kernkompetenzen in der Grundschule sprechen: Lesen, Schreiben, Rechnen und, ich nehme an, die vierte Kernkompetenz ist Digitales.

(Abg. Joachim Paul, AfD: Zuhören! Sie müssen zuhören!)

Es freut mich, dass Sie jetzt soweit sind.

Vielen Dank.

(Beifall der SPD, der FDP und des  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Ich erteile Herrn Abgeordneten Frisch zu einer Kurzintervention das Wort.

**Abg. Michael Frisch, AfD:**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Frau Ministerin, diese beiden Dinge schließen sich ja nicht aus. Natürlich ist es sinnvoll, Schülern einen vernünftigen Umgang mit den digitalen Medien beizubringen, und zwar je älter sie werden, desto mehr. Das heißt dann aber gleichzeitig, dass man Verbote, wenn man sie erlässt, natürlich auch begründet. Dann haben wir beides.

Es gibt nun einmal Situationen, wo ein Verbot durchaus sehr hilfreich ist, weil Kinder in einem bestimmten Alter klare Richtlinien brauchen und mit reinen Empfehlungen und pädagogischen Hinweisen überfordert sind. Ich möchte Ihnen nur über ein Beispiel erzählen von einer Schülerin des beruflichen Gymnasiums, die ich vor vielen Jahren im Informatikunterricht hatte.

(Abg. Dr. Bernhard Braun, BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN: Das interessiert uns jetzt  
aber alle!)

– Herr Dr. Braun, ich weiß, Sie sind immer brennend interessiert an dem, was ich sage; deshalb werde ich jetzt auch fortfahren.

Diese Schülerin im Alter von 17 Jahren hat im Informatikunterricht am Anfang, als wir über die Probleme auch der Digitalisierung gesprochen haben, ganz freimütig erzählt, dass sie eine regelrechte Internetsucht entwickelt habe.

(Zurufe von der SPD: Sie müssen auf den  
Voredner eingehen! Das geht so nicht! Das  
hat nichts mit der Rede zu tun! Beziehen  
Sie sich auf die Vorrede!)

Sie sagte, dass ihre Mutter alle möglichen pädagogischen Maßnahmen im Familienleben ergriffen habe, um sie davon abzubringen. Dort haben solche Gespräche stattgefunden. Die Mutter hat versucht, dem Kind beizubringen und ihm zu vermitteln, warum das nicht gut für diese Schülerin ist.

(Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Das ist  
aber jetzt schon eine eigene Rede! –  
Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Herr Abgeordneter Frisch, Entschuldigung, wenn ich Sie unterbreche.

**Abg. Michael Frisch, AfD:**

Ja.

**Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Sie müssen mit der Kurzintervention direkt Bezug nehmen auf die Rede von der Ministerin.

(Beifall bei der SPD)

**Abg. Michael Frisch, AfD:**

Ja, das mache ich. Das tue ich durchaus, weil ich nämlich versuche, an dem Beispiel zu erläutern, warum es nicht ausreicht, pädagogisch mit Kindern darüber zu sprechen, und zwar weder im Grundschulalter noch vielfach auch im fortgeschrittenen Alter. Deshalb würde ich das Beispiel gern zu Ende erzählen, weil es genau das illustriert.

Sie hat dann gesagt: Diese ganzen Gespräche und Ermahnungen meiner Mutter, die sicher sehr vernünftig und argumentativ gut waren, haben nichts geholfen. Das einzige, was mir geholfen hat, von dieser Sucht wegzukommen, war, dass meine Mutter schlichtweg den Internetvertrag zu Hause gekündigt hat, und damit hatte ich keine Möglichkeiten mehr, ins Internet zu gehen, und das hat mir letzten Endes geholfen. – Es war also ein Verbot, in gewisser Hinsicht eine Radikallösung, ihr die Möglichkeit zu nehmen, dieser Sucht weiterhin zu frönen.

Damit schließt sich der Kreis. Damit möchte ich sagen, es ist gerade für kleine Kinder durchaus hilfreich, neben pädagogischen Ermahnungen und Erklärungen auch klare Regelungen zu schaffen, die dann ein Verbot des Handys in der Grundschule inkludieren.

Wenn Sie unseren Antrag richtig gelesen hätten, hätten Sie lesen können, da steht durchaus drin, dass das im Unterricht sinnvoll eingesetzt werden kann, aber möglichst darauf beschränkt und nicht noch in den Pausen und bei anderen Gelegenheiten auf dem Schulhof.

Vielen Dank.

(Beifall der AfD)

**Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Ich sehe, die Gelegenheit zur Erwiderung wird nicht gewünscht.

(Zurufe von der AfD)

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag – Drucksache 17/7036 –. Wird eine Überweisung an einen Ausschuss beantragt?

(Zurufe von SPD, CDU und FDP)

Wir stimmen zunächst über die Ausschussüberweisung ab. Wer der Ausschussüberweisung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Danke. Wer stimmt dagegen? – Die Ausschussüberweisung ist abgelehnt.

Wer dem Antrag der Fraktion der AfD – Drucksache 17/7036 – zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Danke. Wer stimmt dagegen? – Der Antrag ist mit den Stimmen der SPD, CDU, FDP und BÜNDNIS



90/DIE GRÜNEN gegen Stimmen der AfD abgelehnt.

Ich rufe **Punkt 29** der Tagesordnung auf:

**Hochschulen für angewandte Wissenschaften stärken – praxisnahes Forschungspotenzial fördern**

Antrag der Fraktion der CDU

– Drucksache 17/7045 –

Die Fraktionen haben eine Grundredezeit von 5 Minuten vereinbart. Für die CDU-Fraktion spricht Frau Kollegin Schneid.

**Abg. Marion Schneid, CDU:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist uns wichtig, dass wir unseren Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen die besten Entwicklungs- und Bildungschancen von Anfang an ermöglichen, also in der gesamten Bildungskette von Kita, Schule über die Ausbildung und Studium. Deswegen darf uns in dieser Bildungskette die Fachhochschule, sprich die Hochschulen für angewandte Wissenschaften, nicht aus dem Fokus geraten.

(Beifall der CDU)

Wir sehen genau hier, dass die Hochschulen in ihren Aufgaben bzw. Bildungsaufgaben gestärkt werden müssen. Das gilt gerade vor dem Hintergrund, dass erstens qualifizierte Fachkräfte zunehmend fehlen, zweitens kleine und mittelständische Unternehmen definitiv Unterstützung in ihren Innovationsbestrebungen und Weiterentwicklungsmöglichkeiten brauchen und drittens Studierende, die in innovativen Forschungsprojekten mit den Unternehmen vor Ort zusammenarbeiten, persönlich enorm profitieren. Das ist genau das, was die Fachhochschulen bzw. die Hochschulen für angewandte Wissenschaften ausmacht. Das ist das Profil, das es zu stärken gilt und das wir stärken wollen. Es ist eine Aufgabe der Landesregierung, den Rahmen dafür auszugestalten, damit sich dieses Profil weiterentwickeln kann.

(Beifall bei der CDU)

Für die CDU ergeben sich daraus konkrete Maßnahmen:

1. Für die Transfer- und Innovationsarbeit brauchen die Hochschulen einen personell und finanziell auskömmlichen akademischen Mittelbau. Ich erkläre das an einem Beispiel. Mit 18 Semesterwochenstunden Unterrichtsverpflichtung hat ein Professor kaum die Zeit, Forschungsprojekte oder -initiativen ausreichend zu begleiten. Das ist einerseits dramatisch, weil Innovationspotenzial auf der Strecke bleibt, andererseits ist es dramatisch, weil damit nicht die Chance gegeben ist, an Drittmittel zu kommen beziehungsweise zu akquirieren. Insofern ist es für uns ganz klar notwendig, dass wir den akademischen Mittelbau mit Stellen so aufbauen, dass diese Aufgaben gut erfüllt werden können.

(Beifall bei der CDU)

2. Die rheinland-pfälzische Wirtschaftsstruktur ist von kleinen und mittelständischen Unternehmen geprägt, die oft

mals nicht in der Lage sind, sich eine eigene Innovationsabteilung leisten zu können. Sie müssen sich aber trotzdem weiterentwickeln und mit den neuen Technologien mitgehen. Sie sind also auf Unterstützung von außen angewiesen. Da ist eine Kooperation mit den Fachhochschulen sehr wichtig und gut.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU hat seit Jahren die Innovationsgutscheine genau für dieses Problem gefordert. Die Antwort der Landesregierung ist das Projekt „InnoStart“. Das läuft seit zweieinhalb Jahren. Innerhalb dieser zweieinhalb Jahre wurden nur neun Unternehmen gefördert. Ganz ehrlich, bei neun geförderten Unternehmen ist die Luft nach oben noch sehr groß.

(Beifall bei der CDU)

Wir fordern eine grundsätzliche Überarbeitung dieses Projekts „InnoStart“.

3. Der Praxisbezug des Studiums kann nur durch eine stärkere Kooperation mit den Unternehmen in der Region intensiviert werden. Wenn Studierende im Studium gleichzeitig mit an Problemlösungen in Unternehmen arbeiten, dann ist das eine Win-win-Situation für alle Beteiligten. Letztendlich gelingt uns dadurch eine frühe Bindung von zukünftigen Fachkräften in den Unternehmen vor Ort und in der Region. Genau das ist es, was wir möchten. Deswegen würden wir gerne die Möglichkeit von Transferstipendien zur Unterstützung der Studierenden mit einbringen, die sich auf den Weg machen, mit den Unternehmen an Problemlösungen zu arbeiten.

(Beifall der CDU)

In dem Zusammenhang müssen wir die Landesregierung auffordern, über die Vergabep Praxis der Mittel aus der Forschungsinitiative Rheinland-Pfalz nachzudenken. Die sieben Hochschulen für angewandte Wissenschaften bekommen hieraus zusammen nur 1,2 Millionen Euro. Wenn man möchte, dass die Forschung für anwendungsbezogene Innovationen forciert wird, und Unternehmen sowie den Forschungsgeist unterstützen möchte, dann muss man das finanziell besser begleiten.

(Beifall der CDU)

Im Fokus steht natürlich auch das duale Studium, das an Bedeutung gewinnt und immer flexibler wird. Beteiligt sind Hochschulen, Betriebe und berufsbildende Schulen. Um diese verschiedenen Bereiche dieser Studienmöglichkeit in Einklang zu bringen, also inhaltlich, praktisch und zeitlich aufeinander abzustimmen, benötigt man die eine oder andere Stelle gerade an den Hochschulen mehr, um das besser koordinieren zu können.

Letztendlich sehen wir generell dringenden Handlungsbedarf bei der mangelnden Möglichkeit der Hochschulen zur Eigenverantwortung. Zu viele bürokratische Pflichten und die Genehmigungsvorbehalte hemmen die Hochschulen in ihrer Dynamik. Das ist übrigens auch ein Problem für die Universitäten.

Hochschulen für angewandte Wissenschaften leisten einen wichtigen Beitrag zur Fachkräftegewinnung und zur Innovationsfähigkeit des Landes. Praxis- und berufsorientiertes Studieren und wissenschaftliches Arbeiten im Netzwerk mit den Unternehmen vor Ort ist das, was die Hochschulen ausmacht. Das ist das Profil, das wir stärken wollen. Die CDU tritt dafür ein, den Rahmen für diese gute Arbeit so auszugestalten, dass sie perfekt laufen kann.

Die Professoren arbeiten jeden Tag, geben jeden Tag ihr Bestes dazu. Unser herzliches Dankeschön dafür.

(Beifall der CDU)

Unsere Studierenden überzeugen mit innovativen Ideen und durch gutes wissenschaftliches Arbeiten. Auch dafür unsere Anerkennung.

Damit das zusammenpasst, gute Arbeit der Professoren und der Studierenden, muss auch die Landesregierung gute Arbeit leisten. Wir fordern die Landesregierung auf, unsere angesprochenen Punkte aufzunehmen und intensiv für gute Bedingungen an unseren Hochschulen zu arbeiten.

(Glocke der Präsidentin)

Danke.

(Beifall der CDU)

**Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Für die SPD-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Klomann.

**Abg. Johannes Klomann, SPD:**

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Was die berufsbildende Schule für das Schulwesen ist, sind die Hochschulen für angewandte Wissenschaften für den Bereich der Hochschullandschaft. Ihr Erfolgsrezept ist die enge Verknüpfung von Forschung und Lehre einerseits und der praktisch berufsbezogenen Anwendung andererseits.

Unsere Hochschullandschaft ist breit gefächert, sie reicht von größeren Einrichtungen in Koblenz bis zu kleinen Hochschulen in Bingen oder Worms. Jede dieser Hochschulen hat ihr spezielles Profil und in dem einen oder anderen Bereich ein Renommee erarbeitet, das über die Grenzen des Landes Beachtung findet. Bekanntes Beispiel ist der Umweltcampus Birkenfeld der Hochschule Trier. Der Wesenszug von Hochschulen für angewandte Wissenschaften ist die Vernetzung in die Region vor Ort, insbesondere in die regionale Wirtschaft hinein.

In Ihrem Antrag klingt das allerdings so, als ob die Hochschulen nur so vor sich hin arbeiten und es fast kaum einen Transfer, kaum Kooperationen mit der Wirtschaft gebe.

(Zuruf der Abg. Hedi Thelen, CDU)

Jetzt überrascht mich das nicht besonders; denn es ist das übliche Spiel, dass die Opposition erst einmal ein überzeichnet negatives Bild malt. Als ich den Antrag am

Montag zum ersten Mal las, war ich gerade im Zug auf dem Rückweg von der Hochschule Worms, die ich gemeinsam mit Herrn Kollegen Jens Guth besucht habe. Ich musste beim Lesen schmunzeln über die Diskrepanz zwischen den Eindrücken, die ich aus Worms mitgenommen habe, und dem, was in Ihrem Antrag steht, in dem Sie so tun, als ob die Hochschulen nicht richtig vernetzt seien.

Ich lese Ihnen einmal vor, mit welchen kleinen, mittleren und auch großen Unternehmen die recht kleine Hochschule Worms Kooperationen hat: die BASF, Condor, DER Touristik, Emirates, Engelhorn, Evonik, FedEx, Frankfurt-Hahn Airport, Galeria Kaufhof, Globus, Grace, Hochwald, IBM, Lufthansa Group, Norma, RENOLIT, Thomas Cook Airlines. – Die Namen, die ich nicht richtig aussprechen kann, habe ich weggelassen. Ich denke, das kann sich durchaus sehen lassen, was hier an Kooperationen vorhanden ist.

Nun greifen Sie in Ihrem Antrag ein Instrument heraus, das InnoStart-Programm, das meines Wissens gemeinsam mit den Unternehmen entwickelt wurde und nicht so nachgefragt wird, wie das vielleicht erwünscht ist. Ich bin mir sicher, dass die Landesregierung das auch schon bemerkt hat und entsprechende Maßnahmen ergreifen wird. Ich sage noch einmal, das ist ein Programm mit zahlreichen Aktivitäten unserer Hochschulen, das vielleicht verbesserungswürdig ist, das aber keineswegs die Kompetenz der Hochschulen in dem Bereich infrage stellen sollte.

Sie fordern Transferstipendien, die es in anderen Bundesländern gibt. Nun ist das immer so eine Sache mit einzelnen Maßnahmen in anderen Bundesländern. Ich denke, jedes Land hat seine individuelle und, ich denke auch nachvollziehbarer Strategie, die auf die Bedürfnisse der Unternehmen und der Hochschulen zugeschnitten ist. An den Hochschulen in Rheinland-Pfalz ist es so, Studierende können ihre Abschlussarbeiten mit Forschungsprojekten verknüpfen. Es gibt Vernetzungen aller Hochschulen und Universitäten in Bezug auf Transfer. Jedoch hat jede Hochschule für angewandte Wissenschaften ihre ganz eigene Transferstrategie.

Einzelne Maßnahmen aus anderen Ländern herauszupicken, die es bei uns nicht gibt, weil es bei uns vielleicht etwas anderes gibt, glaube ich, bringt uns nicht allzu viel weiter. Wir können im Ausschuss darüber noch näher reden.

Ich habe auch von den Fachhochschulen gehört, dass sie gerne mehr Ressourcen wünschen für die Forschung im Rahmen der Forschungsinitiative. Abhilfe schaffen werden die neu einzurichtenden Forschungskollegs und die kooperativen Promotionen, die damit ein Mehr an Forschung ermöglichen werden.

Vieles wäre noch zu Ihrem Antrag zu sagen, zum Beispiel, dass das Angebot an dualen Studiengängen in den vergangenen Jahren stetig ausgebaut wurde. Die duale Hochschule Rheinland-Pfalz feiert in diesem Jahr ihr zehnjähriges Jubiläum. Dass die dualen Studiengänge auf dem neuesten Stand sind, zeigen zum Beispiel der Bachelorstudiengang Air Traffic Management an der Hochschule in Worms in Kooperation mit der Deutschen Flugsicherung. Was mich auch beeindruckt hat, wenn ich gerade Worms sage, ist, dass über die Hälfte, ich glaube, es sind 55 %,

der Studiengänge dort im Bachelor- und Masterbereich bereits duale Studiengänge sind.

Wir werden im Ausschuss noch über das eine oder andere reden. Wichtig ist mir aber, dass nicht der Eindruck entsteht, die rheinland-pfälzischen Hochschulen für angewandte Wissenschaften wären irgendwelche Anhängsel im Wissenschaftssystem. Manche Professoren an Universitäten – das muss man auch sagen – mögen eine gewisse Überheblichkeit ausstrahlen gegenüber den Fachhochschulen. Meine Erfahrung ist aber, dass diese Hochschulen genügend Selbstbewusstsein, eine ausgezeichnete fachliche Expertise und viel Kreativität haben, was ihre Außendarstellung angeht, genügend in ihrer lokalen Ökonomie vernetzt sind und daher eine gleichwertige und wichtige Bedeutung im Bereich der Wissenschaft und Wirtschaft haben.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall der SPD, des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der FDP)

**Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Für die AfD-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Schmidt.

**Abg. Martin Louis Schmidt, AfD:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kollegen! Vielleicht gelingt es mir doch noch, ein wenig der verbliebenen Aufmerksamkeit zu bekommen. Ich würde mich freuen.

Die AfD wirkt. Vielleicht wirkt sie stärker denn je. Angesichts steigender Umfragewerte für die Alternative für Deutschland

(Unruhe im Hause)

und eines Rekordtiefs für die Union – INSA ermittelte in dieser Woche gerade noch 28 % für CDU und CSU – reagiert die CDU hyperaktiv.

Während die Union durch Kanzlerin Merkel auf Bundesebene unser Land immer tiefer in die Krise stürzt,

(Zuruf von der FDP)

hat sich offenbar in Rheinland-Pfalz das Gefühl breitgemacht, man müsse in einem Plenum alle Themen auf einmal abdecken, um Kompetenz vorzutäuschen.

(Beifall der AfD –  
Vereinzelt Heiterkeit im Hause –  
Abg. Alexander Schweitzer, SPD: Detektiv Schmidt ist auf einer ganz heißen Spur!  
Schmidtchen Schleicher!)

Die schwächelnde Ex-Volkspartei CDU tut alles, um den Eindruck zu erwecken, man könne die Probleme lösen, die man in den letzten Jahrzehnten auf Länder- und Bundesebene wesentlich selbst mit verursacht hat.

(Beifall der AfD –  
Abg. Michael Frisch, AfD: So ist es!)

Man will so nicht zuletzt den Bürgern vorgaukeln, es bedürfe der AfD gar nicht;

(Zuruf der Abg. Kathrin Anklam-Trapp, SPD)

denn die CDU würde ja auch so die drängenden politischen Fragen angehen. Doch weit gefehlt. Das Gegenteil ist der Fall, gerade im Bereich der Bildungs- und Hochschulpolitik.

(Zurufe aus dem Hause)

Nur weil die AfD mit ihrem konservativen Profil immer wieder den Finger in die Wunde gelegt hat, sieht sich die CDU gezwungen, sich zumindest in diesem Politikfeld zu bewegen. Oder sie offenbart – wir haben das gerade eindrucksvoll beim Handythema gemerkt –, dass sie schon lange keine konservative Partei mehr ist.

(Beifall der AfD)

Wie auch immer, jedenfalls wird dann ein Antrag zu digitalen Lernzentren, der ohne Aussprache an die Ausschüsse überwiesen wurde, für die berufliche Ausbildung gestellt, natürlich im rot-grünen Gendersprech, außerdem eine Aktuelle Debatte zur dualen Ausbildung und ein weiterer, ziemlich merkwürdiger Antrag zur Wirtschaft in der Gesellschaftslehre. Und schließlich dürfen auch die Hochschulen nicht fehlen. Deshalb diskutieren wir nun über die Stärkung der Hochschulen für angewandte Wissenschaften, die Förderung eines praxisnahen Forschungspotenzials.

(Abg. Thomas Roth, FDP: Sie müssen nicht mitdiskutieren, wenn Sie nicht wollen!)

Wir als AfD betrachten die Hochschulen für angewandte Wissenschaften nicht isoliert, sondern als Teil unserer Bildungslandschaft. Ein sehr großes Problem ist die Überakademisierung.

(Unruhe im Hause –  
Glocke der Präsidentin)

**Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Einen Moment, Herr Abgeordneter Frisch.

(Abg. Martin Louis Schmidt, AfD: Schmidt! –  
Zurufe aus dem Hause: Schmidt!)

Senken Sie bitte – zum Schluss schaffen wir das bestimmt noch einmal – den Geräuschpegel. Vielen Dank.

**Abg. Martin Louis Schmidt, AfD:**

Mein Kollege Joachim Paul hat unsere Position gestern in der Aktuellen Debatte zum Nachwuchsmangel im Handwerk und der Stärkung der dualen Bildung sehr gut dargestellt. Er hat deutlich gemacht, dass durch die Öffnung der Hochschulen, die mit einer Absenkung des Niveaus verbunden ist, Tüftler, potenziell ausgezeichnete Meister eben an diese Hochschulen strömen, obwohl sie hervorragende Handwerker wären. Was dann für die Betriebe übrig bleibt, sind allzu oft nicht ausbildungsreife Schüler, bei denen in der Lehre nachgesteuert werden muss.

(Beifall der AfD –  
Abg. Joachim Paul, AfD: Genau!)

Trotz der Absenkung der Leistungsanforderungen steigen in den letzten Jahren auch an den Fachhochschulen die Abbrecherquoten. Immer mehr Studenten fühlen sich überfordert. Rund ein Drittel der über 120.000 Studenten in Rheinland-Pfalz sind an einer Fachhochschule eingeschrieben.

Joachim Paul hat das sehr gut auf den Punkt gebracht, als er feststellte, in der Praxis läuft die Öffnung der Hochschulen darauf hinaus, dass gesuchte Fachkräfte zu weniger gesuchten Akademikern gemacht werden.

(Abg. Michael Frisch, AfD: So ist es!)

Das schadet nicht nur der dualen Ausbildung, sondern unserem ganzen Land. In Deutschland muss man im Schnitt zehn Wochen auf einen Handwerker warten. Fast jede zweite Firma hat inzwischen Probleme, offene Lehrstellen mit Fachkräften zu besetzen.

(Zuruf aus dem Hause: Falsch!)

Wir brauchen dringend nicht akademische Fachkräfte. Wir müssen die berufliche Bildung stärken, nur so werden wir unseren Wohlstand bewahren können.

(Beifall der AfD –  
Zuruf des Abg. Dr. Adolf Weiland, CDU)

Eine große Gefahr für die Sicherung der Fachkräfte und die duale Ausbildung ist die ungebremste Akademisierung und eine stetige Schwächung der beruflichen Bildung. – So viel zur Einordnung des Antrags in ein Gesamtpanorama.

Konkret aber jetzt zum Antrag. Erstens, auch die AfD erkennt die Bedeutung der Hochschulen für angewandte Wissenschaften an. Diese leisten in der Tat einen großen Beitrag zur Fachkräftegewinnung und Innovationsfähigkeit. Sie sind wichtig für die Region.

Zweitens, auch die AfD macht erhebliche Defizite in der Stärkung der Hochschulen für angewandte Wissenschaften und der Förderung eines praxisnahen Forschungspotenzials aus. Die Landesregierung spricht zwar viel über Projekte wie „InnoTop“, „InnoStart“, „Innovationsassistent“; was aber dabei herauskommt, ist sehr dürftig. Baden-Württemberg kann hier durchaus als Vorbild dienen, Stichwort „Innovationsgutscheine“, die Baden-Württemberg als erstes Bundesland im Jahr 2008 für kleine und mittlere Unternehmen eingeführt hat.

Drittens, der Antrag greift eine unserer Forderungen auf, nämlich im akademischen Mittelbau mehr feste Stellen zu schaffen. Wir hatten genau dazu im letzten Wissenschaftsausschuss einen Berichtsantrag eingereicht.

Weil die geforderten Einzelmaßnahmen dieses Antrags durchaus sinnvoll sind, stimmt die AfD-Fraktion dem Antrag zu.

Danke sehr.

(Beifall der AfD)

**Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Für die FDP-Fraktion spricht Herr Abgeordneter Roth.

**Abg. Thomas Roth, FDP:**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Schmidt, wenn Sie die Notwendigkeit nicht einsehen, zu dem Thema sprechen zu wollen: Sie müssen gar nicht, Sie sind doch frei in Ihren Entscheidungen, und dann können wir 5 Minuten früher Schluss machen.

(Beifall bei FDP, SPD, dem BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der  
CDU –  
Heiterkeit und Zuruf der Abg. Kathrin  
Anklam-Trapp, SPD: Sehr schön, Thomas!)

Für uns allerdings ist es doch wichtig, weshalb wir auch – ich kann es vorwegnehmen – den Antrag an den Ausschuss überweisen möchten. Deswegen nur ganz kurz: Durch die Forschungsinitiative Rheinland-Pfalz werden seit Sommer 2008 die vier staatlichen Universitäten, seit Herbst 2010 die sieben staatlichen Fachhochschulen gestärkt. Sie werden dadurch im Wettbewerb um Studierende, wissenschaftlichen Nachwuchs, Spitzenforscherinnen und -forscher sowie Fördermittel maßgeblich unterstützt. Gefördert werden dabei die Kooperationen innerhalb und außerhalb der Hochschulen.

Ebenso geht es darum, den Wissenstransfer sowie den Innovationstransfer mit Gesellschaft und Wirtschaft voranzutreiben. Dafür wurden im Doppelhaushalt 2017/2018 pro Jahr 20 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Die Tatsache, dass diese Mittel im Haushalt verankert sind, bietet Planungssicherheit.

Ebenso finanziert das Land gemeinsam mit dem Bund den „Pakt für Forschung und Innovation“. Hier sind für das Jahr 2018 gut 98 Millionen Euro angesetzt. Diese Mittel kommen auch fünf in Rheinland-Pfalz ansässigen Wissenschaftsorganisationen zugute. Was die in Ihrem Antrag beschriebenen Drittmittel betrifft, gibt das Statistische Landesamt Auskunft, dass diese sich zwischen 2006 und 2015 fast um 100 Millionen Euro gesteigert haben. Dennoch ist klar, dass besonders im Bereich der Drittmiteleinahmen je Professur deutlich mehr Potenzial vorhanden ist. Dies gilt zumindest für die Zahlen bis 2015.

Die Statistik zeigt, dass 23 % der Drittmittel an Fachhochschulen von nicht staatlichen Geldgebern bereitgestellt wurden. Das Hochschulzukunftsprogramm greift dies auf.

(Unruhe im Hause)

– Fällt doch auf.

Also, es wird empfohlen, Potenziale von Fachbereichen und Fakultäten zusammenzuschließen. So könnten ein breit gefächertes Studienangebot vorgehalten und die Profilierung sichtbar werden. Als Beispiel wird hierfür eine Kooperation zwischen der Technischen Hochschule Bingen und der Hochschule Mainz vorgeschlagen. Dadurch

könnten neue Forschungsperspektiven in Forschung und Lehre entstehen. Die Verknüpfung von Technik und anderen Disziplinen ist besonders für den privaten Sektor von Interesse. Sie sehen also, dass die Landesregierung die durchaus existenten Verbesserungspotenziale erkennt.

Abschließend möchte ich kurz auf das duale Studium eingehen. Die Verbindung aus Theorie und beruflicher Praxis spricht vor allem viele junge Menschen an; denn die Anzahl der dualen Studiengänge in Rheinland-Pfalz hat sich seit dem Jahr 2008 von 16 auf 66 erhöht. Zeitgleich hat sich seitdem die Zahl der Studierenden von 682 auf 2.500 gesteigert.

Wir Freien Demokraten erkennen gemeinsam mit unseren Partnern diesen Trend und werden die Duale Hochschule Rheinland-Pfalz weiter stärken. Hierbei werden wir auch künftig die Bedürfnisse der Studierenden im Auge behalten. Darüber hinaus ist es aber ebenso wichtig, immer wieder die Anforderungen der Unternehmen im Blick zu behalten. Zufriedene Arbeitgeber können die Drittmittelgeber von morgen sein. Somit schließt sich der Kreis.

Haben Sie vielen Dank.

(Beifall der FDP, des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

#### **Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht Frau Kollegin Binz.

#### **Abg. Katharina Binz, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch wir freuen uns, dass die CDU-Fraktion dieses Thema zum Anlass genommen hat, einen Antrag einzubringen. Auch wir möchten ihn gerne weiter im Ausschuss diskutieren; denn auch uns von der Fraktion der Grünen liegen die Hochschulen für angewandte Wissenschaften sehr am Herzen.

Die Hochschulen für angewandte Wissenschaften sind Orte der praxisorientierten akademischen Ausbildung. Sie sind Orte der Bildungsdurchlässigkeit, sie sind Orte der Weiterqualifizierung. Ich bin immer wieder beeindruckt, wenn ich an Hochschulen vor Ort bin, wie sehr die Hochschulen für angewandte Wissenschaften ihre Angebote auch an den Bedürfnissen der Studierenden ausrichten, wie sie duales Studium ermöglichen, wie sie auch Teilzeitstudium ermöglichen und wie sie darauf eingehen, dass heutzutage die Bedürfnisse in der Studierendenschaft ganz andere sind, als es früher noch der Fall war, dass es dort eine Heterogenität gibt, und wie sie auf diese Bedürfnisse sehr serviceorientiert eingehen. Ich finde, das verdient große Wertschätzung.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Die Hochschulen für angewandte Wissenschaften sind doch gerade das beste Beispiel dafür. Wir haben vorhin im Redebeitrag der AfD schon wieder diese verquere Logik gehört, die wir gestern auch schon einmal in der Debatte

um den Nachwuchsmangel gehört haben. Sie sind doch bestes Beispiel dafür, dass diese Debatte, wie sie hier gestern geführt wurde, eben nicht darum geht, „entweder eine Bildungsbiografie mit dualer Ausbildung oder ein Hochschulstudium“, sondern heute Gott sei Dank die Bildungsbiografien viel, viel vielfältiger sind, dass Menschen sich im Laufe des Lebens weiterentwickeln und sich Praxisausbildung und Studium nicht ausschließen müssen, sondern sehr gut ergänzen können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP –  
Abg. Michael Frisch, AfD: Deshalb haben wir Fachkräftemangel!)

Das zeigen diese Hochschulen Tag für Tag. Das Fächerspektrum dort ist heute sehr breit. Das ist sehr gut; denn für immer mehr junge Menschen machen die Hochschulen für angewandte Wissenschaften nach der Schule oder nach einer Ausbildung ein attraktives Angebot.

Das zeigt sich insbesondere in der Entwicklung der Studierendenzahlen. Diese sind an fast allen Hochschulen für angewandte Wissenschaften in Rheinland-Pfalz in den letzten Jahren gestiegen, teilweise sogar sehr stark gestiegen, während wir alle wissen, dass die Universitäten in diesem Bereich in den letzten Jahren größere Probleme hatten, die Studierendenzahlen konstant zu halten. Das zeigt doch, welche große Attraktivität diese praxisorientierte Ausbildung an den Hochschulen für angewandte Wissenschaft hat.

Schon seit einigen Jahren wird die Forschung an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften gestärkt. Dafür treten auch wir Grüne ein. Das kann mit der Wirtschaft zusammen gehen, muss es aber nicht in jedem Fall. Deshalb greift für uns der Antrag der CDU etwas zu kurz – wir würden das gerne im Ausschuss weiter diskutieren –; denn er fokussiert sich eben sehr, sehr stark auf die Wirtschaft. Und der Antrag suggeriert – das hat Kollege Klomann schon gesagt –, wir hätten hier noch jede Menge zu tun. Aber das Gegenteil ist der Fall; denn die Hochschulen unternehmen in diesem Bereich der Kooperationen mit der Wirtschaft schon jede Menge.

Es gibt Gründerberatung, es gibt Kooperationen, es gibt Gründerstipendien, „Work and Study“-Programme usw. und natürlich die anwendungsorientierten Projekte, die in den Hochschulen gemeinsam mit der Wirtschaft entwickelt werden.

Ein wunderschönes Beispiel – auch ich war vor Kurzem an der Hochschule Worms – ist die Spritzmittel-App, die die Hochschule Worms zusammen mit Richard Grünewald, einem Winzer aus Worms – und Grünen – entwickelt hat. Diese App hat jetzt Marktreife erreicht und soll dafür sorgen, den Spritzmitteleinsatz im Weinberg per App um die Hälfte zu reduzieren. Das ist ein sehr gutes Beispiel dafür, dass diese Kooperationen heute schon funktionieren und regional sehr, sehr gute Projekte umsetzen.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Solche Beispiele haben wir bereits, aber natürlich können wir immer darüber diskutieren, wie wir das in Zukunft noch

besser machen können.

Die Stärkung der Forschung: Die Forschungsinitiative wurde angesprochen. Es ist aber systemimmanent klar, dass die Universitäten hier heutzutage immer noch wesentlich mehr Geld bekommen als die Hochschulen, da die Forschung dort noch stärker konzentriert ist. Das heißt aber nicht, dass wir die Forschung an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften nicht fördern wollen und auch nicht fördern.

Es gibt eine Sache – Kollege Klomann hat darauf hingewiesen –, die Sie in Ihrem Antrag leider völlig außen vor gelassen haben. Das sind die Schritte hin zu einem Promotionsrecht an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften. Für meine Partei ist ganz klar, wir können uns das volle Promotionsrecht an den Hochschulen für angewandte Wissenschaften vorstellen. Der Weg dahin wird von uns unterstützt. Die kooperativen Promotionskollegs sind daher ein großer Schritt in die richtige Richtung, wir unterstützen das, und auch darüber sollten wir im Ausschuss weiter diskutieren.

Vielen Dank.

(Beifall des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
der SPD, der FDP und der Abg. Hedi  
Thelen, CDU)

#### **Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Für die Landesregierung erteile ich Herrn Staatsminister Professor Dr. Wolf das Wort.

#### **Prof. Dr. Konrad Wolf, Minister für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Abgeordneter Schmidt, was Ihr Redebeitrag mit den Hochschulen für angewandte Wissenschaften in Rheinland-Pfalz zu tun hat, hat sich mir nicht erschlossen,

(Vereinzelt Beifall bei SPD, FDP und  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und ich glaube, das liegt nicht an mir.

(Zuruf aus dem Hause)

– Nein, das liegt nicht an mir.

Das zu Anfang.

Was den Antrag selbst betrifft, so hat er mich etwas erstaunt, weil ich weiß, dass die Vertreterinnen und Vertreter der CDU im Wissenschaftsausschuss regelmäßig an den Hochschulen sind und mit den Hochschulleitungen regelmäßig in Kontakt stehen. Daher wissen Sie natürlich, dass wir eine ganze Reihe von Fördermaßnahmen haben, die sehr zielgerichtet auf die Hochschulen für angewandte Wissenschaften ausgerichtet sind. Dass wir einige Fördermaßnahmen, die Sie in Ihrem Antrag ansprechen, nicht haben, hat sehr gute Gründe, die ich Ihnen natürlich auch gerne erläutere.

Zu Beginn eine kleine Korrektur. Im Rahmen der Forschungsinitiative wird mehr Geld an die Hochschulen für angewandte Wissenschaften zur Verfügung gestellt, nämlich mehr als 1,5 Millionen Euro. Sie wissen aber auch, weil wir es angekündigt haben, dass die Forschungsinitiative in Zukunft durch die Forschungskollegs ergänzt wird. Nun muss man wissen, in der Forschungsinitiative wird das Geld natürlich in erster Linie für Personal eingesetzt, gerade in den letzten Jahren auch für kooperative Promotionen.

Wenn wir jetzt diese mehr als 1,5 Millionen Euro in der Forschungsinitiative mit noch einmal 1,5 Millionen Euro im Rahmen der Forschungskollegs ergänzen, heißt das, dass wir letztendlich die Forschung an den Fachhochschulen vom Budget her auf 3 Millionen Euro im Jahr verdoppeln, und dann hat man ein gutes Budget, um das mit sinnvollen Themen zu füllen, was den Hochschulen sicherlich kein Problem bereiten wird.

Sie fordern einen bürokratiefreieren Umgang mit weniger Detailsteuerung. Aber Sie wissen, dass wir gerade in unseren Förderlinien, beispielsweise in der Forschungsinitiative, ein sehr einfaches Antrags- und Berichtswesen haben, wenn man es mit anderen klassischen Förderprogrammen vergleicht. Wir werden das im Rahmen der Überarbeitung im nächsten Jahr noch einmal verschlanken.

Was die Zusammenarbeit mit den Unternehmen im Bereich angewandter Forschung und Entwicklung angeht, so haben Sie „InnoStart“ genannt. Wir beteiligen die Hochschulen für angewandte Wissenschaften am Programm Innovation und Promotion – InnoProm –. Hier werden von der Hochschule mit einem Unternehmen zusammen Promotionsthemen definiert und festgelegt mit dem Ziel, sie in überschaubarer Zeit, innerhalb von drei Jahren, zum Abschluss zu bringen als Promotion mit einer Thematik, die dann direkt in die Anwendung, also in den Praxisbezug geht.

Das ist zielorientiert, auf die Unternehmen ausgerichtet, und es bietet den Hochschulen die Möglichkeit, im Rahmen der kooperativen Promotionen wissenschaftlich tätig zu sein und ihre Wissenschaftsthemen auszuweiten.

Sie haben die duale Hochschule erwähnt, die einen sehr wichtigen Baustein darstellt. Das Entscheidende bei der dualen Hochschule ist, dass sie Hochschulen und Unternehmen verknüpft, die Studierenden in abwechselnden Phasen an Hochschulen und Unternehmen sind und dafür Geld bekommen. Die Unternehmen sind bereit, Geld in die Hand zu nehmen, um die Studierenden finanziell zu fördern. Das ist allemal besser als ein Transferstipendium, das unter Umständen auch zu Mitnahmeeffekten führt, weil das Geld zur Verfügung gestellt wird. Es sind überschaubare Summen, die die Unternehmen in ihren zukünftigen wissenschaftlichen Nachwuchs investieren.

Ich denke, es ist der richtige Weg, es so zu machen.

Im Hochschulzukunftsprogramm ist im Bericht der Expertenkommission dazu festgehalten worden, dass sich die Hochschulen für angewandte Wissenschaften in den letzten Jahren sehr gut entwickelt haben. Sie sind stark in den Regionen. Sie haben einen starken Anwendungsbe-

zug. Sie haben ein ganz eigenes Profil, auch im Vergleich zu den Universitäten. Sie sind mit den Maßnahmen der Landesregierung – Forschungsinitiative, InnoProm, Weiterentwicklung der dualen Hochschule – sehr gut begleitet worden, und wir werden sie natürlich in ihrer weiteren Entwicklung ganz deutlich und massiv unterstützen.

Ich glaube, wir sind uns einig, dass es natürlich unsere Aufgabe ist, sie nicht nur aus dem Fokus zu verlieren, sondern sie aktiv im Fokus zu behalten. Es wird dort eine hervorragende Arbeit geleistet, und wir unterstützen diese hervorragende Arbeit mit einer hervorragenden politischen Arbeit.

Herzlichen Dank.

(Beifall der SPD, FDP und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Astrid Schmitt:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wird Ausschussüberweisung beantragt? – Dann stimmen wir darüber ab. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Danke schön. Das ist einstimmig.

Das ist doch ein guter Abschluss dieses Tages.

Ich wünsche Ihnen erstens ein gutes Nachhausekommen, und zweitens lade ich Sie zur nächsten Plenarsitzung am Mittwoch, dem 19. September 2018, ein.

Ende der Sitzung: 15:50 Uhr